ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Armut im Überfluß

Nr. 1 • 1996 54. Jahrgang 40 Schilling

Friedhelm Kröll

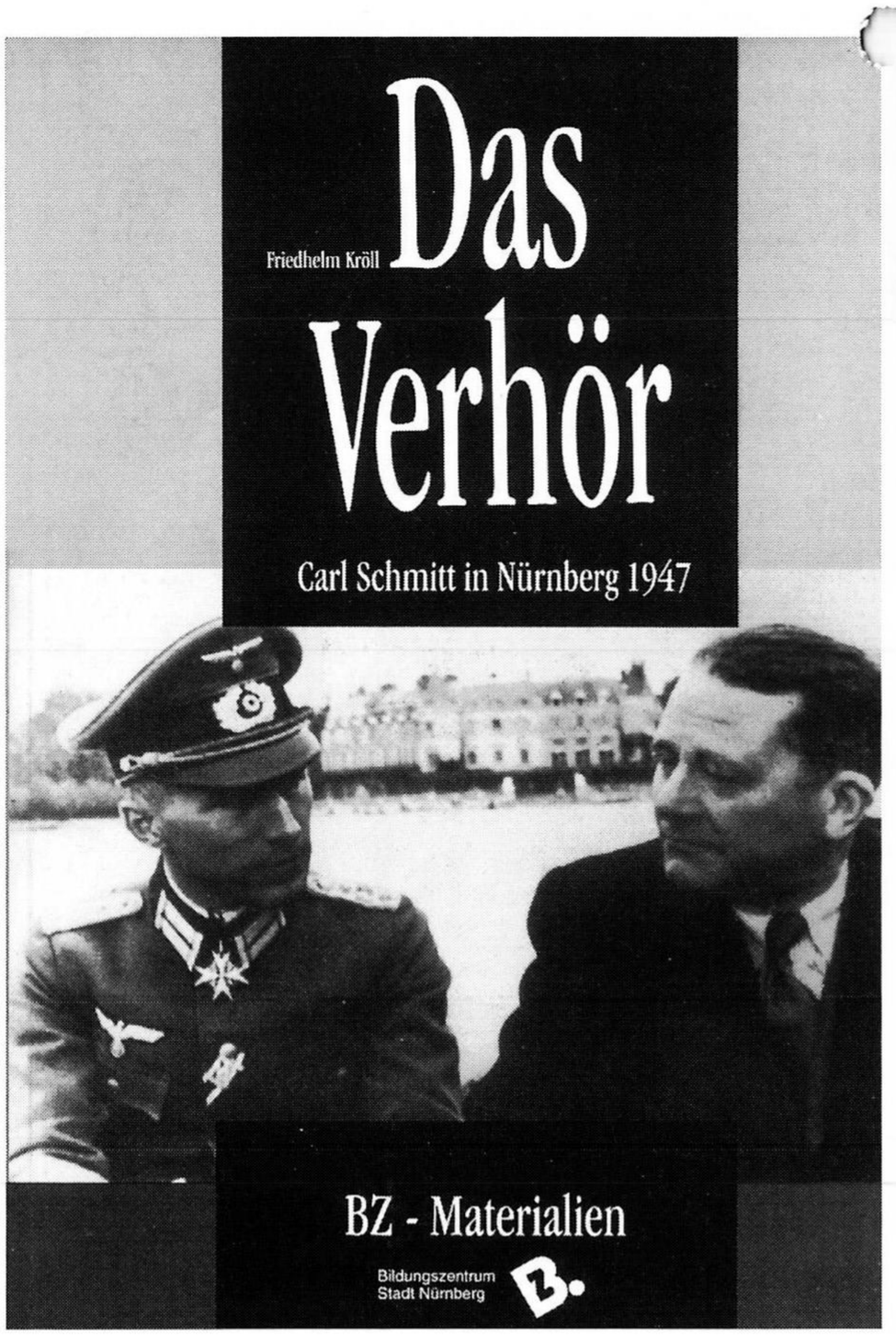
Das Verhör

Carl Schmitt in Nürnberg 1947

Bildungszentrum Stadt Nürnberg
Nürnberg 1995
248 Seiten, 115 Schilling

ISBN 3-87191-214-X
Auslieferung Edelmann, Nürnberg
(Wichtig: In der Buchhandlung diese Daten angeben, da dieser Verlag keine direkte Auslieferung nach Österreich haben dürfte.)

Der Autor Friedhelm Kröll leuchtet die zeithistorischen Hintergründe, die politischen Netzwerke sowie die epochetypischen Abgründe der Vernehmungen Carl Schmitts durch Robert Kempner aus. Untersucht werden die Spannungen zwischen Politik und Moral, Macht und Geist, Unrecht und Recht, wie sie im Vorfeld beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß sowie den zwölf Nachfolgeprozessen aufgetreten sind.



WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

30

Ethnische Politik, Krieg und Völkermord

Geschlechterordnung, Kriegskultur, Vergewaltigung; Ethno-Nationalismus, Gewalt und UNO: Rwanda und Ex-Jugoslawien; Berberkultur in Algerien; "Feindbild Islam" und Menschenrechte - Krieg der Zivilisationen?

B. Weisshaupt, R. Seifert, S. Kappeler, R. Kößler, T. Schiel, Ch.P. Scherrer, P. Parin, S. Kebir, E. Hunziker

Diskussion

D. Senghaas: Ursächlicher Pazifismus
M. Jäger: Grüner Interventionismus-Streit
Jürgmeier: Sind Soldaten Mörder?
P. Lock: Waffenmärkte und Kriege in Europa
Th. Gass / A. Gfeller: Schweizer Waffenexporte
W. Schöni: Neutralität, NATO, Friedenspolitik

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

15. Jg./Heft 30 - Dezember 1995 Fr. 18.–

- **WIDERSPRUCH ist als Halbjahreszeitschrift im Buchhandel erhältlich.**
- **WIDERSPRUCH - im ABONNEMENT : Billiger! Praktischer! Zeitsparend!**
  Jahresabonnement (2 Hefte, inkl. Porto und Versand) Fr. 32.--/ DM 36.-- . Das neueste Heft wird sofort nach Erscheinen (Juni / Dezember) zugestellt; Kündigung schriftlich zum Jahresende. *Neuabonnentinnen* und *Neuabonnenten* können weitere Hefte zum alten Abonnementpreis nachbestellen. Als Abo-Geschenk erhalten Sie ein älteres WIDERSPRUCH-Heft nach Ihrer Auswahl.
- **FÖRDERVEREIN WIDERSPRUCH:**
  Freundinnen und Freunde des WIDERSPRUCH können das Zeitschriftenprojekt mit einer Mitgliedschaft im FÖRDERVEREIN WIDERSPRUCH (Postfach 652, 8026 Zürich) unterstützen: Mitgliedsbeitrag Fr. 150.-- pro Jahr, inkl. 2 Heftnummern. (PC 80-22840-8, Zürich)
- **Spenden** und Einzahlungen an: "WIDERSPRUCH", PC 80-56062-5, Zürich

BESTELLTALON

- **Einzelhefte:** ..... Ex. Nr. 30, Ethnische Politik, Krieg und Völkermord, Fr. 18.--
  ..... Ex. Nr. 29, EU, Schweiz und Europapolitik, Fr. 18.--
  ..... Ex. Nr. 28, Medien, Macht & Märkte, Fr 18.--
  ..... Ex. Nr. 27, Sicherheit contra Solidarität, Fr. 12.--
  ..... Ex. Nr. 25, Arbeitslosigkeit - wirtschaftspolit. Alternativen, Fr. 12.-- (2.Aufl.)
  ..... Ex. Nr. 24, Demokratie radikal, Fr. 8.--
  ..... Ex. Nr. 23, Krise des Sozialen / Armut - Sozialpolitik, Fr. 8.--
  ..... Ex. Nr. 22, Neo-Kolonialismus, Fr. 8.--
  ..... Ex. Nr. 21, Neuer Rassismus (2. Auflage), Fr. 8.--
  ..... Ex. Nr. 20, Schweiz - Europa / Strategien (2. Auflage), Fr. 6.--
  ..... Ex. Nr. 18, Aufklärung und Verdrängung (2. Auflage), Fr. 6.--
  ..... Ex. Nr. 17, Schweizer Armee Macht Krieg, Fr. 6.--
  ..... Ex. Nr. 16, Diktatur des Marktes - Frauen, Arbeit, Fr. 6.--
  ..... Ex. Sonderband 2, Schuldenkrieg & CH-Finanzkapital (2.Aufl.), Fr. 6.--
- **Abonnement ab Nr. ..... (Fr. 32.--/DM 36.-- pro Jahr: 2 Hefte, inkl. Porto und Versand).**
  Als Abo-Geschenk möchte ich folgendes Heft Nr. (Auswahl: 16 - 27) ..... erhalten
- **WIDERSPRUCH zum Kennenlernen:** Ein kostenloses Probeexemplar (Auswahl: 23, 24, 27) .....

Name : .....

Strasse: .....

Ort: .....

Einzusenden an: **WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich; Tel. / Fax : 01 / 273 03 02**

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Karin Springer, KPÖ, Trattnerhof 2/14, 1010 Wien, Tel.: 0222/533 60 23

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 200,– S; 35,– DEM

Layout:
Matthäus Zinner

Druck:
Druckerei Gerstmayer Ges.m.b.H., Schönbrunner Straße 215, 1120 Wien.

Die nächste Nummer
erscheint im
Mai 1996
Themenschwerpunkt:
Liebe, Sex und Sinnlichkeit

Inhalt

Nr. 1, März 1995, 54. Jahrgang

Diskussion

Thesen zum außerordentlichen Parteitag – Vom Bundesvorstand der KPÖ vorgelegte Diskussionsgrundlage 2

Ökonomie

Hannes HOFBAUER: Die Welt von heute: Globale Polarisierungen 9

Thema: Armut im Überfluss

Julius MENDE: Einleitung 12
Martin SCHENK: Armut im Sparstaat 14
Lutz HOLZINGER: Her mit der Marie! – Oder: Es geht nichts mehr 17
Monika PELZ: Der vierte Reiter der Apokalypse 23
Bärbel DANNEBERG: Feminisierung der Armut – Von Penzing bis Peking 27
Inge KARAZMAN-MORAWETZ: Arbeit – Leistung - Konsum – Freizeit – Zum Verhältnis von Arbeit und Reproduktion in der Nachkriegsgesellschaft in Österreich 30
Nikolaus DIMMEL: Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe - Ursachen, Strukturen und Lösungsmöglichkeiten 38
David CANNADINE: Wie die Wohlfahrtsmonarchie entstand 43

Politik

Stephan GANGLBAUER: Ökonomie und Politik 47
Leo MACHÉ-SUNIZA: Wenig bekannte Details aus der Geschichte des deutschen Faschismus 54

Zum Tod von Klaus Holzkamp

Julius MENDE: Was ich von Klaus Holzkamp über Erziehung lernte 56

Bücher

Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hg.): Österreich 1945 bis 1995
Erika Danneberg: Wie leistet man Widerstand? In den Jahren der Tode
Gerhard Scheit: Hanswurst und der Staat – Eine kleine Geschichte der Komik: Von Mozart bis Thomas Bernhard 59
LeserInnenbriefe 63

Titelbild: Claes Oldenburg, Hängende weibliche Figur mit Pelz, 1962

Thesen zum außerordentlichen Parteitag

Vom Bundesvorstand der KPÖ beschlossene Diskussionsgrundlage

Der außerordentliche Parteitag am 23./24. März ist zustande gekommen, weil über 500 Mitglieder der Partei mit ihrer Unterschrift die Forderung nach einer Parteikonferenz unterstützt haben, auf der über „politische Schwerpunkte innerhalb des Aktionsprogramms, des 29. Parteitags, politische Prioritäten beim Einsatz der Finanzmittel der KPÖ und eine effektive Strukturierung der KPÖ" diskutiert werden soll. Aufgrund dieser umfassenden Tagesordnung hat der Bundesvorstand sich laut Statut für die Einberufung des außerordentlichen Parteitags entschieden und legt als Grundlage für die Diskussion die folgenden Thesen vor. Er fordert alle Mitglieder der Partei auf, sich in den Organisationen und Parteigruppen an der Diskussion zu beteiligen.

I. Österreich im Europa der Konzerne – eine Bilanz

Mit dem Beitritt zur EU hat sich Österreichs Stellung in Europa grundlegend verändert. 50 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus und nach der Gründung der 2. Republik, nach 40 Jahren „immerwährender" Neutralität wird diese demontiert. Die Regierung manövriert Österreich neuerlich in das Gravitationsfeld der wiederaufstrebenden deutschen Großmachtpolitik.

Der Mitgliedschaft Österreichs in der EU ging eine bewußte politische Entscheidung des österreichischen Groß- und Finanzkapitals und der herrschenden politischen Kräfte voraus. Sie ist kein ökonomischer oder politischer Sachzwang, sie ist, wenn es das österreichische Volk will, auch wieder umkehrbar. Österreich müßte dann seine Beziehungen zur EU, falls es sie in dieser Form dann noch gibt, auf völkerrechtlicher Basis neu regeln. Die KPÖ ist für den Austritt aus der EU, weil sie für die Wiederherrstellung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs eintritt. Die Beispiele Schweiz und Norwegen zeigen, daß kleine Staaten auch ohne Mitgliedschaft in der EU durchaus lebensfähig sind.

Für die KPÖ bedeutet Kritik an der EU vor allem deren Einordnung in eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den wesentlichen Tendenzen und Widersprüchen des modernen Kapitalismus, deren unmittelbares Produkt auch das Integrationsprojekt EU ist. Die Europäische Union ist heute der Kristallisationspunkt der kapitalistischen Widersprüche und Entwicklungsprobleme schlechthin, die Auseinandersetzung damit hat daher zentrale Bedeutung. Allerdings wäre Österreich von diesen Widersprüchen auch beherrscht, wäre es nicht Mitglied der EU.

Tatsache ist jedenfalls, daß mit der EU-Mitgliedschaft...

... die Arbeitslosigkeit deutlich steigt und einen seit den fünfziger Jahren nicht gekannten Höchststand erreicht hat;

... die Preise nur marginal gesunken sind und die Haushalte weit davon entfernt sind, sich die von Ex-Staatssekretärin Ederer versprochenen tausend Schilling monatlich zu ersparen;

... die Arbeitsplätze in vielen Branchen nicht sicherer wurden, sondern die Verlagerung von Produktionen in Billiglohnländer weitergeht;

... Frauen in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden;

... die Zahl von Firmenpleiten durch den verschärften Wettbewerb geradezu dramatisch zugenommen hat;

... der Transitverkehr trotz des schon vor dem Beitritt ausgehandelten Transitabkommens ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß erreicht hat;

... die Neutralität von der Bundesregierung systematisch zersetzt wird und Österreich unter dem Kommando der NATO heute an Militäreinsätzen wie in Bosnien teilnimmt;

... der Existenzdruck auf die Bauern und das Kleingewerbe sich drastisch verschärft hat;

... die Budgetkrise durch den Mitgliedsbeitrag bei der EU sowie die innerösterreichischen Ausgleichszahlungen schlagartig explodiert ist;

... der Druck auf Sozialleistungen und Pensionen mit Verweis auf die Erfüllung der Konvergenzkriterien enorm zugenommen hat und immer mehr Frauen unter der Armutsgrenze leben;

... nicht österreichisches Umweltrecht zur EU-Norm wurde, sondern umgekehrt österreichische Umweltgesetze entwertet und ausgehöhlt wurden, problematische Entwicklungen wie etwa die Gentechnologie werden forciert;

... der Schilling als autonome Währung keineswegs gesichert ist, sondern seine Abschaffung mit der Einführung des Euro ab 1999 beschlossene Tatsache ist;

... nicht die Grenzen im Westen offen, sondern die im Osten noch dichter gemacht wurden.

EU-Kritik – Kapitalismuskritik

Freilich wäre es aus marxistischer Sicht zu kurz gegriffen und würde politisch in eine Sackgasse führen, würde man die Kritik an der EU auf die lange Liste nichterfüllter Versprechungen oder eine Kombination von Verrat, Lüge, Verschwörung oder Ermächtigungsgesetze reduzieren.

Eine ausführliche Kritik an der EU und ihre Folgen für Österreich hat der Bundesvorstand in den am 10. Februar 1995 beschlossen „Thesen zur Europapolitik" formuliert, die weiter ihre Gültigkeit behalten.

Die EU bedeutet im Wesentlichen neuen Raum für die Internationalisierung des Kapitals und seine Verwertungsbedingungen im Rahmen der Auseinandersetzung der drei imperialistischen Zentren USA, Japan und EU, um globalen wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Einfluß zu schaffen. Bezeichnend ist dabei auch, daß sich diese drei imperialistischen Zentren ihre jeweiligen Hinterhöfe reserviert halten: Die USA Lateinamerika, die EU Osteuropa und Japan Südostasien. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Osterweiterung der EU zu sehen.

Die 1992 in Maastricht beschlossenen Konvergenzkriterien der Wirtschafts- und Währungsunion schließlich zeigen immer deutlicher, daß die EU grundlegende Menschenrechte – etwa das Recht auf Arbeit und auf soziale Sicherheit – immer weniger realisieren kann und auch gar nicht will, weil sie dafür keine wirkliche Kompetenz hat.

Die Kompetenz der EU-Gremien ist vorwiegend darauf gerichtet, die Verwertungsbedingungen für die Konzerne zu verbessern.

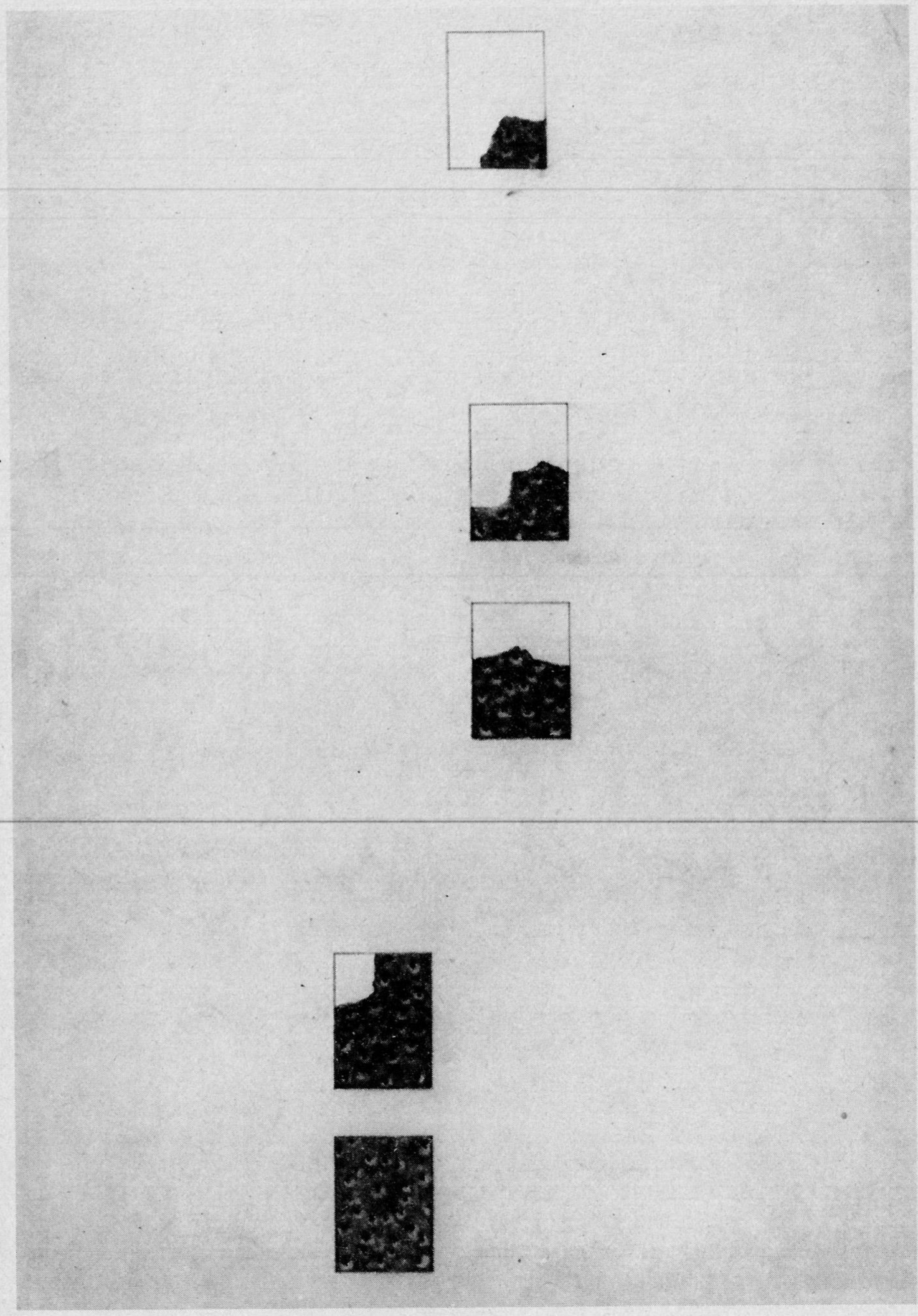
„Euro-Geld" und „Kern-Europa"

Die Wirtschafts- und Währungsunion verschärft alle grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Integration. Sie stärkt die mächtigsten europäischen Kapitalgruppen, sie verschärft das Diktat des Finanzkapitals über alle ökonomischen Prozesse, sie unterwirft und engt den nationalen Handlungsspielraum in allen ökonomischen, wirtschafts-, finanz- und budgetpolitischen sowie sozialpolitischen Belangen weiter ein. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Leistungsfähigkeit und wirtschaftlicher Niveaus der einzelnen Länder – der Arbeiter-, Frauen- und Jugendfeindlichkeit dieses monetaristischen Projekts – lehnen wir die geplante Euro-Einheitswährung entschieden ab.

Der Streik der französischen Arbeiter, Angestellten und insbesondere öffentlich Bediensteten im Herbst vergangenen Jahres hatte deshalb prinzipielle Bedeutung für die Entwicklung von Alternativen zu dieser kapitalistischen Zukunft Europas.

Nicht die Brüsseler Konvergenzkriterien, sondern nur die ökonomische und soziale Annäherung im Interesse der arbeitenden Menschen, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die Durchsetzung des Prinzips existenzsichernder Arbeit für alle, können die Grundlage einer solchen Alternative bilden.

„Die Logik der kapitalistischen Integration in Europa unter Führung der Europäischen Großmächte, insbesondere Deutschlands, führt zur Konzeption eines reichen ‚Kerneuropa, mit näheren und weiteren Peripherien im Süden und im Osten, in denen Millionen Menschen im wirtschaftlichen und sozialen Abseits leben. Diese festgeschriebenen schlechten Lebensverhältnisse sind selbst wiederum ein Mittel des Kapitals, um auf Löhne und Sozialleistungen in den entwickelten Ländern Druck ausüben zu können. Ein Europa des sozialen Aufstiegs für alle Menschen und Völker, ein Europa der Solidarität, ein Europa, das seinen Beitrag zur weltweiten sozialen Entwicklung leistet, ist mit dieser Konzeption und Perspektive der EU unvereinbar." (Thesen zur Europapolitik der KPÖ vom 10. Februar 1995).



Claes Oldenburg, Knäckebrotanschlagbrett, 1966

EU – Nährboden für Nationalismus

Vielfach wurde auch, gerade von sozialdemokratischer und grüner Seite, argumentiert, das Projekt EU würde Nationalismus und Rechtsentwicklung verhindern. Tatsache ist aber, daß Ausländerfeindlichkeit und Rassismus innerhalb der EU mindestens im selben Maße zugenommen haben, als die Integrationsgeschwindigkeit forciert wurde. Der aktuelle Rassismus ist aber nicht nur ein Ausdruck dieser sozialökonomischen Prozesse, er ist vor allem auch ein politisch-ideologisches Herrschaftsinstrument, die ideologische Entsprechung der EU-Entwicklung zur europäischen Festung, die sich vor „unliebsamen" Migranten rigoros abschottet.

Die EU kann auch von ihrer undemokratischen Konstruktion her keine Garantie gegen den Nationalismus sein. Im Gegenteil: Mit der Propagierung des „Europas der Regionen" und mit der Zerstörung der sozialen Errungenschaften wird nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien erst recht die Basis für ihre weitere Entfaltung geboten und damit gleichzeitig der angeblich so internationalistische Aspekt der EU ad absurdum geführt.

So lange grundlegende parlamentarische und demokratische Rechte in der EU vorenthalten werden, in den Mitgliedsstaaten über die Brüsseler Behör-

den der Prozeß der Entdemokratisierung vorangetrieben wird und keinerlei Möglichkeiten der direkten Demokratie bestehen, ist der Austritt aus der EU auch die bessere demokratiepolitische Variante.

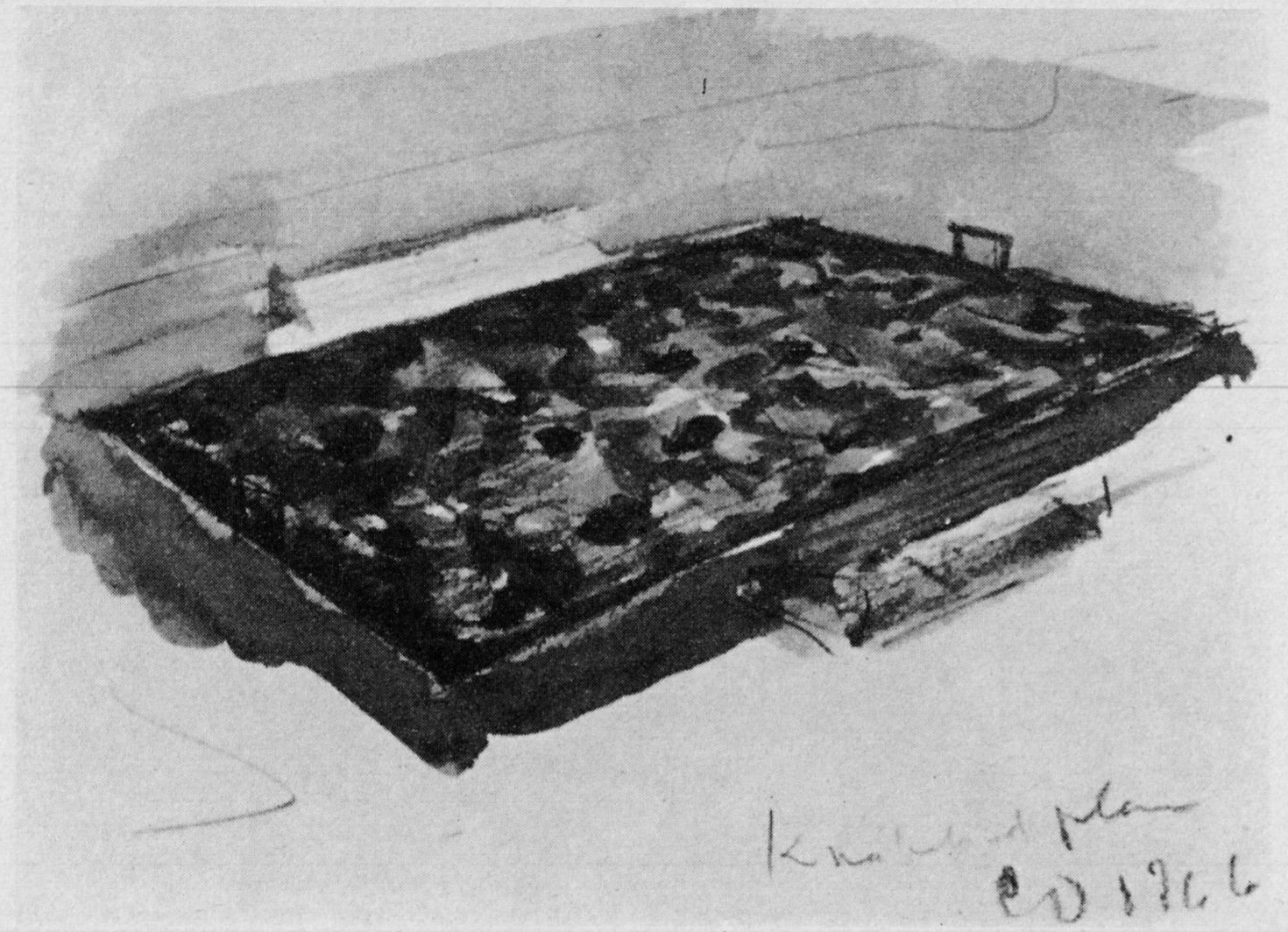
Neuer Internationalismus notwendig

Während das Kapital sein internationales und europaweites Agieren systematisch ausgebaut hat und damit eine entsprechende Hegemonie entwickeln konnte, ist die Arbeiterbewegung im Vergleich dazu immer mehr zurückgeblieben und agiert auch innerhalb der EU überwiegend defensiv. Die Hauptverantwortung dafür kommt der Sozialdemokratie und den sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften zu, die die EU im Widerspruch zu den Fakten als großartiges Integrationsprojekt im Interesse der kleinen Leute darstellen wollen und von einer Euro-Sozialpartnerschaft schwärmen.

Dem gegenüber orientiert sich die KPÖ auf die Intensivierung der Kontakte und die Zusammenarbeit mit den anderen kommunistischen und Linksparteien und Bürgerinitiativen und gemeinsam mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock für die Intensivierung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage des Kampfes gegen die Kapitalinteressen.

Aus der Mitgliedschaft Österreichs in der EU ergeben sich neue Formen des politischen Kampfes für diese Ziele, zum Beispiel auch die Teilnahme an den Wahlen ins Europaparlament, die nicht im Widerspruch zur Ablehnung der EU-Mitgliedschaft steht. Die KPÖ wird sich bemühen, in einem Bündnis mit anderen, die EU ablehnenden und EU-kritischen Kräften, an diesen Wahlen teilzunehmen.

Die KPÖ orientiert sich auf die Nutzung der Informations- und Kontaktmöglichkeiten, die sich über die Fraktion der Linken im Europaparlament ergeben. Die KPÖ nimmt als Beobachter dieser Fraktion teil und nutzt so weit wie möglich die von dieser Fraktion geschaffenen Foren zur Koordinierung des politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Kampfes.



Claes Oldenburg, Knäckebrotspielfeld, 1966

Der neue Internationalismus darf nicht in einem bornierten Eurozentrismus verharren, sondern muß Teil einer weltumspannenden antiimperialistischen Bewegung sein.

Die KPÖ versteht sich im Zeichen dieses neuen Internationalismus als Teil der internationalen kommunistischen und sozialistischen Kräfte.

Kampf für Neutralität – gegen Euro-Militarismus

Unter dem Stichwort Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) betreibt die EU ihre Integration auch in der als sicherheitspolitisch verbrämten militärischen Richtung zur Formierung einer Europäischen Militärunion. Ein Hebel dazu ist die Westeuropäische Union (WEU), ein anderer die NATO – innerhalb derer die EU-Führungsmächte Deutschland und Frankreich den Führungsanspruch der USA relativieren wollen um somit die EU auch zur militärischen Supermacht – mit den Atomwaffenbesitzern Frankreich und Großbritannien – entwickeln zu können.

Unter diesen Vorzeichen beginnt in diesem Jahr die EU-Regierungskonferenz (Maastricht II), die eine neue Etappe der Verwandlung der EU in ein militärisches Paktsystem einleitet. Der Einbau der WEU und damit der NATO in die EU würde diese Entwicklung festschreiben. Damit müßte Österreich endgültig und auch formell auf den verfassungsmäßigen Status der Neutralität verzichten.

Die KPÖ fordert deshalb weiter den Austritt aus der EU, weil wir als Kommunisten, wie die große Mehrheit des österreichischen Volkes, die Bedeutung der Neutralität für Österreichs Sicherheit und für die Entwicklung eines gesamteuropäischen, entmilitarisierten, kollektiven Sicherheitssystems höher stellen, als alle anderen Varianten im Rahmen der EU.

Die KPÖ fordert vom Parlament über die Ergebnisse der EU-Regierungskonferenz, insbesondere über die Beibehaltung der Neutralität und die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion, nach einer gründlichen öffentlichen Debatte, eine Volksabstimmung abhalten zu lassen.

II. Finanzkapital diktiert

Die Regierung hat ein umfassendes Belastungspaket geschnürt, um die öffentlichen Haushalte auf die Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion der EU auszurichten. Dieser Schritt erfolgt unter dem Diktat des internationalen und österreichischen Finanzkapitals, das unter der Losung der „Modernisierung“ eine offensive Strategie durchsetzt. Der Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems und der Einzug ökonomischer Wildwestzustände im Osten hat der Strategie des Kapitals, durch den Wegfall der Systemkonkurrenz, Tür und Tor zur Verschärfung seiner Vorgangsweisen geöffnet.

Dieser Kurs vertieft und beschleunigt im allgemeinen und auch in Österreich die Umverteilung von den Masseneinkommen zum Kapital. Das „private“ Geldvermögen ist auf die Summe von 3,8 Billionen Schilling angewachsen, wobei weit mehr als ein Viertel den Profiteuren des Finanzkapitals zuzu-

rechnen ist. Sie verdienen doppelt: durch Entfall jeder ernsthaften Besteuerung und an den Zinsen der öffentlichen Schulden. Aber auch die multinationalen Konzerne gehören zu den „Doppelverdienern“: Sie holen sich die Subventionen, die auf Grund der Standortkonkurrenz bezahlt werden, und sie genießen ungebrochen die Steuerprivilegien des Kapitals.

Die Kapitalstrategie und in deren Gefolge die Politik der Massenbelastungen erhöht die Zahl der Menschen, die keine Arbeit mehr finden, sie orientiert auf Deregulierung und Sozialabbau. Arbeitsrechtliche Normen, soziale Errungenschaften und Schutzbestimmungen werden als „Kostenfaktoren“ ins Visier der Kahlschlagpolitik genommen.

Belastungspaket – Ausdruck der Kapitalstrategie in der EU und in Österreich

Betroffen sind alle Bevölkerungsgruppen mit Ausnahme der Reichen. Steuerliche Mehrbelastung der durchschnittlichen Verdiener, Kürzung von Familienleistungen und sozialen Transfers, verringerte Bildungschancen, steigende Jugendarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Massenabbau von Arbeitsplätzen Älterer, zunehmende soziale Ausgrenzung und Benachteiligung immer größerer Gruppen, allen voran Frauen, AusländerInnen, alter, kranker und behinderter Menschen.

Die Frauen werden zunehmend zur „Konjunkturreserve“ degradiert und sind quer durch alle Gruppen zusätzlicher geschlechtsspezifischer Diskriminierung ausgesetzt. Die Mehrzahl der in Österreich lebenden Frauen hat keine Chance, eine eigenständige materielle Existenz zu begründen und abzusichern. Im Fall der Beschäftigung aber sind sie mit Unterbewertung und Unterbezahlung ihrer Tätigkeiten konfrontiert, was neben lückenhaften Berufsbiografien auf Grund einseitiger Zuweisung der Haus- und Kindererziehungsarbeit, zum Fallstrick im Sozialsystem wird.

Massenarbeitslosigkeit als Dauererscheinung

Die Massenarbeitslosigkeit ist zum Markenkennzeichen der kapitalistischen „Modernisierungsstrategie“ geworden. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen wächst ebenso wie die Dauer der Arbeitslosigkeit. Hochwertige Industriearbeitsplätze werden gegen unterbezahlte Dienstleistungsposten ausgetauscht oder verschwinden ersatzlos. Jungakademiker finden immer schwerer Zugang zum Arbeitsmarkt und erstmals übersteigt die Zahl der Lehrstellensuchenden wieder die Angebote, was den Druck auf die Schulen erhöht.

Offizielle Arbeitslosenziffern – so dramatisch sie sich bereits ausmachen – verlieren zunehmend an Aussagekraft, weil immer größere Gruppen unerfaßt bleiben. Rapide wächst die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse: Werk- und unzureichender Arbeitsverträge und geringfügiger Teilzeitbeschäftigung. Unzureichende soziale Absicherung und Unterbezahlung der geleisteten Tätigkeiten ist hier kennzeichnend. Davon sind vor allem jüngere und weibliche Arbeitskräfte betroffen.

Die von der Regierung eingeleitete Ausdehnung der Normalarbeitszeit bei gleichzeitiger Flexibilisierung und das praktizierte Unterlaufen bestehender Normen und Regelungen durch die Unternehmungen wird zusammen mit Betriebsabwanderungen und Rationalisierungswellen die Tendenz Richtung EU-Arbeitslosenzahlen beschleunigen. Erschwerend kommt hinzu, daß das öffentliche Verkehrsangebot und auch das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen weit hinter den Erfordernissen bleibt.

Andererseits sind die Spielräume für besondere Arbeitsplatzförderungsmaßnahmen durch das EU-Recht weitgehend verschwunden oder bedeutend verengt worden. Getätigte Investitionen bringen aber, wie sich in vielen Fällen zeigt, immer weniger neue Arbeitsplätze oder sind überhaupt auf Rationalisierung gerichtet.

Lohnsenkung, Sozialdumping und Zerstörung staatlicher Sozialversicherungssysteme als kapitalistische Normalität

Die „Standortkonkurrenz“ und die „globale Konkurrenzfähigkeit“ sind die vorgegebenen Motive, um Löhne, Gehälter und Sozialkosten international vergleichbar zu machen – das heißt: nach unter anzupassen. Das Unterlaufen der Kollektivvertragspolitik, die Ausgrenzung aus geregelten Arbeitsverhältnissen und oft sogar die Erpressung vor dem Hintergrund vieler Arbeitssuchender sind die Mittel, um die Lohneinkommen und die sozialen Leistungen zu drücken.

Das staatliche Sozialsystem mit der tragenden Säule der Sozialversicherungen kommt zunehmend mit Beitragserhöhungen, Leistungsverschlechterungen und Selbstbehalten unter Beschuß. Es wäre aber illusionär, den Angriff darauf beschränkt zu sehen. Es geht um eine Systemänderung: Die kapitalistischen Versicherungskonzerne sollen in der Tendenz die staatliche Pflichtversicherung und damit die derzeit noch relativ hohe Rechtssicherheit der Versicherungsleistungen ersetzen. Damit wird der „Amerikanisierung“ des österreichischen Sozialsystems der Weg bereitet.

Frauen – Ziel reaktionärer Angriffe

Die Verdrängung der Frauen aus qualifizierten Berufen bzw. Arbeitsplätzen und die Demontage von sozialpolitischen Errungenschaften führt zu einer Festigung reaktionärster Familienideologie. Alleinerzieherinnen werden mit weniger Karenzgeld, Single-Haushalte mit höheren Belastungen bestraft. Während man den Familien sozialrechtliche Ansprüche beschneidet oder nimmt, verstärkt sich der ideologische Druck auf diese, gesellschaftliche Aufgaben wahrzunehmen. Nicht nur die unmittelbaren familienpolitischen Kürzungen, auch die geplanten Einbußen beim Pflegegeld oder die Verschlechterungen im Pensionssystem sowie die Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich fordern ein Maß von familiären – in erster Linie weiblichen – Leistungen, die schon heute kaum zu bewältigen sind, während man das Einkommen der Familien zusätzlich belastet und kürzt.

Die Zunahme der Gewalt in den Familien wird durch soziale und schulische Verschlechterungen, Mehrbelastungen und Arbeitslosigkeit gefördert.

Wohnen als Ware

Menschenwürdiges Wohnen, Gesundheitsvorsorge und Versorgung im Krankheitsfall, behindertengerechte Einrichtungen und Dienste – all das sind unabdingbare Menschenrechte, von deren Verwirklichung sich das kapitalistische System immer weiter entfernt.

Die Wohnung ist längst Ware geworden und entwickelt sich zunehmend zum Luxusgut, das immer mehr Menschen versagt bleibt, vor allem wenn es sich um qualitativ gute Wohnungen handelt. Gesetzliche Bestimmungen gegen den Mietwucher und die Willkür der Hausherren wurden – soweit überhaupt vorhanden – systema-

tisch aufgebrochen. Dafür können sich Wohnungs- und Grundspekulanten großer Begünstigungen, nicht vorhandener Kontrolle und spekulationsfreundlicher Gesetze erfreuen. Das Ende des sozialen Wohnbaus durch die Gemeinden und eine unter den Anforderungen bleibende Bautätigkeit haben in Verbindung mit den enormen Verteuerungen bei den Betriebskosten dazu geführt, daß Wohnungsnot herrscht. Weder Angebot noch Preis entsprechen den Bedürfnissen.

Öffentliches Eigentum wird privatisiert – Kapitaloffensive erfaßt auch Gemeinden

„Weniger Staat, mehr privat", hieß die Losung, unter der im Rahmen der Kapitaloffensive Privatisierungen durchgeführt wurden und werden. War es zuerst die verstaatlichte Industrie, die systematisch zerschlagen und ausverkauft wurde, so erstreckt sich heute die Privatisierungswelle auf die Großbanken, auf Verkehrsinfrastrukturbetriebe und öffentliche Dienstleistungen sowie auf die Bundesbetriebe und volkswirtschaftliche Kernbereiche wie den Telekombereich der Post und Verkehrsleistungen der Bundesbahnen.

Auch die Gemeinden kommen immer stärker unter Druck, Dienstleistungen auszugliedern oder gar zu privatisieren, weil der Bund immer mehr kostenintensive Aufgaben auf die Gebietskörperschaften überwälzt. Dies, obwohl schon jetzt viele Gemeinden wichtige Projekte, etwa im Bereich der Trinkwassenversorgung oder der Abwasserbeseitigung, nicht mehr realisieren können, was neben investitionsmindernden Wirkungen vor allem negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung haben kann.

Viele Gemeinden, die für die Erhaltung von Spitälern aufkommen müssen, haben die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit längst überschritten. Damit stehen aber nicht nur Beitragserhöhungen und Leistungsverteuerungen für die Bevölkerung ins Haus, sondern auch beträchtliche Verteuerungen bei kommunalen Tarifen und Gebühren.

Arbeiterbewegung vor enormer Herausforderung

All das ergibt eine Strategie des Kapitals im Sinne einer nachhaltigen Veränderung der sozialökonomischen Rahmenbedingungen: Weitgehende Abschaffung des öffentlichen Eigentums, Einschränkung des Sozialsystems auf geringfügige „Notwendigkeiten", Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Deregulierung im Arbeits- und Sozialrecht, Verbilligung der Arbeitskraft, Beseitigung der letzten Reste an Mitbestimmung.

Diese Veränderungen bleiben nicht ohne Entsprechung im politischen System. Die Rechtsentwicklung manifestiert sich nicht nur in der Stärke Haiders und seiner Partei und im immer offeneren Agieren reaktionärster und rechtsextremer Bewegungen. Die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP ordneten und ordnen ihre Regierungspolitik dem politischen Nachvollzug der Kapitalstrategie unter.

Die Etablierung des Liberalen Forums bedeutet die Verankerung einer weiteren bürgerlichen Partei, die ein marktradikales, zutiefst unsoziales Programm vertritt. Die Grünen scheinen sich endgültig von den letzten Ansätzen linker Politik verabschiedet zu haben.

Der umfassenden und offensiven Kapitalstrategie steht eine weitgehend paralysierte Arbeiterbewegung gegenüber. Die politische Mehrheit des ÖGB bleibt im Fahrwasser der SPÖ-Regierungspolitik.

Der ÖGB und die Arbeiterkammern stehen vor einem Scheideweg: Entweder die Unterstützung der herrschenden Politik – und die weitere Einbindung in die Sozialpartnerschaft führt zur Aushöhlung ihrer Grundlagen – oder sie entscheiden sich, für die Interessen ihrer Mitglieder, wie dies auch ihrer Programmatik entspricht, zu kämpfen und politischer Faktor zu bleiben.

Die Kapitalstrategie richtet sich nicht nur gegen die rechtlichen und materiellen Interessen der Lohnabhängigen – sie zielt auch auf die Organisationen der Arbeiterbewegung, auf die Zerschlagung der Gewerkschaften. Es ist eine tödliche „sozialpartnerschaftliche" Illusion, daß in Österreich – entgegen allen internationalen Erfahrungen – die Gewerkschaften von der Kapitaloffensive verschont bleiben könnten.

Die KPÖ gibt sich nicht dieser Illusion hin. Sie ruft die Gewerkschaftsführung zu einer Änderung ihrer Politik im Sinne einer aktiven Interessensvertretung und der Herausarbeitung einer Gegenstrategie auf. Sie bekennt sich zum ÖGB, weil es nicht zuletzt im Hinblick auf die leidvolle Geschichte unseres Landes keine Alternativen zu einer großen, einheitlichen Gewerkschaftsbewegung gibt. Gemeinsam mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock, in dem KommunistInnen aktiv mitwirken, arbeiten wir für eine Änderung, für einen kämpferischen ÖGB.

Sozialpartnerschaft unter den Bedingungen der Kapitaloffensive und der Internationalisierung

Das Sozialpartnerschaftssystem ist in seiner Ausprägung eine österreichische Besonderheit, zugleich ist aber festzustellen, daß es auch in anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern Ansätze zur Klassenkollaboration gibt. Das österreichische System, das von Anfang an im wesentlichen auf die Einbindung der Gewerkschaften im Sinne einer möglichst konfliktfreien Durchsetzung der herrschenden Politik gerichtet war, kommt unter starken Veränderungsdruck, weil sich die sozialökonomischen und politischen Rahmenbedingungen ebenso ändern, wie das internationale Umfeld.

Sozialpartnerschaft ist unter den heutigen Bedingungen keine Verteilungspartnerschaft nach moderaten kapitalistischen Regeln – das kleine Stück den Arbeitenden, das große Stück dem Kapital – sondern eine Belastungs-, Kürzungs- und Streichungspartnerschaft unter denselben verteilungspolitischen Vorzeichen, sieht man davon ab, daß derzeit dem Kapital nichts gestrichen wird.

Diese Politik ist neben der Privilegienwirtschaft und dem Proporzsystem auch der Grund, warum die Akzeptanz gegenüber der Sozialpartnerschaft, aber auch ihrer Träger, sinkt. Der ÖGB kommt also durch ein Festhalten an diesem System, aus dem sich das Kapital langsam freispielt, weil es direkte Durchsetzungsmöglichkeiten wittert, in immer stärkeren Widerspruch zu seinen Mitgliedern.

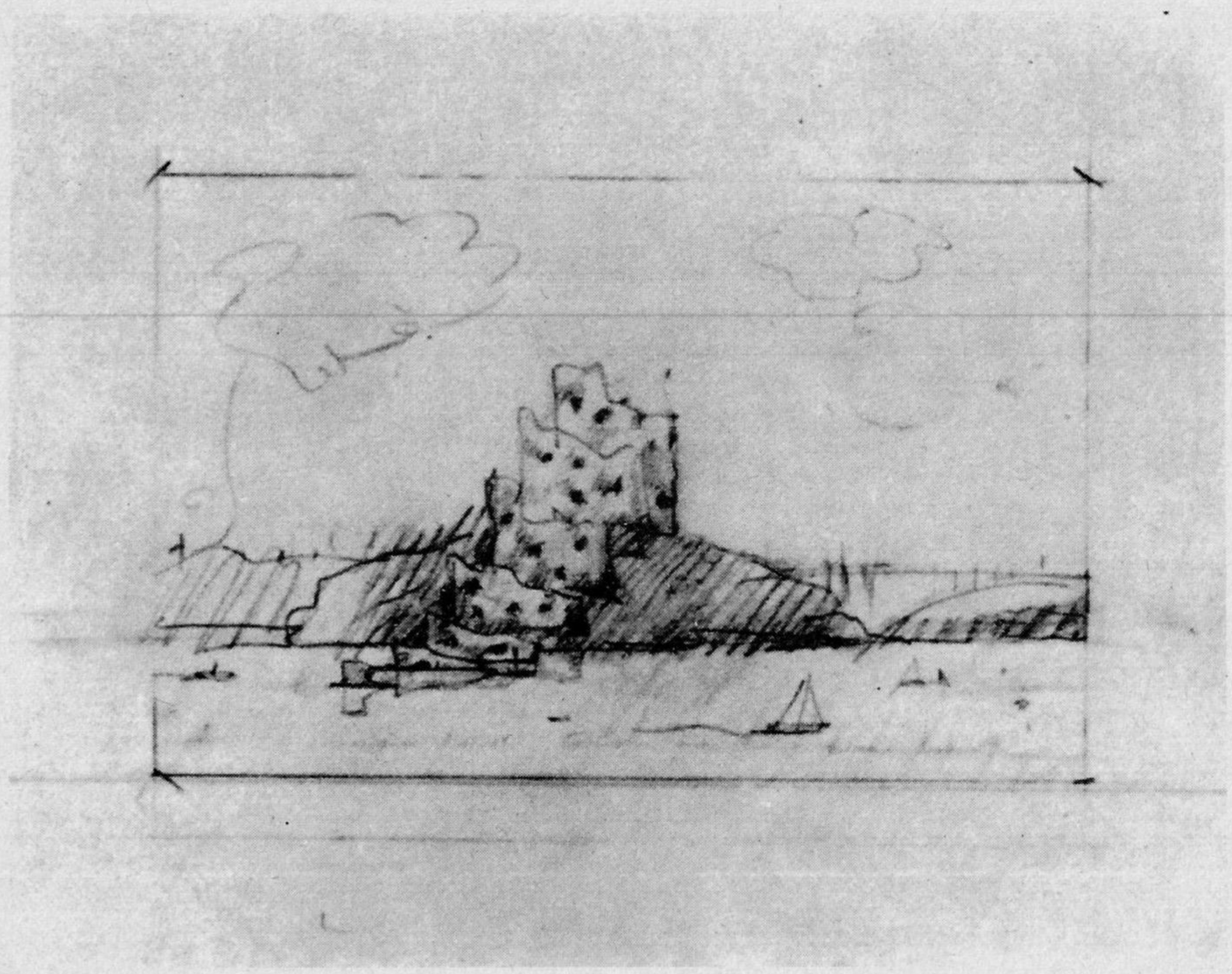
International betrachtet, vor allem auf die EU bezogen, wird es keinen Platz für ein ähnliches System geben, zumal EU-weit das Kapital bereits viel radikaler agiert, die Gewerkschaften zum Großteil wesentlich schwächer organisiert sind und nicht zuletzt, weil im Rahmen der EU die institutionellen Voraussetzungen fehlen. Es kann auch nicht im Sinne der Arbeiterbewegung sein, sich in ein solches internationales System der Interessensunterdrückung einbinden zu lassen.

Revolutionäre Politik heute

Revolutionäre Politik muß heute davon ausgehen, daß sich die Arbeiter-

und sozialistische Bewegung unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in der Defensive befindet. Auf längere Sicht kommt es deshalb darauf an, durch politische und gewerkschaftliche Aktionseinheits- und Bündnispolitik, den wichtigsten Einbruchstellen der Kapitaloffensive zu begegnen und dafür eine Massenbasis zu gewinnen.

Gleichzeitig erfordert nicht nur die Verteidigung bestehender sozialer Standards und Rechte, erst recht aber die Erkämpfung neuer, die grundsätzlichen Zusammenhänge kapitalistischer und staatlicher Verteilungs- und Umverteilungspolitik zu enthüllen.



Claes Oldenburg, Knäckebrotmonument, 1972

Wesentliche Voraussetzung einer Erneuerung der Arbeiterbewegung insgesamt ist ein neuer Internationalismus, der sich nicht der „Standortkonkurrenz" des Kapitals und den neuen Formen der kapitalistischen Integration wie die EU unterordnet.

III. Erneuerung der Partei fortsetzen

Auf dem 28. Parteitag 1991 in Graz haben wir uns darauf geeinigt, die Kommunistische Partei Österreichs nicht aufzulösen, sondern zu erneuern. Auf dem 29. Parteitag 1994 in Linz haben wir mit der Annahme der „Grundzüge für eine Neuorientierung" und dem Parteistatut unsere Vorstellungen über diese erneuerte KPÖ umrissen. Hauptidee der „Grundzüge ..." ist die Orientierung auf einen demokratischen und antipatriarchalen Sozialismus: „Als gesellschaftspolitisches Ziel der KPÖ wird die klassenlose Gesellschaft, in der jede Form der sozialen, geschlechtlichen oder rassistischen Unterdrückung ausgeschlossen ist, in der die freie Entfaltung jedes/r Einzelnen die Bedingung der freien Entwicklung aller ist und umgekehrt, erklärt."

Ein wichtiges Ergebnis des Parteitags bestand auch darin, daß die große Mehrheit der Delegierten beschloß, die Tätigkeit der Partei wieder nach außen zu richten, insbesondere für den Widerstand gegen die EU-Mitgliedschaft, für nationale Unabhängigkeit und Neutralität, gegen die ökonomischen und sozialen Folgen der kapitalistischen Integration in der EU und gegen die Rechtsentwicklung zu kämpfen. Schließlich haben wir uns auf dem 29. Parteitag vorgenommen, die Orientierung auf Bündnisse, einschließlich Wahlbündnisse, verstärkt weiterzuführen.

Das erfordert für unsere in ihrer Struktur föderalistische Partei politische Präsenz und Handlungsfähigkeit im lokalen, regionalen und gesamtösterreichischen Maßstab. Die jahrzehntelange Geschichte unserer Partei zeigt, daß jede Überzentralisierung und Verselbständigung der Bundesführung zu einer dogmatischen und weltfremden Politik führt, eine Verabsolutierung des föderalistischen Prinzips hat andererseits unweigerlich eine Entsolidarisierung der Landesorganisationen und innerhalb des Bundesvorstandes zur Folge.

Mit Widersprüchen solidarisch umgehen

Unser Abschneiden bei Wahlen ist auf allen Ebenen widersprüchlich. Stimmen- und Mandatsverlusten steht das erfolgreiche Verteidigen und der fallweise Ausbau von Positionen gegenüber. Nach wie vor beträgt der Stimmenanteil für die KPÖ bei Kommunalwahlen ein Vielfaches dessen bei allgemeinen Wahlen. Dies allerdings nur in einer geringen Anzahl von Regionen, wo wir kommunalpolitische Positionen haben.

In der Kommunalarbeit werden auch bündnispolitische Erfahrungen gesammelt, wobei sich durch punktuelle Erfolge auch die Ausstrahlung der Gesamtpartei erhöht. Kleine Verbesserungen gibt es auch in der regionalen Öffentlichkeitsarbeit, die ihren Niederschlag in Tageszeitungen, ORF, Landesstudios und regionalen Medien findet.

Ungenügend bewußt gemacht hat der Bundesvorstand mögliche und reale Widersprüche zwischen regionalen und bundesweitem Agieren, zwischen Tendenzen zur lokalen Abkapselung einerseits und einer ungenügenden Berücksichtigung lokaler Erfordernisse andererseits. Hier ist jeweils eine richtige Balance zu finden. Insoweit hinter den Differenzen aber unterschiedliche Konzeptionen der Parteientwicklung stehen, müssen diese offengelegt werden.

Entscheidend ist, die Erfahrungen und Entwicklungsmöglichkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen einander nicht gegenüber zu stellen, sondern in einen sinnvollen Gesamtzusammenhang zu bringen. Dies ist eine der Hauptaufgaben des Bundesvorstandes.

Der Kampf um die Kandidaturen und das öffentliche Agieren in den Wahlkämpfen – auch bei den Nationalratswahlen – haben neue Kontakte zu jungen politisch aktiven Menschen gebracht. Intensiviert haben sich über die Einrichtung eines Jugendreferats beim Bundesvorstand Jugendkontakte in fast allen Bundesländern, und es treten auch neue Mitglieder der Partei bei. Die entscheidende organisationspolitische Aufgabe der nächsten Zeit (auch vom Standpunkt des Überlebens unserer Partei) besteht daher darin, diese neuen Aktivisten in Politik und Organisation der KPÖ zu integrieren.

Orientierung auf Bündnispolitik

Trotzdem ist die Tendenz der organisationspolitischen Entwicklung nach wie vor kritisch. Die Folgen der Überalterung können noch nicht wirksam aufgefangen werden, neue organisationspolitische Ansätze und Parteigruppen sind rar, groß ist nach wie vor die Tendenz zur Passivität, und es gibt auch Tendenzen der Entsolidarisierung.

Ohne die bescheidenen Schritte der politischen Konsolidierung auf allen Ebenen der Partei hätten sich diese Tendenzen noch stärker ausgewirkt. Es ist positiv, daß die KPÖ in einer Reihe wichtiger Bündnisse auf regionaler Ebene und in solchen mit österreichweitem Anspruch, wie in der Sozialbewegung, in der Anti-EU-Bewegung, in der Bewegung für die Neutralität, im „Linken Dialog" vertreten ist, bzw. zu deren Mitinitiatoren gehört.

Die Orientierung der Bündnispolitik der KPÖ zur Entwicklung des Widerstands entlang der politischen Schwerpunkte gegen die Belastungspolitik, für die Sicherung der Neutralität, gegen die EU-Mitgliedschaft und gegen die Rechtsentwicklung beinhaltet auch die Entwicklung von Wahlbündnissen auf allen Ebenen. Im kommunalen und betrieblichen Bereich gibt es neben den KPÖ- und GLB-Kandidaturen auch Erfahrungen mit Namenslisten. Die Erfahrung bei allgemeinpolitischen Wahlen zeigt, daß Wahlbündnisse nicht kurzfristig zustande kommen. Die zuständigen Organisationen legen autonom ihre Haltung zu Wahlen in ihrem Wirkungsbereich fest. Die Orientierung der KPÖ-Wien, ein Wahlbündnis für die Gemeinde- und Bezirksratswahlen in Wien langfristig vorzubereiten, ist aber ein wichtiger wahlpolitischer Versuch mit gesamtösterreichischer Bedeutung für die Partei.

Kritik und Normen in der Partei

Es macht für das Weiterkommen unserer Partei keinen Sinn, daß wir die Fragen, die wir auf dem 28. und 29. Parteitag entschieden haben, immer wieder von vorne zu diskutieren beginnen. Wenn das durch eine Minderheit in der Partei immer wieder versucht wird, so hat das zum Ziel, die Politik der Partei im Grundsätzlichen in Frage zu stellen und praktisch zu hintertreiben, die Partei vom eingeschlagenen Weg der Erneuerung abzubringen und auf perspektivlose, dogmatisch-sektierische Positionen zurückzuwerfen.

Wir bekennen uns zu Meinungspluralität und offenem Meinungsstreit als wesentlichem Teil unseres erneuerten Parteiverständnisses. Dementsprechend ist in unserem Statut das Recht jedes Mitglieds Kritik an allen Beschlüssen, Organen und Mitgliedern der Partei zu üben und seinen Standpunkt öffentlich und in Publikationen der Partei zu vertreten festgehalten, „wobei Kritik an Mehrheitsbeschlüssen nicht deren Umsetzung behindern darf". Konstruktiver Meinungsstreit ist aber mit Methoden der politischen Verleumdung, der Unterstellung und persönlichen Diffamierung unvereinbar. Das Statut verpflichtet daher auch dazu „statutengemäß gefaßte Beschlüsse zu respektieren und keine Aktivitäten zu entfalten, die geeignet sind, die Umsetzung statutengemäß gefaßter Beschlüsse zu behindern oder gar zu vereiteln". Die öffentliche Polemik gegen und die Diskreditierung unserer Kandidatur zur Nationalratswahl, nach der eindeutigen Beschlußfassung durch die Parteikonferenz, durch eine Gruppe von Parteimitgliedern, war ein Verstoß gegen diese statutarische Verpflichtung.

Wir wollen niemanden wegen abweichender Haltungen – auch in Grundsatzfragen – aus der Partei ausgrenzen, sondern klarstellen, daß die Einhaltung bestimmter Normen für das Funktionieren jeder Gemeinschaft und auch unserer Partei unverzichtbar sind.

Viele innerparteiliche Diskussionen und Probleme werden auch durch die notwendigen Einsparungen im Parteiapparat hervorgerufen. Die KPÖ kann sich schon seit Jahren kein Netz von Bezirkssekretären mehr leisten. Trotzdem ist die Partei weiterhin in den meisten und allen größeren Bundesländern mit freigestellten Funktionären aktiv. Im Bundesvorstand ist nicht nur die politisch konzeptionelle Arbeit durch die Einsparungen unbefriedigend, viel zu wenig intensiv ist die Zusammenarbeit zwischen Bundesausschuß und Bundesvorstand. Die ernstzunehmende Kritik bezieht sich auch auf die innerparteiliche Informationsarbeit.

Aufgrund der Auseinandersetzung mit den deutschen Behörden wird in den Medien oft ein völlig verzerrtes Bild über die finanzielle Lage der Partei gezeichnet, und es ist unter den gegebenen Umständen schwierig, dem entgegenzutreten. Eine rechtzeitige und der Situation angemessene Informationspolitik seitens der Parteiführung kommt in der Tat große Bedeutung zu. Völlig unverantwortlich sind aber im Rahmen parteiinterner Auseinandersetzungen gezielt lancierte Tatarenmeldungen, die nicht nur Mißtrauen sähen, sondern auch unsere Rechtspositionen in den gerichtlichen Verfahren gefährden.

Neue organisatorische Herausforderungen

Der Bundesvorstand muß sich mehr seiner gemeinsamen Verantwortung für die Gesamtpolitik der Partei stellen. Trotz weiteren Bestehens eines allerdings drastisch verkleinerten Parteiapparats stehen wir vor der Notwendigkeit, unsere Organisation wesentlich auf selbstorganisierte, ehrenamtliche politische Arbeit umzustellen. Der bezahlte Parteiapparat muß in seinen Strukturen und in seiner Arbeitsweise auf diese Anforderung umgestellt werden.

Die Entwicklung neuer Organisationsstrukturen und Parteigruppen, insbesondere unter Einbeziehung neuer Mitglieder und Aktivisten, erfordert die Intensivierung marxistischer Bildungsarbeit unter neuen Bedingungen.

Eine besondere Herausforderung stellt die sich entwickelnde Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Immigrantenorganisationen in Österreich dar. 1,3 Millionen Menschen mit und ohne österreichischen Paß kommen aus dem Ausland. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte in einigen Branchen beträgt bis zu 20 Prozent. Eine konsequente Orientierung auf die Interessen der österreichischen Arbeiterklasse ist ohne Berücksichtigung der Interessen dieser ArbeiterInnen unmöglich. Es ist ein Versäumnis, daß die KPÖ diesen Umstand in der Vergangenheit kaum berücksichtigt hat.

Die »Volksstimme« hat seit ihrem Wiedererscheinen als Wochenzeitung einen politischen Umgestaltungsprozeß erfahren. Ziel ist, die Zeitung zu einem Forum linker und kommunistischer Politik und einem Instrument der politischen Auseinandersetzung zu machen. Wichtig ist nun, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und Anstrengungen zur weiteren Verbreitung der »Volksstimme« zu unternehmen. Die KPÖ wird, so wie die meisten linken Kräfte, von den Massenmedien ausgegrenzt. Die Entwicklung eigener Medien – darunter einer zentralen gesamtösterreichischen Zeitung – ist daher unverzichtbar. ■

Die Welt von heute: Globale Polarisierungen

Ein Bericht vom XIII. internationalen Kolloquium über das Weltsystem

Hannes HOFBAUER

Als „one of the last leftist gangs" bezeichnete der rumänische Ökonom Silviu Brucan – er war kurzzeitiges Mitglied des 1989er-Revolutionsrates – die Runde radikaler Denker, die sich Mitte November in Wien traf. Zum XIII. internationalen Kolloquium über das Weltsystem fanden sich so berühmte Namen wie André Gunder Frank, Samir Amin, Giovanni Arrighi, Otto Kreye, Silviu Brucan, Theotonio dos Santos und 15 andere auf der Teilnehmerliste.

Alle waren gekommen, um, im zweijährigen Rhythmus, ihre jüngsten Systemanalysen aneinander zu erproben. Voriges Mal tagte man in Tokio, 1997 lädt Castros Kuba zur Diskussion. Das Wiener Kolloquium wurde infrastrukturell vom Karl-Renner-Institut unterstützt, dem Bildungswerk der österreichischen Sozialdemokratie, das für Kost und Logis der Weltsystemanalytiker aufkam. Damit war die Rolle der SPÖ aber auch schon erschöpft, inhaltlich hielt sie sich nobel im Hintergrund. Schonungslose Kritik am Ist-Zustand der Welt von heute bestimmte die in vier Foren abgehaltene Debatte.

„Wie schlecht ist es wirklich?" Mit dieser Frage entließ der spiritus rector der Veranstaltung, Immanuel Wallerstein vom Binghamptoner Fernand Braudel-Center, seine Freunde zum Wiener Kolleg. Begonnen wurde mit der Einschätzung der aktuellen Rolle Westeuropas im internationalen System. Samir Amin von der Universität Dakar präsentierte den Blick aufs Ganze: Spätestens seit 1989 habe sich das Kapital des Anpassungsdrucks, der die prosperierende Nachkriegsentwicklung mit erhöhten Sozialausgaben begleitete, entledigt. Die Notwendigkeit des Klassenkompromisses, wie ihn das westeuropäische Zentrum und seine osteuropäische Peripherie letztlich bis zum Fall des Eisernen Vorhangs gekannt haben, sei vorbei. Nach dem Ende sozialpartnerschaftlicher Interventionen – ob schwedischer, deutscher, österreichischer oder ungarischer Provenienz – herrscht wieder der krude, durch nichts als die Konkurrenz bestimmte Verwertungsdruck. In diese neue Phase des Wettbewerbs startet Westeuropa – so Amin weiter – nicht aus der besten Position. Integration im EU-Maßstab sei einzig in der Agrarpolitik erfolgreich, und auch dort nur im Zentrum der Maastricht-Union. Durch Abkoppelung vom globalen Weltagrarmarkt mittels exzessiver Subventionspolitik konnte die landwirtschaftliche Basis des gemeinsamen Marktes gesichert werden. Südliche Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien tragen die sozialen Kosten für diesen Brüsseler Handlungsspielraum, der 50 Prozent des EU-Budgets verschlingt.

Amin bestreitet, daß sich Maastricht-Europa auch in anderen Sektoren auf Integrationskurs befindet. Für Industrie-, Energie- und Verkehrspolitik gäbe es nach wie vor keine europäischen Lösungen. Ganze 2,4 Prozent aller westeuropäischen Budgets, so rechnet der ägyptische Ökonom vor, stünden der EU zur Verfügung. Für eine supranationale Regierung fehlten den Kommissären damit einfach die Mittel. Verschlimmert würde die Lage noch durch die Wechselhaftigkeit nationalstaatlicher Politik, die sich in ständig ändernden Regierungskoalitionen äußert. Statt der Vision des Delors-Europas einer eurozentrierten, von den USA relativ entkoppelten EU ortet Amin viel eher ein weltmarktintegriertes Westeuropa innerhalb des hegemonialen kapitalistischen Weltsystems. Genau dies sei das Ziel der deutschen Bourgeoisie gewesen, ihre Profite im Sog des US-dominierten Weltmarktes zu realisieren.

Europa regionalisiert sich

Das deutsche EU-Projekt braucht zu seiner Umsetzung ein desintegriertes, zur selektiven Integration bereites und von außerhalb kontrollierbares Osteuropa. „Das vierte Reich", so schließt der Afrikaner seine Ausführungen über Westeuropa, „kann durchaus demokratisch sein". Viel sympathischer als das Dritte Reich muß es deshalb vor allem auf seine Randgebiete im Osten und in Nordafrika nicht wirken.

Giovanni Arrighi vom Fernand Braudel-Center in Binghampton/New York pflichtete seinem Kollegen bei. Die Europäische Union hätte kein eigenes Entwicklungsmodell, und das leiste einer Regionalisierung des Zentrums Vorschub. Das spontan praktizierte Konzept im Angesicht der ökonomischen Krise sei die individuelle unternehmerische Bereicherung, die eine innere gesellschaftliche Polarisierung nach sich ziehen würde. Die daraus resultierende Legitimitätskrise der Herrschenden mündet in die panische Suche nach einem Wertesystem und seiner medialen Präsentation zur weiteren Garantie politischer Mehrheiten und gesellschaftlicher Akzeptanz. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe besteht darin, die durch den Aufstieg unproduktiver, spekulativer Sektoren gesunkene Beteilung gesellschaftlicher Mehrheiten am zu vergebenden sozialen Kuchen zu kompensieren. US-Amerika mit seinen seit einem Jahr ständig sinkenden Reallöhnen kann dafür kein brauchbares Beispiel abgeben.

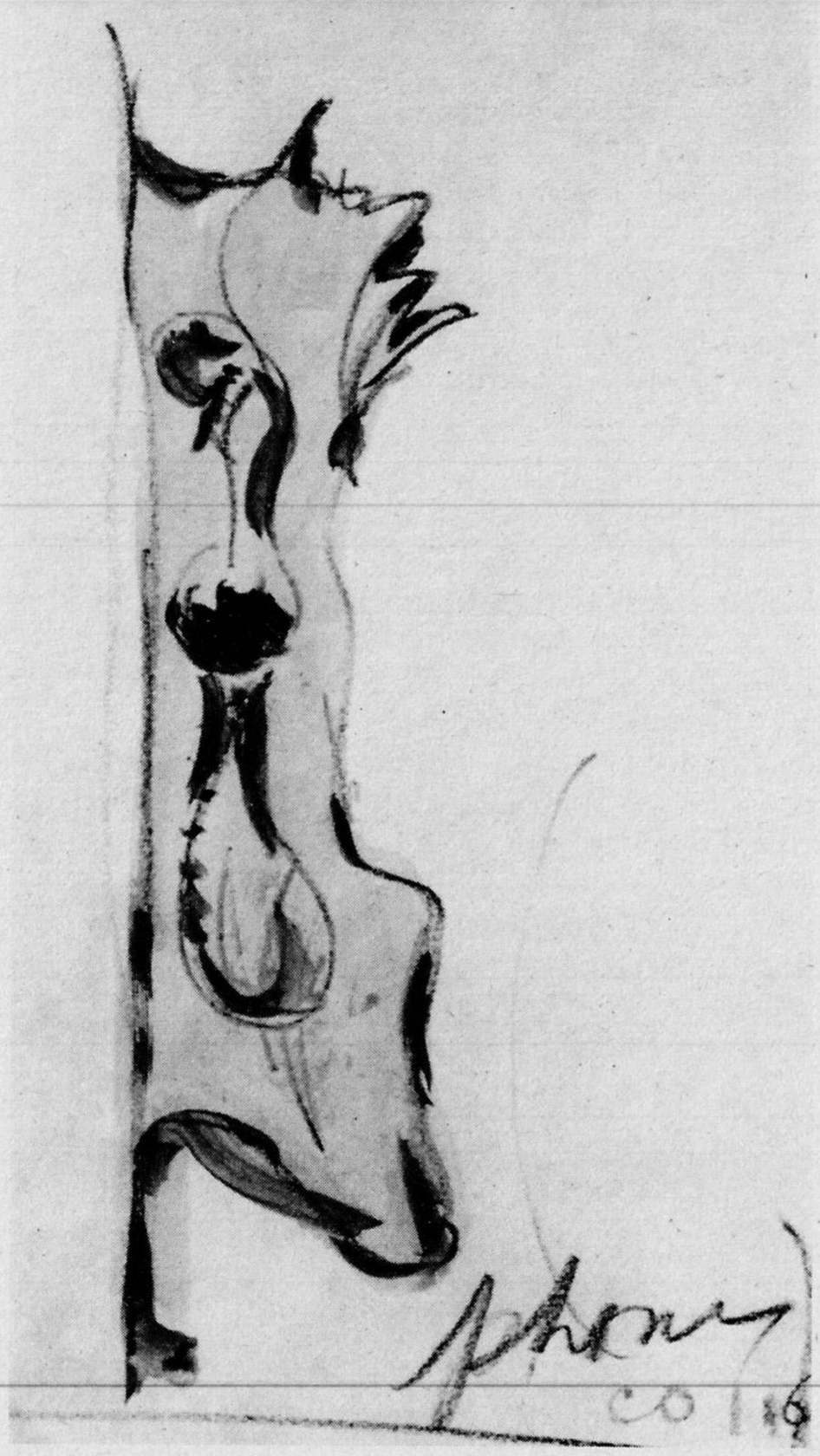
Frappierend, daß die Debatte über Westeuropa ohne die Nennung Rußlands auskam. Bis sich der Rumäne Silviu Brucan zu Wort meldete. „Vergeßt den Osten nicht!", mahnte er. So wie dessen Zusammenbruch zur Verschärfung der weltweiten Krise beitrug, so wird Rußlands kommende neuerliche politische Konstituierung wesentlichen Einfluß auf die zukünftige Entwicklung auch Westeuropas nehmen. Und „Rußland kommt

zurück", als militärisch-politische Macht. Ökonomisch, waren sich die Herren Analytiker einig, sei Moskau allerdings kein Attraktionspunkt.

Ost- und Südostasien – Sieger im Kalten Krieg

Schon eher Südostasien. Dort fänden sich die eigentlichen Gewinner des Kalten Krieges. Ähnlich Großbritannien, das zwei Weltkriege gewann und 1945 doch die Führungsrolle an die USA abgeben mußte, wäre Nordamerika diesmal, als Sieger der Blockkonfrontation, auf Dauer nicht in der Lage, die Lorbeeren dieses Sieges frisch zu halten. Südostasien hingegen dynamisiert sich zunehmend. George Aseniero, Berater des philippinischen Außenministeriums, gab diesbezüglich eine eindrucksvolle Analyse ab. Die hoch-hierarchisierte Region, wie er sie beschreibt, reicht vom Norden Japans bis zu den südlichen Inseln Indonesiens und formt ein eigenes System von Zentrums-, semiperipheren und peripheren Ländern. Als Wendejahr im Fernen Osten gilt nicht 1989, sondern 1985, als der Plaza-Accord im berühmten New Yorker Hotel die Freigabe des Yen-Kurses erlaubte. Die Gruppe der fünf reichsten Industrieländer (G 5) initiierte damals, in der Hoffnung auf japanische Exporteinbrüche, eine Aufwertung der östlichsten Devise. Die Reaktion der japanischen Exportindustrie war absehbar – und kam dennoch für Westeuropa und die USA überraschend. Um Kosten zu senken, agierten die Konzerne im Land der aufgehenden Sonne wie ihre Zentrumskonkurrenten seit den sechziger Jahren: mit Industrieauslagerungen. Die Investitionen im fernen Amerika seien dabei nicht so entscheidend für die japanischen Multis gewesen, meinte Aseniero. Sie stellten gleichermaßen Tributzahlungen an die militärische Ordnungsmacht dar; während das wirkliche Geld in Südostasien gemacht wird.

Die vier Tiger (Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong) und der große Drache (China) werden seitdem vom japanischen Yen gestürmt. In nur fünf Jahren erhöhte sich der im Ausland getätigte Anteil japanischer Produktion um vier Prozent. Der Nebeneffekt: Der hochbewertete Yen setzt Korea und Taiwan in die Lage, international konkurrenzfähig zu exportieren. Auch die Autoindustrie der beiden Tiger drängt, indirekt Dank Plaza-Accord, in die Märkte Westeuropas und der USA. Ein Erstarken der Tiger-Währungen ist die Folge, die wiederum ihrerseits Industrieauslagerungen zwecks Senkung der Produktionskosten nach sich zieht. Die Peripherie der vier Tiger heißt – für kurze Zeit – China. Doch schon formiert sich ein ökonomisches Zentrum im Land des Drachens, und chinesisches Diaspora-Kapital geht daran, Indonesien, Thailand und die Philippinen zu erobern. Ein ostasiatisches Zentrum entsteht.



Claes Oldenburg, Weiches Münztelephon von der Seite, 1963

Wohin der chinesische Entwicklungsweg führen wird, ist unter den anwesenden Wirtschaftstheoretikern umstritten. Kompradorenkapitalismus oder neues Zentrum im Weltsystem lauten die Pole der Diskussion. Für Otto Kreye vom Starnberger Institut zur Erforschung globaler Strukturen steuert China auf eine staatlich kontrollierte Marktwirtschaft zu. Massenbeteiligung könnte unter dem Druck starker Gewerkschaften und Bauernbewegungen eingefordert werden.

Gegen die These der zur Konstituierung eines Akkumulationsregimes notwendigen Staatsintervention wendet sich André Gunder Frank, der mit seinem Buch „Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika" bereits 1968 ein Standardwerk über weltsystemische Abhängigkeitsstrukturen lieferte. Nicht Regierungskontrolle sei für ökonomische Entwicklung ausschlaggebend, sondern umgekehrt: Die Kräfte des Marktes sind auch im Falle Chinas die bestimmenden und schaffen sich ihre Regierungen. Im übrigen ist es für Frank nicht verwunderlich, daß China erneut zum Zentrum des Weltsystems aufsteigt. Bis vor 150 Jahren lag dieses jenseits der längsten Mauer. Jetzt kehrt Ost- und Südostasien – nach einem historisch relativ kurzen Zeitraum westlicher Hegemonie – als wirtschaftlicher Gravitationspunkt auf die Bühne der internationalen Arbeitsteilung zurück.

Forget about Africa

Auf gänzlich anderem Kurs segelt Afrika. Nathan Shamuyariya, Sozialminister der Republik Zimbabwe und langjähriger Teilnehmer am „Weltsystem-Zirkus", gibt einen Überblick über die Marginalisierung eines Kontinents. Negative Wachstumsraten und Arbeitslosigkeit von 50 Prozent und mehr bilden dort die Grundlagen einer berechtigten Katastrophenstimmung. Tribalismus, religiöser Fundamentalismus und Rassismen der unterschiedlichsten Art prägen das aktuelle gesellschaftlich labile Gefüge. Die Schuldenfalle der siebziger Jahre, so Shamuyariya, sei grausam zugeschnappt. Nicht einmal einen Gesprächstermin bei den Gläubigern in Brüssel habe er erhalten. Stattdessen wies man die schwarze Ministerriege der Schuldner an, sich an einer Diskussionsgruppe mit Ex-Weltbankchef Robert McNamara zu beteili-

gen – „die pure Werbung für die Position der Gläubiger".

Die Angst, daß es im Süden Afrikas noch schlimmer kommen könnte, sei real. Wenn Südafrika, so fürchtet der Minister, territorial auseinanderbricht, würde die europäische Rechte einen Zulu-Staat unterstützen. Was das für die Entwicklung dieser Region hieße, läßt sich erahnen: Bereits heute, im „Frieden", sterben in KwaZulu täglich mehrere Menschen an politisch motivierter Gewalt. Von der „normalen" Kriminalität am Kap der Hoffnungslosigkeit ganz zu schweigen.

Lateinamerika: Hochzins statt Schuldendienst

Neues berichtete Theotonio dos Santos, der bekannte brasilianische Entwicklungstheoretiker, aus Lateinamerika. Dort läßt das Interesse des Nordens an der termingerechten Begleichung des Schuldendienstes nach, um dem Lukrieren hoher Zinserträge Platz zu machen. Hintergrund des Wechsels in der Aussaugungsstrategie lateinamerikanischer Nationalökonomien bilden unterschiedliche Konzepte von Weltbank und IWF auf der einen und den USA auf der anderen Seite. Während die internationalen Finanzinstitutionen penibel am Eintreiben der Schulden festhalten, hat der größte Schuldner der Welt, die USA, ernsthaft zur eigenen Defizitbekämpfung angesetzt. Dafür braucht es einen importwilligen Hinterhof statt exportgieriger südlicher Gläubiger. Deshalb gab es aus dem Weißen Haus auch keine Mißtöne zu hören, als Brasilien 1994 seine teilweise Zahlungsunwilligkeit erklärte. Nur mehr etwa 30 Prozent seines Schuldendienstes werden seither beglichen. Aus den übrigen Exporterlösen, die ehedem via Schuldendienst in den Norden flossen, bildete Brasilia einen Devisenfonds, der mittlerweile auf satte 10 Milliarden US-Dollar angewachsen ist. Zeitgleich erhöhte die brasilianische Notenbank zwecks Konsumbremse die Zinsen für den Real, und zwecks Anlockung ausländischen Spekulationskapitals jene für den Dollar, auf sagenhafte 60 Prozent, wovon selbst im Real inflationsbereinigt 35 Prozent Zinsertrag per anno bestehen bleiben. Fazit: Die Reserven aus dem Devisenfonds werden nun direkt in Form hoher Zinsen von – auch ausländischen – Währungsspekulanten abgecasht, oder sie dienen, ergänzt um die Revenue aus großen Privatisierungsvorhaben, zum Kauf US-amerikanischer Produkte. Womit die Welt globaler Abhängigkeiten auf eine neue Stufe gehoben wäre: Dem Exportdrang des Nordens ist Genüge getan, und die Industriestandorte des Südens gehen dabei kaputt. An der Peripherie etabliert sich ein ökonomisches Spekulationsregime, zumindest solange, wie es dem Zentrum gefällt.

Melkkuh Osteuropa: „Stop milking us"

Ähnlich stellt sich die Lage in Osteuropa dar. „From bad to worse", beschreibt Silviu Brucan die ökonomische Entwicklung dieses Halbkontinents. Das Bruttonationalprodukt des Ostens, welches 1985 noch 11,3 Prozent der Welt betragen hat, fiel innerhalb von 10 Jahren auf 6,3 Prozent. Osteuropa, so Brucan, kehrt nach dem Scheitern des stalinistisch inspirierten Modernisierungsprojektes wieder an seinen angestammten Platz im Weltsystem zurück – als Rohstoff und Arbeitskräfte lieferndes Randgebiet des westeuropäischen Integrationsraumes.

Transmissionsriemen dieser Peripherisierung ist der IWF, dem militärisch die NATO und politisch der Europarat zur Seite stünden. Und die sogenannten linken Regierungen folgen den Richtlinien des Währungsfonds am peinlichsten, schon deshalb, weil sie zu zeigen glauben müssen, wie gelehrig sie sich seit der Wende mit den Regeln des Weltmarktes vertraut gemacht haben.

Silviu Brucan hat errechnet, daß die jährlichen Kreditrückzahlungen des osteuropäischen Schuldendienstes (bei 100 Milliarden US-Dollar Schulden, exklusive der Ex-Sowjetunion) die gesamten neuen Kreditaufnahmen seit 1990 übersteigen. Der Cash-Flow läuft also von Osten nach Westen. Der wirksamste Vorschlag zur Überwindung dieses Ungleichgewichtes klingt banal, würde aber dennoch die Logik der Schuldenspirale sprengen: „Stop milking us", fordert der Bukarester Ökonom. Und ist gleichzeitig sicher, daß diese Forderung angesichts der derzeitigen internationalen Machtverhältnisse undurchführbar ist. Mehr noch: die geplante westeuropäische Währungsunion würde alle Länder östlich davon zu vollkommenen Außenseitern machen und ihren peripheren Status zementieren.

Brucans gute Nachricht zum Schluß: Die Konsolidierung Rußlands als militärischer Regionalmacht könnte neue Freiräume auf der Welt schaffen – und den Westen zwingen, Osteuropa wirtschaftlich aus der Patsche zu helfen. Dafür, freilich, bedürfte es verantwortlicher Kräfte hüben und drüben. Und die sind nicht in Sicht.

Claes Oldenburg, Sackträger, 1958

Wie meinte Otto Kreye, fast resignierend, am Ende des dreitägigen Symposiums? Die herrschende Klasse im Zentrum sieht aktuell keine Notwendigkeit für einen sozialen Kompromiß. Da hilft auch ein russisches Revival nicht allzu viel. ■

Dr. Hannes HOFBAUER ist Historiker. Er arbeitet als Publizist und Journalist.

Ein Gespenst geht um... nicht nur in Europa

Für Europa ist das Gespenst der wachsenden Armut relativ neu, allerdings nur wenn man beispielsweise die Nachkriegszeit ausblendet oder sich auf die entwickeltsten Länder beschränkt und dazu einen engen Europabegriff hat.

Selbst in der EU gibt es Länder wie Portugal, Griechenland oder den Süden Italiens, in denen Armut, absolute und relative, seit 1945 stets gegenwärtig war. Absolute Armut soll einen Zustand bezeichnen, in dem es am Lebensnotwendigsten fehlt, an Essen, Behausung und Kleidung, allenfalls Bildung und Arbeit. Relative Armut bemißt sich am durchschnittlichen Lebensstandard einer Gesellschaft. Bei uns etwa können eine Substandardwohnung, keine Waschmaschine, kein Auto, kein Job, schlechte Bildung usw. als Armutsmerkmale gelten. Beide Formen der Armut nehmen bedrohlich zu und können, was neu ist, auch Angehörige der bisher wohllebenden Mittelschichten erfassen. Der Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit ist nicht der einzige, aber der hervorstechendste. Arbeitslosigkeit über längere Zeit führt in die Armut, zumindest für Angehörige sozialer Unterschichten oder der unteren sozialen Mittelschichten. Mit den vielfältigen Prozessen dieser Verarmung, ihren ökonomischen Ursachen und ihrer ideologischen Bemäntelung befaßt sich dieses Heft.

Alle, auch konservative Sozialwissenschafter und Ökonomen stellen einhellig fest, daß in den vergangenen Jahrzehnten, auch unter sozialdemokratischer Regierung, der Unterschied zwischen Arm und Reich größer geworden ist. Diese Tatsache findet in den am weitesten reichenden Massenmedien Fernsehen, »Kronenzeitung« etc. keine Beachtung.

Die Inszenierung der letzten Wahlen, das Sparpaket vorher und das andere nachher, sind vor diesem Hintergrund der totale Zynismus. Die 70 bis 100 Millionen Schilling und wahrscheinlich mehr, die die Wahl kostete, hätte man nützlichen Zwecken zuführen können. Keine der beiden Regierungs- und zukünftigen Regierungsparteien erwägt ernsthaft den Skandal der Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Dieses Thema wird ängstlich vermieden.

Tatsächlich zeigt das Wahlergebnis, daß die Krise und die Krisenangst konservierend wirken. Beide Großparteien sind nach rechts gerückt, ideologisch, wirtschaftspolitisch und aus Opportunismus gegenüber den Freiheitlichen. Die Zweidrittel-Mehrheit im Parlament ist wieder hergestellt. Die Grünen, eine potentiell kritische Kraft, zumindest in der Verteilungsfrage, sind halbiert und rücken als Reaktion darauf auch nach rechts. Die irgendwie „Linken" in der SP, die den Skandal der Polarisierung zwischen Arm und Reich zumindest noch thematisierten, sind ausgeschaltet. Über das Sparpaket II, Sozialabbau, Rentenreduktion, Notstandshilfereduktion etc. besteht Einigung.

Die EU-weit propagierten Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit sind zahnlos. Niemand kann Unternehmer, die rationalisieren wollen bzw. müssen, zwingen, Leute zu beschäftigen. Mit der Freigabe der Arbeitszeitregelung wird sich die Macht der „Arbeitgeber" noch verstärken. Die Politik eilt dem ohnedies stattfindenden Prozeß der Erhöhung der Finanzmacht und der politischen Macht der Besitzenden hinterher.

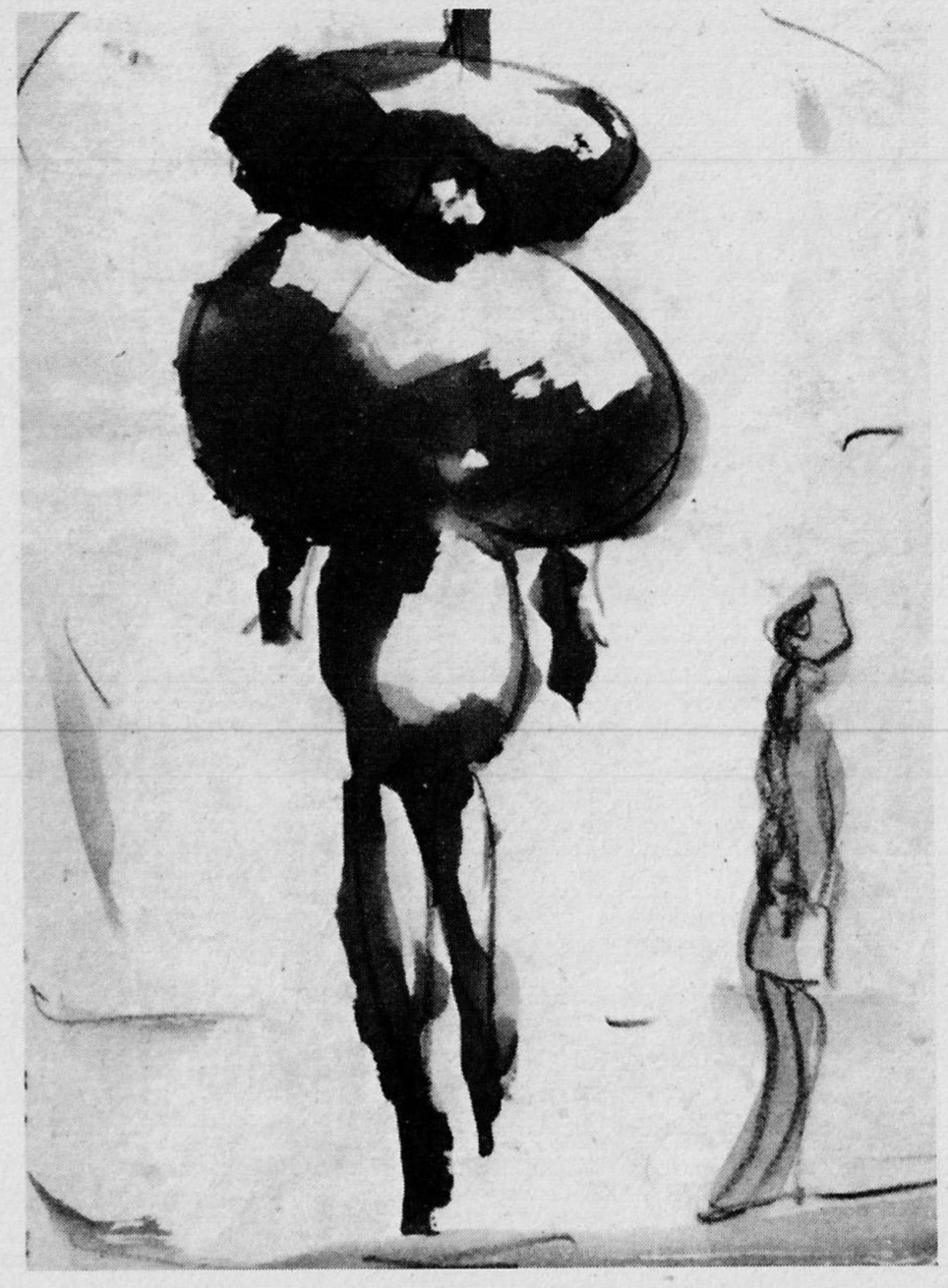
Einen solchen aktuell politischen Einstieg ins Thema „Armut" wählt Martin Schenk, Mitinitiator der ersten Österreichischen Armutskonferenz, für seinen Überblicksartikel, der die Spanne von der „Neuen Armut", über die Wohnungsfrage bis zur besonderen Betroffenheit der AusländerInnen auslegt.

Die Festung Europa ist in festen Händen, Armut und Arbeitslosigkeit werden zunehmen. Die Dritte Welt wird ausgebremst. Ihre Arbeitskraft wird genutzt, um den Lebensstandard der zweidrittel halbwegs saturierten Europäer so zu halten, daß keine gröberen Unruhen entstehen. Die Armut der Massen in den Entwicklungsländern ist kein Thema mehr, außer auf Bevölkerungskonferenzen, wo man den Drittweltländern rät, alles zu tun, damit sie nicht rein von der Menschenmasse her – so wird gedacht – aus den Fugen geraten. Dabei könnten auf Grundlage des Reichtums dieser Welt alle leben, Arbeit und Essen haben.

Lutz Holzinger verweist auf die Spirale der Armutsentwicklung, die durch die derzeit herrschende Politik auch in unserem Land noch vorangetrieben wird. Er beschreibt auch den „Wertewandel" seit der – wohl zu unrecht – vielgerühmten Kreisky-Ära. Die beschriebene Entwicklung der Polarisierung der Gesellschaft hat sich kontinuierlich seit 1945 vollzogen und unter Kreisky fortgesetzt! Wegen des anfänglichen Wirtschaftswunders ha-

ben auch die Masseneinkommen angezogen, aber keineswegs aufgeholt. Sie sind trotz allgemeinen Wirtschaftswachstums hinter den Gewinnen der Reichen kontinuierlich zurückgefallen. Der Abstand ist größer geworden. Nach einer Zustandsbeschreibung der Betroffenheit durch Armut, der konkreten Verteilungsprobleme für verschiedene Bevölkerungsgruppen und der Vergeblichkeit der herrschenden Arbeitsmarktpolitik, beschreibt er ein neues Phänomen der „Working poor", der Leute, die zwar Arbeit haben, aber so wenig verdienen, daß sie arm sind – durch Teizeitjobs, schlechte Bezahlung etc.

Aber – sie fallen aus der Arbeitslosenstatistik raus! Die Differenzierung der Löhne, der Beschäftigung der Staatsdiener und derer am „freien Markt", die derzeit zum Beispiel mit der Beamtenschelte forciert wird, führt zur Verstärkung von Entsolidarisierungsprozessen die durch die inhaltliche und finanzielle Aufsplitterung der Jobs sowieso vorangetrieben wurde. Auf diesem Hintergrund, sind für die Arbeiterbewegung die sogenannten „französischen Verhältnisse" von besonderem Interesse. Dort konnte diese Kluft in den Massenstreiks für einige Tage überwunden werden.



Parallel zu diesen oder sogar profitierend von diesen Krisensymptomen entfaltet das Finanzkapital seine parasitäre Kraft. Viele Milliarden werden täglich nur zu Spekulationszwecken verschoben und Millionengewinne eingefahren. Arbeitsplatzwirksam werden solche Transaktionen natürlich nicht. Es ist eine Bewegung in den Sphären des unproduktiven Kapitaltransfers, der nur die Reichen immer reicher macht.

Monika Pelz geht den versteckten Verarmungsprozessen nach und deren ideologischer Verarbeitung in den Köpfen und Medien der Herrschenden, aber auch in der Selbstwahrnehmung der Betroffenen. Biologistisches Überlebensdenken und die Losung „Jeder ist seines Gückes Schmied", also Individualisierung des Bewußtseins von Armut und individualistische Strategien gegen Armut, vertärken die beschriebene Entsolidarisierung. Armut kann „vererbt" werden; Sozialmilieu und Bildungsniveau sind wesentliche Grundlagen für Berufskarrieren und Lebensqualität der Kinder. Die besondere mehrfache Betroffenheit der Frauen als Arbeitslose, als Alleinerzieherinnen, als gegenüber den Männern am Arbeitsmarkt Benachteiligte, kommt in den Blick.

Bärbel Danneberg bringt in ihrem Bericht über die Weltfrauenkonferenz diese Probleme in den größeren Zusammenhang der internationalen Diskussion. Als Teilnehmerin der Konferenz referiert sie den Diskussionsstand der Verteilungsfrage zwischen Männern und Frauen, zwischen Erster und Zweiter Welt – mehr gibt's ja nicht mehr. Leider mußte die Konferenz feststellen, daß sich die Lage der Frauen verschlechtert hat. Unter den Armen sind sie weltweit gesehen die ärmsten. Die Armut hat ein weibliches Gesicht.

Nikolaus Dimmel erläutert die hohe Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe und somit die Alibifunktion des Sozialrechts: Würden alle, die einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe haben, diesen realisieren, würde das System umgehend kollabieren.

Inge Karazman-Morawetz liefert einen Rückblick auf die Entwicklung des Lebensstandards in Österreich seit 1945. Dieser fundierte, auch zahlenmäßig abgesicherte Rückblick illustriert die weit propagierte These „Es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute", für welche Gesellschaftsgruppen diese Aussage zutrifft, und die wenig bekannte Tatsache der Polarisierung zwischen Arm und Reich. Was ist nun mit dem „gerechten Lohn"? Den gibt es nicht! Um die Frage, wem der gesellschaftliche Reichtum gehört, wer darüber wie verfügt, führt kein Weg herum und damit auch nicht um den Klassenkampf, der mehr sein muß als ein Verteilungskampf. Denn eines wird aus allen Beiträgen deutlich: innerhalb dieses ökonomischen und politischen Systems, des Kapitalismus, sind diese Widersprüche nicht lösbar. Die Formulierung einer Alternative, die nicht in die Falle des Wettbewerbs mit dem Kapitalismus, in der Warenproduktion und in der Gütermenge tappt, ist Aufgabe einer möglichst vorurteilsfreien Diskussion der Linken.

Julius Mende

Armut im Sparstaat

Martin SCHENK

Das Auseinanderdriften sozialer Lebenslagen mit seinen negativen Folgen für die Betroffenen wie für die Gesellschaft insgesamt scheint im Jahr des Sparens kein sonderliches Interesse zu finden. Zwischen der Verteidigung des lähmenden Versorgungsstaats und der Propagierung des neoliberalen Sparstaats ist der Spielraum eng geworden für das gesellschaftliche Ziel, Ausgrenzungstendenzen hintanzuhalten.

In den westlichen Marktwirtschaften vollziehen sich die Mechanismen der Ausschließung leise, fast unbemerkt. Menschen, die sich Wohnen, Essen, Heizen, Bildung für die Kinder und den Urlaub nicht mehr leisten können, verstummen. Die anderen am Rand, denen die bedrohliche Einsicht aufstößt, daß ihr jetziger Status viel unsicherer ist als sie je gedacht hätten, verstummen im „Raunzen", wehren sich im dumpfen Groll. Scham auf der einen Seite, rebellierende Selbstunterwerfung auf der anderen. Die in Sorge um ihre Lebensgrundlagen stehen, werden aber nicht in den nächsten Monaten bei Protestveranstaltungen auf der Straße zu sehen sein; Mindestrentnerinnen, Arbeitslose, Alleinerziehende, Industriearbeiter oder Zuwanderer – einige der von Verarmung am stärksten bedrohten Gruppen – haben sich schon längst aus allen politischen Zusammenhängen zurückgezogen, ihre Lebenslagen sind völlig vereinzelt, ihre Interessen in den letzten Wahlkämpfen als einander gegensätzlich erklärt worden. In die Bewegung einer „Vier-Viertel-Gesellschaft", einer Societè der „unterschiedlichen Geschwindigkeiten" oder einer „Splittergesellschaft" sind wir längst eingetreten. Massenarbeitslosigkeit innerhalb Produktivitätssteigerung, Armut im Reichtum. Die Daten liegen am Tisch, die Analysen stehen in der Zeitung und liegen in den Schreibtischläden der Minister. Und trotzdem kein Thema.

Die Zuschauer am Rande der Wohlstandsparty stören offensichtlich die mediale Spar-Beschallung, verunsichern die Herolde der Opfer-Appelle: Wir müssen *alle* Opfer bringen!

„Mit dem Rasenmäher", hat mir eine Freundin zugeflüstert, die – mit 8000 Schilling im Monat und einer Miete von 4500 Schilling – zwei Kinder alleine aufzieht, als gerade im Radio einer der zahlreichen Neujahrs-Opfer-Appelle gepredigt wurde.

Homo oeconomicus

Ich werde den Verdacht nicht los, daß eine nicht unwesentliche Mehrheit im Land, eine „gesunde Verarmungslage" für gar nicht so schlecht hält: „Nur wenn die Konkurrenz aller gegen alle auf dem Arbeitsmarkt funktioniert und die Menschen Niedriglöhne und Lebensrisken als persönlich verantwortlich hinnehmen, steigt die Produktion und dadurch der Wohlstand. Erst die Angst vor der permanenten Bedrohung des Abstiegs ins Nirgendwo entfesselt die Leistungspotentiale und die Marktkräfte." Armut ist so eigentlich ein Motor für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt. Gekoppelt mit dem „Leistungs-Mythos" heißt das dann ungefähr so: „Die Faulen (meist verwendet für die Menschen am unteren Ende der sozialen Leiter) sollen sich den Fleißigen (also denen, die *es geschafft* haben) solidarisch erweisen."

Mit dieser Umkehrung des Solidaritätsprinzips wurde aus dem Lehm der Leistungsideologie der *Homo oeconomicus* erschaffen. Der ihm zugrundeliegende Schöpfungsmythos lautet: „Leistung heißt erwerbstätig sein bei möglichst konsequenter Maximierung des Einkommens bzw. Gewinns." Hier wird in sozialethischer Verzerrung des Gemeinwohlprinzips die Frage nach *sinnvoller* Arbeit eliminiert. Tätig-Sein in nicht-ökonomischen Zusammenhängen bleibt begriffs- und bedeutungslos. Gleichzeitig dreht sich die Verarmungsspirale für bestimmte Risikolagen, weil die Verteilungs- und Sanktionskriterien des Marktes im sozialen Sicherungssystem reproduziert werden. Wer in unsicheren Arbeitsverhältnissen, immer wiederkehrender Arbeitslosigkeit, Passagenarmut sein Erwerbsleben zubringen muß, steht auch im Arbeitslosengeld oder der Pension an bzw. unter der Existenzgrenze. Die Politik reagiert auf die Krise stets mit finanzieller Kürzung für die von der Krise Betroffenen. In einer Situation steigender Massenarbeitslosigkeit wird garantiert das Arbeitslosengeld gestutzt. Für manche werden solche Einschnitte kein Problem sein, für den großen Teil aber stoßen sie das Tor ins soziale Out auf. Den *Homo oeconomicus* wird das zu Leistung antreiben, Menschen macht es auf Dauer verbittert.

Spaltung

Wenn „Armut" Thema politischer Auseinandersetzung wird, dann immer eingebettet in einen Ein- wie Ausgrenzungsdiskurs: Familien sind dann besonders bedroht, weil (!) andere ihre Bedürftigkeit nur vorgeben. Alleinerziehende Mütter sind besonders schlimm dran im Verhältnis zu Arbeitslosen. Die „kleinen Leut'" werden übergangen im Gegensatz zu den Ausländern usw. Den Schwachen die Schwächsten zu opfern, ist zum beliebtesten wahlstrategischen Kampfmittel geworden. Die rhetorische Spaltung zwischen Personengruppen, die allesamt von Ausgrenzung bedroht sind, bereitet politisches Handeln vor. Das sozialpolitische Konzept, das auf Basis dieses Spaltungsdiskurses logisch erscheint, fordert Umverteilung *zwischen* den Benachteiligten. Die Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) im November 1995 spiegelt diese Taktik in der Bewußtseinslage der Bevölkerung wider: Arbeitslose und Zuwanderer bekämen „zu viel" an Sozialleistungen, Familien und Behinderte „zu wenig". Die Richtigstellung der wirklichen Höhe der Transferleistungen (Familientransfers und Pflegegeld am höchsten, Zuwanderer zahlen weit mehr ein als sie insgesamt herausbekommen) blieb in den Medien aus.

Fahrstuhleffekt

„Wir zählen mit Akribie die Anzahl der Obstbäume, aber wir behandeln die Vermögen sehr diskret, und das ist kein Zufall. In diesem Bereich sind eben die politischen Widerstände besonders groß." Ferdinand Lacina beschreibt die mangelnde Leidenschaft der politi-

schen Elite, sich Überblick über die Einkommens- und Vermögensverteilung im Land zu verschaffen.

Genaue Aussagen über die Einkommensverteilung können aus den Steuerstatistiken nicht abgeleitet werden, da die Lohnsteuerstatistik veraltet ist (1987), die Einkommenssteuerstatistik durch Strukturwandel und Steuerreformen beeinflußt wird.

„Für die Reichen", so Gerhard Wohlfahrt vom Grazer Institut für Volkswirtschaftslehre, „das sind die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher, spielen Nicht-Arbeitseinkünfte eine immer größere Rolle." Über ein Viertel der Einkommen der Reichen sind bereits als Kapitaleinkünfte ausgewiesen. Der Bestand an Geldvermögen beträgt in Österreich rund 3.500 Milliarden Schilling (rund das 1,5fache Bruttoinlandsprodukt oder die 3fache Staatsschuld oder 500.000 Schilling pro Einwohner bzw. über eine Million pro Haushalt).

Noch stärker konzentriert ist das Gesamtvermögen. „Es ist rund dreimal so groß wie das Geldvermögen. Die obersten 10 Prozent der Vermögensbesitzer halten die Hälfte des Gesamtvermögens, die untere Hälfte der Haushalte besitzt aber nur 2,4 Prozent" (Wohlfahrt).

Die Klassengesellschaft wird eine Etage höher gefahren. Mit diesem „Fahrstuhleffekt", so der Soziologe Ulrich Beck, ist gemeint, daß in den letzten Jahren für einen großen Teil der Bevölkerung zwar eine unübersehbare Verbesserung des materiellen Wohlstands stattgefunden hat, abgesehen von einer gewissen Streuung in den einzelnen Pyramiden haben sich dabei die Ungleichheitsrelationen aber kaum verändert.

Um Armut in ihrer ganzen Breite erfassen zu können, ist auf die gesamte Lebenslage von Menschen Bezug zu nehmen. Wobei Lebenslagen als Spielraum, den die gesellschaftlichen Bedingungen dem einzelnen zur Entfaltung und Befriedigung seiner wichtigen Interessen bieten, zu verstehen ist. Im Lebenslagenkonzept werden Einkommen, Wohnung, Bildung, Sozialbeziehungen, Gesundheit untersucht und mit Lebenszufriedenheit, Einsamkeit, Niedergeschlagenheit, Ängsten und Sorgen verglichen. Kumulationseffekte weisen auf Verarmungs- und Ausgrenzungstendenzen hin.

So zählen orientiert an der einkommensbezogenen EU-Skala 26 von 100 alleinstehenden ÖsterreicherInnen im Alter von mehr als 65 Jahren zur Gruppe der Armutsgefährdeten. Allein das sind schon 100.000 Ernstfälle. Und von den 250.000 Alleinerziehenden gilt jede/r fünfte als verstärkt von Armut bedroht. Mit einem Kind trägt ein/e Alleinerziehende/r bereits ein erhöhtes Verarmungsrisiko, bei Familien mit Alleinverdienern wird es ab drei Kindern brenzlig. Arbeitslose und Zugewanderte runden den „Armenclub" ab.

Claes Oldenburg, Frau im Bus, 1960

Auf den Arbeitsmarkt bezogen: Während sogenannte Randgruppen in den letzten Jahrzehnten schon zum gewohnten Bild unserer Gesellschaft gehörten, zwingt die Armutsspirale jetzt weitere Teile der Bevölkerung in die Knie. Eine Hochrechnung der heutigen Veränderungen der Arbeitswelt für zwei Generationen – durchgeführt vom Europäischen Zentrum für Sozialforschung – führt zu einer tief gespaltenen Gesellschaft: Einem Viertel gut ausgebildeter, vollbeschäftigter und sozial gut abgesicherter Arbeitnehmer würde ein weiteres Viertel von weniger gut gesicherten, im Durchschnitt weniger gut ausgebildeten und meist im Dienstleistungsbereich beschäftigten „Flexi-Workern" gegenüberstehen. Die andere Hälfte wären Gelegenheits- und Saisonarbeiter, schlecht bezahlt, oft arbeitslos, mehr oder weniger an der Armutsgrenze lebend: zu einem Großteil Frauen, ausländische StaatsbürgerInnen, Behinderte, Ältere oder auch unterschiedlich gut qualifizierte Jugendliche, denen es nicht gelingt, einen Job zu bekommen. In Frankreich sind jetzt schon 26 Prozent aller Jugendlichen arbeitslos, weitere 25 Prozent fretten sich mit Gelegenheitsarbeiten durch.

Die zahlreichen Ausschließungsmechanismen, die mit fehlender ökonomischer Eintrittskarte zur Normgesellschaft einhergehen, fressen sich in die betroffenen Personen selbst hinein. Für Arbeitslose beginnt die Frage eigener Bedeutung(slosigkeit) und (Un)Wichtigkeit am Selbstvertrauen zu nagen, alleinerziehende Mütter vereinsamen, weil ihnen die Freundinnen abhanden gekommen sind, die früher noch auf ihre Kinder aufgepaßt haben. Steigende Verarmung geht mit einer Abnahme an zur Verfügung stehenden Selbsthilfepotentialen einher. In verarmten Wohnmilieus ist ein völliger Ausfall der Nachbarschaftshilfe festzustellen bei gleichzeitiger Distanzierung und Abgrenzung von den übrigen HausbewohnerInnen. Dort, wo Solidarität am nötigsten wäre, geht sie am meisten ab.

Armut macht fremd

Da die Wohnbevölkerung der ersten wie zweiten Zuwanderergeneration aus rechtlichen und faktischen Gründen bei ihrer Wohnversorgung

vom öffentlichen geförderten Wohnbau größtenteils ausgeschlossen ist, wohnt sie fast zu hundert Prozent im privaten Altbestand. Eine Sonderauswertung der Volkszählung 1991 zeigt, daß 50 Prozent der Wohnbevölkerung mit fremdem Paß in nur sechs der dreiundzwanzig Wiener Gemeindebezirke leben.

Die Wohnbedingungen von MigrantInnen sind dadurch gekennzeichnet, daß ihnen durchschnittlich weniger Wohnraum zur Verfügung steht als den ÖsterreicherInnen, dieser Wohnraum schlecht ausgestattet ist, die Rechtsstellung gegenüber dem Vermieter zumeist schwach ist, und sie dafür deutlich mehr pro Quadratmeter bezahlen als österreichische StaatsbürgerInnen für Wohnungen vergleichbarer Ausstattung.

Mehr als 80 Prozent der Wohnungen von ZuwandererInnen haben nicht mehr als zwei Wohnräume. Das Statistische Zentralamt bestätigt die triste soziale Lage: „Im Vergleich zu den inländischen Arbeiterhaushalten verfügen nur halb so viele Zuwandererhaushalte über ein Telefon, doppelt so viele sind ohne Kochmöglichkeit, vier mal so viele ohne Waschmaschine in der Wohnung oder im Haus".

Viele sind dabei vor allem durch die befristeten Mietverhältnisse und Untermietskonstruktionen betroffen. Zum Teil müssen sie Beträge von mehr als 2000 Schilling nur für die Benützung eines Bettes in einem Mehrfachbettzimmer bezahlen. Eine solche Bleibe eignet sich natürlich nicht zum Wohnen untertags, sondern nur zum Schlafen. Moderne Bettgeher.

Charakteristische Merkmale für die Ausbildungssituation der sogenannten Zweiten Generation sind der relativ hohe Anteil von Jugendlichen in Sonderschulen, der frühe biographische Eintritt ins Erwerbsleben und der geringere Anteil am Mittelschul- und Universitätsbesuch.

Deklassierung macht deklassierte Menschen fremd, nicht fremdenfeindlich. Ausländerfeindlichkeit mittels Ausländerdiskriminierung zu bekämpfen ist, so dumm wie Antisemitismus mittels Judendiskriminierung angehen zu wollen. Die Konflikte in den Wohnhäusern, in der Schule oder sonstwo sind nicht Bestätigung, sonderen bereits Folge der Ausgrenzungspolitik der letzten Jahre. Die räumliche Aus- und Eingrenzung von Zuwandererfamilien mit ihrer gedrängten Wohnsituation treibt besonders die (männlichen) Jugendlichen hinaus auf den Lebensraum Straße. Parks, Einkaufzentren oder Höfe werden zum bevorzugten sozialen Ort der Raumeroberung, der in den Familien des Mittelstands längst auf die eigene Behausung geschrumpft ist. Die Ausgrenzung am Wohnungsmarkt drängt einkommensschwache Familien in den (oft überteuren) Substandardbereich ab, Ghettobildung ist die Folge.

Claes Oldenburg, Straßenszene, 1960

Die Unsicherheit des Aufenthalts zerstört die Sicherheit von Lebensplanung. Mit der Angst heute, morgen schon Koffer packen zu müssen, werden einjährige Deutschkurse sinnlos. Ausgrenzung ist das Gegenteil von Integration. Es treibt die einen in die nationalistische Wärmestube – hier aufgewachsene junge Österreicher mit türkischem Paß, die das Heimatland ihrer Eltern vom Urlaub kennen, werden plötzlich zu überzeugten „Ur-Türken" – die anderen bestätigt es in der meist angelesenen Überzeugung, daß „die Ausländer" so und so ganz anders sind.

In den überwiegenden Fällen ist es nicht die Kultur, sondern die Armut, die fremd macht. Gegen reiche *„Ausländer"* haben die wenigsten etwas, dort aber, wo sichtbare Armut den erworbenen Standard als gefährdet vermuten läßt, wächst die Entfremdung. Gegenüber den Ossis haben die Wessis nach der deutschen Wiedervereinigung eine beachtliche Ausländerfeindlichkeit entwickelt. Zitat eines Wessis in einem Interview: „DDR-Bürger haben andere Sitten und Gebräuche, stellen ungerechtfertigte Anforderungen, passen nicht zu uns." Gleiche Sprache, ähnliche Geschichte und gemeinsame literarische wie architektonische Kulturgüter verhindern die Konstruktion von fremder Kultur nicht.

Bündnis

Bündnisse gegen die Armut müssen auch von Bündnissen der Armen selbst getragen sein. Da eine Splittergesellschaft zwar äußerst gewalttätig und teuer, dafür aber politisch stabil sein kann, brauchen wir den Interessensdruck der von Ausgrenzung direkt und indirekt Betroffenen.

Projekte der Selbstermächtigung, gemeinde- und milieunah, müssen die Zusammenschlüsse der „Vertretungsinstitutionen" begleiten.

Das Steuerrad für das eigene Leben gehört in die Hände derer, die es auch leben müssen. ■

Martin SCHENK ist Psychologie-Diplomand. Er war bis vor kurzem zwei Jahre lang Obmann von „SOS Mitmensch" und Mitinitiator der Ersten Österreichischen Armutskonferenz im November 1995 in Salzburg.

Her mit der Marie! Oder: Es geht nix mehr

Armut, Arbeitslosigkeit, Verteilung: Der Kapitalismus hält, was Marx versprochen hat

Lutz HOLZINGER

Im Arsenal von Argumenten, mit deren Hilfe Bruno Kreisky die relative (1970) und schließlich absolute (1971) Stimmenmehrheit in Österreich erobert hat, spielte der Verweis auf den Skandal von damals 200.000 bis 400.000 Armen eine wichtige Rolle. Seither trägt die SPÖ ununterbrochen die Hauptverantwortung in der Regierung. Mit dem Effekt, daß die Zahl der Armen in diesen mittlerweile 25 Jahren je nach Berechnungsart auf 750.000 bis 1,5 Millionen gestiegen ist. Obwohl Österreich in der jüngsten Vergangenheit unter die zehn reichsten Länder der Erde vorgestoßen ist, zeichnet sich keine Lösung der Armutsproblematik ab. Der Sparkurs, den die wieder aufgelegte SPÖ/ÖVP-Regierung anpeilt, wird vielmehr zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Gegensätze beitragen.

Im Aufsatz mit dem Titel „Verarmung in Wohlstand", der in einem von Franz Vranitzky herausgegebenen Buch erschienen ist, erläutern Alois Riedelsperger und Andreas Wörgötter das im Vorspann angeschnittene Paradoxon: „Österreich gehört, wie auch die Europäische Union mit ihren derzeit 340 Millionen Einwohnern, zu den 20 Prozent der Reichen dieser Welt, die sich 80 Prozent des Welteinkommens teilen. Die weltweite Rezession, die in den europäischen Ländern nichts anderes bedeutet hat, als daß nach Jahren hohen Wachstums nun ein bis zwei Jahre kein Zuwachs des Brutto-Sozialprodukts zu verzeichnen war (allenfalls ein ‚Minuswachstum' im Bereich von Zehntelprozenten hingenommen werden mußte), ändert daran nichts.

Es läge daher nahe, anzunehmen, daß das Problem der Armut durch das allgemeine Wirtschaftswachstum mit der Zeit immer mehr an Bedeutung verlieren sollte. Die empirische Evidenz und auch die alltägliche Praxis gerade der kirchlichen Sozialarbeit sprechen dagegen. Armut scheint sich trotz allgemein steigenden Wohlstandes immer aufs neue zu regenerieren.

Dieser Widerspruch zwischen ständig steigender Wirtschaftsleistung mit einem im Durchschnitt steigenden Lebensstandard für die Mehrheit der Bevölkerung und einer Minderheit unter sehr eingeschränkten Bedingungen lebender Personen und Familien kommt auch im Titel unseres Beitrags deutlich zum Ausdruck." (Alois Riedelsperger und Andreas Wörgötter, Verarmung in Wohlstand, Sonderdruck aus: Franz Vranitzky (Hg.), Themen der Zeit, Passagen Verlag, Wien 1994, S. 31)

„Armutszeugnis für Österreich"

Die Schnellebigkeit unserer Zeit zeigt sich unter anderem darin, daß zwei Jahre nach Fertigstellung des Riedelsperger/Wörgötter-Artikels kaum mehr von „einem im Durchschnitt steigenden Lebensstandard für die Mehrheit der Bevölkerung" die Rede sein kann. Anläßlich der „Ersten Österreichischen Armutskonferenz" stellte Bernd Marin im »Standard« (22. November 1995) ein „Armutszeugnis für Österreich" aus. Unter diesem Titel schrieb der Sozialforscher unter anderem: „Ein reiches Land, das mehr Arme hat als Reiche, ist arm an Zukunft und reich an Kosten – für Arme und Reiche. Österreich ist reich, im Vergleich zu benachbarten Armutsgesellschaften und zu 1969/70: Innerhalb einer Generation verdoppelte sich der Lebensstandard – und damit auch das reale Lebensniveau der Armen im Wohlstand.

Gegenüber Kreiskys Zeiten, wo die übergroße Mehrheit armutsgefährdeter Haushalte weder Telefon noch Waschmaschine oder Pkw besaß, hat heute jeder zweite ein Auto, zu 80 Prozent Telefon und über 90 Prozent Waschmaschine und Fernseher. Daß Arme 1995 viel besser leben als Bedürftige 1970 ändert nichts daran, daß sie sehr schlecht leben – mit 6.000 Schilling Pro-Kopf-Ausgaben gegenüber 15.000 Schilling im Durchschnitt; 7.500 Schilling Einkommen für eine alleinerziehende Mutter mit Kind; 13.500 Schilling für eine Familie mit zwei Kindern.

Das Armutsrisiko ist für Kinder am höchsten. Jedes fünfte Kind, jeder zweite Arbeitslose, jedes zweite Hilfsarbeiterpaar ohne Kinder, jede zweite ‚traditionelle Durchschnittsfamilie' (!) – Alleinverdienerpaar mit zwei Kindern – ist armutsgefährdet."

Diese auf einer Untersuchung des Sozialministeriums beruhenden Daten sprechen für sich. Produziert wird diese Lage unter anderem durch ein glattes Marktversagen. Dazu schrieb der Politologe Emmerich Talos unter dem Titel „Zukunftsoption Zahlenlotto?" in einem Diskussionsbeitrag für den »Standard«: „Eine junge arbeitslose Frau schildert ihre Situation: ‚Seit kurzem spiele ich Lotto. Darüber habe ich früher nur gelacht. Aber heute glaube ich, eher im Lotto einen Volltreffer zu landen, als noch einmal einen Arbeitsplatz zu ergattern.'

Das ‚Ergattern' von Arbeitsplätzen ist auch in Österreich erheblich schwieriger geworden: Waren es zu Beginn der achtziger Jahre noch 240.000 Menschen, die einmal pro Jahr arbeitslos waren, sind es seit 1993 zirka 680.000 pro Jahr. Für 1996 wird sogar mit einem Anstieg gerechnet. Der im letzten Jahr in der EU-Beitrittskampagne propagierte Zuwachs von Arbeitsplätzen ist offenbar ausgeblieben."

„Working poor" in Österreich

Das Versagen des kapitalistischen Arbeitsmarkts skizziert Talos folgendermaßen: „Arbeitslosigkeit signalisiert, daß der Arbeitsmarkt als Schleusenwärter für materielle und soziale Teilhabechancen für eine wachsende

Zahl von Menschen untauglich geworden ist. Es gibt aber noch andere Indikatoren für einschneidende Veränderungen in diesem Bereich, die für die Betroffenen prekäre Folgen haben: Ausdruck dafür sind die auch in Österreich zunehmend verbreiteten atypischen Beschäftigungsformen – Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung usw. Von all diesen Einschränkungen sind Frauen ungleich stärker betroffen als Männer.

Inwiefern tangieren diese ‚neuen' Beschäftigungsformen die materiellen und sozialen Teilhabechancen? Von Vollerwerbsarbeit abweichende Arbeitsformen gehen mit niedrigen Einkommen einher, niedrige Einkommen verlängern sich in unserem sozialstaatlichen System in niedrige Leistungen der Sozialversicherung. Kurz gesagt: Einkommen aus Teilzeitbeschäftigung führt in hohem Ausmaß zu Sozialleistungen, die eindeutig nicht mehr als existenzsichernd bezeichnet werden können. Ein Teil der genannten Arbeitsformen geht überhaupt einer sozialen Absicherung verlustig: Dies gilt für die geringfügige Beschäftigung (mit Ausnahme der Unfallversicherung) und für alle Formen der Scheinselbständigkeit.

Um es an einem Beispiel zu zeigen: Von den geringfügig beschäftigten Frauen hatten im Jahr 1994 mehr als die Hälfte überhaupt keine eigene Versicherung – was zugleich bedeutet, daß geschlechtsspezifische Abhängigkeit fortgeschrieben wird."

Das Phänomen des „working poor", des Sich-Arm-Arbeitens, beginnt nach den USA und Westeuropa auch die Arbeitswirklichkeit in Österreich zu prägen. Das hinter den von Talos angedeuteten Strategien stehende Interesse des Kapitals, die Arbeitskosten zu senken, wirkt sich in doppelter Weise negativ auf die Gesamtgesellschaft aus: Erstens ersetzt der ausbezahlte Lohn nicht mehr die gesamten Reproduktionskosten der Arbeitskraft; zweitens beschleunigt die Minimierung der Sozialversicherungsbeiträge die ohnehin bereits galoppierende Aushöhlung der sozialen Sicherheit.

Es muß etwas geschehen ...

Die zitierten Autoren sind sich einig, daß Armut kein Schicksal darstellt; vielmehr betrachten sie es als Aufgabe der Politik, den Skandal Armut abzustellen. Bernd Marin faßt die meisten Maßnahmen, die auf diesem Sektor von Experten diskutiert werden, komprimiert zusammen: „Für wirksame Bekämpfung reicht daher ganz wenig Umverteilung von Erwerbsarbeit, Einkommen, Vermögen und aller Sozialtöpfe – statt höherer Steuern/Abgaben für alle. Armut kann durch Zugang zu Bildung, Arbeit und günstigem Wohnen vermieden werden; Aktivierung und Integration sind entmündigendem Sozialrentnerdasein und Subventionierung von Erwerbsflucht vorzuziehen; und den wenigen Allerärmsten ist nur ganz gezielt zu helfen. Das heißt unter anderem aktive Arbeitsmarktmaßnahmen für (Langzeit-)Arbeitslose; strikt kinderbezogene Existenzminima statt Alleinverdienerbegünstigungen; höhere Erwerbschancen und eigenständige Alterssicherung für Frauen; Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe (...) Und endlich Schluß mit den ‚verkehrten' Umverteilungen von Bedürftigen zu Begüterten bei Pensionen, Wohnbau, Familienförderungen (Hoch-) Schulen, Steuervorteilen usw.!" („Armutszeugnis für Österreich")

Nach Ansicht von Emmerich Talos hat die „Ausschau nach neuen Sicherungsformen" bisher unterschiedliche Ergebnisse gebracht: „Zum einen das Plädoyer für die Grundsicherung in Form von Mindeststandards bei Invalidität, Arbeitslosigkeit und im Alter; ein konkreter Schritt diesbezüglich könnte die Einführung einer Mindestpension unabhängig vom Familienstand sein, ein längerfristiges Ziel: Grundpension für alle à la Schweden. Weitreichender noch ist die Forderung nach einem allgemeinen und existenzsichernden Grundeinkommen, wie es von Mitarbeitern der katholischen Sozialakademie vertreten wurde."

Offenbar mit Blickrichtung Sparaktivitäten der Regierung schreibt der Politologe weiter: „Umbau des Sozialstaates als Reformperspektive heißt Ausbau bestehender arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen – analog den Veränderungen in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt. (...) Unumgänglich dafür allerdings: die Verteilung von Einkommen und bezahlter Arbeit." („Zukunftsoption Zahlenlotto")

In die Umverteilungs-Kerbe schlagen auch Riedelsperger/Wörgötter. Allerdings scheinen sie vor lauter Kreativität, was die Erfindung von Vorschlägen zur Neuaufteilung von Arbeit und Einkommen zwischen den Werktätigen betrifft, die bisher weitgehend ungenutzten Reserven bei der Umverteilung von oben nach unten weitgehend aus den Augen zu verlieren. Oder setzen die Autoren sich in dieser Hinsicht mehr oder weniger freiwillig Scheuklappen auf, weil es nicht „in" ist, die wirklich Reichen zur Kasse zu bitten? Die beiden schreiben: „Arbeit – genauer Arbeitszeit und damit verbundene Einkommen – zu teilen, ist erst die Grundlage für eine Umverteilung. Mehr noch als diese Primärverteilung ist Umverteilung – von wenigen Ausnahmen wie etwa innerhalb der Familie abgesehen – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Doch auch die Umverteilung über Steuern und Sozialversicherungsabgaben stößt an Grenzen, wenn wegen zunehmender Arbeitslosigkeit die erwerbsbezogenen Steuern und Abgaben zurückgehen, gleichzeitig die Anforderungen an den Sozialstaat steigen. Wenn weniger (oder gleich viel) Beschäftigte mit ihren Steuern und Abgaben immer mehr Arbeitslose und Pensionisten mitfinanzieren sollen, werden sie sich wehren – mögen ihre Einkommen noch so hoch sein." („Verarmung in Wohlstand", S. 48)

Werktätige in der Zwickmühle?

Bezeichnend, daß die beiden Autoren eine kleine aber wichtige Gruppe von Teilnehmern am Wirtschaftsleben gänzlich vergessen zu haben scheinen: Sie sprechen nur von Beschäftigten, nicht aber von Beschäftigern. Die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung signalisieren jedoch bereits seit Jahren ein andauerndes Sinken der Lohnquote (Anteil der unselbständig Erwerbstätigen am gesamten Volkseinkommen). Im Klartext heißt das – grob gesprochen –, daß die Reichen immer reicher werden, während oder weil es den Armen immer (relativ) schlechter geht. Diese Tatsache mußte bei der Präsentation des Sozialberichts 1994 kurz vor Ende des Jahres 1995 selbst von der »Presse« bestätigt werden. Der Kernsatz des einschlägigen Artikels lautete: „Der Lohnanteil am Volkseinkommen ist insgesamt gesunken, die Einkünfte aus Besitz und Unternehmen nahmen dagegen um (gewaltige, L.H.) sechs Prozent zu." (»Die Presse«, 30. 12. 1995)

Der Rest des Artikels war allerdings der gegenwärtig groß in Mode befindlichen Bemühung gewidmet, einen Keil zwischen die verschiedenen Werktätigengruppen zu treiben. Der Tatsachenbericht, wonach Beamte die höchsten Durchschnittseinkommen unter den Unselbständigen beziehen, wurde von der »Presse« mit folgendem

Claes Oldenburg, Entwurf für ein Comics, 1960

Kommentar garniert: „Womit die Mär, daß Beamte ihre fast unbegrenzte Arbeitsplatzsicherheit – nach dem Motto ‚am Ersten nix, am Letzten nix, das aber fix' – mit niedrigerem Einkommen erkaufen, endgültig ins Reich der Fabel verwiesen ist." Von einem Blatt mit Anspruch auf Seriosität hätte man dazu zwei Anmerkungen erwarten dürfen. Und zwar, daß diese Entwicklung erstens nicht neu und zweitens vor allem auf den weit überdurchschnittlichen Anteil von Akademikern im öffentlichen Dienst zurückzuführen ist.

Es lohnt sich jedoch, bei den Einkünften aus Besitz und Unternehmen etwas länger zu verweilen. Obwohl sie keineswegs von sozial schwachen Kreisen erzielt werden, erfreuen sie sich besonderer Schonung durch den Fiskus. Diesen Schluß legt jedenfalls eine Studie von Otto Farny von der Wiener Arbeiterkammer nahe, die unter dem Titel „Analyse des Gewinnsteueraufkommens 1988 bis 1996" erschienen ist. In einer der Presse überreichten Kurzfassung heißt es wörtlich:

„Die Kombination aller Reformen brachte ein extremes Ungleichgewicht der Besteuerung der Einkunftsarten, obwohl die meisten der Reformen isoliert und oberflächlich betrachtet keine wesentlichen Steuerausfälle vermuten lassen. Grund dafür sind vor allem Steuerschlupflöcher, die zum Teil erst durch die Judikatur entstanden sind.

Laut WIFO-Prognose werden die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften in den Jahren 1988 bis 1996 voraussichtlich um 107 Prozent steigen. Im Gegensatz dazu werden entsprechend der jüngsten Steuerschätzung des Finanzministeriums die in der Studie analysierten Unternehmersteuern von Ertrag und Vermögen lediglich um 18 Prozent steigen und die absoluten Beträge ab 1994 werden sogar niedriger ausfallen als im Jahr 1989."

Höhere Gewinne und weniger Steuern

Das Aufkommen verschiedener Unternehmersteuern betrug demnach 1989 71,7 Milliarden Schilling. In den folgenden drei Jahren stieg es auf zunächst 75,1, dann 81,3 und schließlich 90,5 Milliarden. Von da an ging es mit den Einnahmen des Finanzministeriums aus diesen Steuern bergab. Und zwar auf 85,9 Milliarden im Jahr 1993 und schließlich bloß geschätzte 71,2 bzw. 71,3 Milliarden in den Jahren 1995 und 1996.

Dazu heißt es in der Kurzfassung der Farny-Studie weiter: „Die Entwicklung im Bereich der Lohnsteuern verhält sich im Vergleich dazu ganz anders: Trotz mehrerer Steuersenkungen während der Jahre 1988 bis 1996 wird das Lohnsteueraufkommen um knapp 50 Prozent steigen! Obwohl durch die Steuerreform 1993 die Gewerbe- und Körperschaftssteuer abgeschafft wurden, hätte das Körperschaftssteueraufkommen aufgrund des Schließens von Steuerschlupflöchern bei der Gewinnermittlung um etwa 12 Milliarden Schilling steigen sollen. Nach den Prognosen des Finanzministeriums erscheint dieses Ziel jedoch nicht mehr erreichbar."

Der ganze Umfang dieses Skandals erschließt sich allerdings erst, wenn man weiß, daß zwei Drittel der körperschaftssteuerpflichtigen (großen) Unternehmen unter diesem Titel gar keine Steuern oder lediglich den Mindestsatz von 15.000 Schilling im Jahr zahlen. Dabei können diese Firmen keineswegs über einen schlechten Geschäftsgang klagen. Laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung stiegen bzw. steigen die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften kontinuierlich, und zwar von 84,3 Milliarden im Jahre 1988 über 104 Milliarden im Jahr 1991 auf 144 Milliarden im Jahr 1994. Nach Schätzungen werden sie 1995 auf 168,5 und 1996 auf 175,2 Milliarden klettern. Insofern ist es kein Wunder, daß Österreich im internationalen Vergleich sowohl bei der Körperschafts- als auch bei der Vermögenssteuer weit unter den Durchschnittswerten von OECD und EU liegt. Das hat zur Folge, daß die Jahresüberschüsse von Unternehmen, die Körperschaftssteuer zahlen, lediglich mit 16 Prozent und die Erträge der Banken gar nur mit 11 Prozent besteuert sind. Zieht man zum Vergleich den Lohnsteuertarif von 20 Prozent für die Bezieher von Kleineinkommen heran, sind die wirtschaftlich potenten Kreise des Landes nicht gerade unterprivilegiert.

Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu

Der springende Punkt bei der Betrachtung von unterschiedlichen Einkommensniveaus und Steuerleistungen besteht nicht nur in der Differenz zwischen Selbständigen und Unselbständigen in Hinblick auf ihre laufenden Einkommen und Steuerleistungen, sondern auch in der gegensätzlichen Verwendung der jeweiligen Einkünfte. Die Lohneinkommen decken in der Regel bloß mehr oder weniger die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, allerdings auf einem – wie Marx sagt – bestimmten historisch-gesellschaftlichen Niveau. Womit der „alte Meister" darauf hinweist, daß die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft nicht etwa schon dadurch aufgehoben wird, daß keine ausgesprochenen Hungerlöhne mehr gezahlt werden. Ein Vorurteil übrigens, das dennoch einst wie jetzt begeisterte

Anhänger (unter den Kapitalisten und ihren Ideologen) zu finden scheint.

Hingegen erreichen die – freilich gegenüber dem Finanzamt meist nicht ausgewiesenen – Einkünfte von Unternehmern, Händlern und Gewerbetreibenden sowie klassischen Freiberuflern (Rechtsanwälte, Ziviltechniker, Ärzte, Apotheker, Steuerberater usw.) eine Höhe, die es ihnen gestattet, nicht bloß wie die Werktätigen Notgroschen auf die hohe Kante zu legen, sondern regelmäßig namhafte Beträge zurückzulegen und sie in Unternehmen zu investieren oder Finanzvermögen aufzubauen. Allerdings können heute auch Lohnabhängige Eigentumswohnungen und Eigenheime erwerben sowie nach Erbschaften oder aufgrund von Abfertigungen größere Geldrücklagen bilden. Diese Tatsache wird zum Vorwand genommen, um persönliches Eigentum in denselben Topf wie den Besitz an Unternehmen und Vermögen zu werfen. Zwischen persönlichem Eigentum und Besitz im eigentlichen Sinn besteht jedoch eine strikte Demarkationslinie und ein deutlicher Qualitätsunterschied. Das Kriterium zu ihrer Unterscheidung liegt in der Quelle, aus der jemand den Löwenanteil seines Lebensunterhalts schöpft – aus der eigenen oder fremder Hände Arbeit.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus nimmt der Umfang des akkumulierten (Finanz-)Kapitals trotz aller Krisen, Rückschläge und Entwertungen (weshalb es Veranlagung auch in realen Werten wie Betriebsbeteiligungen, Realitäten usw. sucht) beständig zu. In Verbindung damit steigt notwendig der Einfluß seiner spezifischen Verwertungslogik auf den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß. Insofern kann die von Thatcher und Reagan eingeläutete und nach wie vor anhaltende Phase des Neoliberalismus in der Wirtschaftspolitik der entwickelten Industriestaaten als Reflex auf die Verwertungsinteressen des Finanzkapitals gelesen werden. Um seinen Abfluß ins Ausland und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Währungsstabilität zu verhindern, wurden breit angelegte Privatisierungsprogramme nach allen Regeln der Kunst durchgesetzt.

Steigendes Gewicht des Finanzkapitals

Zwar konnte auf diesem Weg das Familiensilber insbesondere der europäischen Staaten (einschließlich Österreichs) erfolgreich verschleudert werden; das Vagantentum des Finanzkapitals wurde dadurch aber nicht gestoppt. Man geht davon aus, daß die Summe der internationalen Finanztransaktionen – mit ihrer Gefahr für die ökonomische Stabilität von Ländern, Regionen und der Weltwirtschaft – das Volumen des gesamten Welthandels bereits um das Zehnfache übertrifft. Auch Österreich blieb trotz der Geisel zweier Weltkriege, aus denen das nationale Kapital als Verlierer hervorgegangen ist, von der Neu- und Weiterbildung von Finanzvermögen natürlich nicht verschont. Finanzkapital amalgamiert sich seiner „Natur" nach weder mit betrieblichen Traditionen noch mit nationalen Eigeninteressen, sondern ist auf nichts anderes als den jeweils höchsten Profit aus. Daher nimmt es auch nicht die geringste Rücksicht auf humane Interessen wie die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Um die Einschätzung des Gewichts, das das Finanzkapital in Österreich hat, hat sich Hans Kalt verdient gemacht. In seiner jüngsten Publikation zur Budgetkrise unter dem Titel „Der große Raubzug – Die strategische Wende des österreichischen Finanzkapitals" (Wien 1995; Hg. KPÖ-Bundesvorstand) schreibt er zu diesem Thema: „1983 kam ich bei meinen Berechnungen noch auf eine Gesamtsumme der Finanzvermögen (ohne Kleinsparer) in Österreich von 1,4 Billionen (1.400 Milliarden) Schilling. Aus den Erhebungen im Auftrag mehrerer Banken ergaben sich für 1993 Zahlen von 3,2 bis 3,3 Billionen Schilling Wert des gesamten privaten Geldvermögens in Österreich. Fügt man dem die offiziell errechnete private Geldvermögensbildung 1994 und 1995 hinzu, muß man Ende 1995 mit 3,8 Billionen privatem Geldvermögen in Österreich rechnen. Pro Kopf der Bevölkerung wäre das schon eine halbe Million Schilling Geldvermögen." (S. 36f.)

In der Praxis sind private Geldvermögen jedoch nicht gleichmäßig auf die Gesamtbevölkerung verteilt, sondern auf eine kleine Gruppe wahrhaft Reicher und Superreicher konzentriert. Dazu schreibt Kalt: „Selbst die letzten noch veröffentlichten Aufstellungen über die (mittlerweile abge-

Claes Oldenburg, Entwurf für die Anzeige einer Tanzgruppe, 1961

schaffte, L.H.) Vermögenssteuer, jene von 1986 und 1989, zeigen deutlich, wie wenige ‚der' Österreicher diese Vermögen in ihrem Eigentum haben. Es gab 1986 nur 2.777 und 1989 auch erst 3.592 Fälle mit Einzelvermögen von je über 20 Millionen Schilling. Zusammen besaßen diese etwa 0,4 Promille der Gesamtbevölkerung Österreichs 1986 schon 300,6 Milliarden und 1989 463,6 Milliarden Schilling Vermögen. Entsprechend der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung machte der Zuwachs an Inlandvermögen in diesen drei Jahren 167,9 Milliarden Schilling aus (von 472,8 auf 640,75 Milliarden). Aber 163 Milliarden Schilling davon entfielen auf den Vermögenszuwachs allein der 3.592 Reichsten. (Selbst von den ‚Oberen Zehntausend' zu sprechen wäre eine Beschönigung der Lage!)" (S. 37)

Die Phrase „Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu", scheint der Wirklichkeit der Finanzwelt entnommen zu sein. Um im Bild zu bleiben: Sie tun das quasi mit ständig steigender Geschwindigkeit und unabhängig vom jeweiligen Wirtschafts-„Klima". Auch dafür präsentiert Hans Kalt schlagende Beweise. Hier ein Argumentationsstrang, zu dem der Autor etwas weiter ausholt: „Unter den einzelnen Rubriken der ‚marktmäßigen Produktion' von Gütern und Dienstleistungen ist eine einzige deutlich schneller gewachsen als alle anderen, ja hat 1993 auch in absoluter Höhe jede einzelne andere Quelle überholt. Es ist dies die ‚marktmäßige Produktion der Vermögensverwaltung'. (...) Vorerst ist wesentlich, daß Erlöse für aus der Vermögensverwaltung stammende Wertüberschüsse ökonomisch wie juristisch den Vermögenseigentümern zufließen. Das ergab 1993 einen Wertzuwachs aus Vermögensverwaltung in Höhe von 401,22 Milliarden Schilling (oder 18,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 2.117,84 Milliarden Schilling). Selbst wenn ich die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Abzugsposten ausgewiesenen Bankdienstleistungen (136,85 Milliarden Schilling) abziehe, bleiben 264,37 Milliarden Schilling Nettoertrag der Vermögensverwaltung, also 12,5 Prozent des BIP.

Die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften hatten in diesem Jahr 129,68 Milliarden Schilling, also weniger als die Hälfte dieser Summe betragen. In der Zeit unmittelbar nach dem Ende der Wiederaufbauperiode in Österreich hatte diese Position kaum eine Rolle gespielt. 1954 hat sie brutto 4,59 Milliarden (4,9 Prozent des BIP) betragen und netto 3,07 Milliarden Schilling (3,3 Prozent des BIP). Die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften hatten damals mit 5,84 Milliarden Schilling noch nahezu das Doppelte ausgemacht." (S. 20)

Enormer Verwertungsdruck

„Für diese Erscheinung," schreibt Kalt weiter, „gibt es nur eine plausible Erklärung: Seit den sechziger Jahren hat die Tendenz zugenommen, daß die Vermögen in Österreich mehr und mehr aus Einkommen gebildet werden, die nicht im realen Reproduktionsprozeß – weder als Löhne noch als Gewinne – erzielt werden. Zinseinkommen, Wertsteigerungen von immobilen Realvermögen, Spekulationsgewinne, kurz direkt aus Vermögen stammende Gewinneinkommen, haben alle anderen Gewinnquellen bereits überholt." (S. 21)

Aus der Sicht der Eigentümer soll dieses rasch gewonnene Geld keineswegs wieder rasch zerrinnen; vielmehr streben sie nach immer höheren Superprofiten. Daraus erklären sich etwa die gewagten Spekulationsrallyes, bei denen in periodischen Abständen auch äußerst renommierte Industriegiganten und Finanzinstitute auf die Schnauze fallen. Der Volkswagen- und der Gehrlich-Konzern oder die Barings Bank haben auf diese Weise Lehrgeld zahlen müssen. Auch die heimischen Banken sind auf diesem Sektor bereits ausreichend zur Ader gelassen worden. Die Schuld an derartigen „Unfällen" wurde jeweils – nach dem Muster von Barings – nicht der Spekulationsbereitschaft der Institute sondern der angeblichen Eigenmächtigkeit von einzelnen Mitarbeitern gegeben.

Kalt verweist auf folgende Auffälligkeit: „In den Tagen nach dem Krach der Barings-Bank wurde in Österreich durch Pressemeldungen ruchbar, daß die zwei größten österreichischen Banken mit je bis zu einer Billion Schilling, also je eintausend Milliarden Schilling, in solchen Termingeschäften mit Derivaten engagiert waren. (...) Allein diese beiden Positionen stellen nominell einen Wert dar, der größer ist als das österreichische Volkseinkommen eines ganzen Jahres." (S. 46)

Der Autor empfiehlt in dem Zusammenhang folgende Gegenmaßnahme: „In der Budgetdebatte des Deutschen Bundestages führte Gregor Gysi (PDS) unter anderem aus: ‚Während das Bruttoinlandsprodukt seit 1990 jährlich um etwa 2 Prozent anstieg, stiegen die jährlichen Zuwächse der Finanzderivate um 53 Prozent (...) Das Einkommen aus Vermögen bei den Unternehmen machte einmal 7 Prozent aus und liegt heute bei 50 Prozent (...)' Und Gysi deutete auch die Möglichkeit einer Lösung an: ‚Der amerikanische Nobelpreisträger für Ökonomie James Tobin (...) hat errechnet, daß weltweit jährlich 360 Milliarden Dollar eingenommen werden könnten, wenn nur ein halbes Prozent Steuern auf diese Derivatgeschäfte erhoben würde.'" (S. 47)

Kalt garniert diese Äußerungen mit folgender „Zahlenspielerei": „James Tobin geht also offenkundig von einem weltweiten Umfang der Derivatgeschäfte von über 70 Billionen Dollar aus. Das wäre nominell das Dreifache des gesamten weltweit in einem Jahr geschaffenen Sozialprodukts. (...) So erreichte zum Beispiel im April 1995 der tägliche Devisenhandel allein am Finanzmarkt London (dem größten der Welt) einen Umfang von 464 Milliarden Dollar. Das entspricht einem Jahresumfang von 140 Billionen Dollar – etwa das Siebenfache des Werts des BIP der ganzen Welt!" (S. 47)

Hunger x Arbeitslosigkeit = Gewinnsteigerung

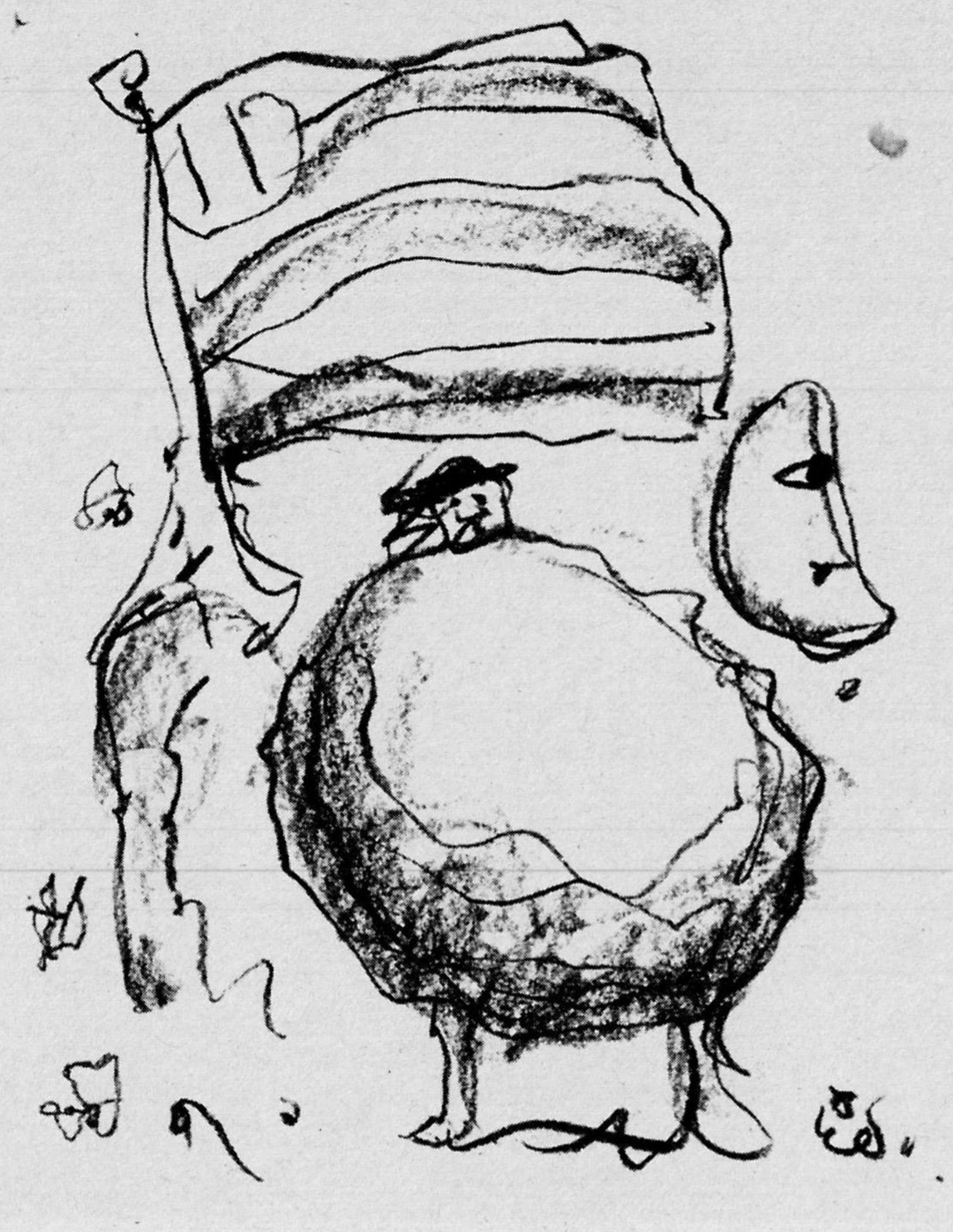
Etwas vereinfachend gesagt: Je größer der Hunger in den unterentwickelten Staaten und die Armut in den entwickelten Ländern ist, desto explosiver scheinen die Erträge der Finanzvermögen zu steigen. Dieser perverse Gegensatz ist im Rahmen des herrschenden Wirtschaftssystems kein Ausrutscher sondern ein gesetzmäßiges Ergebnis. Das trifft auch zu auf die systematisch steigende, ebenfalls weltweit registrierbare und trotz aller Budgetsanierungsprogramme weiter (aber eben langsamer) anwachsende Staatsverschuldung. Ihr Haupteffekt besteht darin, in der Realwirtschaft nicht verwertbaren Finanzvermögen durch Staatsanleihen eine sichere und ertragreiche Anlagemöglichkeit zu bieten.

In der Schrift „Lohn, Preis und Profit" legt Karl Marx unter anderem dar, daß die Aufteilung des Mehrwerts einer Produktion zwischen Lohnarbeit und Kapital keinen direkten Einfluß auf den Preis einer Ware hat. Hingegen liefert er den überzeugenden Nachweis, daß das Gewicht des Kapitals gegenüber der Lohnarbeit ständig steigt. Marx schreibt: „Allein mit dem Fortschritt der Akkumulation findet eine fortschreitende Veränderung in der Zu-

sammensetzung des Kapitals statt. Der Teil des Gesamtkapitals, der aus fixem Kapital – Maschinerie, Rohstoffen, Produktionsmitteln in allen erdenklichen Formen – besteht, nimmt stärker zu, verglichen mit dem anderen Teil des Kapitals, der in Arbeitslohn oder im Ankauf von Arbeit ausgelegt wird. (...) Im Fortschritt der Industrie hält daher die Nachfrage nach Arbeit nicht Schritt mit der Akkumulation des Kapitals. Sie wird zwar wachsen, aber in ständig abnehmender Proportion, verglichen mit der Vergrößerung des Kapitals." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Werke, Moskau 1972, S. 235f.)

„Diese wenigen Andeutungen werden genügen," schreibt Marx weiter, „um zu zeigen, daß die ganze Entwicklung der modernen Industrie die Waagschale immer mehr zugunsten des Kapitalisten und gegen den Arbeiter neigen muß und daß es folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion ist, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken." (S. 236)

Marx unterstreicht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, den gewerkschaftlichen Lohnkampf zu führen. Einschränkend fügt er jedoch hinzu: „Gleichzeitig (...) sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursache dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind." (S. 236)



Claes Oldenburg, Entwurf für die Anzeige einer Tanzgruppe, 1961

Von diesem Punkt scheinen wir momentan in Österreich allerdings meilenweit entfernt zu sein. Die Grunderkenntnis von Marx, wonach „die ganze Entwicklung der modernen Industrie die Waagschale immer mehr zugunsten des Kapitalisten und gegen den Arbeiter" neigt, wird gerade durch die aktuelle Entwicklung bestätigt. Es besteht gewissermaßen ein Gleichklang im Wachstum von Geldvermögen, Arbeitslosigkeit und Armut, der sich hinter dem Rücken der Akteure – selbst wenn sie es besser meinen – zwangsläufig immer wieder einstellt. Dieser Prozeß wird sich so lange wiederholen, als die grundlegenden Verteilungsverhältnisse der Produktionsfaktoren gleichbleiben, das heißt der Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit reproduziert wird.

Die Ideologen des Kapitalismus haben gehofft, daß mit dem Untergang des „realen Sozialismus" auch der Gedanke an die Vergesellschaftung der Produktionsmittel aus der Welt geschafft worden sei. Dabei haben sie sich jedoch schwer getäuscht: Der Reproduktionsprozeß des Kapitals selbst setzt diese Konsequenz immer wieder auf die Tagesordnung. Daher empfahl Marx im oben erwähnten Text der Arbeiterklasse : „Statt des konservativen Mottos: ‚Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!' sollte sie auf ihre Banner die revolutionäre Losung schreiben: ‚Nieder mit dem Lohnsystem!'" (S. 237)

Vergegenwärtigt man sich den enormen Reichtum, der nicht nur in Österreich vor allem im Finanzsektor veranlagt ist, liegt die Ansicht von Erich Ribolits nahe, daß es angesichts der wieder stark steigenden Massenarbeitslosigkeit und anderer aktueller Armutsphänomene weniger auf eine bessere Verteilung der ohnehin knappen Arbeit, sondern mehr auf „eine gerechte Aufteilung des gesellschaftlichen Reichtums" ankommt (Erich Ribolits, Die Arbeit hoch? Über die Funktion von Bildung und Bildungstheorie am Ende der Arbeitsgesellschaft; »Weg und Ziel«, 5/1995, S. 50).

Gerecht kann eine solche Aufteilung nur sein, wenn sie von gleichen Voraussetzungen ausgeht und die Individuen nicht von vornherein durch die herrschenden Produktionsverhältnisse in zwei Klassen, in Besitzer und Nicht-Besitzer von Produktionsmitteln, getrennt werden. Nachzudenken ist gegenwärtig vor allem darüber, wie vor der Folie der Fehler, die beim ersten Anlauf zur Errichtung einer Gesellschaft von Gleichen gemacht wurden, eine neue Annäherung an die volle Vergesellschaftung der Produktion aussehen könnte. Bis man dabei auf einen grünen Zweig kommt, wäre der Zugriff auf die Rücklagen der Reichen und Superreichen keine schlechte Idee. Casinokapitalismus oder Sozialabbau lautet die Alternative. ■

Dr. Lutz HOLZINGER ist freiberuflicher Journalist und Publizist.

Der vierte Reiter der Apokalypse

Monika PELZ

Geht man heute durch das Zentrum einer Metropole, so trifft man Bettler, Straßenmusikanten, fliegende Händler – auch Taschendiebe und sich prostituierende Kinder und Halbwüchsige in solcher Zahl, daß man sich eher im mittelalterlichen Europa fühlt als im 20. Jahrhundert.

Als Prozeß der „Dezivilisation" wird dementsprechend die kontinuierliche Zunahme der „asozialen" Gruppen bezeichnet, der Anstieg der Bettler und Sandler, der Kriminalität aus Armut, der Drogensucht und des Radikalismus oder besser Hooliganismus. Die Armut in ihren verschiedenen Erscheinungsformen gehört längst wieder zum Straßenbild. In Wien genauso wie in Frankfurt, Paris oder Washington. Das Netz des Sozialstaats weist immer größere Risse auf, die Armut wird öffentlich und zur Belästigung. Tritt einem in den Weg, zupft einen am Ärmel. In der Wärmeschleuse im Kaufhaus, in der U-Bahn-Haltestelle, auf den Bänken im Botanischen Garten – auf Schritt und Tritt begegnet man ihr.

Doch die sichtbare Armut, die sich zur Schau stellt, die Geld erbittet oder fordert, Geschäfte anbietet, ist nur die Spitze des Eisbergs verborgener und versteckter Armut. Alte Menschen, die von ihrer Rente nicht leben können; junge Arbeitslose, die den Einstieg in die Arbeitswelt nicht schaffen und für die der Zug bereits abgefahren ist; alleinerziehende Mütter, die von der Sozialhilfe leben; Männer, die nach ihrer Scheidung die Wohnung verloren haben, in der Folge auch den Job und die Existenzgrundlage. Krankheit, Unfall, Jobverlust, Arbeitslosigkeit, Scheidung – alles soziale Risken, die in die vorübergehende oder dauerhafte Armut führen können. Und zwar nicht nur bei den sogenannten unteren Schichten, sondern auch bei Mittelschichtsangehörigen.

Stabilität durch Integration war das Erfolgsrezept der Zweiten Republik. In der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" (Schelsky) sollten die sozialen Gegensätze verschwinden. Alle sollten am Fortschritt teilhaben. Vollbeschäftigung und die Dynamisierung der Renten boten Sicherheit – auf immer höherem Niveau und mit immer mehr steigenden Erwartungen. Nunmehr, seit den achtziger Jahren sind die Nivellierungstendenzen – die auch „Chancengleichheit" hießen, abgelöst durch „Polarisierungstendenzen". Immer mehr Menschen können sich immer weniger leisten von dem, was zum „Standard" gehört. Dieser Standard ist hoch – Zweitwohnung, Zweitauto, schöne Urlaubsreisen, akademische Ausbildung der Kinder – und wird immer höher. Die vielzitierte Zweidrittel-Gesellschaft droht zur Eindrittel-Gesellschaft zu werden.

Von „relativer Deprivation" ist die Rede, wenn Menschen den Standards der „relevanten Anderen", der „peer group" nicht erfüllen können. Doch das Relative wird bald absolut, wenn die Statussymbole notwendig sind, um in die Leistungsgesellschaft integriert zu sein, wettbewerbsfähig zu sein, die Kinder für diese Leistungsgesellschaft zu sozialisieren und zu qualifizieren und ihnen somit berufliche Möglichkeiten zu eröffnen. Gelingt die Integration in die Gesellschaft nicht über Teilhabe an der Berufsarbeit, dann suchen junge Menschen sich andere Orientierungs- und Integrationsmuster, die ihre Identität stützen und ihren Selbstwert stabilisieren. Das ist in vielen Fällen eine Jugendbande/radikale Gruppe. So wurde im Deutschen Jugendbericht von 1994 bei arbeitslosen Jugendlichen eine erhöhte Akzeptanz von Gewalt gegen Asylwerber und die Tendenz, Gewalt als legitimes Mittel der individuellen Problemlösung anzusehen, festgestellt.

Während früher junge Leute in eine Gesellschaft der steigenden Erwartungen integriert werden konnten, wächst heute eine Generation heran, die zurückbleiben wird: hinter ihren eigenen Erwartungen, Wünschen und Hoffnungen, aber auch hinter den bisherigen Standards. Anläßlich der großen Jugendunruhen Anfang 1994 in Frankreich stellte der Soziologe Alain Touraine fest (und ähnliches ließe sich für die Massenstreiks der öffentlich Bediensteten Ende 1995 sagen): „Der umstrittene Billiglohn für Berufsanfänger hat den Jungen schlagartig klargemacht, daß da eine Epoche zu Ende geht, daß wir in eine neue Welt eintreten. Die sozialen Krisen werden deshalb so hart erlebt und ausgetragen, weil die Politik ohnmächtig ist. Sie erweist sich als unfähig, die neue Lage zu verstehen und die Gesellschaft mit frischen Impulsen zu reformieren."[1]

Biologismus anstelle protestantischer Ethik?

Das Gefühl steigenden Wohlstands und die Hoffnungen auf Aufstieg und Chancen, die die Epoche des „Wiederaufbaus" und des „Wirtschaftswunders", also die Jahre von 1950 bis Mitte der siebziger Jahre geprägt haben, sind geschwunden. Eine Studie zur Armut in Deutschland, die die Karrieren, also die Lebens- und Berufsverläufe von Sozialhilfeempfängern untersuchte, stellte fest: Rund zwanzig Prozent der Bevölkerung, bis weit in die Mittelschicht hinein, sind einmal in ihrem Leben von Armut betroffen. Der Grund dafür liegt in der Zunahme sozialer Risiken: von den zunehmenden Scheidungsraten über die fehlende Berufsausbildung bis hin zur wachsenden Überschuldung der privaten Haushalte. Die Familie, früher eine der wichtigsten Instanzen sozialer Sicherung, bietet in vielen Fällen und zumal bei den „Risikogruppen" keine Sicherheit mehr. Zunehmend treten die Sozialhilfe und andere Transfergelder (Notstandshilfe, Sondernotstandshilfe) an die Stelle traditioneller Sicherungssysteme.[2]

Das bürgerliche Grundprinzip „Jeder ist seines Glückes Schmied", also für seinen Wohlstand selbst verantwortlich, klingt für den 45jährigen Arbeitsuchenden, der wegen seines „fortgeschrittenen Alters" nicht mehr eingestellt wird, ebenso hohl wie für die alleinerziehende Textilarbeiterin, deren Betrieb schließt, weil die Löhne hundert Kilometer weiter östlich niedriger sind. Es ist die Zeit der „Arbeitsplatzvernichtung" durch Pleiten und Standortverlagerungen, durch Rationalisierungsmaßnahmen und Betriebsverschlankungen, zugleich die Zeit des „Sozialabbaus" (Wort des Jahres 1994) und der „Durchforstung der Sozialsysteme". Die Folge: Immer mehr Leute fallen aus dem sozialen Netz heraus. Dennoch erregt die öffentliche Debatte sich an den „Sozialschmarotzern" und

„Trittbrettfahrern"; eine paradoxe, aber psychologisch verständliche Reaktion. Es kommt zu zweifelhaften Attribuierungen („Schuld sind die Ausländer!") und Lösungsvorschlägen („Arbeitslager!"), ja sogar zum Rückfall in eine Art Biologismus, der die Ursachen für Armut und Verelendung in den Genen ortet.

Bei uns bekannt wurde dieser Trend durch das Buch „Die Glockenkurve" von Richard Herrnstein und Charles Murray. Für die beiden Autoren spaltet sich die Gesellschaft in eine Gruppe von begabten Glückskindern, deren Nachkommen immer begabter werden, und in eine Gruppe minder begabter Habenichtse, deren Zukunft und die ihrer Nachkommen so dunkel ist wie ihre Hautfarbe. Aber auch früher wurden in den USA solche Thesen vertreten. So behauptete Daniel E. Koshland, Herausgeber der Wissenschaftszeitschrift »Science«, soziale Massenphänomene wie Obdachlosigkeit, Armut, Kriminalität oder Drogenabhängigkeit seien das Produkt fehlgeschalteter Gene. Armut wird also zum im wahrsten Sinn des Wortes „natürlichen Schicksal" (so wie es für den Protestantismus seinerzeit eine Frage der Auserwähltheit durch Gott war, ob man Erfolg hatte und ein Vermögen erwarb), und keine sozialen oder Bildungsprogramme, keine „Chancengleichheit" können an diesem Schicksal etwas ändern, höchstens ein „Nachbessern" der Gene.

Selbstverständlich kann Armut „vererbt" werden, es ist dies einer ihrer gefährlichsten Aspekte. Sowohl physische Schäden durch Krankheit und schlechte Wohnbedingungen als auch psychische Schäden werden durch Armut produziert und reproduziert. In einer Gesellschaft, in der das Geldvermögen und das Sozialkapital der Herkunftsfamilie für die Lebenschancen eine enorme Rolle spielen, in der die extrafunktionalen Fähigkeiten (Selbstbewußtsein, Selbstdarstellung, kommunikative und soziale Kompetenzen) für die berufliche Laufbahn nahezu ebenso wichtig sind wie die Fachqualifikationen; in einer Berufswelt, in der Fitness und erstklassiges Aussehen entscheiden, wer eingestellt oder befördert wird – in einer solchen Welt wird jener, der nichts von alledem mitbekommen hat, geschweige denn ein brauchbares (Berufs-)Rollenmodell durch wenigstens einen Elternteil, es schwerlich schaffen, sich sozial und beruflich zu behaupten. Die Konkurrenz ist zu mächtig und groß. Dieses „Erbe" ungünstiger familiärer Voraussetzungen ist schwer genug, da müssen nicht noch unbeweisbare und unhaltbare Theorien über „Armuts-Gene" oder „Arbeitslosigkeits-Gene" ins Spiel gebracht werden.

Gewerkschaften und politische Parteien laufen Gefahr, ihre integrierende Kraft als Hoffnungsträger für Arme einzubüßen. An die Stelle einer großen „sozialen Frage" sind differenzierte soziale Problemlagen getreten. Es haben sich voneinander abgegrenzte Randgruppen der Gesellschaft gebildet, die miteinander um die knappen Ressourcen von Arbeit, Wohnung und staatlicher Unterstützung konkurrieren, die sich voneinander distanzieren und einander teilweise aggressiv bekämpfen: Drogenabhängige – neueingewanderte Ausländer – Jugendliche ohne Zukunft – Dauerarbeitslose – Roma – Obdachlose. Außerstande, untereinander Solidarität zu entfalten, haben sie auch keinerlei Solidarität durch die „schweigende Mehrheit" der Gesellschaft (die so schweigsam gar nicht mehr ist) zu erwarten. Ebenso wenig Solidarität – die sich praktisch manifestierte in Verständnis, Hilfe und Unterstützung – erfahren der Mindestrentner („Lebt schon viel zu lang!"), die alleinerziehende Sozialhilfeempfängerin („Selber schuld!") oder die Familie mit drei und mehr Kindern („War das notwendig?").

Natürlich gibt es Sammel- und Spendenaktionen. Doch wie jeder weiß, ist Prävention besser und billiger als Reparatur. Doch diese Kernidee sozialer Theorien und Programme des bürgerlichen Zeitalters dürfte sich verflüchtigen.

Rand oder Mitte

Und somit scheint ein bizarrer Biologismus oder Fatalismus in Zeiten allgemeinen Fortschritts-Pessimismus und fehlender gesellschaftlicher Utopien ebenso seine Funktion zu haben wie Fundamentalismus, Ausländerhaß und diffuse Paranoia. Obwohl oder vielleicht auch weil es die Klassen oder Rassen oder sonstige Bevölkerungssegmente, die für den ökonomischen Abstieg prädestiniert sind, im Grunde nicht gibt, ebensowenig wie die Menschen, die sich ihnen pauschal zuordnen lassen. „Ausländer", „Arbeitslose", „Arbeiter" etwa sind in sich hochdifferenzierte Bevölkerungsgruppen. Kein Teil der Bevölkerung hat ein Monopol auf Armut und keiner auf Sicherheit und Wohlstand. Nur noch eine Minderheit der Gesellschaft, nämlich „Besserverdiener" (Wort des Jahres 1995), langjährig beschäftigt in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen, oder pragmatisierte Beamte, mit zusätzlichen Verträgen und Versicherungen, können sich heute noch ausrechnen, langfristig „abgesichert" zu sein. Wer dagegen mittel oder wenig verdient, häufiger arbeitslos ist oder wem durch Kindererziehung Beitragsjahre für die Pension fehlen, trägt ein wachsendes Armutsrisiko. Jeder kann den Absturz erleben.

Der deutsche Soziologe Ulrich Beck spricht vom Zerfall der Mitte, von der Individualisierung sozialer Ungleichheiten: „Auf dem Hintergrund eines vergleichsweise hohen Lebensstandards und weit vorangetriebener sozialen Sicherheiten wurden die Menschen in einem historischen Kontinuitätsbruch aus traditionellen Klassenbindungen und Versorgungsbezügen der Familie herausgelöst und verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles Schicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen."[3] Die Individualisierung hat den einen Chancen gebracht, den anderen Risiken – und manchen beides zugleich; man denke etwa an die Erleichterungen im Scheidungsrecht oder die zunehmende Erwerbstätigkeit der Mütter. Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen bringen neue Formen von Armut hervor, etwa durch Arbeitsmigration und Lohn-Dumping, und verhindern zugleich – etwa mit der Erosion traditioneller Organisationsformen der Arbeitnehmer – deren Politisierung. Die Ungleichheiten wachsen, werden bedrohlicher, die Armut wird auch bei uns allmählich wieder zum Massenphänomen, jedoch nicht mehr als Klassenfrage wahrgenommen und politisch ausgetragen.

Es gibt Armutsfallen, in die jeder von uns geraten kann: Bürgschaft für die Schulden des Ehepartners zu leisten, nicht genügend Pensionszeiten einzuzahlen, bei Erwerbslosigkeit gezwungenermaßen eine schlechter entlohnte Arbeit anzunehmen, wobei sich bei neuerlichem Arbeitsplatzverlust der Bezug ebenfalls drastisch reduziert – womit ein fast irreversibler Abstieg in Gang gesetzt wird – oder ein Wohnstandard, dessen monatliche Fixkosten ein kontinuierlich steigendes Einkommen erfordern. Leibfried und Leisering zogen aus ihrer Untersuchung über Armutsrisiken in Deutschland den Schluß: Wenn die Klientel der Armenpolitik nicht mehr auf traditionelle

Randschichten begrenzt ist, kann man aber auch die Armutspolitik nicht mehr von allgemeiner (Sozial-)Politik trennen. Familienpolitik, Steuerpolitik und Wohnungspolitik müßten koordiniert werden, um Armut zu erkennen, zu vermeiden und zu bekämpfen.

Gespaltene Gesellschaft – gespaltene Welt

Arbeitslosigkeit ist zum größten akuten Problem der westlichen Industriegesellschaften geworden. Eine andere Folge der wirtschaftlichen Strukturänderungen ist die zunehmende Flexibilisierung der Arbeit, das Überhandnehmen atypischer Arbeitsplätze, die vielleicht bald eher die typischen sein werden: Teilzeit, Kapovaz, befristete Stellen, Leiharbeit, Heimarbeit etc. Derartige Formen von Arbeitsverhältnissen können ebenfalls Armutsfallen sein. Doch dieser Prozeß der Flexibilisierung und somit die Schaffung einer immer größeren „Reservearmee" von ArbeitnehmerInnen zuungunsten schwindender „Stammbelegschaften" entscheidet – neben Produktivität, Innovativität und Tempo – die Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft jenen Wirtschaftssystemen gegenüber, die noch flexiblere, sprich: noch ärmere und anspruchslosere ArbeitnehmerInnen aufweisen können. Die neue Lohnkonkurrenz schwächt den Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften. Sie liefern Rückzugsgefechte, um den Standort zu halten; nicht den Standard aber wenigstens den Standort. Akzeptiert werden, wie zum Beispiel bei VW in Deutschland, verkürzte Arbeitszeiten mit gleichzeitigen Lohnkürzungen. Doch nicht einmal diese Strategie wird auf Dauer Arbeitsplätze erhalten. Denn zum einen schrumpft das Arbeitsvolumen im Produktions- aber auch im Dienstleistungssektor (ganz drastisch beispielsweise im Banken- und Kreditsektor); zum zweiten wird selbst eine Senkung der Lohnstückkosten nicht in einem solchen Ausmaß erfolgen können, daß die entwickelten nördlichen Industriestaaten mit den Schwellenländern konkurrieren können.

Je höher also die hierorts erreichten und erkämpften Standards (Arbeitsbedingungen, Löhne, Umweltverträglichkeit), desto eher wird ein Dumping durch die internationale Konkurrenz stattfinden, ob es sich um Lohndumping, um Sozialdumping oder Umweltdumping handelt. Die Industrieländer müssen befürchten, mit den Waren der Dritten Welt auch deren Arbeits- und

Claes Oldenburg, Kuchenstück, 1961

damit Lebensbedingungen zu „importieren" – zumindestens sich ihnen anzugleichen. Die derzeitige wirtschaftliche Strukturkrise mit 36 Millionen Arbeitslosen in Westeuropa, Nordamerika und Japan ist unter anderem eine Folge der Konkurrenz mit den Entwicklungsländern. Und in der Folge des Freihandels wird der Kampf ums Überleben weltweit und auch innerhalb Europas noch härter werden.

Hinter dieser drohenden Entwicklung steht ein fundamentales Problem: Sozial- und Umweltgesetze, Arbeitsrecht und andere Vorschriften, die aus dem Kapitalismus eine zivilisierte „soziale Marktwirtschaft" machten oder zu machen versuchten, gelten nur innerhalb der Grenzen der Nationalstaaten. Je mehr die Ökonomie global wird, desto weniger passen die Märkte und die Institutionen, die sie ordnen sollen, überein. Es findet sozusagen ein Wettbewerb der Wirtschaftssysteme statt, den wahrscheinlich nicht die „sozialsten" von ihnen gewinnen werden. In diesem gigantischen Überlebenskampf werden die Regierungen der Nationalstaaten Stück für Stück ihre Fähigkeit und Autonomie verlieren, die wirtschaftliche und soziale Zukunft ihrer Bürger zu gestalten. Jean-Claude Paye, Generalsekretär der OECD in Paris sagte: „Zum ersten Mal in der Geschichte sitzt heute die ganze Welt im selben Boot der globalen Marktwirtschaft."[4] Doch die Folge ist nun keineswegs eine neue Weltwirtschaftsordnung, wie sie sich noch vor wenigen Jahren als Perspektive zeigte, sondern ein anarchistisches „Jeder gegen Jeden". Die Regierungen der Entwicklungsländer halten die niedrigen Arbeitskosten in ihren Ländern für den entscheidenden Wettbewerbsvorteil und wollen sich diesen nicht wegverhandeln lassen. Die europäischen Gewerkschaften spüren den Anpassungsdruck an den „gemeinsamen Markt", und es ist ein Anpassungsdruck nach unten: Abbau des Sozialstaates, niedrigere Reallöhne und schlechtere Arbeitsbedingungen.

Ein weiteres Schreckgespenst für die wohlhabenden Länder des Nordens ist der zunehmende Flüchtlingsstrom. Weltweit wird die Zahl der Armuts- und Arbeitsmigranten mit weit über 100 Millionen Menschen veranschlagt. Diese anbrandende Armut – die Metaphorik bedient sich hier gern des Katastrophenvokabulars, spricht von „Flu-

ten“ und „Überschwemmungen“, etwa von der „Asylantenschwemme“ – soll durch einen Damm aus Gesetzen und einem Wall aus Polizisten und Soldaten oder, wie im Fall der Vereinigten Staaten, einer Mauer aus Stacheldraht, abgehalten werden. Und so wird die Trennung zwischen Arm und Reich immer rigider. Weltweit, wie innerhalb der Nationen und Gesellschaften.

Entsolidarisierung

Fehlen in der Entwicklungpolitik Aufbauprogramme hinreichend großen Maßstabs, fehlen in der Flüchtlingspolitik langfristig ausgerichtete Präventionsmaßnahmen, so fehlt auf nationaler Ebene ein fairer Einkommensausgleich zwischen Reich und Arm. Die diversen Sozialversicherungs- und Umverteilungssysteme sichern hauptsächlich die Mittelschichten und die Wohlhabenden, die „Besserverdienenden“ (Wort des Jahres 1995). Je höher das Einkommen, desto größer ist der Anspruch auf Leistungen. Neben einer gerechteren Verteilung des Einkommens bräuchte es aber auch Sachleistungen des Staates und der Kommunen, wie zum Beispiel erschwingliche Wohnungen oder verbesserte Kinderbetreuungsangebote oder einen Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in peripheren Regionen, damit nicht betreuungspflichtige Frauen die ewigen Verliererinnen im Wettkampf um Arbeit und Einkommen bleiben.

Geschieht dies alles nicht, wird die Zahl der Armen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger weiterwachsen. Es entstehen dauerhafte Unterschichten und Slums, soziale Enklaven, die mit der übrigen Gesellschaft allenfalls durch Kriminalität und Polizei verbunden (besser sollte es wohl heißen: verzahnt) sind.

Statt diese Welt als eine gemeinsame Welt zu begreifen, erleben wir sie zunehmend als zweigespalten. Der Wettbewerb erscheint wie der Kampf um das berühmte Stück vom Kuchen: als Nullsummenspiel, in dem einer verliert, was der andere gewinnt. Gelder in die Integrationshilfe zu stecken, erscheint den meisten als „Raub“ am Bürger und Steuerzahler. Statt zu sehen, was auf der Hand liegt: nämlich, daß die Leistungen für Asylanten ein gutes Geschäft sind und der Import ausländischer Arbeitskräfte ein Gewinn für die inländische Wirtschaft.

„Leistung soll sich wieder lohnen“, wem leuchtet dieses Motto nicht ein? Wie der Österreichische Sozialbericht 1994 belegte, steigen allerdings die Einkommen aus Besitz, also aus Zinsen und Immobilienvermögen, und zwar weit kräftiger als die Lohneinkommen. Müßte es also nicht eher heißen: „Besitz soll sich wieder lohnen“? Überall beobachtbar ist eine Abschottung und Abgrenzung der Wohlhabenden, eine kompromißlose Verteidigung des Besitzstandes, ja eine Sezession der Erfolgreichen aus einer Gesellschaft, in der vermeintlich die Bettler und Habenichtse beschenkt und begünstigt werden. Robert Reich, Arbeitsminister Bill Clintons, analysierte schon vor Jahren die schleichende Sezession der Erfolgreichen aus der amerikanischen Gesellschaft, ihren Rückzug erst aus der sozialen Verantwortung und schließlich ihren buchstäblichen, räumlichen Rückzug in eigene, gut bewachte Wohnghettos.

Öffentlich wird zum Boykott des Sozialstaates aufgerufen – zum Beispiel zur Verweigerung der Zahlung der Pensionen – und stillschweigend wird Kapital ins Ausland transferiert und in jenen Ländern investiert, die niedrige Lohnkosten haben.

Max Singer und Aaron Wildavsky malen in ihrem Buch „The Real World Order“ das Szenario einer künftigen Zweiteilung der Erde in eine Zone des Friedens und eine Zone der Turbulenzen. In der „Friedenszone“ – sie umschließt in diesem Szenario Westeuropa, Nordamerika, Japan, Australien und Neuseeland und etwa 15 Prozent der Weltbevölkerung – herrschen Demokratie, Menschenrechte, bürgerliche Ordnung und Wohlstand. Der Rest der Welt ist mit autoritären Regimes, der Verweigerung von Menschenrechten und politischen Turbulenzen bis hin zum Bürgerkrieg geschlagen. Diese Aufspaltung läßt sich jedoch, wie ich ausgeführt habe, analog auch innerhalb der „Friedensszone“, zwischen „Kern-“ und „Randschichten“ der Gesellschaft orten. Eine Zweiteilung der Welt prognostizierte auch der französische Schriftsteller Alain Minc („Le Nouveau Moyen Age“). Der immer schmäler werdende Bereich, in dem Ordnung herrscht, sei umringt von Räumen und Gesellschaften, die sich unserer Analyse verschließen und unserem Einfluß entziehen. Andere Zukunftsszenarien sehen auch die reichen Länder in einen Krieg eintreten, in einen erbitterten Kampf um Märkte, Arbeitsplätze und um die ökonomische Suprematie.

Natürlich gibt es zu diesen düsteren und apokalyptischen Bildern – und zweifellos sind sie von den bestehenden Tendenzen dialektisch hervorgerufen – Gegenbilder und Gegenstrategien. Nur daß deren Normen leider nicht die Kraft des Faktischen besitzen. „In dem Maß, in dem wir Reiche und Arme dazu bringen können, sich als Angehörige derselben Gemeinschaft zu begreifen, gibt es eine gewisse Hoffnung für die Gesellschaft“, sagte Amitai Etzioni, prominenter Vertreter der Bewegung der Kommunitarier. Schlüsselbegriff dieser Bewegung, die von den USA ausging, ist die gegenseitige Verpflichtung oder „Gegenseitigkeit“ (Daniel Yankelovich). Passivität und Versorgungsmentalität bei den Besitzlosen wird ebenso abgelehnt wie der Egoismus der Erfolgreichen, die zu Verzicht und Teilen aufgefordert sind. Leider bleiben bei diesen guten und wichtigen Appellen wesentliche Fragen offen – und gerade sie sind die crucial points, an denen die Durchsetzung aller Soziallehren und Sozialutopien scheiterte: was ist mit der Funktion der Ungleichheit, die ja – siehe oben – das Um und Auf des Wettbewerbs und des freien Marktes ist? Was ist mit der Funktion des Kapitals, das ja, wie auch schon Leo III. einsah, in erster Linie investiert werden muß und nicht verschenkt? Die neue Wertediskussion, die die Bewegung der Kommunitarier fordert, hat deshalb eher die Qualität einer Sonntagspredigt als einer politischen Perspektive. Der Drang nach Bereicherung, danach, höher zu kommen und mehr zu bekommen, hat jahrhundertelang unser Bewußtsein geprägt und war Motor von Innovation und Fortschritt. „Jetzt ist es Zeit, eine andere Sicherheit zu suchen. Wir sollten lernen, mehr Befriedigung in unseren Beziehungen zu anderen Menschen zu finden“, sagt Etzioni[5] und macht damit klar, an wen diese Predigt sich richtet: an den besser verdienenden weißen Mann. ■

Dr. Monika PELZ ist freiberufliche Sozialwissenschaftlerin und Schriftstellerin.

Anmerkungen

1 »Die Zeit« Nr. 46, 11. November 1994, S. 22
2 Stephan Leibfried, Lutz Leisering, Armutsrisiken in Deutschland, Frankfurt 1995
3 »Die Zeit« Nr. 40, 30. September 1994, S. 21
4 »Die Zeit« Nr. 15, 8. April 1994, S. 33
5 »Die Zeit« Nr. 46, 10. November 1995, S. 32

Feminisierung der Armut

Von Penzing bis Peking

Bärbel DANNEBERG

Das Ereignis dieses Jahrzehnts[1], die UNO-Weltfrauenkonferenz vergangenen September in Peking, ist vorüber und, so scheint's, von den politischen Macht- und Meinungsträgern vergessen. Geblieben ist der Alltag, den die Frauen dort beklagten, und den zu verändern sie Strategien, Papiere, Resolutionen, eine „Platform for Action" und länderspezifische „follow ups" entwarfen.

Die Frage nach der Sinnhaftigkeit derartiger Mammutkonferenzen insgesamt tagten zweieinhalb Wochen lang 40.000 Frauen aus aller Welt in Beijing und Huairou ist oft gestellt und schnell beantwortet: Informationen austauschen, den vergessenen Frauenalltag erinnern, mahnen und fordern, um zu verändern. Und immer wieder einfordern, was zumindest seit diversen UNO-Weltfrauenkonferenzen in Mexico, Kopenhagen, Nairobi und seit dem Internationalen Jahr und schließlich dem UNO-Jahrzehnt der Frau als allgemeines Wissen vorausgesetzt werden kann: Den Frauen der Welt geht es wenn auch regional sehr unterschiedlich dreckig, das muß sich ändern. Aber wie?

Die armen Frauen

Von den schätzungsweise 1,3 Milliarden in Armut lebenden Menschen sind mehr als 70 Prozent Frauen. Die Anzahl der Frauen auf dem Land, die in absoluter Armut leben, stieg in den letzten beiden Jahrzehnten um 50 Prozent. Die Feminisierung der Armut läßt sich auch in Industrieländern nachweisen. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel waren 1940 „nur" 40 Prozent der Armen Frauen, während es 1980 schon 62 Prozent waren.[2]

In regelmäßigen Abständen werden diese oder ähnliche Zahlen genannt. Und die Appelle sind überall mehr oder weniger gleich: „Die menschliche Entwicklung muß die Gleichstellung der Geschlechter mit einbeziehen. Wenn Entwicklung die Erweiterung der Chancen aller Menschen anstrebt, dann bildet der ständige Ausschluß von Frauen eine klare Behinderung des Entwicklungsprozesses."[3]

Derart schöne Worte gab es zur Genüge im letzten „Frauen"-Jahrzehnt. Aber: „In vielen Ländern reichen und armen, demokratischen und autoritären, Industrie- und Entwicklungsländern sind Frauen immer noch jeden Tag rechtlichen Diskriminierungen ausgesetzt. Ironischerweise verbindet diese Länder über viele kulturelle, religiöse, ideologische, politische und wirtschaftliche Unterschiede hinweg ihre gemeinsame Haltung *gegen* die Gleichstellung von Frauen: beim Recht zu reisen, zu heiraten, sich scheiden zu lassen, die Staatsbürgerschaft zu erwerben, Vermögen zu verwalten, eine Beschäftigung aufzunehmen und Vermögen zu erben."[4]

Was also behindert die gleichen Entwicklungschancen von Frau und Mann derart, daß selbst bei politisch wohlwollender Absicht sich dieser Zustand nicht nur aufrecht erhält, sondern eher noch verfestigt?

Macht, Markt und Männer

Auf der Weltfrauenkonferenz in Peking wurden die beiden verflochtenen Stränge sehr genau benannt, die den weiblichen Lebenszusammenhang beschränken: Kapitalismus und Patriarchat. Wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, wird das Leitmotiv nämlich ökonomische und geschlechtsspezifische Ausbeutung sowohl in der „ersten", der „zweiten" und „dritten" Welt als gemeinsames Strukturmerkmal der verschiedenen Gesellschaften sichtbar.

Im „Economic Justice Caucus" auf dem Pekinger Weltfrauengipfel haben Frauen aus Entwicklungs- und Industrieländern versucht, mehr ökonomische Gerechtigkeit in der Plattform der Konferenz zu verankern. Die eingeladenen VertreterInnen der Weltbank „mußten sich bittere Worte anhören: Reine Marktökonomie und zunehmende Globalisierung mache die Reichen noch reicher und das Heer der Armen noch ärmer. Wer steuere die Marktkräfte? Nicht die nationalen Regierungen, auf die die Weltbank so vieles schiebe, sondern die Multis. Die Bank schere sich nicht um soziale Folgen ihrer Strukturanpassungspolitik."[5]

In den Entwicklungsländern produzieren die Frauen zwischen 60 und 80 Prozent der Grundnahrungsmittel. Mehr und mehr Flächen werden ihnen jedoch für den Anbau von devisen-erwirtschaftenden Produkten (z.B. Baumwolle) entzogen. Die Vernachlässigung der Kleinbäuerinnen durch die Regierungen des Südens oft als Folge der Strukturanpassungsprogramme hat wesentlich zur Verarmung der ländlichen Bevölkerung und der steigenden Arbeitsbelastung von Frauen beigetragen.

In keiner Volkswirtschaftsrechnung aber scheint der Frauenbeitrag ihrer meist unter- wenn nicht gar unbezahlten Arbeitsleistung auf. „Man sollte dem Gedanken widerstehen, daß zur Bewertung menschlicher Tätigkeiten immer ein Marktpreis angesetzt werden muß. Viele Dinge, die das Leben lebenswert machen, haben keinen Preis. Wir sprechen uns nicht dafür aus, daß alle Aktivitäten innerhalb einer Familie oder einer Gemeinschaft mit Geld bewertet werden müssen, um richtig anerkannt zu werden. Die meisten dieser Aktivitäten stehen für einen Wert, der weit über die ökonomische Einschätzung hinausgeht.

Dennoch sehen wir uns vor einem Dilemma: Wenn diese Aktivitäten nicht ökonomisch bewertet werden, besteht die Gefahr, daß der Beitrag von Frauen stark unterschätzt wird. Es gibt keine ausreichende Entlohnung oder Anerkennung für die von Frauen getragene Arbeitslast. Die mangelnde Bewertung eines Großteils ihrer Arbeit führt sogar dazu, daß Frauen in den meisten ökonomischen Transaktionen zu Nicht-Personen werden, etwa beim Eigentum an Grund und Boden oder bei der Stellung von Sicherheiten für Bankkredite. Da in der Gesellschaft von heute Status häufig mit der Fähigkeit gleichgesetzt wird, ein Einkommen zu erzielen,

leiden Frauen unter einer starken Unterbewertung ihres ökonomischen Status. Dabei tragen sie einen größeren Anteil an der Gesamtarbeitsbelastung; hinzu kommt die Tatsache, daß die bezahlte Arbeit von Männern in der Wirtschaft das Ergebnis einer ‚gemeinsamen Leistung' ist, die gar nicht möglich wäre, wenn die Frauen nicht zu Hause blieben, um sich um Kinder und Haushalt zu kümmern."[6]

Was sich in Zahlen spiegeln läßt: „Wenn diese unbezahlten Tätigkeiten

Fotos: Bärbel Danneberg: In Peking

als Markttransaktionen zu gegenwärtigen Löhnen behandelt würden, käme eine monetäre Bewertung in gigantischer Höhe zustande, nämlich der kaum vorstellbare Betrag von 16 Billiarden Dollar; dies sind etwa 70 Prozent der auf 23 Billiarden Dollar geschätzten weltweiten Gesamtproduktion. Diese Schätzung umfaßt den Wert unbezahlter Arbeit von Frauen und Männern sowie den Wert der Unterbezahlung der Arbeit von Frauen zu gegenwärtigen Löhnen."[7]

Einseitiger Weltwohlstand

„Trotz feministischem und frauenpolitischem Engagement unzähliger Frauen in aller Welt kontrollieren beispielsweise Männer die Hälfte der Weltbevölkerung 90 Prozent des in Geld gemessenen Einkommens", kritisierte auch Österreichs Frauenministerin Helga Konrad in ihrer Rede vor den RegierungsvertreterInnen auf der UNO-Weltfrauenkonferenz in Peking. Und in einer eigenen „Peking Deklaration" haben regierungsunabhängige Organisationen (NGOs das NGO-Frauenforum tagte vor bzw. parallel zur Regierungskonferenz im 50 Kilometer von Peking entfernten Huairou) dem gegenwärtigen Modell für Wirtschaftswachstum eine Absage erteilt: Es könne nicht die grundlegenden materiellen und geistigen Bedürfnisse der Welt befriedigen und erzeuge „großen materiellen Reichtum für wenige, während es viele verarmen läßt. Wir tun drei Viertel der Arbeit der Welt, verdienen aber nur fünf Prozent der Einkommen. Unsere Arbeit dient als unsichtbare Unterstützung des Weltwohlstandes", so die Kritik.

Im Zuge der Globalisierung weiter Teile der Wirtschaft entsteht ein rechts- und sozialpolitisches Vakuum, in welchem sich die multinationalen Konzerne tummeln und das zu immer unverschämterer Ausbeutung von Mensch und Natur reizt: Die armen Regionen der „zweiten" und „dritten" Welt dienen den reichen Industrieländern als Wohlstands-Müllhalde und moderner Sklavenmarkt, und in der „ersten" wird nach dem gleichen Prinzip der Auslese und Konkurrenz Ungleichheit geschaffen: „Die zunehmende Armut von Frauen hängt mit ihrer ungleichen Situation auf dem Arbeitsmarkt zusammen, ihrer Behandlung durch die Systeme der sozialen Wohlfahrt und ihrem Status und ihrer Rolle in der Familie. In den USA sind mehr als die Hälfte der von Frauen geführten Haushalte arm, was zur Feminisierung der Armut beiträgt."[8]

Reproduktions- und andere Zwänge

Ein ähnliches Bild zeichnet der kürzlich erschienene Sozialbericht[9] für Österreich: Bei den beschäftigten Alleinerzieherinnen zeigen sich die höchsten Anteile einkommensschwacher Familien für Arbeiterinnen rund 40 Prozent verfügten über ein Äquivalenzeinkommen von monatlich weniger als 6.200 Schilling. Bei den Angestellten liegt dieser Anteil bei fast einem Viertel. Nach dem Familientyp finden sich die Einkommensschwächsten in Familien mit Kind(ern), wenn die Frau nicht berufstätig ist (oder sein kann) und nur ein geringes Arbeitseinkommen zur Verfügung steht: Von den Arbeiterfamilien findet sich bei einem Kind bereits ein Fünftel, bei zwei Kindern fast ein Drittel, bei drei Kindern die Hälfte und bei vier und mehr Kindern ein Anteil von zwei Dritteln im untersten Zehntel der Einkommensverteilung.

„Die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen und das daraus resultierende Machtgefälle ist das Haupthindernis für die Gleichstellung der Frauen in allen Teilen der Welt", so Frauenministerin Helga Konrad auf der Weltfrauenkonferenz. „Zur Erreichung der tatsächlichen Gleichstellung sehe ich als Österreichische Frauenministerin folgende Handlungsbereiche als prioritär und setze daher dort mein politisches Handeln ein", umriß sie ihr Zukunftsprogramm: ökonomische und soziale Unabhängigkeit der Frauen; Vereinbarung von Beruf und Familie und zwar für Frauen und Männer; Arbeitsplätze und Arbeitszeiten für Männer und Frauen, die sowohl Erwerbsarbeit wie auch Zeit für Familienarbeit ermöglichen; ausreichende bedarfsgerechte Kinderbetreuungs-

plätze und eine Neuverteilung der bezahlten und unbezahlten gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen Männern und Frauen; Recht auf selbstbestimmte Wahl der Lebensform und die Freiheit der Verfügbarkeit über den eigenen Körper; Kampf gegen jegliche Form von Gewalt an Frauen.

Wenige Monate später, nachdem die SPÖ nicht zuletzt durch einen weiblichen Stimmenanteil von rund 40 Prozent gestärkt aus der Nationalratswahl hervorging und mit der ÖVP über budgetäre Einsparungen koalitionsverhandelte, war von diesen hehren Zielen zugunsten der Frauen keine Rede mehr. Vielmehr zielen die angestrebten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung genau dorthin, wo seit eh und je unbezahlte Frauenarbeit und Armut angesiedelt sind: SP-Geschäftsführerin Brigitte Ederer etwa will das Pflegegeld zugunsten „professioneller Pflege" kürzen. Was eine Verkennung der realen Situation ist, insbesondere, wenn sie in diesem Zusammenhang von „Schwarzarbeit" spricht, denn die weibliche „Pflegekarriere" bedeutet in der Regel unbezahlte Familienarbeit. Weiters möchte sie die Mitversicherung von kinderlosen Ehefrauen in der Sozialversicherung streichen, und Helga Konrad lobt diese Idee als richtige und offensive Maßnahme, „die eigenständige soziale Sicherung der Frauen voranzutreiben."

So kann man es auch sehen wäre da nicht die hohe und rapid steigende Arbeitslosigkeit, die vor allem Frauen (junge, denn sie könnten Kinder kriegen, „mittelalte", denn ihnen fehlen Berufsjahre und ältere, denn sie sind zu teuer) in die „stille Reserve" drängt und von einer eigenständigen sozialen Absicherung nur träumen läßt. Die sozialen Sicherungssysteme, die angelegt sind auf eine ununterbrochene Erwerbskarriere und die sich an einem männlichen Lebensmodell ohne Kindererziehungszeiten orientieren, grenzen weibliche Teilhabe aus.

Globalisierung des Frauenkampfes

„Global gesehen ist der Anteil von Frauen mit Beschäftigung in den letzten 20 Jahren nur um 3,9 Prozentpunkte gestiegen: zwischen 1970 und 1990 von 35,6 auf 39,5 Prozent, wobei zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kaum ein Unterschied besteht. Im Vergleich dazu lag der Anteil der Männer 1990 bei 58 Prozent."[10]

Die Folgelogik dieser Tatsache faßten die Teilnehmerinnen der Weltfrauenkonferenz folgendermaßen zusammen: Globalisierung der Wirtschaft heißt Globalisierung des Frauenkampfes. Denn alle nationalen Frauenförderprogramme und Gleichbehandlungsgesetze sind wie eine Feder im Wind der wirtschaftlichen Konjunkturen, wenn nicht eine grundlegend andere gesellschaftliche Ordnung dafür sorgt, daß die Schere zwischen Arm und Reich sich verkleinert (was sich in Österreich nicht zuletzt am Gleichbehandlungspaket zeigt, das im Tausch gegen ein höheres Frauenpensionsalter in ferner Zukunft von jetzt auszubauenden Kinderbetreuungseinrichtungen sprach; übriggeblieben davon ist die heutige Debatte um die Erhöhung des Pensionsalters).

Ohne Kampf wird es nicht gehen. Was selbst Teile der katholischen Kirche, etwa Caritas-Präsident Küberl, erkannt haben. Er fordert eine „intelligente Umverteilung", denn „wem es gut geht, der kommt auch mit etwas weniger über die Runden". Und der Wiener Katholische Familienverband meint, daß die Anhebung der Kapitalertragssteuer besser wäre als weitere Kürzungen staatlicher Leistungen wie Familienbeihilfe oder Karenzgeld der Staatsverschuldung von 1.228 Milliarden stehe schließlich ein privates Finanzvermögen von 3.330 Milliarden Schilling zur Verfügung.

Die jetzigen Budget-Diskussionen zeigen hingegen, daß sich der Verteilungskampf unter den „Modernisierungsverlierern" abspielen soll. Den besten Beweis liefern uns die Länder der EU mit den zu erreichenden Maastricht-Kriterien für eine Währungsunion: das Kapital geht über (soziale) Leichen, vorzugsweise weibliche. ■

Bärbel DANNEBERG ist Redakteurin der »Volksstimme«.

Anmerkungen

1 »Frauensolidarität« 3/1995
2 UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung 1995
3 Ebenda
4 Ebenda
5 Birgit Dederichs-Bain von der Deutschen Welthungerhilfe, in »Neues Deutschland« 23./24.9.1995
6 UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung 1995
7 Ebenda
8 Ebenda
9 Bericht über die soziale Lage 1994, Tätigkeitsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
10 UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung 1995

Arbeit – Leistung – Konsum – Freizeit*

Zum Verhältnis von Arbeit und Reproduktion in der Nachkriegsgesellschaft in Österreich

Inge KARAZMAN-MORAWETZ

Die Nachkriegszeit ist in Österreich (wie in allen entwickelten kapitalistischen Industriestaaten) durch epochale wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen gekennzeichnet. Auf der Grundlage eines historisch noch nie dagewesenen Produktivitäts- und Wirtschaftswachstums kam es zu einer bislang unbekannten Erhöhung des Konsums und materiellen Lebensstandards sowie zu einer Veränderung der Lebensweise der Menschen.

Diese Entwicklungen schlossen erstmals auch die Arbeiterschaft mit ein. Ende der sechziger Jahre konnte die Sozialwissenschaft auf den „wohlhabenden Arbeiter" verweisen[1], der an der neuen Lebensweise teilhat, die ironisch als „1-2-3-4-Syndrom" beschrieben wird, was heißen soll: eine Frau, zwei Kinder, drei Zimmer, vier Räder[2]. Die Arbeitszeit verkürzte sich; neben dem Arbeitsleben entstand ein „privater Lebensstrang", der nicht nur Freizeit bedeutet, sondern neue Anforderungen an die Lebensführung der Menschen bringt. Die Arbeit selbst verlangte zunehmend höher qualifizierte Arbeitskräfte, deren Fähigkeiten auch intensiver beansprucht werden. Schulische Ausbildung und Weiterbildung weiteten sich seit den sechziger Jahren stark aus und wurden für den einzelnen, für die individuellen beruflichen und sozialen Möglichkeiten, immer wichtiger.

In den unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Deutungen der Nachkriegsgesellschaft spiegelt sich das, was jeweils als markante Veränderung betrachtet wurde: So ist in den sechziger Jahren die Rede von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft"[3], etwas später von der „Konsum-" und „Freizeitgesellschaft". Seit den 80er Jahren wird dagegen vom „Ende der Arbeits-" und der Entstehung einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft" gesprochen. Die Veränderungen in Arbeit und Reproduktion[4] korrespondieren mit Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung, die durch bestimmte Produktions- bzw. Kapitalstrategien gekennzeichnet sind. Zentral für die Nachkriegszeit ist die als „Fordismus" bezeichnete Wirtschaftsformation, die auf intensiver Rationalisierung (typisch dafür das Fließband), industrieller Massenproduktion und Massenkonsum beruht.[5] Sie hat sich ausgehend von den USA mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs weltweit durchgesetzt und ist spätestens seit den achtziger Jahren in Ablösung begriffen. Jeder Phase läßt sich ein „impliziter Arbeitsvertrag" zuordnen, der bestimmt, wer unter welchen Bedingungen wie zu arbeiten hat und was wem gesellschaftlich legitim „zusteht". Dieser gesellschaftliche Arbeitsvertrag, den H. Steinert als „Arbeitsmoral" bezeichnet, wird sowohl faktisch, etwa durch Sozialpolitik, als auch auf der Ebene der Ideologie hergestellt.[6]

Im folgenden sollen die Veränderungen in Arbeit und Reproduktion in der Nachkriegsgeschichte Österreichs zuerst skizziert und danach mit den Konzepten des Fordismus und der Arbeitsmoral analysiert werden. Eine Verbindung beider Konzepte läßt sich herstellen, wenn man Arbeitsmoral als einen Bestandteil des spezifischen „hegemonialen Projekts" auffaßt, das auf der Ebene der politischen Regulierung zur jeweiligen Wirtschaftsphase dazugehört.[7]

Gesellschaftliche Trends der Nachkriegszeit: Veränderungen in Arbeit und Einkommen

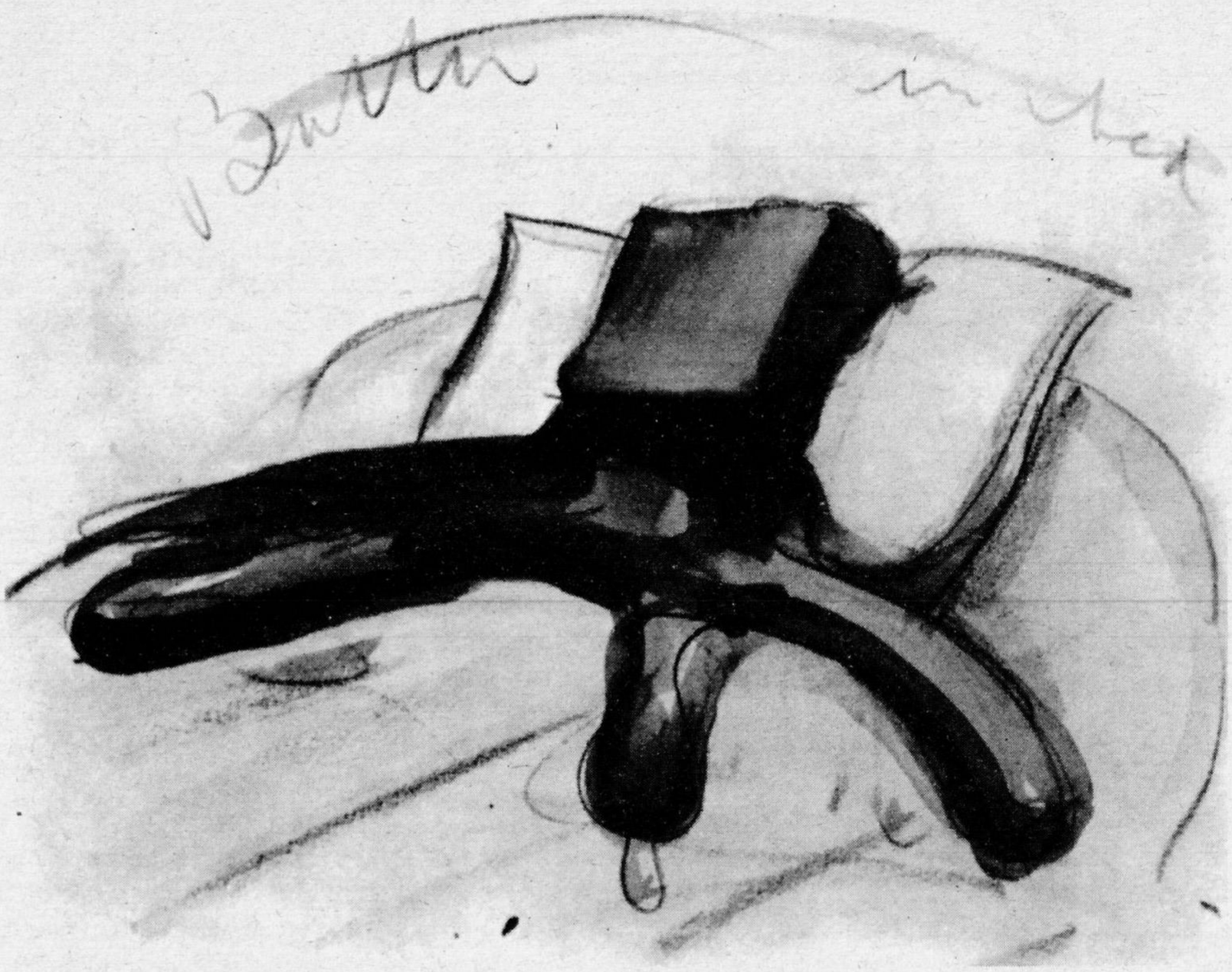
Welche einschneidenden Veränderungen in der Arbeit für die erwerbstätige Bevölkerung seit Ende des Zweiten Weltkriegs vor sich gegangen sind, läßt sich zunächst an der Verschiebung zwischen den Wirtschaftssektoren ersehen. Noch knapp nach Kriegsende war ein Drittel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, heute sind es nur mehr sechs Prozent. Rund eine halbe Million Menschen strömte in den fünfziger Jahren in die damals expandierende Industrie und in den Handel, ab den sechziger Jahren verstärkt auch in den Geld- und Kreditsektor, in die Infrastruktur (Verkehr, Gesundheits-, Bildungswesen) und die staatliche Verwaltung.[8] Seit den achtziger Jahren ist die Mehrheit der Berufstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt. Parallel dazu sank die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden in Gewerbe und Landwirtschaft (von 35 Prozent im Jahr 1951 auf 14 Prozent im Jahr 1988). Arbeit ist also für fast alle abhängige Lohnarbeit geworden, und dabei für viele Angestelltenarbeit. War 1951 nur jede/r fünfte Erwerbstätige im Angestellten- oder Beamtenverhältnis tätig, ist es heute fast jede/r zweite. Berufstätige Frauen sind heute mehrheitlich Angestellte.

Damit haben sich Arbeitsbedingungen und -inhalte verändert. Schwere körperliche Arbeit hat sich zugunsten nicht-manueller Arbeit gesellschaftlich reduziert. Tätigkeiten des Daten- und Informationstransfers und der Kommunikation mit Menschen (Anleiten, Handeln, Unterrichten, Behandeln) stehen gegenüber Produktionstätigkeiten bereits im Vordergrund.[9] Dabei ist die Arbeit (zumindest für einen Teil der Beschäftigten) wohl interessanter, aber dadurch nicht unbedingt „leichter" geworden. Man muß nur an die höheren Anforderungen an Konzentration, Schnelligkeit, Genauigkeit, an die komplexeren Aufgabenstrukturen, an erhöhte psychische Beanspruchung oder an neue Anforderungen wie „Emotionsarbeit"[10] in den expandierenden Mensch-zu-Mensch-Berufen denken. Herzinfarkt und Streß können längst nicht mehr als „Manager-Krankheiten" ge-

---

* Dieser Beitrag stammt aus dem Buch „Österreich 1945 bis 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur", herausgegeben von Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Talos. Die statistische Tabellen wurden weggelassen. Siehe auch Buchbesprechung von Lutz Holzinger in diesem Heft.

handelt werden (tatsächlich war der Herzinfarkt immer eine Arbeiter-Krankheit); psychische Erkankungen sind zur zweit häufigsten Diagnose für krankheitsbedingte Pensionierungen (Neuzugänge) geworden.[11]



Claes Oldenburg, Butter im Bett, 1971

Die Intensivierung der Industriearbeit läßt sich anhand der Entwicklung der Produktivität ersehen, die ja keineswegs ausschließlich auf technische Verbesserungen zurückzuführen ist. Die Produktivität je Industriebeschäftigten hat sich seit 1956 verfünffacht, die Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde in der Industrie sogar verachtfacht. Der Produktivitätszuwachs fiel in zwei Perioden besonders stark aus, die als Durchsetzung der zwei verschiedenen Wirtschaftsphasen interpretiert werden können: In der Periode ab 1965 bis Ende der siebziger Jahre und in der Periode ab den späten achtziger Jahren.

Der private Konsum pro Einwohner (real) und das reale Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer haben sich demgegenüber seit 1956 nur verdreifacht, wobei der stärkste Zuwachs des Einkommens in der Periode bis 1979 stattfand. Dennoch bedeutet diese Entwicklung für die österreichische Bevölkerung einen bislang unbekannten Zuwachs an materiellem Wohlstand und auch an ökonomischer Sicherheit. Man muß sich vorstellen, daß die Erfahrung einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung und einer sukzessiven materiellen Besserstellung der Haushalte, die die Österreicher in der Nachkriegszeit (zumindest ungebrochen bis Ende der siebziger Jahre) gemacht haben, damals keineswegs selbstverständlich war. Anfang der fünfziger Jahre erreichte das Bruttoinlandsprodukt wie auch das Einkommen je Haushalt etwa den Stand des Jahres 1913 – die ganze Zwischenkriegszeit war, bei allen Schwankungen, durch Stagnation gekennzeichnet. Freilich ist zum Wohlstandswachstum der Nachkriegszeit zu sagen, daß der gestiegene gesellschaftliche Reichtum genauso ungleich verteilt blieb: An den Einkommensrelationen zwischen Vermögenden bzw. Spitzenverdienern und den übrigen Unselbständigen sowie zwischen den Geschlechtern hat sich in den letzten 40 Jahren nichts wesentliches geändert.[12]

Konsum und Konsumstruktur

Mit der Erhöhung der Einkommen und des privaten Konsums veränderte sich auch die Struktur der Konsumausgaben der Haushalte. 1954 entfiel noch fast die Hälfte (46 Prozent) des privaten Konsums der Österreicher auf Nahrungs-und Genußmittel.[13] Dieser Anteil ist 1970 schon auf 32 Prozent geschrumpft und beträgt 1990 nur mehr 19 Prozent. Die relative Verringerung der Ausgaben für das unmittelbar Lebensnotwendige eröffnet Raum für Ausgaben im Reproduktionsbereich:

Stark angewachsen sind die Ausgaben für Verkehr (d.h. weitgehend für das eigene Auto) und Nachrichten, nämlich von 6,5 Prozent im Jahr 1954 auf 15,7 Prozent im Jahr 1990, ebenso die Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Unterhaltung. Dramatisch ist der Zuwachs bei den Ausgaben der Österreicher im Ausland, also bei Reisen, die 1954 mit 0,9 Prozent praktisch keine Rolle spielten und mittlerweile auf 9 Prozent (1990) angestiegen sind.

Der langfristige Trend zur Verschiebung der Ausgabenstruktur trifft im großen und ganzen auf alle sozialen Schichten zu. Das läßt sich aus den Konsumerhebungen über die monatlichen Verbrauchsausgaben der Haushalte ersehen, die im 10-Jahres-Rhytmus stattfinden.[14] Der 10-Jahresvergleich bringt die Perioden gut zum Ausdruck, in denen bestimmte Investitionen in die Reproduktion stattgefunden haben: Die fünfziger Jahre sind die Zeit der Motorisierung. Die anteiligen Ausgaben für Verkehr verdreifachen sich von 1954 bis 1964, und zwar sowohl bei Arbeiter- als auch Angestelltenhaushalten. Die sechziger Jahre sind die Zeit der Investitionen in die Wohnung, also des höheren Kostenaufwands in besser ausgestatteten oder neu erbauten Wohnungen. Die anteiligen Wohnungsausgaben verdoppelten sich zwischen 1964 und 1974 von 6 auf 13 Prozent, bei den Arbeitern von 5 auf 13 Prozent, bei den Angestellten von 5 Prozent auf 14 Prozent. Dem entspricht, daß sich die Wohnungssituaton erst in den sechziger Jahren spürbar verbesserte.[15] Die Ausgaben für Bildung, Erholung und Unterhaltung stiegen bei Arbeitern und Angestellten in den siebziger Jahren – der Zeit der Bildungsexpansion – am stärksten an.

Parallel zur veränderten Konsumstruktur verlagerte sich der private Konsum ab den fünfziger Jahren auf dauerhafte Konsumgüter. Konsumgüter, die es früher entweder für eine kleine Oberschicht als Luxus oder noch gar nicht gab, wurden nun in Massen-

produktion hergestellt und zunehmend auch für Lohnabhängigen-Haushalte verfügbar: Zunächst der Motorroller, dann das Auto, die Küche nach amerikanischer Art mit Kühlschrank, Waschmaschine, Mixer, Staubsauger, und etwas später das Wohnzimmer mit Wandschrankmöbel und Fernsehapparat wurden zum Wohlstandssymbol der Zeit.[16] Der Bestand an Konsumgütern bezogen auf 100 Haushalte im Zeitvergleich zeigt einen stürmischen Zuwachs in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. War im Jahr 1955 eine Waschmaschine, ein Kühlschrank oder ein Auto im Haushalt noch eine Seltenheit gewesen, so kam fünf Jahre später immerhin schon auf jeden fünften Haushalt ein Pkw. Der Bestand an Pkws (inklusive Kombi) in Österreich hat sich zwischen 1950 (51.300) und 1960 (404.000) verachtfacht, von 1960 auf 1970 (1,2 Millionen) verdreifacht. Er liegt 1992 bei 3,2 Millionen. Ab 1974 stehen auch schichtbezogene Daten über die Ausstattung der Haushalte zur Verfügung.[17] Nach diesen Umfragedaten verfügten im Jahr 1974 49 Prozent der österreichischen Privathaushalte über mindestens ein Auto, darunter 56 Prozent der Arbeiter- und 71 Prozent der Angestelltenhaushalte. Im Jahr 1989 sind es 78 Prozent der Arbeiter- und 82 Prozent der Angestelltenhaushalte. Der Besitz eines Autos ist also für Lohnabhängige spätestens Mitte der siebziger Jahre zu einer Normalität geworden.

Die Ausstattung der Haushalte mit einer „amerikanischen Küche" erfolgte in den sechziger Jahren. 1974 hatten bereits 87 Prozent der österreichischen Haushalte einen Kühlschrank, über 90 Prozent der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte; 64 Prozent der Haushalte hatten eine eigene Waschmaschine in der Wohnung. Heute besitzt praktisch jeder Haushalt einen Kühlschrank, 80 Prozent eine Waschmaschine.

Während bei vielen Konsumgütern ein zeitliches Nachhinken im Ausstattungsgrad bei niedrigeren Einkommensbeziehern oder nach wie vor schichtspezifische Diskrepanzen festzustellen sind (etwa bei Geschirrspülmaschinen oder Stereoanlagen), trat der Fernsehapparat ab Beginn der sechziger Jahre einen allgemeinen „Siegeszug" in die Haushalte an. Hatten im Jahr 1961 13 Prozent der Haushalte eine Fernsehbewilligung, waren es 1971 schon 62 Prozent. 1974 besaßen 69 Prozent der Haushalte ein Schwarz-Weiß-Gerät, darunter 76 Prozent der Arbeiter-, aber auch 62 Prozent der Pensionistenhaushalte. In den achtziger Jahren wurde es durch das Farbfernsehgerät ersetzt, der Ausstattungsgrad beträgt 1989 88 Prozent der österreichischen Haushalte. Im Durchschnitt sehen die erwachsenen Österreicher täglich etwas über zwei Stunden fern.[18]

Arbeitszeit, berufsarbeitsfreie Zeit und Urlaub

Mit der Motorisierung nahm die Reisetätigkeit in den fünfziger Jahren stark zu. Der Motorroller oder der Kleinwagen, Symbol der persönlichen Freiheit und der Überwindung von Grenzen, wollte auch genutzt werden. Die „Erfindung" der arrangierten Pauschalreise, die die zeitlichen und finanziellen Unsicherheiten des Reisens eindämmte, machte das Reisen nun breiteren Bevölkerungskreisen zugänglich – der Massentourismus entstand.[19] In den fünfziger Jahren stiegen die Übernachtungen von Inländern in Österreich rapide, von 12 auf 18 Millionen, an.[20] In den sechziger Jahren fiel der Zuwachs aufgrund der zunehmenden Auslandsurlaube nur mäßig aus. (Zu bedenken ist dabei, daß die dritte Urlaubswoche erst 1965 eingeführt wurde.) Italien – in zahlreichen Filmen und Schlagern der Zeit gepriesen – wurde das Reiseziel Nummer eins, insbesondere die Regionen der nördlichen Adria. In den siebziger Jahren stiegen die Inlandsübernachtungen der Österreicher wieder an; eine vierte Urlaubswoche ermöglichte nun einen zusätzlichen Winterurlaub. Seit damals verliert Italien als (ein mit dem eigenen Pkw ansteuerbares) Urlaubsziel zunehmend an Attraktivität, der Reisehorizont vergrößert sich in den achtziger Jahren, der Anteil der Flugreisen verdoppelt sich von 1981 (10 Prozent) auf 1990 (21 Prozent).[21]

Trotz des Aufschwungs des Massentourismus ist ein Urlaub außerhalb des Wohnorts sehr lange eine Angelegenheit der städtischen Mittelschicht geblieben. Der erste Mikrozensus mit Auskunft über die schichtspezifische Reisetätigkeit aus dem Jahr 1972 zeigt, daß nur 30 Prozent der Österreicher eine Urlaubsreise (mit mindestens vier Übernachtungen) durchgeführt haben, bei den Angestellten und Beamten sind es jeweils rund 56 Prozent, bei Arbeitern und Pensionisten ein Viertel, und bei den Selbständigen (das sind statistisch hauptsächlich Kleingewerbetreibende und Landwirte) nur 18 Prozent. Im Jahr 1975 verbrachten 64 Prozent aller Wiener, aber nur 16 Prozent der Burgenländer eine Urlaubsreise.[22] Die Reiseintensität der Arbeiter und der Selbständigen hat sich zwar in den achtziger Jahren erhöht (1990: 38 Prozent bzw. 33 Prozent), liegt jedoch noch immer deutlich unter jener der Angestellten und Beamten (64 Prozent bzw. 61 Prozent). Das Urlaubmachen außerhalb des Wohnorts ist also bis heute keineswegs für alle Erwerbstätigen eine Selbstverständlichkeit.

Über die Nutzung der berufsarbeitsfreien Zeit in der alltäglichen Lebensführung sind für Österreich keine längerfristigen Daten verfügbar. Ihr Ausmaß hat sich zweifellos vergrößert. Die entscheidende Reduktion der Arbeitszeit fand jedoch erst in den siebziger Jahren statt, nachdem 1969 per Kollektivvertrag der Übergang zur 40-Stunden-Woche bis zum Jahr 1975 eingeführt wurde. Insbesondere erbrachte die 5-Tage-Woche ein qualitativ neues Ausmaß an Reproduktionszeit: das freie Wochenende. In den fünfziger Jahren arbeiteten unselbständig erwerbstätige Männer durchschnittlich 50 Stunden pro Woche, Frauen 47 Stunden. 1959 wurde die 45-Stunden-Normalarbeitszeit eingeführt, die zunächst aber aufgrund konjunktur- und arbeitsmarktbedingter Überstundenleistungen noch wenig Auswirkungen auf die effektiv geleistete Arbeitszeit hatte.[23] Erst die Einführung der dritten Urlaubswoche im Jahr 1965 verkürzte die geleistete Arbeitszeit. 1975 arbeiteten Männer durchschnittlich 11 Stunden, Frauen 10 Stunden pro Woche weniger als in den fünfziger Jahren. Seitdem ist trotz weiterer gesetzlicher Reduktion der Normalarbeitszeit (Einführung der vierten Urlaubswoche 1976, der fünften Urlaubswoche 1986 sowie der 38-Stunden-Woche in den wichtigsten Branchen) der Prozeß der realen Arbeitszeitverkürzung zum Stillstand gelangt. Männer arbeiten heute effektiv im Durchschnitt genau so viel wie 1975, nämlich über 39 Stunden; die Verringerung der wöchentlichen Durchschnittsarbeitszeit von Frauen in diesem Zeitraum auf 35 Stunden ist vor allem auf die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Von einem fortgesetzten Trend zur „Freizeitgesellschaft" kann also, zumindest unter dem quantitativen Aspekt, nicht die Rede sein.

Dazu kommt, daß auch die berufsarbeitsfreie Zeit keineswegs Muße-Zeit bedeutet – vielmehr hat sich der Zeitaufwand für außerberufliche Verpflichtungen und für indirekt arbeits-

bezogene Tätigkeiten erhöht. Nach den wenigen Daten über langfristige Strukturveränderungen der Zeitverwendung läßt sich sagen, daß Österreich gegenüber der „vorfordistischen" Phase „unvergleichlich hektischer" geworden ist.[24] Die Menschen schlafen (im Vergleich zu den 30er Jahren) durchschnittlich weniger, die Arbeitswegzeiten sind infolge der räumlichen Konzentration der Arbeitsplätze in Ballungszentren eher gestiegen, ebenso der Zeitaufwand für sekundäre Investitionen in die eigene Arbeitskraft (Bildung und Weiterbildung) und erst recht in jene der Kinder. Die Vorstellung, daß durch die Technisierung des Haushalts die Hausarbeit so viel zeitsparender geworden wäre, stimmt jedenfalls bis Ende der sechziger Jahre nicht: Der Zeitaufwand für Erledigungen im Zusammenhang mit dem Haushalt, für das Kaufen und Warten der vermehrten Konsumgüter, die Pflege größerer Wohnungen etc. verschlingt mehr Zeit, als durch Verwendung von Fertigprodukten bei Essen und Kleidung eingespart wird. Erst ab den siebziger Jahren scheint der Zeitwand für Hausarbeit gesunken zu sein – zugunsten der Beschäftigung mit Kindern: Neben der Abnahme spontan benutzbarer Infrastruktur (wie z.B. die „G'stetten") für Kinder besonders im städtischen Raum ist dies vor allem Folge der gestiegenen Qualifikationsanforderungen an die (künftige) Arbeitskraft, die ein Mehr an elterlicher Aktivität verlangen. Das betrifft nicht nur die schulischen Leistungen, sondern vielfältige Förderungsmaßnahmen zur Entwicklung der Persönlichkeit, die ab den siebziger Jahren zu einem wichtigen Erziehungsziel der Elterngeneration geworden ist. Dem entspricht zum Beispiel, daß sich die Kommunikation zwischen Eltern und Kindern, also Gespräche und Auseinandersetzungen in der Familie, seit den fünfziger Jahren intensiviert haben.[25] Insgesamt gibt es keine Hinweise auf eine längerfristige Zunahme der täglichen Freizeit, vor allem nicht für Frauen.

Unabhängig von der Nutzung der arbeitsfreien Zeit ist die Bedeutung des privaten Lebens für die Menschen gestiegen.[26] Auf Grundlage historischer Veränderungen wie zum Beispiel der Verallgemeinerung der Kleinfamilie, des Lebens im eigenen Haushalt, der Entwicklung der Konsum-, Freizeit- und Kulturindustrie, der wachsenden Bedeutung von (Weiter)Bildung, entwickelt sich neben dem arbeitsbezogenen ein „privater Lebensstrang", der relativ selbstbestimmt und in Eigenleistung organisiert, geplant und bewältigt werden kann bzw. muß. Sowohl Wahlmöglichkeiten für die Ausgestaltung der „alltäglichen Lebensführung" wie auch Anforderungen an dieselbe haben sich erhöht:[27] Berufliche, haushaltsbezogene und familiäre Verpflichtungen, eigene Interessen, Notwendigkeiten im Rahmen einer strategischen Planung der zukünftigen Biographie und jener der Kinder sind im Alltag „unter einen Hut zu bringen". Damit gewinnt der nichtberufsarbeitsbezogene Lebensbereich real an Umfang und strategischer Bedeutung, auch als Bereich, in dem selbständige „Management-Aktivität" gelernt werden bzw. Selbstentwicklung stattfinden kann. Dies alles sind wiederum Qualifikationen, die für die heutige Arbeitskraft gewünscht werden, und die zum anderen auf die individuellen Ansprüche an Berufsarbeit zurückwirken. Berufsarbeit wird, seit den siebziger Jahren zunehmend und besonders in den jüngeren Generationen verstärkt an der Latte der eigenen Entwicklungsmöglichkeit gemessen.[28]

Fordistische Wirtschaftsphase und Arbeitsmoral

Der ökonomische Erfolg der Nachkriegszeit, materieller Wohlstand, Konsumismus und Familialismus sind eng mit der Durchsetzung der „fordistischen" Produktionsweise[29] verbunden. Ihre Grundlage ist der Übergang von einer extensiven (das heißt auf Ausweitung von Produktion, Beschäftigung oder Arbeitszeit beruhenden) zu einer intensiven, auf Rationalisierung ausgerichteten Akkumulationsstrategie. Die neue tayloristische Arbeitsorganisation[30], die auf Zerlegung der Arbeitskraft entsprechend den Erfordernissen maschineller Produktion basiert, ermöglichte industrielle Massenproduktion. Mit der Produktion von Konsumgütern wurde zugleich ein neuer, innerer Markt, nämlich der Bereich des „Privatlebens" der Arbeitskräfte, als Anlage- und Verwertungssphäre für das Kapital erschlossen.[31] Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ermöglichte auf längere Sicht eine Erhöhung des realen Lohnniveaus und ließ damit zumindest relevante Teile der Arbeiterklasse zu Konsumenten industriell erzeugter Massenprodukte werden. Autos, Kühlschränke, der Fernsehapparat wurden zu Artikeln des Massengebrauchs und neben dem familiären Wohnen zu tragenden Pfeilern des fordistischen Konsummodells.[32] Die Teilhabe am Konsum und an der wachsenden Produktivität wurde die wichtigste Legitimationsbasis der Gesellschaft.

Für Österreich läßt sich die Verallgemeinerung des neuen Konsummodells wie auch die „Blütezeit" des Fordismus auf Mitte der siebziger Jahre festlegen. War in den fünfziger Jahren extensives Wachstum durch einfache Kapazitätserweiterungen unter Nutzung des enormen Arbeitskräftereservoirs (aus der Landwirtschaft) möglich, war spätestens Ende der sechziger Jahre das nationale Arbeitsmarkt-Potential ausgeschöpft und eine Umstrukturierung zu intensivem Wachstum nötig. Ab 1968 fand ein Schub an Rationalisierungsinvestitionen statt, der einen kräftigen Anstieg der Industrieproduktion und Produktivität zu Beginn der siebziger Jahre bewirkt.[33] Der Arbeitskräfteknappheit, die Anfang der siebziger Jahre ihren Höhepunkt erreichte, wurde mit für die Phase typischen Mitteln begegnet: einerseits Import ausländischer Arbeitskräfte, andererseits Ausschöpfung der inneren Reserven durch aktive Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsmarktförderungs-Gesetz 1969) und Bildungspolitik („Ausschöpfung der Begabungsreserven", Chancengleichheit im Bildungszugang). In dieser Zeit (ab Mitte der sechziger Jahre) stiegen auch erstmals die Reallöhne kräftiger an und es kam zur deutlichen Reduktion der Normalarbeitszeit – freilich bei stark steigender Arbeitsintensität.

Man kann diese Entwicklungen als Kompensation der gestiegenen Anforderungen an die Arbeitskraft verstehen, mit der eine neue, der Phase entsprechende „Arbeitsmoral" verankert wurde. Die tayloristische Arbeitsorganisation brachte eine radikale Veränderung der Arbeitsbedingungen und -inhalte, die durch Monotonie, Dichtheit, rigorose Arbeitsdisziplin und eine massenhafte Dequalifikation handwerklicher und erfahrungsbezogener Fähigkeiten gekennzeichnet sind.[34] Diese Zumutungen wurden dennoch in Kauf genommen, wenn das Äquivalent „stimmtet" – wenn Lohnhöhe und Freizeitausmaß erlaubten, durch Konsum und verbesserten Lebensstandard am gestiegenen Reichtum individuell teilzuhaben, wenn die Chance für sich selbst oder wenigstens für die Kinder bestand, durch Bildungs-Investitionen in die Arbeitskraft „weiterzukommen". Dieses Verhältnis zur Arbeit wurde in den verschiedenen zeitgenös-

sischen Untersuchungen (zuerst Goldthorpe unter anderem 1969 über den „wohlhabenden Arbeiter") als „instrumentelle Orientierung" zur Arbeit beschrieben. Die sich ändernde Arbeitsmotivation heißt in der allgemeinsten Zusammenfassung, daß man „arbeitet, um zu leben" – und auf der Freizeit- und Konsumseite auch die Möglichkeit erhält, das so zu erleben.[35] Keineswegs – und das geht aus zahlreichen Untersuchungen zur Arbeitseinstellung hervor[36] – bedeutet das ein mangelndes oder verlorengegangenes arbeitsinhaltliches Interesse; es indiziert vielmehr eine Verschiebung der Wertigkeit im Verhältnis von Arbeit und Privatleben unter „entfremdeten" Arbeitsbedingungen mit wenig Entwicklungsmöglichkeiten. Dieser auf dem fordistischen „Produktivitätspakt" zwischen Kapital und Arbeit beruhende Gesellschaftsvertrag bedeutet nun, daß für intensiven, gewissenhaften und disziplinierten Arbeitseinsatz Gratifikationen wie relativ stabile Arbeitsverhältnisse, Aufstiegschancen, Freizeitmöglichkeiten und materieller Lebensstandard, und zwar primär in Form von Konsum, zu erwarten sind. Angebot und Absatz von Konsumgütern und warenförmigen Dienstleistungen sind nicht nur für die fordistische Produktionsweise selbst funktional, sondern erweisen sich auch dienlich für den notwendigen Aufbau von „freiwilliger" Leistungsbereitschaft in Arbeit und familiärer Reproduktion, die sich zunehmend nicht erzwingen, sondern nur „hervorlocken" läßt.

Diese Arbeitsmoral unterscheidet sich wesentlich von der vorhergegangenen traditionellen, die sich als „leben, um zu arbeiten" zusammenfassen läßt. Arbeit dominierte das Leben, nicht nur aufgrund des Ausmaßes der wöchentlichen Arbeitszeit, sondern auch aufgrund des Fehlens von Freiräumen und Möglichkeiten, etwas wie eine selbstbestimmte Lebensführung außerhalb des Arbeitsbereichs aufzubauen.[37] (Schwere) Arbeit war eine nicht zu hinterfragende Selbstverständlichkeit, die mit einem handwerklichen Arbeitsethos und einer Pflichtethik verbunden war, aus der auch die Industriearbeiterschaft ihre Identität und Aufwertung als „eigentlich Produktive" herleitete. Noch in den fünfziger Jahren war nach Interviews mit Arbeitern „Freizeit" für sie weitgehend unbekannt. Die den realen Lebensverhältnissen – auch der bäuerlichen Schichten – angemessene Haltung war eine Orientierung am Überleben auf geringem Niveau und an subsistenzwirtschaftlicher Genügsamkeit.

Die Arbeitsmoral der „Verbindung von harter Arbeit und Bescheidung" war nach Kriegsende in der Zeit des Wiederaufbaus durchaus funktional. Der Beginn der fordistischen Durchkapitalisierung der Konsumsphäre erforderte jedoch bald eine Neubewertung: Ziel wurde die „Erziehung" zum genußfähigen Konsumenten – allerdings bei zugleich steigender Arbeitsdisziplin. Diese an sich nicht friktionsfreie Anforderung von gleichzeitiger Konsum- und Arbeitsdiziplin konnte sich erst in längeren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchsetzen, zumal sie auf der Reproduktionsseite das Zugestehen von privaten Freiräumen und eine Liberalisierung des (alltags)kulturellen Klimas voraussetzte. Die heftige Reaktion auf die „Halbstarken" Ende der fünfziger Jahre läßt sich als Auseinandersetzung um Arbeitsmoral verstehen: Sie waren die „Vorboten" der fordistischen Arbeitsmoral, die die neuen Konsumgüter wie Moped/Motorrad, Transistorradio und das neue Angebot eines jugendspezifischen Kulturkonsums rund um den Rock 'n' Roll nutzten und damit gegen bisherige Alters-, Status- und Anstandsgrenzen verstießen. Anstoß erregte insbesondere auch das „sinnlose Herumfahren" mit dem Moped und das „unvernünftige Vergnügen", das die veränderte Haltung im Freizeitleben indizierte.[38]

Produktivitätskampagnen in den fünfziger Jahren[39] und vor allem der neue Zweig der Werbeindustrie taten das ihre, um den neuen Konnex von intensiver Arbeit und Konsumtion der wachsenden Warenfülle herzustellen. In der Werbung wurden sozialer Status und Identitätsbildung an den Warenbesitz gekoppelt und durch diesen versprochen. Dieser Konnex stieß mit der 68er-Bewegung auf grundlegende Kritik: Selbstverwirklichung könne nur außerhalb des Konsumimus stattfinden, weshalb die daran gekoppelte disziplinierte Leistung (besonders jene in Form von Lohnarbeit ohne Selbstverwirklichungschancen) ebenfalls in Frage gestellt wurde. Ab den siebziger Jahren wurden außerdem verstärkt die „externen" negativen Effekte des Fordismus und Massenkonsums sichtbar: in Form von verstopften Straßen, von Luftverschmutzung, von Zerstörung von Natur und Lebensräumen. Die primäre Orientierung am materiellen Lebensstandard wurde zunehmend durch eine an der „Lebensqualität" in Frage gestellt – freilich auf der Grundlage eines relativ hohen Versorgungsniveaus.

Nachfordistische Phase und ihre Arbeitsmoral

Auch ökonomisch geriet die fordistische Produktionsweise ab Mitte der siebziger Jahre weltweit in die Krise und wurde in den achtziger Jahren durch eine neue abgelöst, die auf einer grundlegend „effektiveren" Nutzung von Mensch und Maschine, von Ressourcenbeschaffung, Lagerung und Betriebsorganisation beruhte. Mit dem Grundsatz der Flexibilisierung – in der Produktion technisch seit der Entwicklung des Mikroprozessors Ende der siebziger Jahre möglich – und der Internationalisierung wurde die globale, kurzfristig profitoptimale Nutzung von Ressourcen verfolgt. Anfang der neunziger Jahre wurden solche Strategien unter den Begriffen „Toyotismus" und „Lean-Production" populär gemacht, deren einfaches Motto lautet: „von allen eingesetzten Ressourcen, einschließlich der Arbeitskräfte, die Hälfte". Die tayloristische Arbeitsorganisation ist den flexiblen Produktionskonzepten nicht mehr angemessen, die synergetische Zusammenführung vormals gesplitteter Arbeits- und Kontrollfunktionen in einer Person und in Teams wurde als neue Quelle von Leistungspotential erkannt.[40] Die Arbeit wurde für die verbliebenen Stammbelegschaften als höhere Beanspruchung, als „qualifiziert und belastend/autonom und verdichtet" beschrieben[41], während für einen anderen Teil der Arbeitskräfte keine Lohnarbeit mehr „da" ist. Strukturelle Sockelarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Wirtschafts- und Produktivitätswachstum, ein im Fordismus unbekanntes Phänomen, wurde zum Merkmal dieser Phase und trat auch in Österreich ab 1982/83 ein.[42] In Österreich zeigte sich der Produktivitätsschub ab 1988 deutlich. Für die Erwerbstätigen fällt die Phase wenig günstig aus: Die Realeinkommen stagnierten in der ersten Hälfte der achtziger Jahre und wuchsen erst zuletzt leicht, der (zunehmend kreditfinanzierte) private Konsum stieg parallel dazu etwas höher an, die realen Arbeitszeiten blieben hingegen seit 1975 gleich.

Die Änderungen dieser Phase wurden in der Literatur als „gespaltener Arbeitsmarkt", als „Ende der Arbeitsgesellschaft", als „Ende des Normalarbeitstages, des Normalarbeitsverhältnisses, und der beruflichen Normalbiographie" (mit einem lebenslang aus-

geübten Beruf) beschrieben. Was hier wahrgenommen wurde, ist das Aufbrechen jener relativen Vereinheitlichung und Standardisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen der Lohnabhängigen, die in der fordistischen Phase durch Arbeitsrecht und Sozialpolitik hergestellt wurde. Die Beseitigung dieser Arrangements ist zum Kernpunkt „nachfordistischer" Optimierungsstrategien des Kapitaleinsatzes geworden.

Folge ist eine verstärkte soziale Segmentierung und „Gesellschaftsspaltung", wobei heute die ausländischen Arbeitskräfte die unterste soziale (und auch politisch weitgehend rechtlose) Schicht bilden. Ein „gesicherter" Teil der Gesellschaft lebt weiter nach den Prinzipien des fordistischen Konsummodells, das durch neue Angebote insbesondere im Kommunikations-, Gesundheits- und Psycho-Bereich ergänzt wird; ein „ungesicherter" Teil hat sich mit kurzfristigen, unsicheren oder auch atypischen Arbeitsverhältnissen zufriedenzugeben und auf eine bewegliche Eigenständigkeit mit reduzierten Waren-Bedürfnissen einzustellen.[43] Die kongeniale „nachfordistische" Arbeitsmoral knüpft an den früheren Konnex von Leistung und Konsum/Wohlstand an, allerdings mit der Modifikation, daß im Äquivalent für Anstrengung nunmehr kein „automatischer" Anspruch auf Gratifikation oder wenigstens Versorgungssicherheit besteht und auch zur Erhaltung des einmal Erreichten stets neue Anpassungsleistungen des einzelnen gefordert sind. Durch Abbau bisher als legitim verstandener Sicherheiten in Arbeit und Versorgung sollen nicht nur die gesellschaftlichen Kosten der Reproduktion gesenkt, sondern es soll ein Mehr an autonomer Leistung, flexibler Einsatzbereitschaft und Eigenverantwortung der Arbeitskräfte „erzwungen" werden, das „die Wirtschaft" braucht. Die neue Arbeitsmotivation knüpft dabei an wachsende Bedürfnisse nach individuellen Gestaltungsräumen und an der Kritik der fordistischen Standardisierungs- und Zentralisierungslogik an.

Dies bedeutet freilich für viele eine Verschlechterung gegenüber der fordistischen Arbeitsmoral und den Maximen von sozialstaatlicher Verantwortung und sozialer Integration. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um deren Ablöse sind seit Anfang der achtziger Jahre im Gange. Allerdings erfolgte in Österreich Politik und Rhetorik dieser Ablöse nicht so radikal wie in anderen Ländern, in denen dafür Begriffe wie „Thatcherismus" und „Reaganomics" gefunden wurden. Doch wurde auch hier die zentrale Übereinkunft des fordistischen Arbeitsvertrags, nämlich die Partizipation der Arbeitnehmer am Produktivitätswachstum, in Frage gestellt und soziale Ausgrenzung in Form von Sockelarbeitslosigkeit in Kauf genommen. Parolen wie „den Gürtel enger zu schnallen", die „Versorgungsmentalität" zugunsten privater „Eigenleistungen" aufzugeben, oder die Denunzierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungsbezieher als „Sozialschmarotzer" begleiteten in den achtziger Jahren die erwünschte Abkehr von den Selbstverständlichkeiten des fordistischen Wohlfahrtsstaats und dessen Umbau zu selektiverer Leistungsvergabe. In Verbindung mit der Demontage der „überkommenen" Arbeitsmoral tauchen liberal-kapitalistische Paradigmen wieder auf, die gesellschaftlichen „Versagern" Eigenverschulden aufgrund mangelnder Leistung zuschreiben und als Legitimationsfiguren für sozialen Ausschluß dienen. Rechtsradikale Strömungen knüpfen an solche sozialdarwinistische Ideologie-Angebote an. Im Klima der (zunächst von oben) angeheizten sozialen Konkurrenz verbreitet sich Ausländerfeindlichkeit, bei der das nationale Kriterium (nun von unten) dazu benutzt wird, Vorteile bzw. das Festhalten an den fordistischen Arrangements für die „eigenen" Landsleute einzuklagen, während die Fremden in der Leistungs-Rhetorik der neuen Arbeitsmoral als „Wirtschaftsversager" und „Schmarotzer" ausgegrenzt werden bzw. bleiben sollen.

Trotz der derzeitigen Betonung eines neoliberalen Leistungsprinzips soll nicht übersehen werden, daß in der nachfordistischen Phase ein neues Modell von Arbeit und Reproduktion entworfen wurde: das allgemeine Grundeinkommen ohne Bindung an Lohnarbeit. In einer Wirtschafts-Phase, in der Lohnarbeit sich strukturell verknappt und Berufsverläufe innerhalb der Lebensarbeitszeit brüchiger werden (und das nun auch für Männer), wird das bisherige, auf Lohnarbeit fixierte Modell von Einkommen und sozialer Versorgung tendenziell unangemessen.[44] Das Modell des allgemeinen Grundeinkommens kann als die sozial-integrative politische Antwort auf strukturelle Eigenheiten nachfordistischer Gesellschaft angesehen werden. Freilich dominiert derzeit die andere Variante „arbeitsmoralischer" Politik, die auf Konkurrenz und sozialen Ausschluß setzt. ■

Dr. Inge KARAZMAN-MORAWETZ ist Soziologin. Sie arbeitet am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und als Lehrbeauftragte der Universität Wien.

Anmerkungen

1 Goldthorpe u.a., Der „wohlhabende" Arbeiter in England, 1970/71.

2 Fischer-Kowalski, Die gesellschaftliche Entwicklung seit 1945, in: »Politische Bildung«, Sondernummer 2 (1981), 127.

3 Schelsky, Auf der Suche nach Wirklichkeit, 1965.

4 Unter Reproduktion ist alles zu verstehen, was der Erhaltung, Herstellung und Wiederherstellung der Arbeitskraft des einzelnen sowie der Arbeitskraft als gesellschaftlicher Gesamtheit dient. Dazu gehören also individuelle Erholung, Gesunderhaltung, Aus- und Weiterbildung, Unterhalt der Familie, Betreuung des Nachwuchses etc.; auf der gesellschaftlichen Ebene etwa das Bildungs-, das Gesundheitssystem oder das Wohnungswesen.

5 Hirsch u. Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, 1986.

6 Steinert, Widersprüche, Kapitalstrategien und Widerstand,in: »Kriminalsoziologische Bibliografie« (1981), 56. Das Konzept der Arbeitsmoral wurde speziell entwickelt, um Veränderungen der staatlichen Kontrollpolitik und der öffentlichen Moral-Diskurse über größere Zeiträume hinweg analysieren zu können. Vgl. zusammenfassend Cremer-Schäfer u. Steinert, Herrschaftsverhältnisse, Politik mit der Moral und moralisch legitimierter Ausschluß, in: »Kriminologisches Journal« (1991).

7 Hirsch u. Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, 1986.

8 Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt, 1992, 228ff.; ÖSTAT, Sozialstatistische Daten 1990, Wien 1990.

9 ÖSTAT, Tätigkeitsmerkmale von Erwerbstätigen, Mikrozensus 1988, in: ÖSTAT, Statistisches Handbuch der Republik Österreich 1990,127.

10 Gerhards, Emotionsarbeit, in: »Soziale Welt« (1988), 47.

11 Quelle: APA/Sozialmedizinische Initiative, in: »WISO – Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift«, Heft 3 (1993), 130.

12 Vgl. Fischer-Kowalski, Die gesellschaftliche Entwicklung seit 1945, in: »Politische Bildung«, Sondernummer 2 (1981), 127; Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt, 1991.
13 Verbrauchsgruppen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Schwarzl, Inländerkonsum, in: »Statistische Nachrichten« 40 (1985); und ÖSTAT, Statistisches Jahrbuch der Republik Österreich, 1993, 178.
14 ÖSTAT, Konsumerhebung 1954/55, 1964, 1974, 1984. In: Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Handbuch 1945-1969, Wien 1970; ÖSTAT, Sozialstatistische Daten 1990, Wien 1990. Allerdings waren Arbeiterhaushalte aufgrund des geringen Einkommens stets benachteiligt und geben nach wie vor einen etwas höheren Anteil für Ernährung aus als Angestellte und Selbständige.
15 1951 hatten 11 Prozent der Wohnungen ein Bad, 1961 waren es schon 29 Prozent, 1971 aber bereits 60 Prozent. Heute (1992) verfügen 92 Prozent der bewohnten Wohnungen über ein Bad. ÖSTAT, Häuser- und Wohnungszählung. In: Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Handbuch 1945-1969, Wien 1970; Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 1993, Wien 1993.
16 Sandgruber, Vom Hunger zum Massenkonsum, in: Jagschitz u. Mulley Hg., Die „wilden" fünziger Jahre, 1985, 112.
17 ÖSTAT, Ausstattung der Haushalte, Mikrozensus 1974, 1979, 1984, 1989. In: ÖSTAT, Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1990, Wien 1990. Die Gesamtzahlen werden durch den regelmäßig geringeren Ausstattungsgrad von Pensionistenhaushalten nach unten verzerrt.
18 ÖSTAT, Mikrozensus Tagesablauf 1981, in: ÖSTAT, Sozialstatistische Daten 1990, Wien 1990
19 Kos, Horizont-Verschiebungen, in: Jagschitz u. Mulley (Hg.), Die „wilden" fünziger Jahre, 1985, 178.
20 ÖSTAT, Fremdenübernachtungen in Österreich, jährlich. In: Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Handbuch 1945-1969, Wien 1970; Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 1993, Wien 1993
21 ÖSTAT, Reisegewohnheiten der Österreicher im Jahr 1972, 1975, 1990. In: ÖSTAT, Sozialstatistische Daten 1977, Wien 1977; Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 1993, Wien 1993
22 ÖSTAT, Sozialstatistische Daten 1977, Wien 1977, 291
23 Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt, 1991. In die Zahl der effektiv geleisteten Arbeitsstunden gehen sowohl Überstunden wie auch Urlaubszeiten und Krankenstände mit ein.
24 Fischer-Kowalski, Die gesellschaftliche Entwicklung seit 1945, in: »Politische Bildung«, Sondernummer 2 (1981), 136; Fischer-Kowalski, Soziale Distribution von Zeit und ihre Inhalte, in: Fischer-Kowalski u. Bucek (Hg.), Lebensverhältnisse in Österreich, 1980
25 Vgl. Fend, Sozialgeschichte des Aufwachsens, 1988, 115ff.
26 Vgl. Brock, Der schwierige Weg in die Moderne, 1991; Voß, Das Ende der Teilung von „Arbeit und Leben"? In: Beckenbach u. van Treeck (Hg.), Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, 1994.
27 Jurczyk u. Rerrich (Hg.), Die Arbeit des Alltags, 1993.
28 Vgl. Baethge, Arbeit, Vergesellschaftung, Identität. In: »Soziale Welt« (1991); Brock u. Otto-Brock, Hat sich die Einstellung der Jugendlichen zu Arbeit und Beruf verändert? In: »Zeitschrift für Soziologie« 17 (1988).
29 Die Bezeichnung „Fordismus" geht auf den US-amerikanischen Autohersteller Henry Ford zurück, der als Vorreiter der Verbindung von Massenproduktion mit durch höhere Löhne möglich gewordenem Massenkonsum gilt. Ford führte im Jahr 1914 als erster die Fließbandmontage in der Automobilproduktion ein, die die produzierte Stückzahl erheblich erhöhte. Als notwendigen Anreiz für die Arbeiter, die aufgrund der verschlechterten Arbeitsbedingungen die Betriebe in großer Zahl verlassen hatten, bot Ford eine überdurchschnittlich hohe Entlohnung, den Fünf-Dollar-Tag, an und brachte dadurch die Arbeitskräfte zur „freiwilligen" Inkaufnahme der Intensivierung der Arbeit.
30 Frederick W. Taylor beschrieb 1911 die „Grundsätze des wissenschaftlichen Managements" im Betrieb, die auf der strikten Trennung von Planung und Ausführung und der Zerlegung der Arbeitsschritte in einfachste zu wiederholende Handgriffe beruhen, die auch ein „dressierter Gorilla" ausführen könnte. Diese Arbeitsorganisation, die eine systematische Dequalifizierung der Arbeit bedeutete, ist kongenial zur Massenproduktion und zur Fließbandtechnik und setzte sich im folgenden weltweit durch.
31 Hirsch u. Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, 1986, 50f.
32 Ebenda, 57.
33 Vgl. Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt, 1992; Münz, Die ökonomische Entwicklung Österreichs seit dem Zweiten Weltkrieg, in: »Politische Bildung«, Sondernummer 2, 1981.
34 Kern u. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, 1970.
35 Steinert, Die Entwicklung der Sozialstruktur der Bundesrepublik, 1985. Evidenz dazu auch bei: Brock, Vom traditionellen Arbeiterbewußtsein zum individualisierten Handlungsbewußtsein, in: »Soziale Welt« (1988); Brock, Wie verknüpfen Männer Arbeitsorientierungen mit privaten Lebensinteressen? In: Hoff (Hg.), Die doppelte Sozialisation Erwachsener, 1990; Deppe, Drei Generationen Arbeiterleben, 1982.
36 Reuband, Arbeit und Wertewandel – mehr Mythos als Realität? In: »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« (1985); Knapp, Industriearbeit und Instrumentalismus, 1981.
37 Das war längste Zeit Privileg der bürgerlichen Schichten. Vgl. Brock, Der schwierige Weg in die Moderne, 1991.
38 Vgl. Maase, Vergebliche Kriminalisierung, in: »Kriminologisches Journal« (1991); Pilgram, Jugendkriminalität in Österreich, in: Janig u.a. (Hg.), Schöner Vogel Jugend, 1988.
39 Mulley, Wo ist das Proletariat? In: Jagschitz u. Mulley (Hg.), Die „wilden" fünfziger Jahre, 1985.
40 Voß, Das Ende der Teilung von „Arbeit und Leben"? In: Beckenbach u. van Treeck (Hg.), Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, 1994, 273f.
41 Kern u. Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung? 1984, 99.
42 Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt, 1991
43 Cremer-Schäfer u. Steinert, Herrschaftsverhältnisse, Politik mit der Moral und moralisch legitimierter Ausschluß, in: »Kriminologisches Journal« (1991),
44 Vgl. Talos, Umbau des Wohlfahrtsstaats, in: »Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft» (1993), 37f.

Literatur

Baethge Martin, Arbeit, Vergesellschaftung, Identität. Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit, in: »Soziale Welt« 42 (1991), 6-19

Brock Ditmar, Vom traditionellen Arbeiterbewußtsein zum individualisierten Handlungsbewußtsein. Über Wandlungstendenzen im gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeiterschaft seit der Industrialisierung. In: »Soziale Welt« 39 (1988), 413-434

Brock Ditmar, Wie verknüpfen Männer Arbeitsorientierungen mit privaten Lebensinteressen? Veränderungstendenzen biographischer Orientierungsmuster bei männlichen Arbeitern seit den fünfziger Jahren. In: Ernst H. Hoff, (Hg.), Die doppelte Sozialisation Erwachsener. Zum Verhältnis von beruflichem und privatem Lebensstrang. München 1990, 97-124

Brock Ditmar, Der schwierige Weg in die Moderne. Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850 und 1980, Frankfurt/Main 1991

Brock Ditmar u. Eva Otto-Brock, Hat sich die Einstellung der Jugendlichen zu Arbeit und Beruf verändert? Wandlungstendenzen in den Berufs- und Arbeitsorientierungen Jugendlicher im Spiegel quantitativer Untersuchungen (1955 bis 1985), in: »Zeitschrift für Soziologie« 17 (1988), 436-450

Cremer-Schäfer Helga u. Heinz Steinert, Herrschaftsverhältnisse, Politik mit der Moral und moralisch legitimierter Ausschluß, in: »Kriminologisches Journal« 23 (1991), 173-188

Deppe Wilfried, Drei Generationen Arbeiterleben. Eine soziobiographische Darstellung, Frankfurt 1982

Fischer-Kowalski Marina, Soziale Distribution von Zeit und ihre Inhalte, in: Marina Fischer-Kowalski u. Josef Bucek, (Hg.), Lebensverhältnisse in Österreich. Klassen und Schichten im Sozialstaat, Frankfurt/Main 1980

Fischer-Kowalski Marina, Die gesellschaftliche Entwicklung seit 1945, oder: Die Verallgemeinerung der „bürgerlichen Lebensweise" und ihre Krise, in: »Politische Bildung«, Sondernummer 2, Wien 1981, 127-146

Fend Helmut, Sozialgeschichte des Aufwachsens. Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im zwanzigsten Jahrhundert, Frankfurt/Main 1988

Gerhards Jürgen, Emotionsarbeit. Zur Kommerzialisierung von Gefühlen, in: »Soziale Welt« 39 (1988), 47-65

Goldthorpe J. H., Lockwood, D., Bechhofer, F., Platt, J. Der „wohlhabende" Arbeiter in England, 3 Bände, München 1970/71

Hirsch Joachim u. Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986

Jurczyk Karin u. Maria S. Rerrich, (Hg.), Die Arbeit des Alltags. Über wachsende Anforderungen der alltäglichen Lebensführung, Freiburg 1993

Kern Horst u. Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Band I u. II, Frankfurt/Main 1970

Kern Horst u. Michael Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984

Knapp Gudrun-Alexi, Industriearbeit und Instrumentalismus. Zur Geschichte eines Vor-Urteils, Bonn 1981

Kos Wolfgang, Horizont-Verschiebungen. Zum Stellenwert von Nähe und Ferne, Enge und Exotik in den fünfziger Jahren, in: Gerhard Jagschitz u. Klaus Dieter Mulley, (Hg.), Die „wilden" fünfziger Jahre. Gesellschaft, Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich. St. Pölten/Wien, 1985, 174-187

Maase Kaspar, Vergebliche Kriminalisierung. Zum Platz der Halbstarken in der Geschichte des Alltags, in: »Kriminologisches Journal« 23 (1991), 188-203

Münz Rainer, Die ökonomische Entwicklung Österreichs seit dem Zweiten Weltkrieg, in: »Politische Bildung«, Sondernummer 2, Wien 1981, 63-90

Mulley Klaus-Dieter, Wo ist das Proletariat? Überlegungen zu „Lebensstandard und Bewußtsein" in den fünfziger Jahren, in: Gerhard Jagschitz u. Klaus Dieter Mulley, (Hg.), Die „wilden" fünfziger Jahre. Gesellschaft, Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich. St. Pölten/Wien, 1985, 20-28

Pilgram Arno, Jugendkriminalität in Österreich. Zur jüngeren Geschichte und Gegenwart strafrechtlicher Jugendkontrolle, in: Janig Herbert, Hexel Peter C., Luger, Rathmayr, (Hg.), Schöner Vogel Jugend. Analysen zur Lebenssituation Jugendlicher, Linz 1988, 601-620

Reuband, Karl-Heinz. Arbeit und Wertewandel – mehr Mythos als Realität? in: »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« 37 (1985), 723-746

Sandgruber Roman, Vom Hunger zum Massenkonsum, in: Gerhard Jagschitz u. Klaus Dieter Mulley, (Hg.), Die „wilden" fünfziger Jahre. Gesellschaft, Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich. St. Pölten/Wien, 1985, 112-122

Schelsky Helmut, Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf 1965

Schwarzl Reinhold, Privater Inländerkonsum 1954-1983, in: »Statistische Nachrichten« 40 (1985) (Neue Folge), 46-52

Steinert Heinz, Widersprüche, Kapitalstrategien und Widerstand oder: Warum ich den Begriff „Soziale Probleme" nicht mehr hören kann. Versuch eines theoretischen Rahmens für die Analyse der politischen Ökonomie sozialer Bewegungen und „Sozialer Probleme", in: Kriminalsoziologische Bibliografie 8 (1981), Heft 32-33, 56-88

Steinert Heinz, Die Entwicklung der Sozialstruktur der Bundesrepublik. Versuch einer Phaseneinteilung, Manuskript, Frankfurt/Main 1985

Talos Emmerich, Umbau des Wohlfahrtsstaates. Konträre Begründungen und Optionen, in: »Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft« 22 (1993), 37-55

Voß Günter G., Das Ende der Teilung von „Arbeit und Leben"? An der Schwelle zu einem neuen gesellschaftlichen Verhältnis von Betriebs- und Lebensführung, in: Niels Beckenbach u. Werner van Treek, (Hg.), Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, »Soziale Welt Sonderband« 9, Göttingen 1994, 269-294

Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe

Ursachen, Strukturen, Lösungsmöglichkeiten

Nikolaus DIMMEL

Geradezu begeistert sprechen Budgetkonsolidierungsexperten von der Unfinanzierbarkeit des Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Hilfe solle es künftig nur noch für „wirklich Bedürftige" geben. Niemand spricht davon, daß der Wohlfahrtsstaat längst nicht von allen dazu Berechtigten in Anspruch genommen wird. Wenn man schon „moral hazard" und „Sozialschmarotzen" ins Treffen führt, sollte man zumindest auch von Forderungs- und Inanspruchnahme-verzichten reden.

Qualität der Nichtinanspruchnahme

Die Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe ist ein Faktum. Ein erheblicher Teil derjenigen, die hilfsbedürftig sind, die in materieller Not leben, die ausgegrenzt wurden, nimmt die Leistungen, die ihnen rechtlich zustehen, nicht in Anspruch. Man spricht von diesem Personenkreis als der „Dunkelziffer der Armut" oder „verdeckter Armut". Seit Mitte der achtziger Jahre (Hartmann 1985) unterscheidet man zwischen

- der absoluten Dunkelziffer (die Zahl der berechtigten aber Sozialhilfe nicht in Anspruch nehmenden Personen bzw. das Gesamtvolumen eingesparter Transferzahlungen),
- der temporären Dunkelziffer (das Ausmaß der verzögerten Inanspruchnahme),
- der partiellen Dunkelziffer (die Nichtinanspruchnahme von Teilen der insgesamt zustehenden Leistung) und
- der differentiellen Dunkelziffer (der ziffern- oder betragsmäßige Umfang der nicht in Anspruch genommenen Leistung im Verhältnis zum tatsächlichen Gesamtaufwand).

In Form einer Matrix kann man diesen vier Erscheinungsformen (absolut, temporär, partiell, differentiell) bestimmte Ursachen (nämlich: systembedingte, verhaltensbedingte und organisationsbedingte) und zwei spezifisch wirksame Filter (zum ersten freie Wohlfahrtsträger im dritten Sektor, zum zweiten soziale Netzwerke insbesondere Familie) zuordnen. Will man die Ursachen und Bedingungen der Nichtinanspruchnahme herausarbeiten, muß man

- die Konstruktion der Hilfe (Systemebene),
- das bedürftige Subjekt bzw. der Klient (Verhaltensebene),
- die Vollziehung (Organisationsebene),
- die Funktion freier Wohlfahrtsträger und
- die Tragfähigkeit sozialer Netzwerke

näher ausleuchten (Schaubild):

Struktur der Nichtinanspruchnahme

Ursachen	Filter	Ergebnisse
Systemebene ↕ **Verhaltensebene** ↕ **Organisationsebene**	**freie Wohlfahrtsträger/ Dritter Sektor** ↕ **familiale Subsidiarität / Soziale Netzwerke**	**absolute Nichtinanspruchnahme** **temporäre Nichtinanspruchnahme** **partielle Nichtinanspruchnahme** **differentielle Nichtinanspruchnahme**

Im „Ursachenmenü" spielen drei Faktoren zusammen, nämlich die Funktionsweise der Sozialhilfe (Systemebene), das ir/rationale Verhalten der Klienten (Verhaltensebene) und schließlich die Möglichkeit rationalen Handelns in Organisationen (Organisationsebene). Liegen die wesentlichen Ursachen der Nichtinanspruchnahme auf der Systemebene sowohl im mangelnden Bedarfsdeckungscharakter der Richtsatzorganisation sowie in der mangelhaften Abstimmung der unterschiedlichen sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Transfersysteme, so handelt es sich auf der Verhaltensebene um weit vielschichtigere wie komplexere Ursachen und Motivlagen. Zu diesen zählen vor allem die Unkenntnis von Anspruchsvoraussetzungen, die Angst vor Stigmatisierung, negative Erfahrungen im Umgang mit Behörden oder bewußte Verzichtshaltungen. Auf der Organisationsebene schließlich tragen Phänomene der passiven Institutionalisierung von Behörden, des Verzichts auf präventive Strategien der Kostenminimierung, die Selbstverständlichkeit des nicht-abgestimmten Vorgehens zwischen mehreren beteiligten Behörden, aber auch die mangelhafte Sozialberatung und Information der Klientel zur Nichtinanspruchnahme bei.

Im „Filtermenü" wirken zwei Puffer bzw. vermittelnde Faktoren, nämlich das Funktionieren freier Wohlfahrtsträger im dritten Sektor und die Intensität und das Ausmaß der Subsidiarität in sozialen Netzwerken, insbesondere der Familie. Gemeint ist damit in erster Linie das Beratungshandeln freier Wohlfahrtsträger, deren Kooperation mit Behörden wie den Sozialämtern aber auch mit anderen Non-profit-Organisationen. Freie Träger verfügen ja über entscheidende Standort- und Erreichbarkeitsvorteile gegenüber Behörden, sind niedrigschwellig und gering formalisiert. Beratung und Betreuung wirken als Selektionsmechanismen, welche eine Eskalation der Bedürftigkeit (z.B. Ratenvereinbarung statt Delogierung) verhindern und/oder verzögern können. Selbstredend spielt zum anderen die Auffang- und Tragfähigkeit der so-

zialen Netzwerke, in denen sich die von Armut betroffenen Personen bewegen, eine entscheidende Rolle für die Nichtinanspruchnahme. Dazu zählen Familie und Freunde, die vorübergehend Unterkunft bieten oder mit Geld aushelfen. Dazu zählen auch Formen subsidiärer Hilfe, zum Beispiel dergestalt, daß Bedarfslagen von aus dem Familienverband bereits ausgeschiedenen Kindern „refamilialisiert" werden, indem die betroffene arbeitslose Person zurück in den elterlichen Haushalt übersiedelt.

Ausmaß der Nichtinanspruchnahme

In der Bundesrepublik bewegen sich die Schätzungen der Nichtinanspruchnahme zwischen 100 Prozent und 140 Prozent der unterstützten Personen. Hier wäre der Berechtigtenkreis 2,4 mal so groß wie die Zahl der tatsächlichen Bezieher. Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Einkommensdaten und Lebenshaltungskosten aus dem letzten Mikrozensus für die Stadt Salzburg haben ergeben, daß der Berechtigtenkreis zumindest 1,7 mal so groß ist wie die Zahl aller Leistungsempfänger pro Jahr. Zudem gilt, daß die Implementationskultur der Sozialhilfe regional äußerst unterschiedlich und ein dramatisches Stadt-Land-Gefälle der Inanspruchnahme erkennbar ist.

Die wohl einfachste Rechnung, die man eröffnen kann, wenn man über das Phänomen verdeckter Armut nachdenkt, ist diejenige zwischen Sozialhilfestatistik und errechneter Armutsgefährdung: in der aktuellen Sozialhilfestatistik des Statistischen Zentralamtes für 1993 werden 60.995 Empfänger in Privathaushalten und 29.486 in Heimen ausgewiesen. Nimmt man die nicht eingerechneten Empfänger in Salzburg-Stadt hinzu, nämlich 5.450 Empfänger in Privathaushalten und 1.020 Empfänger in Heimen, so kommt man auf 96.951 Hilfsbedürftige im Jahr 1993. Freilich bleibt seit geraumer Zeit unwidersprochen, daß hier massive Erfassungsfehler hereinspielen (Köppl/Steiner 1989), sodaß 87.000 Empfänger in der Sozialhilfe-Statistik real 115.000 Empfängern entsprechen. Diese Verzerrung hängt in erster Linie damit zusammen, daß in einigen Sozialhilfesystemen die Empfänger einmaliger Leistungen, aber auch Sozialhilfe-Bezieher in Heimen nicht oder nur teilweise erfaßt werden. Dies hängt aber auch mit den gänzlich unterschiedlichen Zählweisen zusammen. Es werden Antragsteller, bewegte Akten, unterstützte Personen, Antragstellungen und ausgezahlte Leistungen ungleichartig erfaßt. Dies ergibt eine statistische Abweichung von 32 Prozent. Umgelegt auf die Zahlen des Jahres 1993 ergäbe das eine Inanspruchnahme von 128.100 Personen.

Demgegenüber hat eine Studie der Synthesis-Forschungsgesellschaft für das BMAS (Lutz/Wagner/Wolf 1993) gezeigt, daß

- bei einem haushaltsausgabenbezogenen Ansatz maximal 1,5 Millionen Menschen als „arm" zu qualifizieren sind (Quelle: Mikrozensus),
- bei einkommensbasierten Berechnungen maximal 940.000 Personen als „arm" zu qualifizieren sind (Quelle: Einkommensstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger). Das entspricht 10,4 Prozent aller Haushalte (298.000), in denen 12,5 Prozent der Bevölkerung (938.000 im Jahr 1992) und 20,8 Prozent aller Kinder leben,
- maximal 440.000 Personen in Ausstattungsarmut leben.

Folgt man dieser äußerst groben Vergleichsrechnung, so muß man eine Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe in der Größenordnung von 812.000 Personen vermuten. Wie kommt nun diese Differenz zustande, sofern die angestellte Rechung zutreffend ist? Ich meine, es lassen sich hierfür drei Verursachungszusammenhänge herausarbeiten, nämlich

- eine strukturell angelegte Nichtwahrnehmung von Armut in der Konstruktion der Sozialhilfe selbst,
- ein tiefgreifender Wandel in der Erscheinungsform der Armut (Stichworte: Heterogenisierung, Verzeitlichung) und
- eine Reihe von strategischen, im Vollziehungsverhältnis angelegten Hürden.

Konstruktionsbedingte Gründe für die Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe

Ein zentraler Grund für das Phänomen der Nichtinanspruchnahme liegt in der Konstruktion der Sozialhilfe selbst, nämlich dem Richtsatzmechanismus als einem zentralen Element der Leistungserbringung. Um die armutspolitische Bedeutung der Richtsatzkonstruktion zu erfassen, soll vorerst festgemacht werden, ab welchem Einkommens- und Lebenshaltungsniveau man überhaupt von Armut sprechen kann:

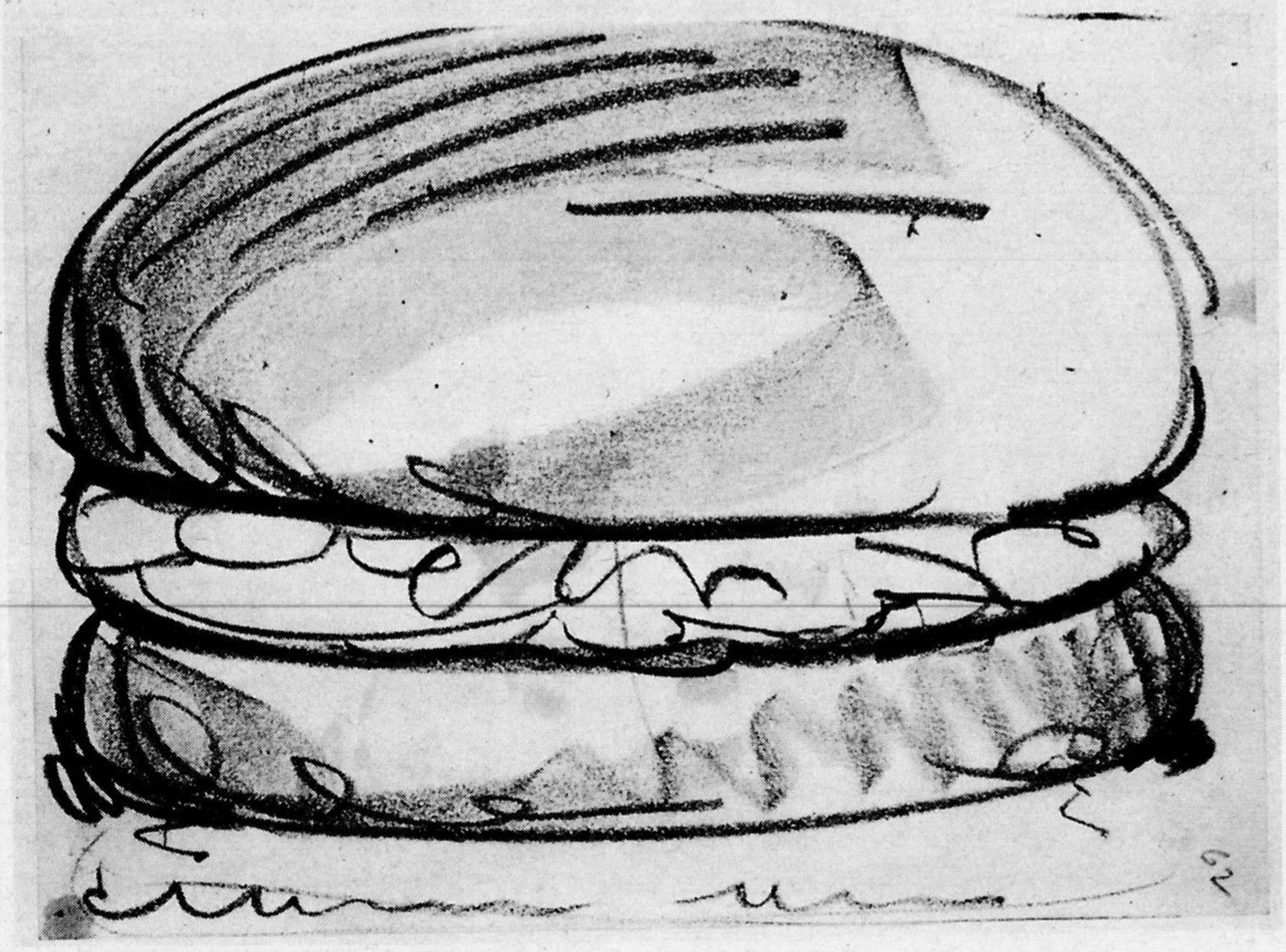
Tatsache ist, daß die Sozialhilfe Bedürftigkeit in erster Linie nach dem verfügbaren Einkommen, also an einem absoluten Armutsmaß mißt. Relative Armutskonzeptionen, die Armut als Ausdruck von Isolation, Zeitnot, kultureller Ausgrenzung und biographischer Unsicherheit verstehen, spielen hier kaum eine Rolle. Deshalb kann das Phänomen der Nichtinanspruchnahme nur mithilfe eines haushaltseinnahmenbezogenen Ansatzes eingegrenzt werden. Bei diesem Ansatz spielt der „Umrechnungsschlüssel", mit dem hier Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung verglichen werden, ein große Rolle für die Armutsdiagnose. Dieser Umrechnungsschlüssel setzt sich aus Äquivalenzrelationen zusammen, die eine Gewichtung der betroffenen Personen ermöglichen. Dabei werden Haushaltsbedarfe derart bestimmt, daß erwachsene Antragsteller mit 1,0, mitunterstützte Erwachsene mit 0,7, Jugendliche und Kinder absteigend zwischen 0,8 und 0,33 bewertet werden (Wallner 1995).

Einkommensarmut beginnt, so der Konsens, dort, wo das Haushaltseinkommen unter 50 Prozent des durchschnittlichen gewichteten Pro-Kopf-Einkommens sinkt. Das entspricht im übrigen auch den Indikatoren, mit denen die Programme der EU zur Bekämpfung der Armut arbeiten. Zugleich zeigt diese „Schwellenkonstruktion", daß Armutsgrenzen immer politisch gesetzte Grenzen sind. Die gemessene Armutsbelastung verändert sich, je nachdem, ob man 40 Prozent („strenge Armut"), 50 Prozent („Armutsschwelle") oder 60 Prozent („relative Armut") des gewichteten Durchschnittseinkommens als Armutsgrenze heranzieht. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Krause 1994) zeigt, daß in der BRD

- 3,9 Prozent aller Haushaltsmitglieder von „strenger Armut" betroffen sind,
- 10,3 Prozent an der „Armutsschwelle" leben und
- 18,4 Prozent von „relativer Einkommensarmut" betroffen sind.

Wenden wir uns kurz einer Salzburger Modellrechnung zu: 1992 betrug das mittlere Bruttomonatseinkommen der Unselbständigen 20.193 Schilling bei Männern und 14.121 Schilling bei Frauen einschließlich Familienbeihilfen. Zugleich gab es 150.000 Personen, die bei Annahme ei-

ner Vollzeitbeschäftigung weniger als 10.000 Schilling brutto verdienten (GPA 1995). Ein durchschnittlicher Haushalt bestehend aus erwerbstätigem Vater, erwerbstätiger Mutter und zwei Kindern mit 8 und 13 Jahren verfügte damit 1992 über ein Bruttoeinkommen von 34.410 Schilling. Abzüglich der Familienbeihilfe in Höhe von 3.050 Schilling (1.400 für das 8-jährige Kind und 1.650 Schilling für das 13-jährige Kind) verblieben 31.360 Schilling als Berechnungsgrundlage der Lohnsteuerbelastung. Zieht man davon den Grenzsteuersatz von 32 Prozent ab, der bereits bei 16.000 Schilling brutto zu wirken beginnt, so blieben 21.324 Schilling zuzüglich Familienbeihilfe, also 24.824 Schilling. Umgelegt auf die gewichtete Haushaltsgröße von 2,9 ergab dies ein gewichtetes rechnerisches Pro-Kopf-Haushaltseinkommen von 8.560 Schilling. Erreichte das Einkommen 50 Prozent dieser 8.560 Schilling , also 4.280 Schilling/Kopf, dann galt die Armutsgrenze als erreicht. Der Modellhaushalt erreicht die Armutsgrenze also bei 12.412 Schilling.



Claes Oldenburg, Note no. 856 (Hamburger), 1962

Hätte diese Familie nun einen Sozialhilfe-Antrag gestellt, so wäre in einer Zwölftelrechnung von Lebensbedarf und Haushaltseinkommen ein Richtsatz-Lebensbedarf (1992) in Höhe von 9.800 Schilling bemessen worden. Das setzt sich zusammen aus 3.380 Schilling für einen Hauptunterstützten, 2.230 Schilling für eine Mitunterstützten, zwei Mitunterstützte mit Familienbeihilfe und Freibeträgen. Über die Wohnkosten wäre im Einzelfall separiert abzusprechen gewesen, trotzdem die Richtsatzbemessung auch die nötige Unterkunft dem Grunde nach erfaßt. Nehmen wir der Einfachheit halber an, die Familie hätte auf 80 Quadratmeter einen Wohnaufwand (Mietzins, fixe Betriebskosten und Strom/Gas/Wasser-Pauschale) von 9000 Schilling zu bedecken gehabt, was einem Brutto-Quadratmeter-Aufwand von 112,50 Schilling entsprach. Dies scheint mir eine für den Salzburger Zentralraum realistische Annahme. Der aus der Sozialhilfe zugestandene Lebensbedarf hätte dann bei 18.800 Schilling gelegen. Im zugrundegelegten Modellfall hätte dieser Bedarf aus dem Arbeitseinkommen gedeckt werden können.

Diese Modellrechnung zeigt aber, daß die derzeitige Richtsatzkonstruktion im Sinne des § 11,12 des Salzburger Sozialhilfe Gesetzes weder bedarfsdeckend ist noch armutsvermeidend wirkt. Einer Richtsatzberechnung von 9.800 Schilling steht eine 50 Prozent-Armutsschwelle von 12.412 Schilling gegenüber. Demnach reagiert die Sozialhilfe formal erst dann, wenn die Familie schon 2.612 Schilling Schillinge lang in der Armut steckt. Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung sind folglich eine Sache der Vollziehungspraxis, zum Beispiel ob und inwieweit Wohnkosten anerkannt werden oder nicht. Die Praxis wiederum ist in vielerlei Hinsicht kritikwürdig.

Sozialer Strukturwandel als Grund für die Nichtinanspruchnahme

Ein weit außerhalb der Konstruktions- und Vollziehungsdimension der Sozialhilfe gelegener Grund für die Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe liegt in der Veränderung der sozialen Zusammensetzung und Erscheinungsform sozialer Bedürftigkeit. Dies kann in dreierlei Hinsicht beobachtet werden:

- Zum ersten deutet die Heterogenisierung von sozialen Risken auf einen grundlegenden sozialen Wandel,
- zum zweiten zeigt sich, daß Armutsbetroffenheit zumeist mit einer Kumulation von mehreren Risikofaktoren einhergeht und
- zum dritten wird eine deutliche Verzeitlichung der Armutsbetroffenheit sichtbar.

Diese drei Aspekte (Heterogenisierung, Kumulation, Verzeitlichung) sind näher zu beleuchten. Halten wir zunächst einmal fest, daß Sozialhilfe auf Armut reagieren soll, die in diesem Zusammenhang als extreme Form sozialer Ungleichheit verstanden werden kann. Folglich wirkt die Struktur sozialer Ungleichheit, ihre Zusammensetzung und Zeitkomponente, auch auf die Armutsbelastung zurück. Verändert sich die Geographie der sozialen Ungleichheit, verändern sich auch die Erscheinungsformen der Armut:

- Der Begriff der „Heterogenisierung“ von Risken meint, daß nicht mehr nur Unterschichten Armutsrisken aufweisen, sondern daß zunehmend größere Bevölkerungsgruppen davon betroffen sind. In diese Beobachtung passen auch die Schlagworte der Zwei-Drittel-Gesellschaft (das unterste Drittel bleibt dauerhaft armutsgefährdet) oder „70-20-10-Gesellschaft“ (70 Prozent bleiben frei von Armutsphasen, 20 Prozent sind wiederholt von Armutspassagen betroffen und 10 Prozent sind als dauerhaft-verfestigt arm zu bezeichnen). „Heterogenisierung“ meint auch, daß Armutsrisken nicht mehr nur aus Einkommens- und Arbeitsplatzverlust resultieren, sondern auch aus Wohnkostenbelastungen, chronifizierter körperlicher Beeinträchtigung und anderen mehr

entstehen können. Armutsrisken erfassen zunehmend sogar bisher zu den Modernisierungsgewinnern zählende Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel Akademiker, die im Verdrängungswettbewerb unterqualifizierte Berufe ergreifen. Auch Bildungskapital schützt vor Armut nicht.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Auflösung von Klassen- und Schichtungsmustern zugunsten einer Heterogenisierung der Sozialstruktur hinzuweisen: Milieus, Lebensweisen und Lebensstile werden zunehmend heterogen, die Gleichförmigkeit sozialer Lebensvollzüge schwindet. Biographien werden deutlich „individualisiert": an die Stelle massenhaft gleichförmiger Lebensvollzüge treten deutlich individualisierte Lebensformen. Die Vorstellung einer kontinuierlichen Erwerbsbiographie dünnt aus.

Zum Befund der „Heterogenisierung" zählt auch die Beobachtung einer Krise der Mittelschicht: in den sechziger Jahren dominierte hier das Alleinverdiener-/Hausfrauen-/Zwei-Kinder-Modell. Ein Arbeitseinkommen reichte in der Mittelschicht hin, um eine sozial integrierte Existenz zu führen. Heute reichen oftmals nicht einmal mehr zwei Arbeitseinkommen, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Das Armutsrisiko bleibt so keineswegs auf den unteren Einkommensbereich beschränkt, sondern reicht bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein.

■ Das Stichwort der „Kumulation von Risken" deutet darauf hin, daß von Armut betroffene Personen nicht mehr nur aufgrund von einem (einzigen) Armutsauslöser (z.B. Einkommensarmut als Resultat von Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommensbezug oder geringfügiger Beschäftigung) arm sind, sondern daß sie zunehmend mehrere Probleme gleichzeitig aufweisen. Sie haben ihre Berufsausbildung abgebrochen, verfügen über niedriges Einkommen, erziehen ihre Kinder alleine, wohnen in einem befristeten Mietverhältnis und sind chronifiziert krank.

■ Das Stichwort der „Verzeitlichung von Armut" weist darauf hin, daß die verfestigten (soziopathischen, subkulturellen) Randgruppen im „Teufelskreis der Armut" empirisch im zweiten sozialen Netz eine abnehmende Rolle spielen. Sie werden verdrängt durch bislang integrierte Mittelschichten. Armutsrisken werden sozial entgrenzt. Neben die Beobachtung der Individualisierung, der Diffusion und zunehmenden Ubiquität von Armutsrisken tritt damit die Wahrnehmung der Verzeitlichung von Armut. Armutslagen werden also beweglich (Leibfried/Leisering 1995). Bedürftigkeit wird in steigendem Ausmaß zu einer vorübergehenden Lebenslage, einem Ereignis oder einer Phase im Lebenslauf. Bundesdeutsche Ergebnisse (Hanesch 1994) zeigen, daß zwischen 1984 und 1992 etwa 30 Prozent der Bevölkerung mindestens einmal von Armut betroffen waren. Die Werte für dauerhafte Armut lagen hingegen „nur" bei annähernd 2 Prozent. Einmal von Armut betroffene Personen weisen in der gegenständlichen Studie aber ein hohes Rückfallsrisiko auf. In dieselbe Richtung weisen neuere empirische Untersuchungen aus England, Norwegen und Schweden. Diese Studien zeigen, daß die „neue Armut" der neunziger Jahre sehr differenziert betrachtet werden muß, nach jeweiligen Typen, die über eine spezifische Zusammensetzung von Anfang, Dauer, Verlauf und Ausstieg verfügen. Die Resultate des Centre for Research in Social Policy – Loughborough (Ashworth/Walker 1994) laufen darauf hinaus, „that the labels transient, occasional, recurrent, persistent, chronic and permanent appear to index different experiences that may, both in personal and struktural terms, constitute different types of poverty."

Subjektive Gründe für verdeckte Armut

Die Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe geht auf seiten der Klientel im wesentlichen auf ein äußerst komplexes, stichwortartig abzuhandelndes Ursachenbündel zurück:

■ *Rechtsunkenntnis*: Obwohl auf seiten der Klientel grundlegende Kenntnisse über die Sozialhilfe durchaus vorhanden sind, so fehlen trotzdem spezifisches Wissen, vor allem im Hinblick auf die Ausgestaltung der Leistungsvoraussetzungen;

■ *Kognitive Dissonanz*: Von kognitiver Dissonanz ist die Rede, wenn Wahrnehmung/Kognition und reale Verhaltensorientierung auseinanderfallen (Festinger 1978): man weiß um die Sozialhilfemöglichkeit, schafft es aber nicht, eine entsprechende Antragstellung zu formulieren;

■ *Stigmatisierung*: Die Angst vor sozialer Diskriminierung speist ein Schamempfinden vor sozialem Statusverlust (Neckel 1993); zugleich erleben Personen dieser Gruppe eine starkes soziales Distanzierungsbedürfnis gegenüber „den Sozialhilfeempfängern". Diese regressive Stigmatisierungsangst reicht bis in den Warteraum des Sozialamtes, wo jeder jeden für einen Sozialschmarotzer hält;

■ *Anomie*: Die materiellen Möglichkeiten, kulturell vorgegebene und subjektiv akzeptierte Werte einzulösen, fehlen. Eine Reaktionsmöglichkeit in dieser Situation (z.B. von Schuldnern) liegt in der Resignation, im vorauseilenden Verzicht auf Hilfe;

■ *Stolz*: Mitunter dominieren Verzichtshaltungen, wobei eine Anspruchshaltung gegenüber der Transferleistung weitgehend fehlt und ersetzt wird durch Vorstellungen persönlicher Integrität;

■ *Strategische Vermeidung*: Hier werden administrative Eingriffe in den persönlichen Bereich aus Unsicherheit im Umgang mit Behörden vermieden;

■ *Geringer subjektiver Problemdruck*.

Die aktuelle Caritas-BRD-Studie (Hauser/Hübinger 1993) brachte zum Vorschein, daß im Rahmen der Caritas-Sozialberatung

■ 70,7 Prozent aller Armutsbetroffenen unzutreffende Vorstellungen hinsichtlich der Rückzahlungs- bzw. Regreßverpflichtungen in der Sozialhilfe hatten,

■ 55,8 Prozent aller Armutsbetroffenen fälschlich meinten, Arbeitseinkommen schließe grundsätzlich den Bezug von Sozialhilfe aus,

■ 44,4 Prozent aller Armutsbetroffenen fälschlich meinten, auch der Bezug von Arbeitslosengeld schließe grundsätzlich einen Sozialhilfebezug aus und

■ 40,1 Prozent aller Armutsbetroffenen irrtümlicherweise vermeinten, ihr privates Sparbuch vor dem Sozialhilfebezug bis auf Leerstand aufbrauchen zu müssen.

Diejenigen Personen, die unzweifelhaft einen Anspruch auf Sozialhilfe hätten realisieren können, taten dies mit folgenden Begründungen nicht:

■ 57 Prozent meinten, ihr Einkommen erscheine ihnen für einen Sozialhilfebezug zu hoch,

■ 56 Prozent meinten, daß sie allemal für sich selbst auch in Notlagen sorgen könnten,

■ 47 Prozent war jeder Kontakt mit einem Sozialamt derart unangenehm, daß vorübergehende Bedürftigkeit in Kauf genommen wurde,

■ 43 Prozent wollten weder Eltern noch Kinder mit Sozialhilfeangelegenheiten belasten.

Administrative Hürden

In der sozialwissenschaftlichen Forschung hat man folgende Ursachen der Nichtinanspruchnahme auf seiten der Verwaltung identifiziert:

■ *Passive Institutionalisierung*: hier erfolgt eine Senkung der Erreichbarkeit durch räumliche Distanz zwischen Sozialamt und Klient. Das Amt wartet gewissermaßen auf die Klientel und geht nicht hinaus in die sozialen Problemzonen vor Ort. Diese Haltung erscheint äußerst folgenreich, denn zum ersten reduziert beinahe jede Prävention die Kostenbelastung und zum zweiten verfügen Personen mit kumulierten sozialen Problemen faktisch weder über die soziale noch die verbale Kompetenz, Vorsprachetermine rechtzeitig zu beantragen und ihre Probleme vor einer Behörde so vorzutragen, daß daraus ein leistungsauslösender Sachverhalt wird.

■ *Fehlinformationen/mangelnde Informationen* durch Behörden: in der Regel fehlt der Bevölkerung weitgehend das Wissen um die Anspruchsgrundlagen und die tatsächlich zu realisierende Höhe der Sozialhilfe. Darin verbirgt sich nicht nur ein Grund für die Nichtinanspruchnahme, sondern auch ein Motor für hochfliegende Sozialschmarotzerphantasien;

■ *Schaffung bürokratischer Hindernisse* durch Formalisierung und mangelhafte Nutzung des Grundsatzes der Amtswegigkeit bzw. „Manuduktion" des Klienten.

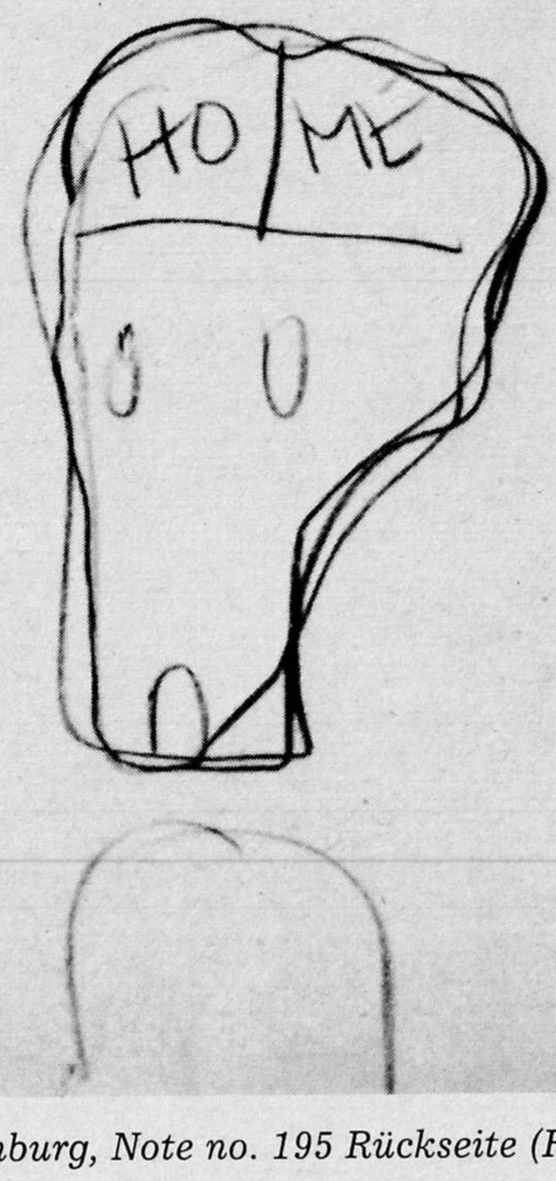
Resumee und Ausblick

Das Phänomen der Nichtinanspruchnahme soll abschließend von drei Seiten kurz gewürdigt werden:

■ Die Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe zeigt eindringlich auf die *symbolische Funktion des Sozialrechts*: würden alle, die einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe haben, diesen realisieren, würde das System umgehend kollabieren. Es scheint daher unter den gegebenen Voraussetzungen durchaus rational, das Faktum der hohen Nichtinanspruchnahmequote unverändert zu belassen;

■ Die Nichtinanspruchnahme ist zugleich auch die Kehrseite einer fundmentalen *Fehladressierung* der Armenhilfe: Aus der Dynamik des Vollzugs zeigt sich, daß oftmals „die falschen Personen" Sozialhilfe erhalten oder: daß die „richtigen Leute die falschen Hilfestellungen" erhalten. Zudem ist Geld nicht automatisch und zwingend das einzige und vor allem auch sinnvolle Mittel der Hilfe zur Selbsthilfe. Noch dazu erhalten Sozialhilfe oftmals diejenigen, die dem System am unangenehmsten sind, die die größte Interventionskapazität aufweisen. Gegengleich ist es absurd, daß man sich seiner Hilfebedürftigkeit im Status quo „verschweigen" kann.

■ Die sozialtechnologisch kontraproduktive Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe zeigt, daß der Gedanke der *Prävention* nicht bis in das *Steuerungsinteresse* des politisch-administrativen Systems gedrungen ist. Modelle einer Gefährdetenprävention mit aufsuchender behördlicher Sozialarbeit, einer Clearing- und Verteilerfunktion des Sozialamtes, wie dies bis vor kurzem auch am Sozialamt der Stadt Salzburg erfolgreich versucht wurde, zeigen daß der auch vor allem ökonomische (budgetäre) Nutzen der Prävention in der rechtzeitigen De-Eskalation von sozialen Problemen liegt. ■



Claes Oldenburg, Note no. 195 Rückseite (HOME), 1960

DDr. DSM (Diplomsozialmanager) Nikolaus DIMMEL ist Jurist und Sozialwissenschafter. Er war von 1991 bis 1995 Amtsleiter des Sozialamtes der Stadt Salzburg. Zur Zeit arbeitet er an einem Forschungsprojekt im Rahmen des APART-Stipendiums der Akademie der Wissenschaften, Wien.

Literatur

Festinger, Leon (1978). Theorie der kognitiven Dissonanz, Bern

GPA (1995). Umverteilung. Wie der Reichtum für alle reicht, Wien

Hanesch, Walter (1994). Armut in Deutschland, Frankfurt

Hauser, Richard/Werner Hübinger (1993). Arme unter uns. Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Untersuchung, Freiburg

Hartmann, Helmut (1985). Armut trotz Sozialhilfe. Zur Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe in der Bundesrepublik, 169 – 189, in: Stephan Leibfried/Florian Tennstedt (Hg.). Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt

Köppl, Franz/Hans Steiner (1989). Sozialhilfe – ein geeignetes Instrument zur Bekämpfung sozialer Not?, 33-110, in: Nikolaus Dimmel u.a.: Sozialhilfe. Strukturen, Mängel, Vorschläge, Wien

Krause, Peter (1994). Armut im Wohlstand. DIW-Diskussionspapiere 88/94, Berlin

Leibfried, Stephan/Lutz Leisering u.a. (1995). Zeit der Armut, Frankfurt

Lutz, Hedwig/Michael Wagner/Walter Wolf (1993). Von Ausgrenzung bedroht. Struktur und Umfang der materiellen Armutsgefährdung im österreichischen Wohlfahrtsstaat der achtziger Jahre, »Forschungsberichte des BMAS aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik« Nr. 50, Wien

Neckel, Sieghard (1991). Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit, Frankfurt

Wallner, Stefan (1995). Verarmungsrisiken im Wohlfahrtsstaat. Situationsanalyse und Problemkatalog zur sozialen Lage in Österreich, Wien

Wie die Wohlfahrtsmonarchie entstand*

David CANNADINE

Im zweiten Kapitel des Matthäus-Evangeliums lesen wir die wohl berühmteste Geschichte über königliche Großzügigkeit: die drei Könige auf ihren Kamelen folgen dem Stern nach Bethlehem, wohin sie Gold, Weihrauch und Myrrhe bringen. Diese Geschichte zeigt, daß man bei Monarchen davon ausgeht, daß sie übermäßig reicher als Normalsterbliche sind, und daß sie mit wahrer königlicher Großzügigkeit jenen Unglücklichen helfen, die sich am anderen Ende der sozialen Leiter zusammenfinden.

Hinter dem mythischen Moment der Krippe steht aber mehr als bloße überschüssige königliche Großzügigkeit. Selbst im warmen Weihnachtsstall war das Schenkungsverhältnis subtiler, komplexer und mehrdeutig. Es gab die implizite Herausforderung, die reziproke Annahme, daß solch außergewöhnliche Geschenke, die kaum von unmittelbarem praktischen Nutzen waren, bei Zeiten durch ebenso außergewöhnliches Verhalten seitens des Empfängers erwidert würden. Während diejenigen, die die Geschenke darbrachten, nur angeblich königlichen Ursprungs waren, war es das empfangende Kind ohne Zweifel, war es doch niemand anderer als der kommende König aller Könige. Diese Geschichte erinnert uns daran, daß Monarchen nicht nur Wohltaten üben, sondern diese auch empfangen – was eine wahrlich königliche Bedeutung hinter der plebejischen Phrase „zu geben und zu nehmen" entlarvt.

Das britische Herrscherhaus war bis vor relativ kurzer Zeit mehr damit beschäftigt, zu nehmen als zu geben. Wie alle vor-modernen Monarchen waren sie gnadenlos aneignend, auf der Suche nach Land, Gütern, Gattinnen, um ihre Reichtümer, Macht und Prestige zu vermehren. Wenn sie etwas hergaben, dann mit der gleichen Absicht, was erklärt, warum sie eher Land und Titel an nahe Verwandte oder treue Untertanen vergaben als es als Almosen an die Armen zu verteilen. Und wenn sie etwas ausgaben, dann für sich selbst oder die unmittelbare Familie: für Schlösser, Paläste, Gemälde, hohen Lebensstandard und unübersehbares Zur-Schau-Stellen – das essentielle Beiwerk eines selbstsicheren, wohlhabenden, halb-göttlichen Herrschers. Zumindest bis ins späte 17. Jahrhundert war das der Kern der britischen Monarchie: Könige herrschten und entschieden, hielten Gericht, führten die Truppen in die Schlacht, förderten Künstler und Architekten, regierten das Land und machten und veränderten die Gesetze. Im Gegensatz dazu verwandten sie nur wenig ihrer Zeit und noch weniger ihrer Ressourcen, um „Gute Werke" zu tun. Von Edward II. bis William und Mary spendierten sie nicht mehr als Fußwaschungsgeld für eine Handvoll bedürftiger Untertanen pro Jahr, und von den Normannen bis zu den frühen Georg-Königen, beschränkte sich Großzügigkeit für die Armen auf königliche Umzüge und Gelage. Selbst wenn man seltene persönliche Wohltaten hinzurechnet und sporadische Übungen in königlichem Flair, war das alles kaum signifikant: insgesamt bevorzugten sie es, die Wohltätigkeit der Kirche und den Armengesetzen zu überlassen.

Königliche Autorität bedroht

In einer Welt, in der des Herrschers Autorität göttlich gefügt und von der Mehrheit der Bevölkerung allgemein akzeptiert war, in einer Welt, in der Armut eine unausweichliche Bedingung des Lebens war, die die meisten Menschen ertrugen, ohne sich zu beschweren, in einer solchen Welt waren Gaben an die Armen weder politisch erforderlich noch sozial notwendig. Aber an der Wende zum 19. Jahrhundert begann sich alles zu ändern. Viele der traditionellen königlichen Aufgaben fielen weg, als die Monarchen aufhörten zu regieren, Gesetze zu machen, Paläste zu bauen, Künstler zu patronisieren und Truppen in die Schlacht zu führen. Die vormals leicht erzielte Sicherstellung königlicher Autorität wurde durch außergewöhnliches Bevölkerungswachstum bedroht, durch städtisches und industrielles Wachstum, verbreiteten Aufruhr der Bevölkerung, die Gewährung von Privilegien, das Wachstum eines sich einmischenden Staates, durch neue Ideen über Demokratie, politische Revolution beim Nachbarn Frankreich und selbst gelegentliche Wortmeldungen für einen Republikanismus zu Hause in England. Reichtum wurde in noch nie dagewesenem Umfang geschaffen und verteilte sich auf der sozialen Skala mehr nach unten denn je zuvor. In der Folge wurde Armut nicht länger als stoisch zu ertragende Gegebenheit betrachtet, sondern zum Problem umdefiniert, das man gewiß lindern konnte, vielleicht sogar beseitigen – eventuell mit Hilfe des Staates, aber eher wohl durch eine immer zahlreichere Vielfalt an freiwilligen Vereinigungen mit nur jeder denkbaren philanthropischen Aufgabe.

Frank Prochaska meint in seinem Buch „Royal Bounty: The Making of a Welfare Monarchy" (1995), daß es unter diesen veränderten und herausfordernden Umständen den britischen Monarchen erstmals in den Sinn kam, ihre Aufmerksamkeit einer Art freiwilligen, ausgedehnten karitativen Aktivität zu widmen, die ihre Vorfahren so verachtet hatten, aber mit der wir heute so vertraut sind. Einige taten es mit natürlichem Sinn für vornehme Verpflichtung. Andere versäumten keine Gelegenheit, ihre Motive zu erklären. Aber rückblickend war es auf jeden Fall ein großer, sehr erfolgreicher Wandel der Aufgaben eines Herrschers. Es gab den Mitgliedern der königlichen Familie etwas Neues und Notwendiges zu tun. Es ermöglichte ihnen, sich neu zu inszenieren, sich als besorgt, großzügig, philanthropisch, wohlmeinend und von der öffentlichen Meinung getragen zu zeigen. Und es ließ hoffen, daß, wenn sie ihre Untertanen mit solch vorbildlichem Verständnis und Wohlwollen behandelten, die Untertanen ihrerseits loyal und respektvoll ihnen gegenüber bleiben würden. Kurz gesagt, das Buch beschreibt, wie die königliche Familie, in einer Mischung von glücklichem Zufall und bewußter

---

* Quelle: London Review of Books, Vol 7, Nr. 19, 5. 10. 1995

Übersetzung: Martin Potschka

Absicht, daranging, die reziproken Möglichkeiten, die in Geschenkverhältnissen stecken, auszunützen als Teil ihrer Strategie, in einer immer unsichereren Welt zu überleben. Präziser gesagt, beschreibt das Buch, wie eine traditionell auf Aneignung bedachte Monarchie durch eine neue „Geben-und-Nehmen"-Monarchie ersetzt wurde, und wie die vertrauten Rollen von königlichen Kriegern, Juristen, Mäzenen und Halbgöttern durch eine neue Brut von königlichen Sozialarbeitern, Spitalsbesuchern, im Hintergrund agierenden Lobbyisten und Meistern in freiwilligen nicht-staatlichen Aktivitäten ersetzt wurde.

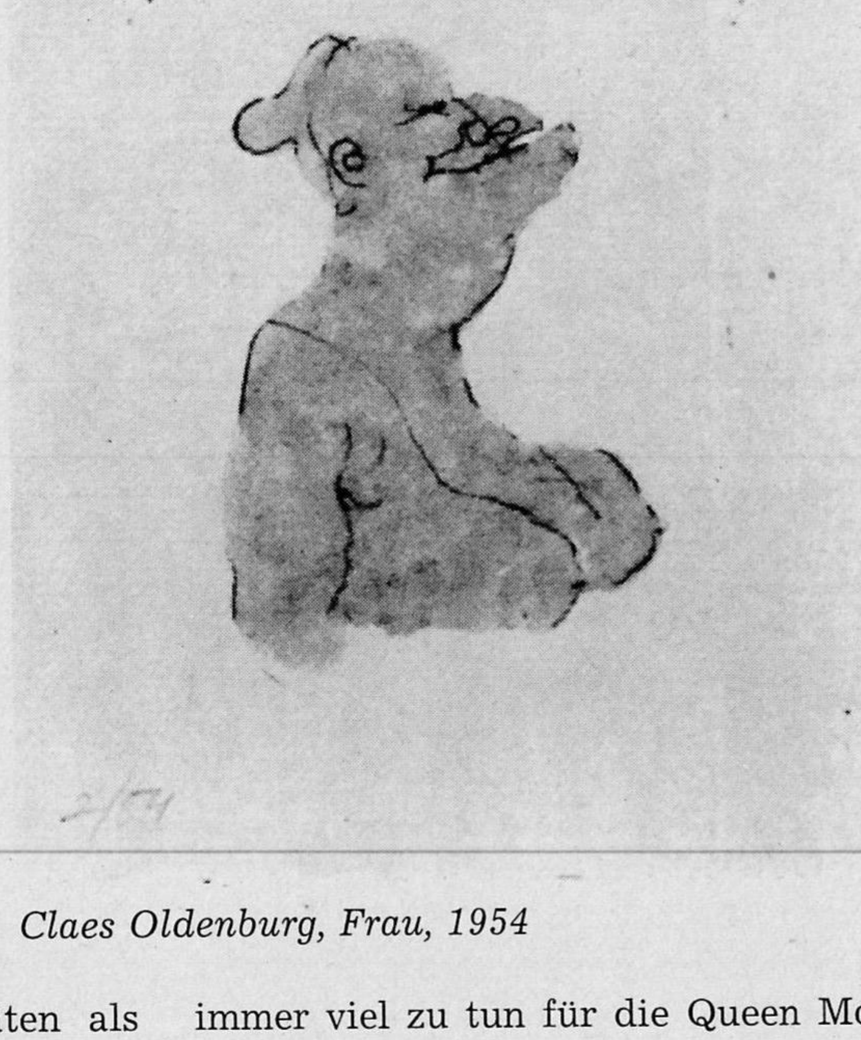
Obgleich es Anzeichen dieser Entwicklungen bereits unter der Regierung von Königin Anne und den frühen Hannoveranern gab, widmete sich die britische Monarchie erstmals unter George III. den „Guten Werken". George III. war damit wie auch sonst der Vater und Gründer des modernen Königshauses. Er lieh seinen Namen einer Vielzahl neuer philanthropischer Projekte, vor allem den Spitälern in London und gab persönlich 14.000 Pfund Sterling pro Jahr für gute Zwecke. Dies machte ihn relativ betrachtet zum großzügigsten Monarchen, den England je gesehen hat. Selbst seine Söhne, die zu ihrer Zeit eine schlechte Presse hatten, sind vielleicht einem schlimmeren Schicksal nur deshalb entgangen, weil sie mehr in wohltätigen Organisationen involviert waren, als es ihnen die Nachwelt zugestehen will. Voraussehbarer Weise war George IV. andern gegenüber weniger großzügig als sein Vater, während er zu sich selbst sehr großzügig war. Demgegenüber verhalf Williams IV. willkürliches Schenken zu seinem verdienten Ruf, eine reaktionäre Witzfigur zu sein. Seine Frau, Königin Adelaide, spendete pro Jahr etwa 40.000 Pfund Sterling und hatte den gleichen Ruf. Der Geldbetrag machte sie allerdings zur großzügigsten Wohltäterin, die die königliche Familie je hervorgebracht hat und zeigt die engen Zusammenhänge zwischen Matriarchat, Häuslichkeit, Nettigkeit und Wohltätigkeit auf, eine Eigenschaft der britischen Monarchie seit Königin Victoria, fortgesetzt über Königin Alexandra, Königin Mary und die Queen Mother, zu Königin Elisabeth II. und der Princess of Wales (Lady Di).

Königliche Philanthropen

Diese frühen königlichen Philanthropen spendeten wahrscheinlich mehr Geld als vergleichsweise ihre Zeitgenossen, aber mit Victoria und Albert drehte sich das um. Im seither vertrauten Schema beruht der königliche Beitrag zur Wohlfahrt vor allem auf Sympathie, Patronanz, moralischer Unterstützung und persönlichen Auftritten, und nicht in namhaften regulären Spenden oder gelegentlichen besonderen Zuwendungen. Victoria war vor allem an Frauen und Kindern interessiert, Albert mehr an Erziehung und allgemeinen Fragen der Armut. Zusammen widmeten sie diesen Aktivitäten mehr Zeit als irgend einer anderen spezifischen Tätigkeit, meint zumindest Frank Prochaska. Aber Gladstone war nicht beeindruckt und betrachtete die philanthropische Arbeit des jungen und ungehorsamen damaligen Prince of Wales als ein inadäquates Training für königliche Staatsaufgaben. Aber da Victoria ihn nicht Staatspapiere lesen, noch nach Irland als Vizekönig ziehen ließ, blieben die „Guten Taten" das einzige was er tun konnte, von den schlechten Taten abgesehen. Ebenso wie Königin Adelaide, aber in entscheidender Weise anders als sie, erwies er sich als unerwartet erfolgreich. Als Prince of Wales und mehr noch als König Edward VII. gelang es ihm, seine reichen, sozial engagierten Freunde wie Cassel, Rothschild und Speyer dazu zu bewegen, große Summen für den Königlichen Spitalfonds zu spenden. Das war die Rolle, die auch seine Nachfahren zu der ihren gemacht haben: andere dazu zu überreden, ihr Geld für wohltätige Zwecke zu spenden, anstatt selber Geld zu verschenken.

Während des Ersten Weltkriegs intensivierten sich diese philanthropischen Aktivitäten als George V. und Königin Mary im ganzen Land begannen, regelmäßig Fabriken und Spitäler zu besuchen und dort moralisch aufrichtende Reden zu halten. Das Ende der russischen, deutschen und österreichischen Monarchien, verbunden mit ähnlichen Befürchtungen um den britischen Thron, bewirkte, daß diese Aktivitäten, in den zwanziger und dreißiger Jahren noch verstärkt wurden. Der Herzog und vor allem die Herzogin von York waren pflichtbewußt, hart arbeitend, und gut im Umgang mit gewöhnlichen Menschen. Aber der Prince of Wales war weniger enthusiastisch und als König Edward VIII. wurde er nicht besser. Der Zweite Weltkrieg war eine intensivierte Wiederholung des Ersten und König George VI. und Königin Elisabeth besuchten regelmäßig das ausgebombte Londoner East-End sowie Provinzstädte. Aber 1945, mit einer Labour-Regierung, die dem Voluntarismus abgeneigt war und sich der zentralen Planung widmete, hing die ganze Welt der königlichen Wohltätigkeit schief. Der Wohlfahrtsstaat bedeutete vor allem das Ende für die zahlreichen Londoner und anderen lokalen Spitälern, zu denen die königlichen Verbindungen so intensiv waren. Es ist nicht überraschend, daß der König solche Entwicklungen mit Unmut verfolgte.

Diese düsteren Vorboten kamen aber nicht zum Tragen. Selbst am Höhepunkt des Wohlfahrtsstaates setzten sich die verbreiteten freiwilligen Aktivitäten fort, und es gab noch immer viel zu tun für die Queen Mother, die Königin, Prinz Philip und Princess Margaret. Und als der Wohlfahrtsstaat gegen Ende der siebziger Jahre in eine politische und ökonomische Krise rutschte, kehrte der Kult der Freiwilligkeit als ein zentrales Element von Frau Thatchers victorianischen Werten zurück. Von einigen Ausnahmen abgesehen, setzte die neue Generation der Windsors fort, wo ihre Vorfahren aufgehört hatten. Prinz Charles widmet sich seinem Temperament gemäß verschiedenen innerstädtischen Initiativen. Princess Ann hat ihr öffentliches Image durch ihre Ar-



Claes Oldenburg, Frau, 1954

beit für den Save-the-Children Fonds gewandelt. Und eine Weile schien es, als ob die Princess of Wales (Lady Di) den legendären königlichen Touch wiederbeleben würde, als sie AIDS-Kranke berührte. Heute arbeiten die Mitglieder der königlichen Familie härter für wohltätige Zwecke, denn für irgend sonst etwas. Und den meisten wohltätigen Organisationen ist klar, daß sich für gute Publicity königliches Sponsorship auszahlt. Wie Frank Prochaska korrekt zusammenfaßt: Die britische Monarchie ist erst in ernsten Nöten, wenn keine Bettelbriefe mehr im Buckinham Palast eintreffen.

So schildert Prochaska den unerschütterlichen Aufstieg der Wohlfahrtsmonarchie und es gebührt ihm großes Lob für alle sorgfältigen Details und die gelehrte Originalität, die sein Buch versprüht. Im Gegensatz zu den meisten Autoren behandelt er das Herrscherhaus ernsthaft und nicht sensationsheischend, historisch und nicht biographisch, kritisch und nicht unterwürfig, analytisch und nicht anekdotisch. Als Ergebnis eröffnet er eine Welt königlicher Aktivitäten, die von anderen zeitgenössischen Kommentatoren, wie Walter Bagehot (für den wohltätige Aktivitäten weder würdevoll noch effizient waren) und zahlreichen königlichen Biographen, unbeleuchtet blieb. Wenn wir diese Philanthropische Monarchie aufaddieren mit der Monarchie der Zeremonien, der Familienmonarchie, der kaiserlichen Monarchie, werden wir besser die vielfältigen und verzweigten Mittel verstehen, mit deren Hilfe die britische Monarchie überlebt hat: Brot und Spiele, zu Hause und in Übersee. Mit diesen neuen Aktivitäten, veränderten Identitäten und erfundenen Rechtfertigungen hat die Krone so erfolgreich und vollständig den letzten Rückhalt britischen Lebens erobert, daß niemand bis jetzt überhaupt auf die Idee kam, zu fragen, wie sie das erreichte und welche Folgen diese an sich harmlose Tätigkeit hat, die sich so in der zivilen Gesellschaft eingenistet hat.

Claes Oldenburg, Note no. 22 (Frau aus dem Fenster schauend und auf die Brüstung sich lehnend), 1958

Königliche Patronanz

Es ist Prochaska zu danken, daß man klar sehen kann, warum sich mittlerweile mehrere Generationen so enthusiastisch einem Ziel verschrieben haben, das vormals jenseits des Denkbaren lag. Viele wohltätige Organisationen bemühen sich nicht erst heute um die königliche Patronanz, und bilden gewissermaßen eine erweiterte Familie rund um den Herrscher, wie weit sie auch immer von ihm entfernt sind. Sie alle können sich darauf berufen nützliche und wichtige öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Mehr noch, die Werte der philanthropischen Freiwilligkeit sind komfortabel, ähnlich jenen des herrschaftlichen Gedankengutes: amateurhaft und unintellektuell, skeptisch gegenüber Professionalisten und Experten, mißtrauisch gegenüber Politikern und staatlichen Aktivitäten, mehr besorgt um Charakter als um Umstände, bevorzugen sie individuelle Fallgeschichten und nicht tiefere soziale, ökonomische und kulturelle Kräfte. Und im Tausch für Patronanz, moralische Unterstützung, öffentliche Auftritte und begrenzte Spenden haben sogar die am wenigsten bewunderten Mitglieder der königlichen Familie bei Tausenden von Leuten jeder sozialen Gruppe, die sich selbst in wohltätigen Organisationen engagieren Anerkennung und Unterstützung gefunden. In dieser Hinsicht wurden Wohlfahrtstätigkeiten zu der Ebene auf der sich die königliche Kultur hierarchischer Unterwürfigkeiten mit der öffentlichen Kultur sozialer Aufstiegshoffnungen erfolgreich mischte. Von Guinness zu Geldof sind Außenseiter für ihre „Guten Werke" geehrt und anerkannt worden. Die Tatsache, daß sich freiwillige Organisationen, königliche Anteilnahme und der Ehrenkodex zusammen entwickelt haben, ist mehr als bloßer Zufall.

Die Phrase „Wohlfahrtsmonarchie" kann eigentlich nur zweierlei bedeu-

Claes Oldenburg, Frau im Profil, 1954

ten: entweder königliche Großzügigkeit oder königlicher Vorteil. Seit die Civil List im späten 17. Jahrhundert geschaffen wurde, bezieht die königliche Familie staatliche Fürsorgegelder, die von Steuerzahlern beglichen werden. Das ist vielleicht der Grund, warum die wohltätigen Aktivitäten unter Königin Anne begannen, die die Notwendigkeit für reziproke Maßnahmen erkannt haben mag. Anfang des 19. Jahrhunderts waren die Kinder von George III. hoch verschuldet: Sie erhielten weit mehr Geld vom Staat und von ihrem Vater als sie je selbst verdienten oder ausgaben. John Wade schrieb in „The Black Box", daß die Krone der Hauptnutznießer der nationalen Großzügigkeit war, eine Ansicht, die Prochaska teilt. Während ihrer Regierung erhielt Königin Victoria zahlreiche Erbschaften sowie Güter im Herzogtum Lancaster und schuf sich erheblichen privaten Reichtum von den Ersparnissen der Civil List. Während der ersten drei Dekaden des 20. Jahrhunderts wuchsen nicht nur die Steuereinnahmen, sondern auch die königliche Wohlfahrtsarbeit; es kann nicht überraschen, daß letztere die wesentlich stärkere Aufmerksamkeit erhielt. In der modernen britischen Monarchie gibt es so wie bei den Heiligen Drei Königen enge und wichtige Beziehungen zwischen königlichem Geben und königlichem Nehmen.

Wechselseitige Vorteile

Der Schlüssel zur königlichen Großzügigkeit, das erscheint klar, sind wechselseitige Vorteile und öffentliche Beziehungen. Nur ein kleiner Teil des königlichen Einkommens geht auf für wohltätige Zwecke; und nur ein kleiner Anteil der Wohlfahrtsspenden stammt vom Herrscherhaus. Aber es ist für Wohlfahrtsorganisationen nützlich, königliche Verbindungen zu haben, und es ist unentbehrlich für die Mitglieder des Herrscherhauses, wohltätige Verbindungen zu haben. Betrachten wir das einsame Gegenbeispiel, den Herzog von Windsor. Wenn er nach seiner Abdankung auch nur das geringste Interesse gezeigt hätte, anderen zu helfen, und nicht nur sich selbst und seiner Frau, hätte er sicher eine bessere Presse gehabt. Aber als Prince of Wales und König hat er nie gelernt zu verstehen, daß es wichtig ist, als jemand gesehen zu werden, der nicht nur nimmt, sondern auch gibt, und später war er unfähig neue Tricks zu erlernen. Dazu ein Gegenbeispiel ist Princess Anne: ihre Aktivitäten haben nicht nur zahlreichen Kindern geholfen, sondern sie überstand auch eine Scheidung und heiratete neuerlich, während sie gleichzeitig in der öffentlichen Achtung noch stieg. Das ist ein klassisches Beispiel dafür, daß wohltätige Aktivitäten das Prestige und den Status des Gebenden erhöhen. Wie bei aller philanthropischer Aktivität ist es nicht immer einfach, die sich gegenseitig stützenden Motive der Selbstlosigkeit und des Eigeninteresses zu entwirren, und Prochaska versucht das auch nicht. Alles, was man mit Sicherheit aussagen kann, ist, daß die meisten Mitglieder des Herrscherhauses Schwierigkeiten haben, zwischen Sorge um die Gesellschaft, Sorge um die soziale Ordnung, und Sorge, was man am besten tut um obenauf zu bleiben, zu unterscheiden.

Königliche Motivation ist gewöhnlich unentschlüsselbar – wie auch die Prozesse, in denen sich der Thron wandelt und adaptiert. Man sollte nicht übersehen, daß es wesentliche Momente in der Evolution der Wohlfahrtsmonarchie gab: Die Entscheidungen von George III., Victoria und Albert und George V. nach dem Ersten Weltkrieg. Und dann gab es wesentliche Personen, die nicht Mitglieder des Herrscherhauses waren, die zeitweilig entscheidend mitmischten: so etwa Sir Henry Burdett und der vielseitige Viscount Esher, die König Edward VII. erfolgreich dazu überredeten, seinen Einfluß bei seinen reichen Freunden geltend zu machen. Oftmals aber können die Agenten des Wandels gar nicht festgemacht werden und Prochaska ist gezwungen, von „dem Palast" zu sprechen. Um alles noch komplizierter zu machen, gibt es auch noch die hausinterne Sichtweise, von der Queen Mother zusammengefaßt als: „Während des Krieges tat jeder nur sein Bestes". All dies macht es schwierig zu entscheiden, ob die Evolution der Wohlfahrtskrone sorgfältig geplant war, oder Stück für Stück sich einfach entwickelte, vielleicht beides gemeinsam. Prochaska ist sich da nicht sicher und versteckt sich hinter einem Ausspruch von Oliver Cromwell: „Ein Mensch erhebt sich niemals so hoch, als wenn er nicht weiß wohin er geht." Dies ist kaum nützlich für den Leser.

Nichtsdestotrotz lohnt es sich zu wiederholen, daß das Buch uns mehr über die Mechanismen der modernen britischen Monarchie erklärt als irgend ein früheres Buch. Wie Prochaska korrekt feststellt: Wer sich seriös mit den Kosten, Nutzen und der Zukunft der britischen Krone (hier ist die Anwort ja eher negativ) auseinandersetzen will, der sollte sich zuerst informieren, wie sie wirklich funktioniert. Aber ungeachtet Prochaskas exzellenter Darstellungsweise und richtungsweisender Studie bleiben die innere Dynamik und die wesentlichen Mechanismen dieser zähen und adaptionsfähigen Institution weiterhin obskur. Ihre Magie hat in den letzten Jahren etwas nachgelassen, aber – Friede sei mit Walter Bagehot – das neue Licht ist trüb, schwach, sporadisch, unseriös, schlecht informiert und total inadäquat. Die britische Monarchie verdient es vielleicht nicht besser, aber die britische Bevölkerung schon. Zumindest sollte sie es. ■

Ökonomie und Politik

Stephan GANGLBAUER

Dem Augenschein nach spricht alles für die Behauptung, die Frage nach dem Primat sei dahingehend entschieden, daß die Politik am Ende „dieses kurzen zwanzigsten Jahrhunderts" in völlige Abhängigkeit von der Ökonomie geraten sei.

Die zwei großen Themen der Innenpolitik sind (nicht nur hierzulande) ökonomischer Natur: Die Debatte um die Eindämmung der steigenden Budgetdefizite verweist auf andere Zusammenhänge mit dem Sozialökonomischen als jene um den „Wirtschaftsstandort Österreich", das heißt um die Konkurrenzfähigkeit österreichischer Unternehmen und die Attraktivität für (re-)produktive Investitionen im internationalen Vergleich. Das eine wie das andere geht in einer wichtigen Hinsicht in dieselbe Richtung: Bezieher sowohl von Lohneinkommen wie von sozialpolitischen Transferzahlungen müßten ihre Ansprüche einschränken, ansonsten würden Arbeitsplätze gefährdet bzw. das gesamte System der sozialen Sicherungen würde bald unfinanzierbar.

Im Konflikt zwischen „ökonomischem Kalkül" und gerade daraus resultierenden Gefährdungen der erreichten Wohlstandsniveaus, womöglich sogar der natürlichen Reproduktionsvoraussetzungen, wirken die politischen Akteure aller Richtungen (und wiederum keineswegs nur in Österreich) wenig überzeugend, im Grunde ratlos. Der Eindruck von Hilflosigkeit, den die Politik erzeugt, hat seinen Grund darin, daß (in den USA und in Schweden in den dreißiger Jahren, nach 1945 in allen OECD-Ländern) vom Staat eine Vielzahl weitreichender sozialökonomischer Regulierungsfunktionen übernommen worden sind, die nun nicht mehr erfüllbar scheinen. Die (im analytischen Sinn gemeint:) reaktionäre Antwort in Gestalt der „marktradikalen" Konzepte ist gescheitert. Selbst der „Thatcherismus" verfehlte bei weitem den proklamierten weitreichenden Rückzug des Staates. Ergebnis war vielmehr die nachhaltige Desavouierung der neokonservativen Dogmatik durch ihre versuchte Umsetzung in die Praxis. Ein nachhaltiges Ergebnis allerdings war die Schwächung der Gewerkschaften.

Der Verlust an Vertrauen in die Politik könnte erklärt werden als Reaktion auf die nun enttäuschten Hoffnungen, die eine Politik genährt hat, welche den wirtschaftlichen Aufschwung und die daraus ermöglichte Wohlstandsmehrung (für die allermeisten der wenigen Bewohner der reichen Länder) für sich reklamiert hat. Den Ansprüchen an eine sich im wesentlich als (in dieser Reihenfolge) Wirtschafts- und Sozialpolitik darstellende Politik vermag sie umso weniger zu genügen, als der äußere Feind (namentlich sein höchster Repräsentant Gorbatschow) zuerst freundliche Aufnahme fand, um bald darauf sang- und klanglos zu verschwinden. Nun sieht sich die Politik für die Gebrechen der Ökonomie verantwortlich gemacht, scheint sie doch – vor allem in Gestalt der Regierung – der einzig sichtbare Adressat zu sein.

Kritik und Krise

Die klassische Nationalökonomie, in ihrer Selbstbezeichnung „Moralphilosophie", war einst als *politische Ökonomie* bekannt, und deren profunde *Kritik* hat nicht lange auf sich warten lassen. Es lohnt, einige Gedanken darauf zu verwenden, was gesagt ist, wenn von Kritik der politischen Ökonomie geredet wird. Das Substantiv bezeichnet eine bestimmte Betätigung des Denkvermögens, und zwar gerade nicht im landläufigen Sinn von „etwas schlecht machen". Als Kritik erweist sich vielmehr ein Denken, das einen kritischen Zustand, eine Krise, nicht nur negativ bewertend festzustellen, sondern zu diagnostizieren vermag. Der Wortbedeutung ist Kritik an Krise gebunden. Das Wort wurde aus der Medizin übertragen auf die Gebiete des menschlichen Zusammenlebens, es bezeichnet dort die entscheidende Wendung im Krankheitsverlauf entweder zur Genesung oder zum Tod. Die Verwendung medizinischer und biologischer Ausdrücke für die Benennung gesellschaftspolitischer Sachverhalte ist immer problematisch. Umso wichtiger ist die Erinnerung an die Herkunft, denn sie kann vor unbedachtem Gebrauch bewahren. Die inflationäre Rede von Kritik und Krise entwertet nicht nur, sie zerstört den Sinn des Wortes, und sie zeigt einen gefährlichen Zustand an – eine „geistesgeschichtliche Lage" nämlich, die gekennzeichnet ist vom drohenden Verlust des Unterscheidungsvermögens, mithin der Urteilsfähigkeit. Krise ist nichts, worüber bequem schimpfen oder gut jammern ist; und das elaborierte Geraunze ist nicht Kritik.

Ökonomie: Rationalisierung

Ein erstes, noch ganz allgemeines Ergebnis einer aktuellen Kritik der politischen Ökonomie kann festgehalten werden: Das ist die Frage nach eindeutigen Unterscheidungen im bis zur Unkenntlichkeit ineinander verworrenen politisch-ökonomischen Komplex. Im Wege grammatikalischer Analyse ist nicht zu entscheiden, ob das Schwergewicht der Wortbedeutung beim Substantiv oder beim Attribut liegt, denn die moderne kapitalistische Ökonomie ist als endloser Akkumulations- und Verwertungsprozeß nicht nur selbst ohne Substanz, sondern sie löst alles auf, was Substanz beansprucht. Im zukunftsfrohen Kommunistischen Manifest finden sich dazu treffliche Sätze: „Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich (!) gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen" (MEW 4, 465). Die Bourgeoisie, der hohes Lob für ihre höchst revolutionäre Rolle in der Geschichte gespendet wird, sie habe kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung". „Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die *eine* gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt." Wovon hier die Rede ist, da-

mit hat bald hundert Jahre später Bert Brecht Erfahrungen machen müssen, die seine künstlerische Schaffenskraft gelähmt haben. Was und wie kann schreibend sichtbar gemacht werden, war seine verzweifelte Frage, da er sah: „Hier kommt der Tauschwert nackt einher". Hier – das war im kalifornischen Exil, genauer: in Hollywood. Die Begegnung mit dem nackten Tauschwert ausgerechnet in der „Traumfabrik", die benahm dem Dichter die Sprache.

Zwischen der Abfassung des Manifests und Brechts Eintragung verfaßte Max Weber seine Schrift „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus" (1904/05), sein erstes Schlüsselwerk über die *entzauberte Welt*. Die Rede von der Entzauberung geht über Marx hinaus, da sie die Ambivalenz im Zugewinn an Nüchternheit der Weltbetrachtung in Rechnung stellt. Weber spricht vom mächtigen Kosmos der modernen Wirtschaftsordnung, „der heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren werden – *nicht* nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen –, mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist" (RS I, 203). Aus diesem Triebwerk, dem „stahlharten Gehäuse der Hörigkeit", sei nun der „Geist der christlichen, namentlich puritanischen, Askese" entwichen, aus dem „die rationale Lebensführung auf Grundlage der Berufsidee" erwachsen sei. Die rosige Stimmung der Aufklärung scheine endgültig im Verbleichen und als ein Gespenst ehemals religiöser Glaubensinhalte gehe der Gedanke der Berufspflicht um.

Weber ist viel zitiert und kaum gelesen worden. Anders läßt sich nicht erklären, daß er als Apologet der Modernisierung hingestellt wird. Wem außer einem Ignoranten kann einer als Apologet der Entzauberung der Welt durch die Rationalisierung der Lebensführung gelten, der mit wenigen, doch genauen Beobachtungen in den USA die Auflösung des gesamten geistigen Erbes der Menschheit in den reinen Utilitarismus feststellte? Zum Anpassungsideologen wird da einer verfälscht, der befand: „Niemand weiß noch, wer in jenem Gehäuse wohnen wird und ob am Ende dieser ungeheuren Entwicklung ganz neue Propheten oder eine mächtige Wiedergeburt alter Gedanken und Ideale stehen wird, *oder* aber – wenn keins von beiden, mechanisierte Versteinerung, mit einer Art von krampfhaftem Sich-wichtig-nehmen verbrämt." Würde sich dieses erfüllen, dann, so befürchtete er, könnte Nietzsches finstere Vision der „letzten Menschen" Wirklichkeit werden: „Fachmenschentum ohne Geist, Genußmenschen ohne Herz: dies Nichts bildet sich ein, eine vorher nie erreichte Stufe des Menschentums erstiegen zu haben" (ebenda, 204).

Die Dummheit von Antimarxisten wie Marxisten, Weber als den Anti-Marx hinzustellen, wird nur noch übertroffen von der Gedankenlosigkeit der postmodernen Neoromantiker, denen das Werk des einen wie des anderen als Steinbruch dient, aus dem sich beliebig der eine oder andere Brocken nehmen läßt als bloßes Material für das eitle Spiel ästhetisierender Selbstinszenierung. Worin Weber sich wirklich gegen Marx gewandt hat, das ist, daß sein Werk in optimistische Geschichtsphilosophie gekleidet ist. Weber stellt sicherlich einen Fall des „tragischen Bewußtseins" der Deutschen vor, sicher aber nicht in der üblichen Version „deutsches Trauerspiel"[1]. In einer „Rede zur allgemeinen Orientierung von österreichischen Offizieren" über das Thema „Der Sozialismus"[2] nannte Weber das Kommunistische Manifest „eine wissenschaftliche Leistung ersten Ranges", „ein prophetisches Dokument". „Es ist selbst in den Thesen, die wir heute ablehnen, ein geistvoller Irrtum, der (...) aber für die Wissenschaft sehr befruchtende Folgen gebracht hat, befruchtendere Folgen als oft eine geistlose Korrektheit" (Soz, 505). Von Weber abgelehnt wurden zuvorderst die in die Verstaatlichung der Produktion gesetzten Hoffnungen, zumal da die Kriegswirtschaft Anschauungsunterricht darüber gegeben hatte. Eine solche Durchstaatlichung in Friedenszeiten würde, gab Weber zu bedenken, nämlich nicht etwa die Beherrschung der Industrie durch den Staat, sondern die Beherrschung des Staates durch die Industrie bedeuten – „und zwar in einer sehr unangenehmen Art" (...) „die Arbeiter würden sehr bald die Erfahrung machen: Das Schicksal des Arbeiters, der in einem Bergwerk arbeitet, ändert sich in gar keiner Weise, ob nun dieses Bergwerk ein privates oder ein staatliches ist. In den Saarkohlegruben ist der Lebensgang eines Arbeiters ganz derselbe wie in einer privaten Zeche; wenn die Zeche schlecht geleitet ist, also sich schlecht rentiert, dann geht es auch den Leuten schlecht. Aber der Unterschied ist, daß gegen den Staat kein Streik möglich ist, also die Abhängigkeit des Arbeiters ganz wesentlich gesteigert ist" (ebenda, 503). Verstaatlichung der Industrie bedeute die Vollendung des stahlharten Gehäuses der Hörigkeit, in dem das Leben vollends den ökonomisch-technischen Sachzwängen des Funktionierens unterworfen wäre, allein schon deshalb, weil die verschiedene Zwecke verfolgenden bürokratischen Apparate der privaten Unternehmen zusammengespannt würden mit der staatlichen Verwaltung zu einer Superbürokratie, welche, so wäre belehrt durch den „Realsozialismus" zu ergänzen, „Freiräume" allenfalls noch offenließe durch ihre Funktionsdefekte, die zu beheben versucht werden würde auf dem Wege immer weiter vorangetriebener Bürokratisierung, bis schließlich alle Initiative erstickt ist.

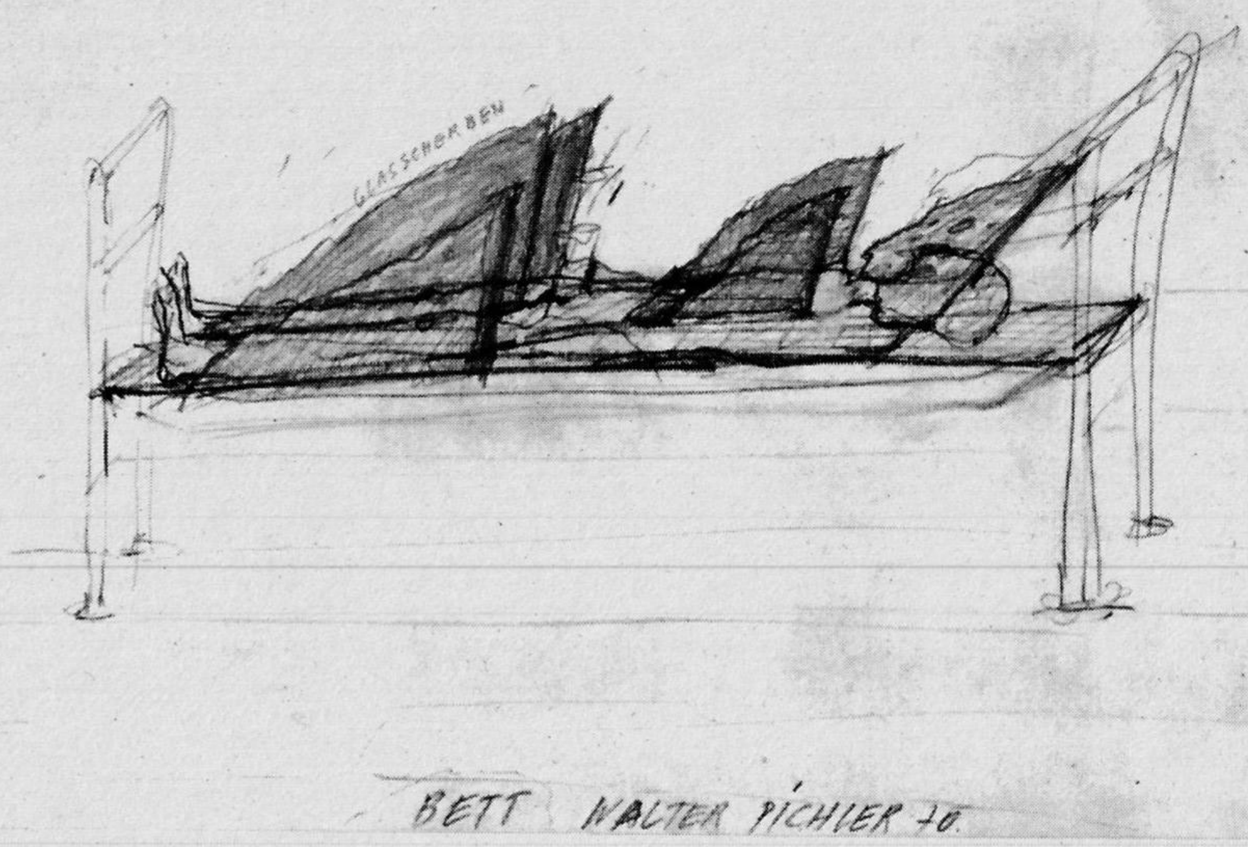
Daß das Leben wie ein Naturereignis dahingleiten würde in einer Art „Brave New World", davor graute Weber. Mit äußerster Anspannung seiner Kräfte bis zu ihrer völligen Erschöpfung suchte er die geschichtlich gewordene Wirklichkeit der entzauberten Welt zu verstehen, und zwar als Bedingung selbstbestimmter, das hieß für ihn: verantwortlicher Lebensführung, und das womöglich in der Position mit den größten Chancen zur Beherrschung des Rationalisierungsprozesses – in der des politischen Führers[3].

Über das Politische

Es führte gar zu weit vom Thema ab, das von Max Weber konzentriert im berühmten Vortrag „Politik als Beruf" gegebene Anforderungsprofil zu diskutieren. Es muß hier genügen, die nach Weber absolute Disqualifikation für den Beruf zur Politik zu benennen: Weigerung oder Unfähigkeit, die Verantwortung für die Folgen des politischen Handelns zu übernehmen. Webers Forderung kann in eine Frage verwandelt werden, die allerdings von höchster Bedeutung für die Antwort darauf ist, wofür politische Verantwortung übernommen werden kann: Was vermag eine Politik, die wesentlich immer noch nationalstaatlich begrenzt ist, gegenüber den globalisierten ökonomischen Prozessen?

Noch einem Max Weber galt so wie einem Karl Marx[4] fraglos der Staat als der zentrale Ort des Politischen, und zwar so sehr, daß Staat identifiziert werden konnte mit Politik. Daß eben diese Identifikation höchst zweifelhaft geworden war, damit setzen Carl Schmitts Ausführungen zum „Begriff des Politischen" ein. „Die europäische

Menschheit lebte bis vor kurzem in einer Epoche, deren juristische Begriffe ganz vom Staate her geprägt waren und den Staat als Modell der politischen Einheit voraussetzten. Die Epoche der Staatlichkeit geht jetzt zu Ende", erläutert der Staatsrechtler in seinem Vorwort von 1963 den Hintergrund seiner Schrift von 1932, deren



Walter Pichler, Bett, 1970

erste zwei Sätze lauten: „Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus. Staat ist nach dem heutigen Sprachgebrauch der politische Status eines in territorialer Geschlossenheit organisierten Volkes."[5] Die allgemeinen Begriffsbestimmungen des Politischen, die nichts weiter als Rückverweisungen an den „Staat" enthielten, seien, so führt Schmitt aus, verständlich und insofern auch wissenschaftlich berechtigt, solange der Staat wirklich eine klare, eindeutig bestimmte Größe ist und den nicht-staatlichen, eben deshalb „unpolitischen" Gruppen und Angelegenheiten gegenübersteht, solange der Staat das Monopol des Politischen habe. „Dagegen", so sein einsichtiger Befund, „wird die Gleichung Staatlich = Politisch in demselben Maße unrichtig und irreführend, in welchem Staat und Gesellschaft sich gegenseitig durchdringen (...)" (BdP, 24). Hier ist seine Kritik des Parlamentarismus von 1923 weitergetrieben, die er konzentriert hatte auf die Aufhebung jeder Verantwortlichkeit, sodaß das ganze parlamentarische System in Wahrheit schließlich nur eine schlechte Fassade vor der Herrschaft der Parteien und wirtschaftlichen Interessenten sei. (Vgl.: Geistesgeschichtliche Lage, 28f.)

Bevor er seine Begriffsbestimmung gibt, zitiert er zustimmend Passagen aus Jacob Burckhardts Weltgeschichtlichen Betrachtungen über den inneren Widerspruch von Demokratie und liberalem Verfassungsstaat, deren aktuelle Relevanz leicht zu ersehen ist. Die Demokratie sei einzig darin konsequent, heißt es bei Burckhardt, insofern ihr die Macht des Staates über den einzelnen nie groß genug sein könne, „so daß sie die *Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft verwischt*, dem Staat alles das zumutet, was die Gesellschaft voraussichtlich nicht tun wird, aber *alles* beständig *diskutabel* und *beweglich* erhalten will und zuletzt einzelnen Kasten ein spezielles Recht auf Arbeit und Subsistenz vindiziert". Hierin spricht sich die Angst des Bildungsbürgertums des 19. Jahrhunderts vor der Herrschaft der ungebildeten und vermögenslosen Massen aus: Der Staat „soll alles mögliche *können*, aber nichts mehr *dürfen* (...) So wird die Staatsform immer diskutabler und der Machtumfang immer größer." Für Schmitt dient Burckhardt als Beleg für eine lang schon vorgängige Kritik dessen, was er den *totalen Staat aus Schwäche* nennt. Dazu käme es, indem sich *indirekte* und nicht zur Verantwortung zu ziehende *Mächte* (idealtypisch wären das, österreichisch gesprochen, die Sozialpartner) des Staates bemächtigten, um Vorteile für die jeweilige Interessentengruppe mittels staatlicher Machtmittel herauszuschlagen und durchzusetzen, dies allerdings um den nicht bedachten Preis der Durchstaatlichung, das heißt staatlichen Regulierung, des gesellschaftlichen Lebens.

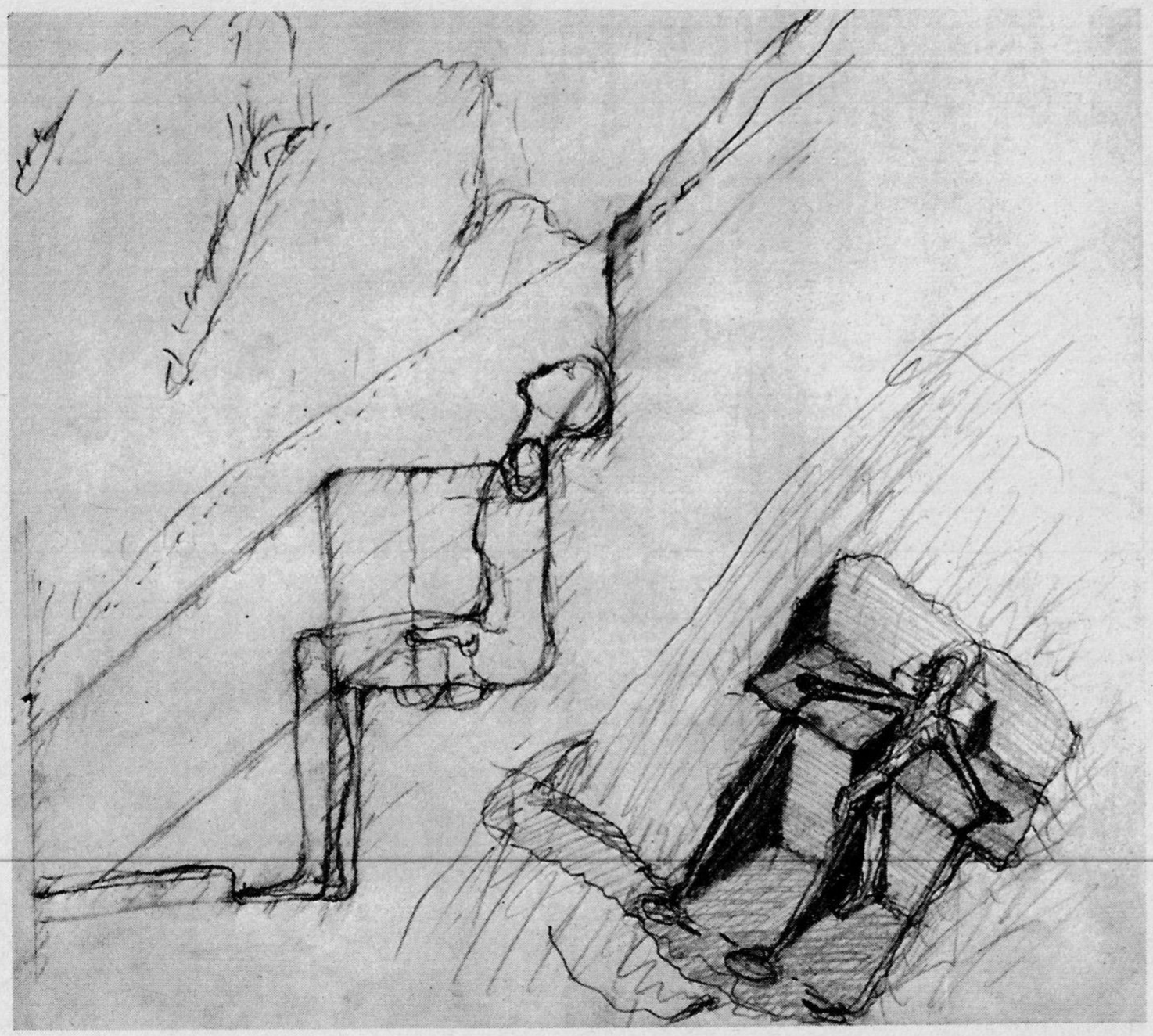
Freund-Feind

Was sind nun nach Schmitt die spezifisch politischen Kategorien, die nicht wieder zirkulär auf den Staat zurückverweisen? „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind (...) Die Unterscheidung von Freund und Feind hat den Sinn, den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung, einer Assoziation oder Dissoziation zu bezeichnen (...) zum Begriff des Feindes gehört die im Bereich des Realen liegende Eventualität eines Kampfes (...) Die Begriffe Freund, Feind und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch, daß sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten. Der Krieg folgt aus der Feindschaft, denn diese ist seinsmäßige Negierung eines anderen Seins (...) Der Krieg braucht weder etwas Frommes, noch etwas moralisch Gutes, noch etwas Rentables zu sein (...) Diese einfache Erkenntnis wird meistens dadurch verwirrt, daß religiöse, moralische und andere Gegensätze sich zu politischen Gegensätzen steigern und die entscheidende Kampfgruppierung nach Freund und Feind herbeiführen können. Kommt es aber zu dieser Kampfgruppierung, so ist der maßgebende Gegensatz nicht mehr rein religiös, moralisch oder ökonomisch, sondern politisch (...) Nichts kann dieser Konsequenz des Politischen entgehen. Würde die pazifistische Gegnerschaft gegen den Krieg so stark, daß sie die Pazifisten gegen die Nicht-Pazifisten in den Krieg treiben könnte, in einen „Krieg gegen den Krieg", so wäre damit bewiesen, daß sie wirklich politische Kraft hat, weil sie stark genug ist, die Menschen nach Freund und Feind zu gruppieren. Ist der Wille, den Krieg zu verhindern, so stark, daß er den Krieg selbst nicht mehr scheut, so ist er selbst ein politisches Motiv geworden, das heißt er bejaht (...) den Krieg und sogar den Sinn des Krieges. Gegenwärtig scheint das eine besonders aussichtsreiche Art der Rechtfertigung von Kriegen zu sein. Der Krieg spielt sich dann in der Form des jeweils „endgültig letzten Krieges der Menschheit" ab. Solche Kriege sind notwendigerweise besonders intensive und unmenschliche Kriege, weil sie, *über das Politische hinausgehend*, den Feind gleichzeitig in moralischen und anderen Kategorien

herabsetzen und zum unmenschlichen Scheusal machen müssen, das nicht nur abgewehrt, sondern definitiv *vernichtet* werden muß, *also nicht mehr nur ein in seine Grenzen zurückzuweisender Feind ist*" (26-37).

Die lange Passage braucht nicht kommentiert zu werden, der Autor spricht hinreichend deutlich. Betont sei nur der Gedanke von höchster Relevanz, daß jeder Gegensatz, ist erst einmal die Trennung von Staat und Gesellschaft durchbrochen, „politisiert" werden und den äußersten Intensitätsgrad einer Vereinigung gerade durch Ausschluß des, so Schmitt: „seinsmäßig, existentiell" Anderen, des Fremden als dem Feind erreichen könne. Außer Frage steht, daß Schmitt selbst der Bestimmung des Feindes in absoluter Willkür Vorschub geleistet, sich daran mit rabiat antisemitischen Ausfällen aktiv beteiligt hat. Er selbst zählte sich zweifellos zu jenen politischen Denkern, von denen er meinte, sie bekundeten oft eine Art Realismus, die geeignet sei, sekuritätsbedürftige Menschen zu erschrecken: „Man darf (...) doch wohl sagen, daß die Menschen im allgemeinen, wenigstens solange es ihnen erträglich gut geht, die Illusion einer ungefährdeten Ruhe lieben und „Schwarzseher" nicht dulden" (65). Nun, da bei vielen Menschen auch in den reichsten Ländern Unsicherheit entsteht, ob es ihnen hinkünftig erträglich gut gehen wird, in diesem Sachverhalt liegt bereits die Erklärung dafür, warum vor zehn Jahren eine ausgesprochene Schmitt-Renaissance eingesetzt hat. Die schärfste Kritik seines Werks kann nicht außer Frage stellen, daß seine Erkenntnisse über den Begriff des Politischen bedeutend und weitreichend sind: Sie zielen auf und sie treffen jene selbstermächtigten Humanisten, die sich von ihrer moralischen Empörung bis hin zur Agitation für Vernichtungsschläge gegen „Menschheitsfeinde" treiben lassen; sie treffen jene vor allem in Aufsteigerkreisen und in den Milieus der Erfolgreichen verbreitete liberalistische Ticket-Mentalität – Horkheimer/ Adorno sowie Löwenthal zufolge Ausdruck der Resignation vor der Bedeutsamkeit individuellen Handelns und persönlicher Verantwortung –, die unbeabsichtigte Wirkungen zeitigen könnte: Unterlegenheitsgefühle, Erfahrung von und Angst vor Versagen, Neid können jene (Krypto-)Fremdenfeindlichkeit befördern, die sich unterdrückt wähnt von und aufbegehren möchte gegen die (nicht in jedem Fall vermeintliche) Hypokrisie. Hypokrisie, das ist die kritisch sich dünkende Selbstüberhebung, die gar nicht bemerkt, wie konformistisch die von „den guten Menschen" inszenierten „Triumphe des guten Willens" sind. Es sei nur erinnert an den Welterfolg von „Schindlers Liste", zu dem beigetragen zu haben, zu den „guten Taten" rechnet, die mit Zulassung zu den Kreisen der „guten Menschen" belohnt wird. Dem Fortkommen nicht förderlich hingegen ist es, Spielbergs Film schamlos zu nennen. Dafür könnte man nämlich halten, wenn einer zum Zweck der Verwertung seines wie ein Markenartikel für Erfolg stehenden Namens sich nicht scheut, die Massenfabrikation von Leichen zu verwerten als bestens geeignetes Material für die Anwendung des simpelsten, in der „Holocaust"-Serie bereits erprobten Erfolgsrezeptes: ein rührseliges Identifikationsfikationsangebot für die Zuschauer mit den armen, doch am Ende glücklich geretteten *Schindlerjuden* vor dem Hintergrund des nicht einmal nebulös sichtbar werdenden millionenfachen Mordes. Es ist wahr, was Detlev Claussen bemerkt hat: *Auschwitz* ist hinter dem *Holocaust* völlig verschwunden. Das kulturindustriell fabrizierte Wort heuchelt die erinnernde Konfrontation mit der vollendeten Sinnlosigkeit und verhängt damit die Ahnung der Bedrohung, die von Auschwitz, dem wirklichen Ort des gigantischen Verbrechens, ausgeht: daß wirklich alles möglich geworden ist, daß es Schlimmeres zu fürchten gibt als den Tod, daß der einzelne nichts wert ist, daß nichts und niemand ihm zu Hilfe kommt.[6]

Auschwitz, Inbegriff der Selbstzweck gewordenen totalen Vernichtungsherrschaft, ist durch nichts zu relativieren. Auschwitz ist auch Mahnung und Warnung vor dem Sprung aus der mechanisierten Welt der Sachzwänge in das Reich der reinen Willkür. Dahin führt in praktischer Konsequenz das politische Denken Schmitts. Und doch ist es dumm, aus politischer Gegnerschaft oder aus Ressentiment den Gewinn an Klarheit auszuschlagen, den der angestrengte Nachvollzug der Gedanken des „Kronjuristen des Dritten Reiches" verspricht. Klarheit etwa über das unauflösbare Dilemma konservativer Politik. Es besteht darin, daß sie es für erforderlich hält, zur „Bewahrung von Werten" einen ständigen, ja beschleunigten Strukturwandel zu fördern. „Strukturkonservativismus" verhindere „Wertekonservativismus", hieß es etwa vor der EU-Volksabstimmung. Mag der Anspruch, Bewahrenswertes bewahren zu wollen, als Ideologie oder gar als bewußter Täuschungsversuch über die wahren Absichten



Walter Pichler, Stuhl für einen Selbstmörder, 1970

„entlarvt" werden. Das ändert nichts am wirklichen Problem: Wie kann die, sei sie christlich oder humanistisch begründet, „Würde des Menschen" als unzerstörbar behauptet werden im endlosen Prozeß-Progreß der Verwertungen, Wert-Setzungen, Auf- und Abwertungen, Entwertungen, Wertloserklärungen, sogar Unwert-Erklärungen? Bei Schmitt heißt es dazu: „Der in diesem Prozeß sich selbst produzierende Neue Mensch ist (...) das nicht-vorstrukturierte Jeweils-Produkt des von ihm, das heißt von sich selbst in Funktion gesetzten und in Funktion gehaltenen Prozeß-Progresses" (PTh II, 125). Seine erbitterte Feindschaft gegen den Liberalismus gründet darin, daß dieser als parlamentarischer Gesetzgebungsstaat die Entpolitisierung des Staates betreibe, ihn damit den gesellschaftlichen Kräften ausliefere, die jenen wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Prozeß-Progreß immer weiter trieben. Das liberale Pathos schwanke zwischen ökonomisch-technischem Rationalismus und humanistischem Ethos – an dem einen Ende die höchste technische Sachlichkeit des störungsfreien reibungslosen Funktionierens, am anderen Ende das hohe Vernunftideal der reinen Menschlichkeit. Die dem Parlamentarismus eigentümliche Würde liege in der öffentlichen freien Diskussion zur Feststellung der Wahrheit. Gehe diese Würde verloren, verwandle sich die normativistische Legalität eines parlamentaristischen Gesetzgebungsstaates in den leeren Funktionalismus jeweiliger Mehrheitsbeschlüsse, so könne sie sich mit dem unpersönlichen Funktionalismus eines bürokratischen Reglementierungsbedürfnisses verbünden: „In diesem, der Idee nach seltsamen, aber nach aller praktischen Erfahrung trotzdem naheliegenden *Bündnis von Legalität und technischem Funktionalismus* bleibt die Bürokratie auf die Dauer der überlegene Partner und verwandelt das *Gesetz* (...) in die *Maßnahme* des bürokratischen Verwaltungsstaates" (LuL, 19). Das Gesetz unterscheidet sich von Maßnahme, Verordnung, Befehl durch seine allgemeine und dauernde, nicht an eine Situation gebundene Geltung. Allein die große, nicht mehr überschaubare Zahl von mehr als 5000 Bundesgesetzen, die in jedem der vergangenen Jahre beschlossen worden ist, zeigt an, wie stark die Gesetzgebung von den Verwaltungsbedürfnissen bestimmt wird. Das zugrundeliegende Bedürfnis nach Rechtssicherheit wird auf diese Weise so nachhaltig enttäuscht, daß daraus allzu leicht das Bedürfnis nach raschem und entschlossenem Handeln erwachsen kann, dem dann allerdings besser genügen würde: der „motorisierte Gesetzgeber" einer Notstandsregierung, der ungehemmt von formellen Verfahrensvorschriften mit Erlässen regiert. Aus all den selbstentschuldenden Verweisen der Naziverbrecher auf „Befehlsnotstand", ihren Reden vom „Rädchen im Getriebe", ist zu ersehen, daß sich die bürokratische Herrschaft des Niemand so gut wie widerstandslos eingefügt hat in die Herrschaft des „Führers".

Arten und Grade der Feindschaft

Unverständlich bleibt Schmitt, wird nicht dazugesagt, daß er seinen Begriff des Politischen im Horizont von Großmachtpolitik entfaltet, und daß er sich in der Tradition politischen Denkens weiß, deren Zentralbegriff nicht *Macht* heißt, sondern *Herrschaft*, deren ultima ratio der Einsatz des, so Weber: Verwaltungsmittels der *Gewaltsamkeit*.

Das völlig selbstverständlich Scheinende benannt zu haben, ist Hannah Arendts Verdienst, das sie sich erworben hat als eine der bemerkenswertesten Theoretikerinnen des Politischen, die zu werden sie angefangen hat, als sie bemerkte, daß die Naziherrschaft mit den traditionellen Begriffen politischen Denkens wie Tyrannei, Diktatur, Despotie, nicht zu verstehen ist. Die totale, alle Grenzen sprengen wollende, in Vernichtung sich erfüllende Herrschaft sei das Ergebnis der Zerstörung des Politischen mit politischen Mitteln. Die Verfälschung politischer Probleme zu Fragen von „Weltanschauungen"[7] sei die Voraussetzung dafür gewesen, daß in dem einen generalisierten und universalisierten „Feind" die Quelle allen Übels vorgestellt werden konnte. Als die Herrschaft erreicht war, wurden die Herrschaftsmittel dazu eingesetzt, die propagandistische Lüge Wirklichkeit werden zu lassen: Entrechtet, enteignet, getreten und in überfüllte, schmutzige Ghettos gepfercht wurden die verarmten und verlassenen Juden in Zustände gebracht, die Ekel erregen und kein Mitleid.

Arendt unterschied strikt „ideologische Feindschaft" von „echter politischer Feindschaft". In ihren Stellungnahmen zu den Konflikten in Palästina beharrte sie nachdrücklich auf der „richtigen Unterscheidung von Freund und Feind", die für den Staat Israel eine Frage auf Leben und Tod würde. „Weder die Araber noch die Briten sind Feinde, gegen welche sich die Haltung des Alles oder Nichts rechtfertigen ließe", stellte sie in einem Leserbrief im Oktober 1948 klar: Eine solche Haltung sei angebracht gegenüber einem Feind wie Nazideutschland. Der Unterschied zu Schmitts Fassung wird offensichtlich, wenn sie mit Bezug auf konkrete Konstellationen die Frage nach dem „Freund" politisch stellt als die „staatsmännische" Aufgabe, mögliche Bündnisse zu erkennen und zu schließen, um den Frieden zu erhalten und zu sichern. Anders als die realpolitische Aufgabe der richtigen Bestimmung von Freund und Feind stellt sich dieselbe für die Theorie der Politik. Dabei ist Schmitts Begriff des Politischen zu kritisieren als Politik zerstörende, im Grunde genommen unpolitische Apodiktik, hinter deren nach Festellung sich anhörender Formulierung der Appell zur Formierung des äußersten Intensitätsgrades der Vereinigung durch Ausschluß des „existentiell Anderen" (das ist, was Hobsbawm „Identitätspolitik" nennt) unüberhörbar durchklingt. Schmitts Bestimmung des Politischen als der Fähigkeit zur Freund-Feind-Unterscheidung, orientiert hin auf den Ernstfall des Kampfes auf Leben und Tod, muß gelesen werden als Aufforderung zur politischen Verwertung von sozialökonomisch begründeten Interessensgegensätzen. Hinter seiner Bestimmung verschwinden die verschiedenen in der Politik wirklich möglichen Grade von „Freundschaft und Feindschaft", deren Idealtypik zu erstellen eine unbewältigte Aufgabe entfalteter Kritik des Politischen ist. In erster Näherung könnte eine Art Skala erstellt werden, deren unterstes Ende der „absolute Feind" sein müßte, dessen Bestimmungen aus dem Realtypus des Nationalsozialismus gewonnen werden müßten, da dieser die ganze Welt mit Zerstörung zu überziehen drohte. Am anderen Ende müßte der durch viele wichtige Kooperations- und Bündnisverträge verbundene „Freund" stehen, in dessen Zuverlässigkeit sich hat Vertrauen bilden können, da er die Verträge über einen längeren Zeitraum eingehalten und feindseliger Aktivitäten sich enthalten hat. Die schwierige Frage wäre dann die Abgrenzung gegenüber dem (vertrauenswürdigen, weil die „Spielregeln" einhaltenden,) *Konkurrenten*.

Mit Schmitt konstatiert Arendt, daß die Trennung von Staat und Gesellschaft verwischt, durchbrochen ist. Präziser als er gibt sie an, wann dies zuerst geschehen ist: Als nämlich das nationale Prinzip nur noch als provin-

zielle Beschränktheit erscheinen konnte, da Handel und Wirtschaft bereits alle Nationen in Weltpolitik verwickelt hatten. „Der imperialistischen Expansion war eine merkwürdige Art wirtschaftlicher Krise vorausgegangen, die in der Überproduktion von Kapital bestanden hatte, das, da es produktiv innerhalb der nationalen Grenzen nicht zu investieren war, einfach überflüssiges Geld darstellte. Dieses Geld mußte exportiert werden, und so kam es, daß zum ersten Mal die politischen Machtmittel des Staates den Weg gingen, der ihnen vom exportierten Geld vorgewiesen war, anstatt daß umgekehrt Gewalt und Eroberung den Weg freilegten, auf dem finanzielle Investierungen folgten (...) Der Wahn der Bourgeoisie, daß Geld Geld zeugen kann, (...) war ein abscheulicher Traum geblieben, solange man dies Geld immerhin (...) in Industrieunternehmungen anlegen mußte (...) Erst wo das Produktionsgesetz außer Kraft gesetzt war, konnte der Wunschtraum der Bourgeoisie, Geld möge von sich aus Geld erzeugen, in Erfüllung gehen, jedenfalls konnte es den auswärtigen Aktienbesitzern so scheinen; und dies Wunder der Akkumulation ereignete sich nur, weil in (den eroberten) Ländern die schiere Gewalt ohne Rücksicht auf irgendein Gesetz sich die Reichtümer aneignen konnte (...) Durch eine unbegrenzte Akkumulation von Macht, das heißt von Gewalt, die kein Gesetz begrenzte, konnte eine unbegrenzte oder jedenfalls erst einmal unbegrenzt scheinende Akkumulation von Kapital vonstatten gehen“ (Elemente, 234 u. 238). Auf diesem Weg der imperialistischen Expansion habe das bornierte Privatinteresse den Staat in seine Dienste genommen und alle gesetzlichen Sicherungen und Begrenzungen der politischen Macht untergraben. Der maßgebliche Agent dieses Prozesses war der neue ökonomische Typus des Finanziers bzw. Finanzkapitalisten: „Er gewinnt seine Profite (...) allein durch die Vermittlung (...) Er vermittelte den Auszug des Kapitals aus Europa und trennte damit die Interessen der Reichen von denen der Nation (...) Er verstärkte das Element der Spekulation im Börsengeschäft außerordentlich, weil die realen Hintergründe von Kursdifferenz, vom Steigen und Fallen von Papieren, die Werte in den entferntesten Ländern der Erde repräsentierten, überhaupt nicht mehr zu kontrollieren waren. Dies eröffnete dem Schwindel ein Feld praktisch unbegrenzter Möglichkeiten (...) Da der Schwindel so wenig wie das ehrliche Geschäft mit Werten aus aller Länder Herren nicht ohne eine Scheininformation der öffentlichen Meinung gedeihen kann, wurde für ihn, im Gegensatz zu der Epoche des älteren Industrie- und Handelskapitals, der Einfluß auf die Presse und schließlich die Beherrschung eines Teils ihres Nachrichtenapparates zu einer lebenswichtigen Aufgabe“ (235).

Polis und Oikos

Aus der Besinnung auf die Herkunft der Politik aus der griechischen *polis* gewinnt Arendts Bemühen um klare Unterscheidungen ihre Überzeugungskraft. Sie unterscheidet Macht, die im Zusammenwirken der freien Bürger entstehe, von Herrschaft, die diese in freier Willkür über die ihnen unterworfenen Mitglieder ihres Haushalts, des *oikos*, ausübten. Polis charakterisiert sie als die Verfassung der *res publica*, des Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten in freier Rede verhandelt wurden zum Zweck gemeinsamer Entschließungen über die gemeinsamen Angelegenheiten und die dafür anzuwendenden Mittel, mit dem Ziel der Bildung urteilsfähiger Meinung, damit der Bewahrung des öffentlichen Raumes, auf dessen Bestand Politik angewiesen ist, soll ihr einzig möglicher Sinn erfahren werden, das ist die Freiheit der Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten.

Zweck und Mittel, Ziel und Sinn

Die Relevanz der Unterscheidungen ist leicht zu zeigen. Wird der Politik ein außerhalb ihres Vollzugs liegender Sinn unterschoben, erweist sich die Unmöglichkeit in den Ergebnissen: Wann immer Freiheit als ein mit politischen Mitteln zu erreichendes Ziel verfolgt worden ist, war das Ergebnis (jedenfalls zunächst) Gewaltherrschaft. Werden Ziele, die das politische Handeln deshalb orientieren können, weil sie nicht erreichbar sind, wie zu erreichende Zwecke verfolgt, so erweist sich jedesmal, daß die Zwecke von den dafür eingesetzten Mitteln überwältigt werden. Das ist die Lektion der Hochrüstung mit Massenvernichtungswaffen im Kalten Krieg. Das ist auch die Lektion aus der Verschuldung der öffentlichen Haushalte: Das Ziel, für Stabilität durch Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit zu sorgen, wurde wie ein unmittelbar zu erreichender Zweck verfolgt, wofür, wie Hans Kalt nachgewiesen hat, die Verschuldung bei den riesigen privaten Geldvermögen in Kauf genommen wurde. Mit dem Ergebnis, daß aus dem, was gestern für ein geeignetes Mittel gehalten wurde, heute der die Politik beherrschende Zweck der Politik erwachsen ist. Überdies mit üblen sozialen wie politischen Folgen: Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheiten bei Überhandnahme des Gewichts des bornierten, im Wortsinn: idiotischen, Privatinteresses nicht nur bei den Allzureichen selbst, sondern gerade auch in den Vorstellungen der Zukurzgekommenen, die den bloßen „Erfolg“ des ökonomischen Kalküls als Beweis seiner überlegenen Wahrheit über jede politische Erwägung zu nehmen geneigt sind.

Die leere, unerfüllte Betriebsamkeit eines zugleich hektischen und langweiligen Lebens, das tatsächlich als Zweck verfolgt, was die amerikanische Verfassung ihren Bürgern so stolz garantiert: den pursuit of happiness, es offenbart im Gesellschaftlichen den Widersinn, der herauskommt, wenn das vielleicht erstrebenswerte Ziel eines glücklichen Lebens zum vermeintlich hedonistischen Lebenszweck wird. Das hat der deutsche Mitbegründer der Soziologie Ferdinand Tönnies schon im ausgehenden 19. Jahrhundert klar gesehen, als er notierte, daß jedes mögliche Glück verfehlt werde, wenn es nur Mittel des einzigen Zwecks wird: nichts auszulassen auf der rastlosen Jagd nach dem niemals einzuholenden Glück.

Zwischenbilanz: Fragen

Ist die Rationalisierung des ökonomisch-technischen Prozesses vorangetrieben zum vollendeten Irrationalismus, wenn das einzige Sachkriterium zur Bestimmung des Tauschwertes, das ist die dafür aufgewandte gesellschaftlich durchschnittlich erforderliche Arbeitszeit, weiter an Bedeutung einbüßt? Wonach werden die einzig durch Beziehung aufeinander bewerteten Werte gewertet? Ist der einst politische Staat zum Unding eines ökonomischen Staates geworden, soll heißen: Haben die nach wie vor staatlich organisierten Machtmittel keine andere Funktion mehr als den unentwegten technisch-ökonomischen Prozeß-Progreß gewissermaßen soweit als Zustand (davon kommt das Wort Staat) zu stabilisieren, damit der Prozeß selbst dank halbwegs kalkulierbarer Abläufe weiterlaufen kann? Oder ist denkbar, daß dem Prozeß durch die Politik eine Richtung gegeben werden kann? Oder gar, daß seine reine Funktionslogik eingedämmt

werden könnte? Wie aber kann Politik den globalisierten ökonomischen Prozessen gewachsen sein? Welcher Institutionen bedürfte ein supranationaler oder gar Weltstaat? Wie kann in solchen riesigen Dimensionen verantwortungsvolle Öffentlichkeit, der Raum des Politischen, gewahrt bzw. wieder geschaffen werden? Welche Stellung nehmen die für die Vermittlung von Politik und Geldwirtschaft bzw. finanzkapitalistische Transaktionen höchst wichtigen National- bzw. Bundesbanken ein, und welche sollten sie einnehmen? Sind die Hüter der Währung auf die Funktion von wichtigen, weil großen Mitspielern in den Geldgeschäften verwiesen, oder sind sie auf diesem Feld die Hüter der Verfassung des politischen Gemeinwesens, dessen organisierte Mittel der Gewaltsamkeit für den Ernstfall zum Schutz des Wertes der Landeswährung angedroht ist?

Warum es nicht bei solchen zu allgemeinen Fragen bleiben darf, sei mit der Erinnerung an eine kaum je wahrgenommene Beobachtung Tocquevilles über die Gründe und Motive des plötzlich allgemein ausbrechenden Hasses auf den Adel zu Beginn der Französischen Revolution beantwortet. Es ist eine Beobachtung, die Hannah Arendt vor den weitverbreiteten Irrtümern über das Entstehen des Antisemitismus bewahrt hat. Gegen die Versuchungen des gesunden Menschenverstandes, daß Ausbrüche des Volkshasses von übergroßer Macht oder offenbaren Mißbräuchen verursacht würden, helfe Tocquevilles Erklärung, warum gerade der offenkundige Machtverlust des Adels den Haß des Volkes provozierte. Dieser Machtverlust sei nicht begleitet gewesen von einer Verringerung der aus der privilegierten Vormachtstellung geschöpften Vermögen. „Was die Volkswut erregte, war ein Überfluß, der im wahrsten Sinne des Wortes überflüssig war (...) Was Menschen dazu bringt, wirklicher Macht zu gehorchen oder sie zu ertragen, aber machtlosen Reichtum zu hassen, ist der politische Instinkt, der ihnen sagt, daß Macht, da sie eine Funktion hat, auch niemals ganz ohne Nutzen ist. Selbst Ausbeutung und Unterdrückung bringen die Gesellschaft noch dazu, zu funktionieren, und stellen eine Art Ordnung her. Nur Reichtum ohne Macht und Hochmut ohne politischen Willen werden als parasitär, überflüssig und herausfordernd empfunden; sie fordern das Ressentiment heraus, weil sie Bedingungen herstellen, unter welchen es eigentlich Beziehungen zwischen Menschen nicht mehr geben kann (...) Hochmut ohne Machtwillen zeigt deutlichst, daß man für den anderen noch nicht einmal das Interesse hat, das der Unterdrücker für den Unterdrückten notwendigerweise bezeugen muß“ (Elemente, 28).

Haider, das ist die erfolgreiche Verwertung des Ressentiments. ■

Dr. Stephan GANGLBAUER ist Historiker.

Literatur

ARENDT Hannah 1989b: Die Krise des Zionismus. Essays & Kommentare 2, hg. von Eike Geisel und Klaus Bittermann, Berlin (Tiamat) 1991²: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft (I. Antisemitismus, II. Imperialismus, III. Totale Herrschaft; 1951), München (sp 1032)

MARX Karl/ENGELS Friedrich, Werke Band 4, Berlin 1983

SCHMITT Carl 1933²: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität (1922), München – Leipzig 1970: Politische Theologie II. Die Legende von der Erledigung jeder Politischen Theologie, Berlin 1988⁴: Legalität und Legitimität (1932), Berlin 1991a³: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien (3. Auflage der Ausgabe von 1963), Berlin 1991b⁷: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923), Berlin

TOCQUEVILLE Alexis de, 1978: Der alte Staat und die Revolution, mit einem Nachwort und Anmerkungen von Jacob P. Mayer (1856), München

TÖNNIES Ferdinand, 1935a: Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, 8. verbesserte Auflage (1887), Leipzig

WEBER Max 1920: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I (1988⁹), Stuttgart 1924: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik (1988²), Stuttgart (UTB 1494)

Anmerkungen

1 Vgl. Walter Benjamins Habilitationsschrift über den Ursprung desselben, die wegen Unverständnisses der Gutachter abgewiesen wurde; abgedruckt in: Gesammelte Schriften I/1.

2 Das Interesse in der kakanischen Armee war zweifellos durch den Jännerstreik verursacht. Wie weit das Fassungsvermögen der Zuhörer gereicht haben mag, einen Eindruck davon vermittelt die Figur des Generalmajors Stumm von Bordwehr im „Mann ohne Eigenschaften“, den Robert Musil wie folgt einführt: „(...) er hatte angefangen, wissenschaftlich Taschenmesser zu sammeln; zu einer Waffensammlung reichte sein Einkommen nicht, aber Messer, nach ihrer Bauart, mit und ohne Korkenzieher und Nagelfeile geordnet, und nach den Stählen, der Herkunft, dem Material der Schale und so weiter, besaß er bald eine Menge, und hohe Kasten mit vielen flachen Schubfächern und beschriebenen Zetteln standen in seinem Zimmer, was ihn in den Ruf der Gelehrsamkeit brachte“ (Bd. 1, 342). Dieses Rufes wegen war er auserkoren, für die Armee die Vorbereitungen der Parallelaktion mitzuverfolgen.

3 Der Gröfaz, der das Wort so übel beleumdet hat, war damals, was zurecht in übelstem Ruch steht: ein subalterner Reichswehrspitzel.

4 Sein antipolitischer Reflex war ein in der Verachtung für Hegels preußische Staatsmetaphysik gründender antistaatlicher Reflex, den im Zuge seiner Kapitalstudien zu wissenschaftlichen Befunden zu konkretisieren, ihm nicht vergönnt war.

5 BdP, 10, 20. Die zweite Auflage erschien 1933, als der Gröfaz zur Herrschaft gekommen war. Der nun an den Anfang gestellte Satz beweist Schmitts Wunsch, ein maßgebende Stellung im Vorhof der Macht zu erlangen, und seiner Bereitschaft, seine Fähigkeiten in den Dienst der neuen Herrschaft zu stellen. Der Autor war mit den Feinheiten der Sprache zu gut vertraut, als daß ihm ein unbedachter agitatorischer Einstieg so ganz im Einklang mit dem Ungeist der Zeit hätte „passieren“ können. Er lautet: „Die eigentliche *politische* Unterscheidung ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*.“

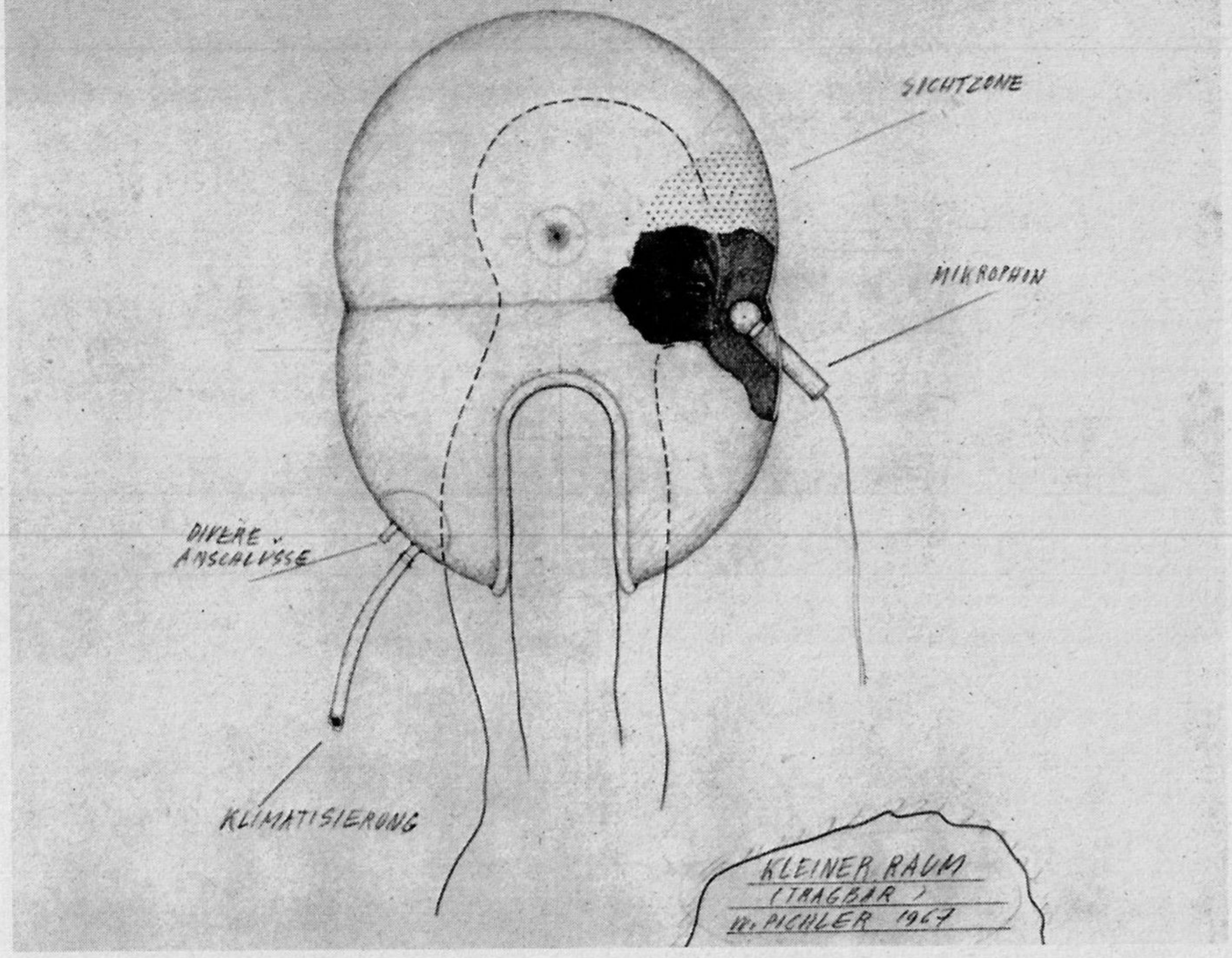
6 Ausführlich nachzulesen bei: Detlev Claussen, Grenzen der Aufklärung. Über die gesellschaftliche Genese des Antisemitismus, Frankfurt 1994 (2. Auflage mit Vorbemerkungen zur Neuausgabe)

7 Von Ideologie zu reden, wäre euphemistisch. Es wäre denn, man anerkennte, die Schwundstufe aller Logik: die primitive Folgerichtigkeit des „Wer A sagt, muß auch B sagen“, könnte ein legitimer Abkömmling des Uranfangs sein, der da heißt: „Im Anfang war das Wort“.

Wenig bekannte Details aus der Geschichte des deutschen Faschismus*

Leo MACHÉ-SUNIZA

Hitler war bekanntlich als junger Mann Bewohner Wiener Obdachlosenheime. Beim deutschen Militär brachte er es zum Gefreiten. Aus dieser Sicht betrachtet, scheint es an sich unerklärlich, wie er dann später mit Vertretern des deutschen Kapitals engeren Kontakt pflegen konnte. Die „oberen Herren" liebten es nicht, sich mit Vertretern des „Pöbels" zu treffen. Wie kam Hitler dazu, sich so zu benehmen, daß man ihn mit Hindenburg, von Papen und anderen auf eine Stufe stellte, und ihn dann auch noch zum Regierungschef machte.



Walter Pichler, Kleiner Raum, 1967

Hanfstaengl war 1887 geboren, Deutschamerikaner, Absolvent der Harvard Universität im Jahre 1909, Inhaber des Hanfstaengl-Kunstsalons auf der Fifth Avenue, Ecke 45te Straße, eines der wertvollsten Aktiva in New York, zu dessen Kunden namhafte Persönlichkeiten zählten, wie der Bankier Pierpont Morgan, Inhaber der größten Bank der USA, der Chef des großen Pressekonzerns William Randolph Hearst, Henry Ford, der exzentrische brasilianische Millionär und Luftfahrtpionier Santos-Dumont, die Tochter des Präsidenten Wilson und zahlreiche andere kunstambitionierte Prominente. Nach dem Ersten Weltkrieg übersiedelte Hanfstaengl 1921 aus den USA, also jenem Staat, der beanspruchte, die Führungsmacht der Welt zu sein, nach Deutschland, nach München, zu einem Zeitpunkt, als die Rote Armee die Truppen der 14 kapitalistischen Länder, die in der Sowjetunion intervenierten, vertrieben hatte.

Am 16. November 1922 rief ihn ein alter Kommilitone von Harvard, Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Berlin, Warren Robbins an. Zwei Tage später traf der zweite Militärattache der US-Botschaft in Deutschland, Captain Truman Smith aus Berlin in München ein. Hanfstaengl vermittelte ihm einen Besuch bei der Redaktion der »Münchner Neuesten Nachrichten«. Am 22. November kam Smith wieder zu Hanfstaengl. „Ich habe das ganze hiesige Sortiment in der Tasche. Voran Kronprinz Rupprecht, dann Ludendorff, Herrn von Kahr, Graf Lerchenfeld and so on. Nichts als Achselzucken, geschweige denn neue Zielsetzungen. Nur einen habe ich gesprochen, und der Mensch war ein Schlager. Vielleicht nicht morgen, aber bestimmt übermorgen steckt er alle übrigen in die Tasche. Es handelt sich um Hitler. Er spricht heute abend im Kindlkeller. Pressekarte habe ich. Leider muß ich heute zurück und bitte Sie daher, die Versammlung zu besuchen und mir Ihren Eindruck nach Berlin zu berichten. Der Bursche hat genau die richtige Melodie auf der Zunge, die die hungrigen Deutschen heute hören wollen: national und sozial! Und mit der Parole wird er das Rennen machen, zumal er ein Rednertalent hat, das einzigartig ist."

Hitler wie ein Offiziersanwärter in Zivil

Hanfstaengl ging zu dieser Versammlung. Er hatte gleich Hitler schärfer ins Auge gefaßt, und er kam ihm vor wie ein Offiziersanwärter in Zivil mit einer verschlossenen Physiognomie, gewohnt zu kommandieren. Aufrecht, mit gemessenen Schritten, ging Hitler zum Rednerpult. „Wer Hit-

* Dieser Tatsachenbericht stützt sich auf das Buch „Deutschland. Sein oder Nichtsein" des deutschen Kommunisten Paul Merker, erschienen 1944 in Mexiko sowie auf jenes von Ernst Hanfstaengel „Zwischen weißem und braunem Haus", 1970.

ler als Redner nur aus den Veranstaltungen der späteren Jahre kennt – als den schon zur Maßlosigkeit entarteten tobenden Demagogen und Diktator am Mikrophon –, hat keine Vorstellung von dem registerreichen und volltönenden Instrument seiner natürlichen, nicht künstlich verstärkten Stimme in den ersten Jahren seines politischen Debüts. Da hatte sein Bariton noch Schmelz und Resonanz, da standen ihm noch Kehltöne zur Verfügung, die einem unter die Haut gingen, da waren seine Stimmbänder noch unverbraucht und befähigten ihn zu Nuancierungen von einzigartiger Wirkung. Mit dem gleichen mimischen Talent, mit dem er gelegentlich zur Erheiterung im engsten Kreise die typischen Eigenheiten eines Menschen, sein Gehabe und seine Sprechweise, verblüffend zu imitieren verstand, mit dem gleichen Einfühlungsvermögen vermochte er auch seine Absichten und Ziele in die Begriffswelt und in die Idiomatik seiner Zuhörer zu transportieren. So beherrschte er gleichermaßen das Vokabular der sorgenbeschwerten Hausfrau auf einem warenleeren Viktualienmarkt wie den Jargon des enttäuschten Landsers oder höheren Militärs, die Gedankenwelt des durch die Inflation enteigneten Besitzbürgers ebenso treffsicher wie die des korrekten, beiseite geschobenen Beamten."

Der Du-Freund des Botschaftsrates der US-Botschaft in Deutschland Hanfstaengl behielt engen Kontakt zu Hitler. Hitler war dann kein seltener Gast bei Hanfstaengl. „Er gab sich in seinem einfachen blauen Anzug so freundlich und bescheiden wie ein mittlerer Angestellter bei einem Besuch im Hause seines Vorgesetzten."

Mit finanzieller Hilfe Hanfstaengls für die Anschaffung von zwei Rotationsmaschinen im amerikanischen Format wurde ab 29. August 1923 das bis dahin kümmerliche vierseitige Wochenblättchen »Völkischer Beobachter« zu einer in amerikanischem Großformat erscheinenden Tageszeitung geändert.

Nach dem mißglückten Putsch in München in der Nacht zum 9. November 1923 tauchte Hitler im Haus Hanfstaengls in Uffing auf. Hier wurde er allerdings am Abend des 11. November verhaftet.

Nach den Reichstagswahlen am 14. September 1930, als sich die Anzahl der NSDAP-Sitze gegenüber den Wahlen 1928 verneunfachte, machte Hitler Hanfstaengl zu seinem Auslandspressechef. Zu diesem Zeitpunkt hatte die NSDAP bereits reichliche Zuwendungen von Emil Kirdorf, Fritz Thyssen und anderen deutschen Großindustriellen.

Nach dieser Ernennung vermittelte Hanfstaengl drei Artikel von Hitler über die Zielsetzungen der Partei an die Hearst-Presse – die reaktionärste Presse in den USA. Interessant, wie Hitler um Stimmen warb.

Entwicklung der Stimmenzahl für Hitler bei Wahlen

(Auf- oder abgerundet auf 1.000)

20. 5. 1928	890.000	(Reichstagswahl)
Jahreswende 1928/1929– Beginn der Wirtschaftskrise in Deutschland		
14. 9. 1930	6.406.000	(Reichstagswahl)
13. 3. 1932	11.339.000	(Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang)
10. 4. 1932	13.419.000	(Reichspräsidentenwahl, 2. Wahlgang)
31. 7. 1932	13.746.000	(Reichstagswahl)
6. 11. 1932	11.737.000	(Reichstagswahl)
Reichtagsbrand und Naziterror (Nacht der langen Messer)		
5. 3. 1933	17.772.000	(Reichstagswahl)

Interessant ist folgender Trick der Nazis. Anfang der dreißiger Jahre waren die Kleinbürger, die Kleinbesitzer von Produktionsmitteln, in Deutschland noch die Mehrheit des Volkes. Die Wirtschaftskrise traf jedoch diese Schicht der Bevölkerung am stärksten. Die großen Warenhäuser, der Konsum, die Einheitspreisgeschäfte, verdrängten den kleinbürgerlichen Mittelstand durch billige Angebote.

Anfang 1932 gründeten die Nazis den „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes". Führer des Kampfbundes war der Reichswirtschaftskommissär Otto Wagener. Das Programm des Kampfbundes sah die Schließung der großen Warenhäuser, der Einheitspreisgeschäfte und der Konsumgenossenschaften vor. Diese Handelsunternehmen sollten in eine Art Markthallen verwandelt werden, in denen die Kleinhändler und Handwerker Verkaufsstände gegen eine geringe Miete finden konnten. Die Nazis haben außerdem den Handwerkern und Gewerbetreibenden Kredite zu zwei Prozent versprochen. Ein sehr großer Prozentsatz der SA, deren Mitgliederzahl sich 1932 von 600.000 auf 2.000.000 erhöhte, rekrutierte sich aus den Reihen des „Kampfbundes".

Im Zuge von Hitlers sogenannter „nationaler Revolution" begannen die Vertreter des Kampfbundes, an ihrer Spitze SA-Abteilungen, viele Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Konsumläden und jüdische Geschäfte zu besetzen. Sie bildeten besondere Kommissionen zur Erhöhung der Kleinhandelspreise.

Das wirkte sich auf die Wahlen im März bis Juli 1932 aus, die Nazis erhielten fünf bis sieben Millionen Stimmen.

„Bartholomäusnacht"

Diese Handlungen des Kampfbundes mißfielen den Herren der Trusts. Daher erließ Göring als preußischer Innenminister am 30. Mai 1933, also nach dem Reichstagsbrand eine Verordnung, mit der weitere Eingriffe des Kampfbundes in die Wirtschaft unter Androhung hoher Strafen verboten wurden. Und am 4. Juli 1933 führte Hitler in einer Rede folgendes an: „Die politische Macht hat man schnell und in einem Zuge erobern müssen. Auf dem Gebiet der Wirtschaft sind aber andere Entwicklungsgesetze maßgebend. Hier muß man Schritt für Schritt vorwärtsgehen. Die Ausnützung der individuellen Fähigkeiten hat uns groß gemacht. Beugung der höheren Arbeitsleistung unter die mindere wird nicht geduldet. Es gilt, die Synthese zwischen dem idealistischen Nationalsozialismus und den realen Erfordernissen der Wirtschaft zu verwirklichen." Der Stellvertreter Hitlers, Hess, gab am 7. Juli 1933 einen Erlaß heraus, der es Mitgliedern der NSDAP verbot, an Aktionen gegen Handelsunternehmen teilzunehmen.

In der aus etwa 2 Millionen Mitgliedern bestehenden SA begann es danach zu brodeln. Viele wollten die „zweite Revolution". Da begann Hitler mit Hess, Göring, Himmler, Heydrich und Blomberg die „Bartholomäusnacht" vorzubereiten. Die SS und die Reichswehr waren bereit, Hitler zu helfen. Hitler berief für den 30. Juni 1934 eine Reichstagung der höheren Führer der SA nach Wiessee ein, zu der nur die auf der Todesliste Stehenden eingeladen wurden. In der Nacht zum 30. Juni 1934 wurden ein paar tausend SA-Führer ermordet. Hitler nützte die Gelegenheit und ließ noch andere seiner Gegner ermorden. ■

Was ich von Holzkamp über Erziehung lernte*

Julius MENDE

Kritische Psychologie war für mich schwer zugänglich, bis ich auf den Artikel von Klaus Holzkamp (Professor für Psychologie an der Freien Universität Berlin, Anm. d. Red.) in der »Demokratischen Erziehung«, einer linken Erziehungszeitschrift aus der BRD, stieß. Der Titel (meiner ist ihm nachempfunden): „Was man von Karl Marx über Erziehung lernen kann".

Holzkamp schaltete sich mit dem Beitrag in eine Erziehungsdebatte der Zeitschrift zum Thema „Wie erziehen Linke ihre Kinder?" ein (1983), und lieferte der bis dahin zwar engagiert, aber eher „idealistisch" geführten Diskussion eine Basis. Zumindest nach meiner Auffassung.

Die überhöhten Zielvorstellungen der Kinderladenbewegung über die Möglichkeit des „revolutionären" bzw. „alternativen" Gegenentwurfs in der individuellen Persönlichkeitsentwicklung und in der kollektiven politischen Aktion hier und jetzt entsprangen demselben linken Moralismus wie die Anleitungen dazu, wie ein junger Genosse zu handeln, welchen Einsatz er Woche für Woche zu leisten habe, wie die Beziehung der Geschlechter und die Haltung der Eltern zu ihren Kindern auszusehen habe, wie ein fortschrittlicher Lehrer zu lehren habe ... Alle diese „Sollensnormen" übten auf die Handelnden einen ungeheuren moralischen Druck aus. Bei Zuwiderhandeln stellten sich entsprechende Schuldgefühle ein. Mir war dieser ungeheure moralische Überbau, der auch in der besagten Erziehungsdebatte zum Ausdruck kam und mir in den engagierten Gruppen von den Alternativen bis zu den kommunistischen Verbänden begegnete, schon aus meiner katholischen Vergangenheit wohlbekannt und mit negativen Emotionen verknüpft.

Holzkamp stellte in seinem Beitrag unter Berufung auf Marx klar, daß es mit dem Moralisieren und dem Formulieren emanzipatorischer Erziehungsziele nicht getan ist:

„Man artikuliert fortschrittliche Überzeugungen, stellt sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse, und übersieht, daß sich der Marxismus darin nicht erschöpft, ja daß dies nicht einmal spezifisch für ihn ist (...) Die unerläßliche Grundlage für jede konkretere Erörterung von Erziehungsfragen ist also die Analyse der Eigenart und Funktion von ‚Erziehung' innerhalb der bürgerlichen Klassenwirklichkeit mit marxistischen Kategorien und Methoden." (S. 52)[1]

Ich las Holzkamp so, daß wir alle in die Systembedingungen des Kapitalismus, seine Unterdrückungsmechanismen und seine „Konkurrenzförmigkeit" eingebunden sind und damit die gleichen Erziehungsvoraussetzungen vorfinden wie bürgerliche oder reaktionäre Eltern und Erzieher. Diese Hürde kann man nicht – nach dem Münchhausenmodell am eigenen Zopf edler Erziehungsziele ziehend – überspringen.

Erziehung im und durch den Kapitalismus

„Vielmehr liegt, wie Marx aufwies, in den gegenwärtigen Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise zugleich deren bestimmte Negation als historische Möglichkeit und Notwendigkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen, in welchen die Reproduktion in der Form freier bewußter Verfügung aller über den gesellschaftlichen Prozeß, damit über ihre eigenen Lebensbedingungen, sich vollzieht". (S. 53)

Für Holzkamp heißt das konkret, innerhalb des Systems Strategien der „subjektiven Handlungsfähigkeit von Individuen" zu entwickeln. Aber: „Da die Individuen unter bürgerlichen Verhältnissen ihre Existenz nur in Realisierung gesellschaftlicher Lebensmöglichkeiten in ihrer kapitalistischen Form erhalten können, müssen somit einerseits die hier zur individuellen Existenzerhaltung unvermeidliche Durchsetzung eigener Interessen auf Kosten anderer, also Konkurrenzförmigkeit und wechselseitige Unterdrückung, sich als subjektiv funktional in jeweils meiner Lebenspraxis wiederfinden, was die Widersprüchlichkeit des subjektiven Befindens als Leiden an den Verhältnissen einschließt. Andererseits eröffnet sich in der Möglichkeit, sich zu den Gebrochenheiten und Widersprüchlichkeiten der eigenen Praxis und Befindlichkeit bewußt zu ‚verhalten', gleichzeitig die Perspektive darüber hinaus: Es kann so nämlich begriffen werden, daß man zwar den bestehenden Verhältnissen nicht entkommen, aber für andere Verhältnisse kämpfen kann". (S. 53)

Das heißt für mich, daß mit dem Engagement in neuen sozialen Bewegungen, mit dem Bekenntnis zur kritisch emanzipatorischen Erziehung in Familie, Wohngemeinschaft oder Kindergruppe, zwar eine Reaktion auf einen Leidenszustand gesetzt wird, der „Formbestimmtheit von Erziehung" durch Abrichtung – einem Hauptmerkmal bürgerlicher Erziehung – aber noch lange nicht zu entrinnen ist. Schon gar nicht durch die einfache Umkehr des Autoritären ins Antiautoritäre. Erst recht aber nicht, indem man das bürgerliche Moralisieren und „die Erziehung zum Bravsein" durch linke Werte und Normen ersetzt.

Manche linken Erziehungswissenschaftler haben sich zwar kritisch mit der bürgerlichen normativen Pädagogik auseinandergesetzt, sind aber über die schlichte Postulierung von Gegennormen innerhalb der gleichgebliebenen Erziehungssysteme Familie und Schule nicht hinausgekommen: statt „Bravsein": „Friedensliebe", statt „liebe Deinen Nächsten": „Völkerfreundschaft" – weitgehend abstrakte morali-

---

* Dieser Beitrag stammt aus dem Buch „Kindergruppenkinder", herausgegeben von M. Fischer-Kowalski, R. Fitzka-Puchberger, J. Mende, Wien 1991.

sche Wertsetzungen also, die die konkreteren Lebensumstände und deren Veränderungsmöglichkeiten kaum berühren. Im Gegenteil – wir setzen uns damit noch gegenseitig unter moralischen Druck. Linke Eltern sollen ihren Kindern alles vermitteln, was andere im gutbürgerlichen Mileu mitbekommen, und zusätzlich noch kämpferisches Engagement, kritisches Bewußtsein und politische Handlungsfähigkeit.

Zwei doch eigentlich einander teilweise oder größtenteils widersprechende Lebensperspektiven, die gutbürgerliche und die des Gesellschaftsveränderers, werden zu einem gigantischen, in sich durchaus widersprüchlichen Erziehungsauftrag zusammengefaßt.

Zahlreiche engagierte Eltern, die eigens Kinderläden und Alternativschulen gegründet haben, um bürgerlichen Erziehungszwängen zu entkommen und ihren Kindern eine entsprechend freiere und damit kritisch-kämpferische Lebensperspektive zu eröffnen, verzweifeln an ihren eigenen Ansprüchen. Fassungslos stehen sie manchmal dann vor den Trümmern ihrer hochgestochenen Konstruktionen. Konsumismus, Modewahn und Drogen machen vor ihren Kindern auch nicht halt. Alles, was bürgerlich erzogenen Kindern zu schaffen macht, scheint manchmal in voller Stärke auch die Kinder linker Eltern zu treffen. Schnell fragt man sich da: „Hat sich der ganze Aufwand gelohnt?“

Holzkamps Erklärungsmodell ist hier hilfreich und holt uns auf den Boden zurück. Parteifeste Genossen haben immer schon gesagt: Der linke Erziehungsfirlefanz ist kleinbürgerliche Träumerei. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, daß blaue Blusen Tragen und Lieder Absingen die jungen Leute auch nicht bei der Stange gehalten hat. Zwei Ausformungen bürgerlicher Erziehungsmentalität – paramilitärischer Appellzauber und kleinbürgerliche Kinderladenparadiese?

Dieser eigenproduzierte moralische Überbau, den viele Leute so drückend verspüren, daß sie jede freie Minute dem politischen Engagement widmen und keine Zeit für Geplauder, Wirtshausbesuch oder andere „triviale Aktivitäten“ opfern, führte dazu, daß sich viele aus der politischen Arbeit gänzlich zurückgezogen haben. Der moralische Druck, die Überforderung, waren wichtige Motive für die Flucht aus der Kinderladenbewegung. Dazu kommt natürlich der moralische Druck des bürgerlich-liberalen Lagers: „Zeigt doch, was Ihr könnt! Ihr kritisiert immer alles so treffend, zeigt lieber hier und jetzt an Euren Kindern, daß ihr es besser machen könnt!“ Die gebräuchliche Aufforderung: „Geht doch hinüber, wenn's Euch bei uns nicht gefällt!“, hat ja auch erst vor kurzem ihren realhistorischen Boden verloren. Eingeklemmt zwischen solche Angriffe und das hehre Beispiel der geistigen Väter und Mütter der Linken, der antifaschistischen Widerstandskämpfer und unermüdlichen Friedensritter, verblaßt man zu einem lahmen Schatten. Oder man gaukelt sich vor – beim Flugblattverteilen zum Beispiel – ein Kampfgefährte von Che Guevara zu sein.

Jede Art von Selbstbetrug, Überschätzung der eigenen Kräfte und Moralismus rächt sich in den Beziehungen zwischen Erwachsenen und zu den Kindern: „Die Selbsteinschätzung, man könne schon hier, unter kapitalistischen Verhältnissen, die Unterdrückung anderer vermeiden, aus Konkurrenzbeziehungen als Leben auf Kosten anderer herausgelangen, ‚Gerechtigkeit‘ praktizieren, wirklich befriedigende und beglückende soziale Beziehungen aufbauen etc. ist mithin selbst eine Erscheinungsform der psychischen Deformation unter bürgerlichen Verhältnissen: Die darin liegende blinde Reproduktion des kapitalistischen Verwertungsstandpunktes manifestiert sich schon darin, daß so die eigene Beteiligung am Kampf um die Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse, unter denen Menschen nicht ‚menschlich‘ miteinander leben können, also überflüssig erscheint. Die Alternative zur blinden Weitergabe bürgerlicher Unterdrückungs- und Konkurrenzverhältnisse ist nicht die individuelle Profilierung zur persönlichen Tadellosigkeit gegen alle anderen, sondern eben das bewußte ‚Verhalten‘ zur eigenen, auch moralischen, Deformation.“ (Holzkamp S. 54)

Claes Oldenburg, Straßenmädchen, 1960

Das versteht Holzkamp unter anderem als die analytisch-kritische Voraussetzung dafür, sich im Kampf gegen diese Leiden verursachenden Umstände zusammenzuschließen, im Bewußtsein der eigenen Deformationen. Marx hat aber gezeigt, daß das Ausbeutungsverhältnis mit moralischen Kategorien nicht zu fassen ist, die Kapitallogik durch sozial-reformerisch-moralisch hergeleitete Verbesserungen nicht beseitigt werden kann, sondern nur durch die Umwälzung der politisch-ökonomischen Verhältnisse.

Subjektive Handlungsfähigkeit als Ziel?

Dazu kann der einzelne nur beitragen, wenn er die Voraussetzungen für seine individuellen und seine kollektiven „Handlungsmöglichkeiten“ aus den Widersprüchen des Systems ableitet und nicht bloß hoch auf den Fahnen als Ideale einherträgt.

Das Erkennen der eigenen objektiven Handlungsvoraussetzungen, das Bewußtsein der eigenen Lage also, ist für Holzkamp Voraussetzung für die Entwicklung von „Handlungskompetenz“. Diese subjektive „Handlungsfähigkeit“ gilt es beim Kinde und Jugendlichen zu entwickeln durch die Schaffung von Lern- und Proberäumen, und nicht durch Bevormundung oder Abrichtung, oder sei's durch linkes Moralisieren.

„So muß für das Kind die unabweisbare subjektive Notwendigkeit bestehen, den Ausgangszustand, in welchem es bei seiner Lebenssicherung und Bedürfnisbefriedigung total auf andere angewiesen ist, zu überwinden in Richtung auf immer weitergehende-

re Möglichkeiten der aktiven und selbsttätigen Verfügung über seine Lebensbedingungen und die Quellen seiner Bedürfnisbefriedigung. Dies schließt die subjektive Entwicklungsnotwendigkeit ein, die individuelle Isolation immer mehr auf gemeinsame Aktivitäten zur Verfügung über immer relevantere Lebensumstände hin zu überschreiten. Womit die Subjektentwicklung immer auch die wachsende Klarheit über die eigenen Interessen in ihrem Verhältnis zu den Interessen anderer bedeutet, da nur in der Berücksichtigung fremder Interessen die eigenen Interessen durchgesetzt werden können." (S. 54)

Im Unterschied zur abstrakten Forderung nach Soldiarität sollte schon im Kindesalter die Lernmöglichkeit spürbar auf die eigenen Lebensumstände einwirkender Gemeinschaft und Interessendurchsetzung erlebt werden. Der Vorteil der Kollektiverziehung gegenüber familialer Vereinzelung und Privatisierung, meine ich, ließe sich so begründen. Die Erzieher hätten nach Holzkamp die Rahmenbedingungen für die zunehmend sich ausweitende Handlungsfähigkeit der Heranwachsenden zu sichern, anstatt jeden kleinsten Entwicklungsschritt normensetzend vorzuzeichnen.

Vermeidet man diese Einschränkungen und schafft Handlungsräume, geraten die Kinder mitunter in Widerspruch zu den Erwachsenen – für Holzkamp eine unabdingbare Voraussetzung des Selbständigwerdens. Diese Widersprüchlichkeit konkretisiert sich

„darin, daß – indem das Kind in der durch die Erwachsenen unterstützten Subjektentwicklung auch seine eigenen Interessen in ihrem Verhältnis zu fremden Interessen klarer zu fassen lernt – immer schärfer auch die unvermeidlichen Gegensätze der Interessen der Kinder und der Erwachsenen im unmittelbaren Lebenszusammenhang hervortreten müssen. Ein Widerspruch, der einerseits selbst wieder im Unterstützungsrahmen aufgehoben werden muß und andererseits auf die Funktion der Unterstützung, sich selbst (als Erzieher J. M.) überflüssig zu machen verweist." (S. 54)

Linke Eltern könnten sich an dem Modell orientieren und wählen, welchen Erziehertypus sie verkörpern, welchem Konzept sie nahestehen.

Durch das Anbieten eines Unterstützungsrahmens gegenüber diesem nur sehr grob umrissenen Erziehungsansatz, „zur bewußten Handlungsfähigkeit zu erziehen", ist die traditionelle Familienerziehung und Kindergartenpädagogik leicht abzugrenzen. Bürgerliche Erziehung charakterisiert Holzkamp folgendermaßen:

„Erziehungsförmigkeit ist ein Verhältnis zwischen Erzieher und Zögling, in welchem der Erzieher als Erziehungssubjekt beim Kind/Jugendlichen als Erziehungsobjekt bestimmte Veränderungen bewirkt. Die Ziele des Erziehungsprozesses werden daher primär als solche des Erziehers bzw. der gesellschaftlichen Herrschaftsinstanz, die er vertritt, aufgefaßt und das Kind erscheint als eine Art von Werkstück, das gemäß diesen Zielen zuzurichten und zu formen ist." (S. 55)

Linke Former? Das Ziel üblicher Zurichtung ist klar, die Heranbildung verwertbarer Arbeitskraft und politisch integrierbarer Staatsbürger. Selbständigkeit, Autonomie und Handlungsfähigkeit scheinen zwar als oberste Lehrplanziele der Schulen zum Beispiel auf, schlagen sich aber in der konkreten Erziehungspraxis als die beschriebene Abrichtung nieder, da die Erziehungsförmigkeit der privatisierten Familie und der Schule kaum andere Orientierungen zuläßt. Es sei denn, daß die Betroffenen auf Grund der erlebten Widersprüche und des Leidensdruckes durch gemeinsame Aktion sich kämpferisch den Rahmen für Handlungsspielräume schaffen – und zwar „Erzieher" und „Zöglinge" gemeinsam.

„Von demokratischer, fortschrittlicher Erziehung kann vielmehr nur dann die Rede sein, wenn man die Restriktionen und Widersprüchlichkeiten, denen man dabei unterliegt, nicht verleugnet, sondern sich bewußt macht, und so erst dazu kommen kann, sich den eigenen spontanen Tendenzen, die immer im Einklang mit den herrschenden Interessen stehen, nicht zu überlassen, sondern sich mit dem Kind zusammen bewußt dazu zu ‚verhalten', das heißt die Möglichkeiten einer Praxis ‚darüber hinaus' erkennen und realisieren zu können." (S. 57)

Solche Überlegungen sind auch unter linken Erziehern nicht häufig. Sie bedeuten, die eigenen Institutionen – Familie, Kinderladen oder Wohngemeinschaft – kritisch auf die in der Konzeption und noch mehr in der täglichen Praxis wirksamen bürgerlichen Verzerrungen und Deformationen hin zu reflektieren und diese Widersprüche als Voraussetzungen für die Erweiterung des gemeinsamen Handlungsspielraumes zu nutzen. „Jugendliche in Familie, Schule und Arbeiterparteien können andererseits Tendenzen entwickeln, gegen die ‚Erziehungsförmigkeit' ihrer Beeinflussung überhaupt, auch gegen eine erziehungsförmige Durchsetzung fortschrittlicher Ziele und Interessen, Widerstand zu leisten: Sie werden sich also unter Umständen durch unsere ‚fortschrittlichen' Formierungsmaßnahmen genauso unter Druck gesetzt, bedrängt, belabert, genötigt sehen, wie durch alle anderen erzieherischen Formierungsmaßnahmen, werden sich entziehen, abschalten, ausweichen, täuschen, Möglichkeiten der Entwicklung ihrer Subjektivität ohne uns suchen. Womit sich das, was wir hier tun, also im Effekt von der ‚erziehungsförmigen' Durchsetzung irgendwelcher reaktionären Ziele kaum unterscheidet. Im Gegenteil, wir würden so die Kinder/Jugendlichen, da sie im Ausweichen vor Belästigung und Nötigung durch ‚Erziehung' unter Umständen unsere Erziehungsmaßnahmen abstrakt negieren, eher dazu bringen, daß sie ihren Lebensraum und ihre sozialen Beziehungen ganz woanders suchen, als im Umkreis der Lebenspraxis ihrer fortschrittlichen Eltern." (S. 57)

Dem, der sowas sagt – und es stimmte der Befund massenhaft mit der Wirklichkeit überein – wird rasch die Frage gestellt, was für Rezepte er denn habe. Holzkamp verweist hier auf die Notwendigkeit marxistischer Erziehungsforschung und engagierter Versuche; er kennt durchaus die Notwendigkeit von Organisation und Disziplin im Widerstand, meint aber, daß gerade diese Fähigkeiten durch eine unreflektierte Anpassung an bürgerliche „Erziehungsförmigkeit" eben nicht entwickelt werden.

Planmäßigkeit der Erziehung, wie sie Holzkamp versteht, bedeutet demnach nicht, ein Zielkonzept vom Kinde aufzustellen und es dann am Objekt nachzuformen, sondern meist einen Plan für Rahmenbedingungen, die trotz aller Widersprüchlichkeit die Kinder eher befähigen, eigenständiges Handeln zu entwickeln. ■

Mag. Julius MENDE ist Zeichenlehrer, Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Akademie und an der Hochschule für bildende Kunst.

Anmerkung

1 Alle Zitate aus: Klaus Holzkamp, Was wir von Karl Marx über Erziehung lernen können, in: »Demokratische Erziehung« 1/1983, S. 52ff.

Fehlt das gewisse Etwas?

Abriß des politischen und gesellschaftlichen Lebens von 1945 bis 1995

Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hg.), „Österreich 1945 bis 1995 – Gesellschaft, Politik, Kultur", Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1995, 738 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen, 498 Schilling.

Auf der Badezimmerwaage wiegt der Band mit eineinhalb Kilo überraschend wenig, obwohl man sich beim Lesen einen Hilfsmotor wünscht, um das in jeder Hinsicht gewichtige Buch zu „derpacken". Der Aufwand (an eigener Kraft) lohnt sich aber. Mit dem Titel „Österreich 1945 bis 1995 – Gesellschaft, Politik, Kultur" haben die Herausgeber Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Talos im Verlag für Gesellschaftskritik eine vorbildliche Darstellung der Konstanten und Variablen vorgelegt, die für das politische und soziale Leben unseres Landes in den letzten 50 Jahren bezeichnend sind.

Die Grobgliederung des Werkes in drei Teile ist gewissermaßen Programm. Die bezeichnenden Titel lauten:

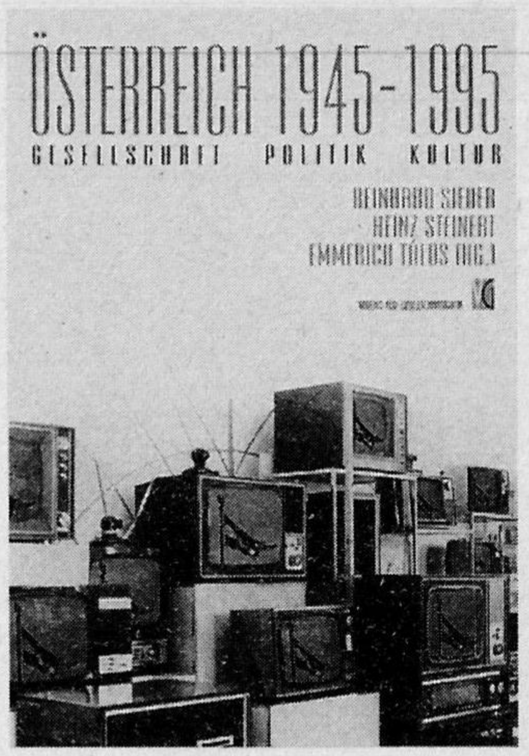
1. „Trümmerzeit, Wiederaufbau, ‚Goldene Jahre', 1945 bis 1980",
2. „Krise, ‚Sanierung', Spaltung, 1980 bis 1995",
3. Gesellschaft, Politik, Kultur im Längsschnitt, 1945 bis 1995".

Die einzelnen Abschnitte verraten bereits von der Titelgebung her ein besonderes Interesse am Alltagsleben. Die Beiträge der FachautorInnen sind nach zeitlichen und inhaltlichen Kriterien systematisch geordnet. In Umfang und Schreibweise sind die Abschnitte durchwegs so gestaltet, daß sie nicht nur fachlich besonders interessierte Personen ansprechen. Vielmehr kann der Band von allen Menschen, denen politische und soziale Zusammenhänge nicht gleichgültig sind, als instruktives „Lesebuch" genutzt werden. Obwohl die Feinstruktur durch die Zusammensetzung aus Spezialkapiteln bestimmt wird, gelingt es problemlos, auch den gesamten zeitlichen Rahmen auszufüllen. Gleichzeitig verlieren die AutorInnen sich nicht in Details, sondern schälen die großen Züge der Entwicklung heraus.

Mustergültig angewandt hat dieses Verfahren auch Inge Karazman-Morawetz im Beitrag „Arbeit, Konsum, Freizeit im Verhältnis von Arbeit und Reproduktion", der in dieser Ausgabe von »Weg und Ziel« als Nachdruck zu lesen ist. Typisch für die Arbeitsweise der meisten Autorinnen und Autoren ist die bei Karazman-Morawetz besonders geglückte Kombination von sozialstatistischen Informationen und anderen harten Fakten einerseits mit konkreter Lebenswirklichkeit und weicher Alltagserfahrung andererseits. Außerdem wird die verschlungene Entwicklung dieser Zusammenhänge entschlüsselt.

Gabriele Jutz kommt in ihrer äußerst ambitionierten Analyse von Kurt Steinwenders aus dem Jahr 1951 stammenden Spielfilm „Schrei nach Liebe" unter anderem darauf zu sprechen, daß damals für künstlerisch anspruchsvolle „non profit"-Produktionen noch nicht einmal der Begriff Avantgardefilm gebräuchlich war. Derartige Versuche im von der ÖVP-Mehrheit in der Regierung geprägten geistigen Klima des Landes wurden demnach seinerzeit abschätzig, aber zutreffend als „Außenseiterfilme" bezeichnet. Der Begriff drängt sich bis heute auf zur Kennzeichnung der gesamten Intelligenz unseres Landes, die diesen Terminus rechtfertigt. Bis heute agieren sie großteils in der Versenkung, aus der sie fallweise vor Wahlen geholt werden.

Für Zeitzeugen bietet der Band eine Fülle von Anstößen für die Assoziationen von selbst erlebten Wirklichkeitspartikeln. Unter anderem ist von dem Paradoxon die Rede, daß ausgerechnet die in der Frage des Rundfunks während der sechziger Jahre extrem hartleibig agierende SPÖ von der nach einem Volksbegehren durchgesetzten ORF-Reform am meisten profitiert hat.



Das wird darauf zurückgeführt, daß Josef Klaus als Chef der ÖVP-Alleinregierung (1966 bis 1970) im Gegensatz zu seinem sozialdemokratischen Gegenspieler Bruno Kreisky äußerst wenig mediengewandt war. Diese Episode erinnerte mich an eine Mission als Jungredakteur beim Aktuellen Dienst des Hörfunks. Und zwar hatte ich bei der Aufnahme der Rede des Bundeskanzlers, die damals wöchentlich ausgestrahlt wurde, am Ballhausplatz anwesend zu sein. Nach getaner Arbeit fragte der Regierungschef: „Wie war ich?"

Das runde und inhaltsreiche Bild, das dieser Band vom gesellschaftlichen Leben der jüngsten 50 Jahre in unserem Land zeichnet, hat einen großen, allerdings nicht im Verantwortungsbereich der Herausgeber liegenden Schönheitsfehler. Er besteht darin, daß auf die Besitzverhältnisse und ihre Veränderung in Österreich jedenfalls nicht systematisch eingegangen wird. Die Frage „Wem gehört Österreich?" muß allerdings schon allein deswegen praktisch unbeantwortet bleiben, weil auf der Ebene der Erfassung wirtschafts- und sozialstatistischer Daten ziemlich alles getan wird, um die einschlägigen Fakten zu verschleiern.

Allerdings scheinen die Hinweise von Liselotte Wohlgenannt in ihrem Beitrag („Arm und reich") zum Thema Reichtum und Reiche zu ungenau und beiläufig. Im Abschnitt „In einer reichen Gesellschaft" heißt es wörtlich: „Einen starken Indikator für den zunehmenden Wohlstand in Österreich bildet das Anwachsen der Geldvermögen des privaten Sektors. Nach Mitteilung der Österreichischen Nationalbank hat sich dieses von 1.042 Milliarden Schilling im Jahr 1981 auf 3.244 Milliarden 1993 erhöht. Mit anderen Worten: Das Geldvermögen der Österreicher in Form von Bargeld, Bankeinlagen, Versicherungen und Wertpapieren ist etwa eineinhalb mal so hoch wie das gesamte Brutto-Inlandsprodukt eines Jahres. Die Zahl der Sparbücher mit einem Guthaben von über einer Million Schilling ist von circa 58.600 im Jahr 1986 auf circa 125.000 Ende 1993 gestiegen, die Zahl der Kreditkarten im selben Zeitraum von 97.000 auf 976.000, mit denen 37,7 Milliarden Schilling Umsatz getätigt wurden." (S. 255)

Überlegungen darüber werden erst gar nicht angestellt, welches Gewicht der Besitz von erstens Schlüsselunternehmen, zweitens über Generationen hinweg

angewachsenen Großvermögen sowie von Wäldern, Landstrichen, Bauland und Realitäten hat, die von Kirche und Adel in die Gegenwart gerettet wurden. Dabei beginnt es erst bei der Erörterung derartiger Fragen spannend zu werden, sofern sie nicht nur akademischen Interessen, sondern der gesellschaftlichen Veränderung dienstbar gemacht werden. Unabhängig von diesem Einwand gehört der gewichtige Band „Österreich 1945 bis 1995", der leider nicht mit Registern ausgestattet ist, als Standardwerk in jeden fortschrittlichen Haushalt.

Lutz Holzinger

Die brisante Kraft zum Widerstand

Erika Danneberg, Wie leistet man Widerstand? In den Jahren der Tode. Eine Chronik. Reihe Dokumentation Band 14; Wiener Frauenverlag, Wien 1995, 554 Seiten, 348 Schilling.

Immer, wenn Erika Danneberg in den letzten Jahren irgendwo im Rahmen einer Parteiveranstaltung zum 1. Mai oder zum Februargedenken aus ihrem Buch, an dem sie zuerst noch schrieb und für das sie später auf Verlagssuche war, las, empfand ich ihre Texte als politisch sicherlich interessant, doch hinterließen sie auch ein gewisses Gefühl des Unbefriedigtseins bei mir. Ein weiteres politisches Erinnerungsbuch also, dachte ich mir, eines von denen, in denen heldenhafte Menschen ihr heldenhaftes Leben beschreiben, und die es dem Leser gerade dadurch so unmöglich machen, sich in der beschriebenen Heldenhaftigkeit des Widerstandes auch nur in Ansätzen wiederfinden und für sich daraus lernen zu können.

Doch als Erika Danneberg endlich da war und ich an einem späten Abend beinahe aus Pflichtgefühl der netten Genossin gegenüber zaghaft und vorsichtig darin zu blättern begann, um schließlich doch ganz vorne mit dem Lesen zu beginnen, da war mir schon nach wenigen Seiten klar, wie unrecht ich ihr getan hatte. Denn das Buch, das die Siebzigjährige zwischen 1988 und 1991 „in den Jahren der Tode" von geliebten Menschen, aber auch dem Tod von Ländern, von Machtverhältnissen und sogar von Zeitungen, geschrieben hat, ist alles andere als ein politisches Erinnerungsbuch im üblichen Sinne.

Man würde Erika Dannebergs Buch nicht gerecht werden, würde man es nur nach politischen Gesichtspunkten lesen oder gar rezensieren. Es ist ihr psychoanalytischer Ansatz, der es heraushebt aus der Fülle von politischen Autobiographien. Da wird nicht einfach politisches Handeln beschrieben, sondern da wird analytisch genau der Weg zu einer politischen Haltung aufgezeigt.

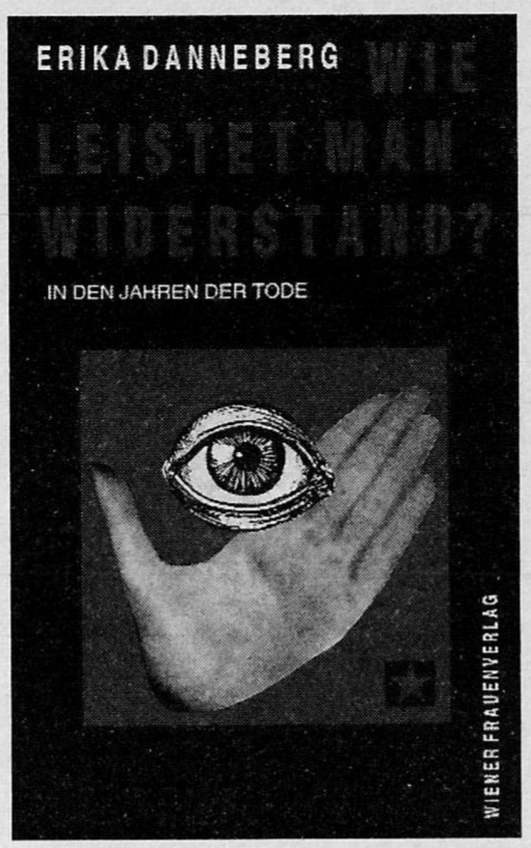
Erika Danneberg gibt keine Kochrezepte zum Thema: „Wie leistet man Widerstand?", wie es der Titel ihres Buches vielleicht erwarten lassen könnte. Sie geht vielmehr der Frage nach: Wieso habe ich angefangen Widerstand zu leisten in Zeiten, in denen so viele keinen Widerstand geleistet haben und noch immer nicht leisten? Was unterscheidet mich also von diesen anderen, was geschah mir und wer bin ich, daß ich, ausgerechnet ich, mich zum Widerstandleisten entschlossen habe? Und warum habe ich in bestimmten politischen, vor allem aber auch privaten Situationen so lange keinen Widerstand geleistet.

Sie findet ihre ganz persönlichen Antworten auf ihre persönlichen Fragen, die den Leser anfangs manchmal auch überraschen mögen. Wann hat ihr Widerstandleisten angefangen, fragt sich Erika Danneberg und findet eine erste Antwort schon beim neun Monate alten Kind, das so früh gehen lernt, um aus der Wohnung der Eltern in die Wohnung der Großeltern flüchten zu können, bei denen es sich behüteter fühlt als bei der Mutter.

Da sind ihr jüdisches Gesicht und ihr jüdischer Familienname, ohne Jüdin zu sein, die sie prägen und spätestens nach dem Einmarsch der Hitlertruppen in eine Außenseiterrolle bringen, die nicht aufgedrängt, sondern selbst gewollt und angenommen werden mußte. Man kann sich nicht als Jüdin fühlen, obwohl man keine ist, aber man kann sich dadurch zum Widerstand veranlaßt fühlen, zur Solidarität mit den Ausgegrenzten, weil man sich ähnlich ausgegrenzt fühlt. „Sie erlebte sich als – fast – eine von ihnen, mit ihnen verbunden in derselben Ausgrenzung und im selben trotzigen Protest", schreibt sie über ihre jüdischen Mitschülerinnen aus dem Jahr 1938. Genau diese Art des Herangehens an die eigene Geschichte macht den großen Reiz dieses Buches aus.

Ihr politischer Widerstand, der aus ihrer Geschichte heraus logischerweise lange ein unorganisierter und ganz individueller Widerstand war, ist aber nur die eine Seite. Ihr – nur vordergründig – ganz privater Widerstand als Frau in Beziehungen mit Männern ist die zweite Seite ihrer Antwort auf die ständige Frage: „Wie kam's?" Denn Widerstand, so muß Erika Danneberg schließlich feststellen, ist nicht nur in der Politik nötig, sondern auch in der Liebe.

Da ist die junge Frau auf der Suche nach der großen



Liebe und dem großen Geliebtwerden, die sich nur als Zuflucht für den Mann fühlen kann, und doch viel mehr sucht, die sich von ihrem Ehemann freiwillig und voll Aufopferungswillen so weit unterdrücken läßt, bis die Demütigung so unübersehbar und so unlebbar wird, daß sie schließlich doch noch in die Frage mündet: „Wo bin dabei eigentlich ich?"

Auch hier findet sie ihre ganz individuelle Antwort auf die Frage, wieso ausgerechnet sie, die doch immer Widerstand leistete, bei diesem Mann keinen Widerstand geleistet hat. Doch über diese nur für sie zutreffende Antwort findet sie zu einer allgemein gültigen, politischen Antwort über den notwendigen Widerstand der Frauen gegen die Unterdrückung durch die Männer, wie immer diese aussehen mag und wie immer Frauen das Ertragen dieser Unterdrückung für sich erklären oder gar als notwendig empfinden mögen.

Erika Danneberg geht in der Aufarbeitung der Geschichte der letzten sechzig Jahre ihren eigenen, persönlichen Fragen nach und findet so ihre persönlichen Antworten, aber sie bietet damit trotzdem den Weg zu allgemeinen Fragen und allgemein gültigen Antworten, ohne dabei in die Überheblichkeit der Besserwissen-

den zu verfallen. Da steht man als Leser nicht einer Heldin gegenüber, mit der die Identifikation irgendwann nicht mehr möglich ist, sondern einer Frau, in der Frauen sich trotz aller biographischen Unterschiede, einer anderen Generation und anderen Zeiten immer wieder selber finden können.

Wobei hier die Betonung wirklich auf „Frau" liegt, denn Erika Dannebergs Lebensweg ist ein vielleicht sogar sehr typisch weiblicher, nicht nur in den gelebten Beziehungsmustern mit Männern und in ihrem Widerstand dagegen. Wenn sie am Ende ihres Buches von der „Freiheit zum Widerstand" schreibt, so ist auch klar geworden, daß diese Freiheit, Widerstand leisten zu wollen und leisten zu können, für eine Frau ihre ganz spezifischen Komponenten und Schwierigkeiten enthält und die Kraft zum Widerstand damit eine ganz besondere, zusätzliche Brisanz bekommt.

„Weißt du", meinte Erika Danneberg, als ich ihr am Telefon sagte, wie gut mir die ersten Seiten gefallen hätten, „mit meinem Buch wird es so sein: Die Freunde aus dem psychoanalytischen Kreis werden sagen, es ist ja ein schönes Buch, was die Erinnerungen betrifft, aber wozu brauchst du die politischen Einschübe, und die Genossen werden sagen, es ist ja ein interessantes politisches Buch, aber wozu brauchst du die Rückblenden in die Kindheit?"

Bei ihren Lesungen in der Partei hörte ich von ihr ausschließlich die „politisch interessanten" Einschübe, die mich damals so skeptisch machten. Und es dauerte selbst beim Lesen ihres Buches eine Weile, bis ich diese aktuelle Politik, die sie einfließen läßt, akzeptieren konnte, ohne mich von ihr im Fluß des Erinnerns gestört zu fühlen. Die Akzeptanz beginnt erst dort, wo man begreift, daß es gerade die politische Situation während des Niederschreibens ihres Buches ist, die ihren Vorgang des Erinnerns leitet und mitbestimmt, und wo sie sich bei ihren Einschüben zur aktuellen politischen Lage wirklich selber mit ihren Gefühlen, ihrem eigenen Erleben und ihrem Umgang damit einbringt. Wenngleich es Erika Dannenberg tatsächlich nicht immer gelingt, leitartikelhaften politischen Statements zu entrinnen.

Dessen ungeachtet aber ist Erika Dannebergs Autobiographie, die sie selbst „eine Chronik" nennt, ein mitreißendes Buch, in dem man sich festliest und von dem man sich gerne durch Wochen hindurch begleiten läßt. Da wird nicht von oben herab Lebensweisheit vermittelt, sondern Widerstand als Lösungsmöglichkeit dargestellt, und damit regt es an, Widerstand in vielerlei Hinsicht zu leisten und sich dabei zugleich auf die Suche nach seinem Selbst zu machen.

Judith Gruber

Hanswurst in Österreich – Eine Geschichte der Komik

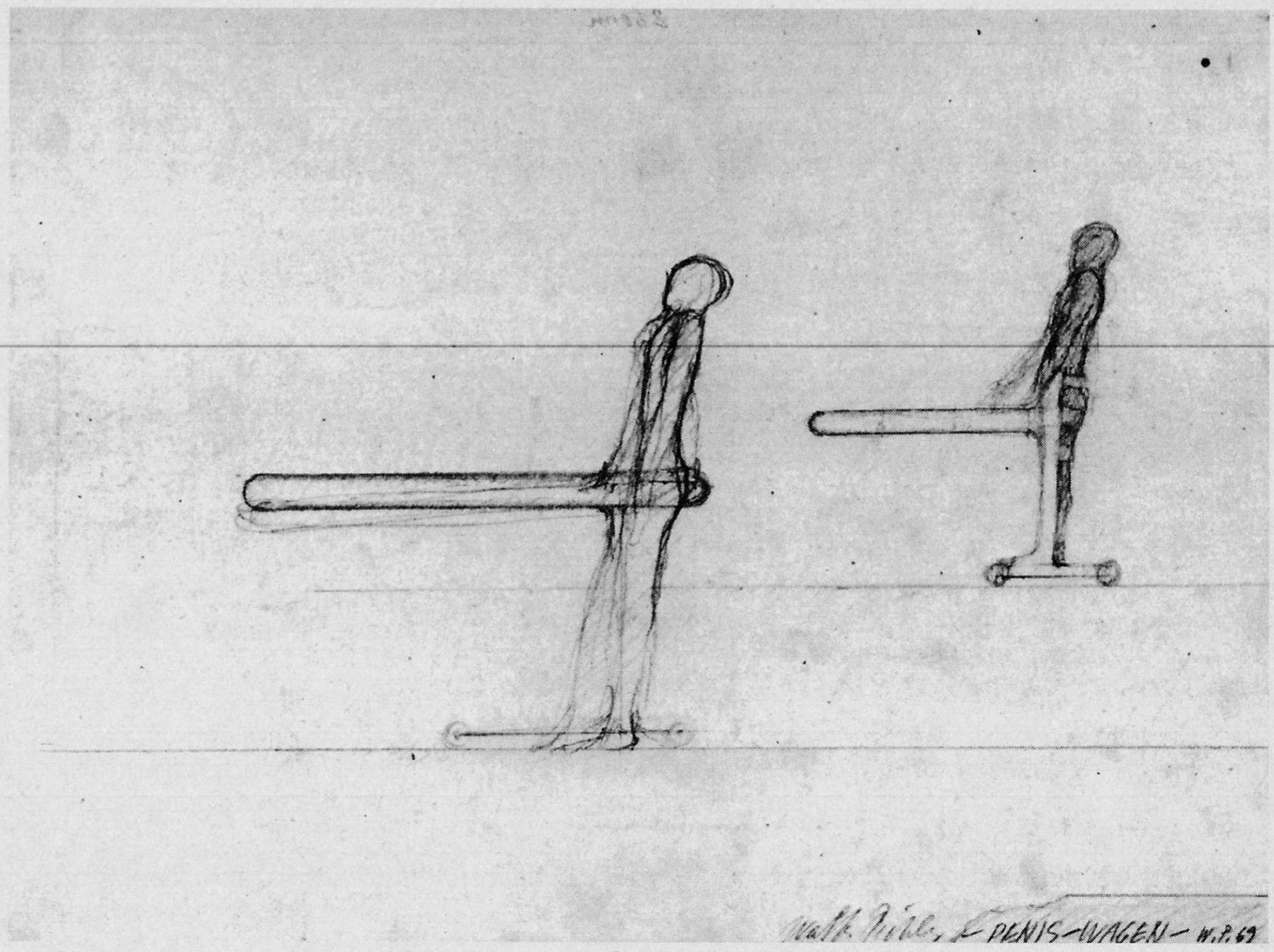
„Leck mir den Arsch fein recht schön sauber"

Gerhard Scheit, Hanswurst und der Staat. Eine kleine Geschichte der Komik: Von Mozart bis Thomas Bernhard; Deuticke, Wien 1995, 250 Seiten, 248 Schilling.

Interessantes, Vergessenes und Neues kann man dem eben erschienenen Band des Wiener Theaterwissenschafters Gerhard Scheit entnehmen. Die Spaßmacher des alten Wiens, Hanswurst und Kasperl, Thaddädl und Staberl, die das frühe Volksstück beherrschten, werden uns da nahegebracht, ebenso erfahren wir von Mozarts Fäkalkomik, zum Beispiel „Leck mir den Arsch fein recht schön sauber" (KV 382d). Wir lesen von Ferdinand Raimunds rückwärtsgewandtem Antikapitalismus, dessen „plebejischer Kritik des Reichtums". Johann Nepomuk Nestroy wird präsentiert als der „Dramaturg des Geldes", dessen Fluchtpunkt „das kleine Eigentum" ist, als Autor, der trotz beißender Gesellschaftskritik die Versöhnung verkündet: „Die Hochzeit ist bekanntlich der Ort der Komödie, wo die Klassen mit Vorliebe kollabieren", schreibt Gerhard Scheit.

Der Bogen spannt sich dann über das gesamte zwanzigste Jahrhundert. In knappen, aber präzisen Abhandlungen treten sie alle auf, die da in der Donaumetropole Rang und Namen haben: Karl Kraus, Jura Soyfer, Ödön von Horvath, Ludwig Anzengruber bis herauf zu Thomas Bernhard und Werner Schwab, Peter Turrini und Elfriede Jelinek.

Die Skandalisierung von Theaterstücken hat in Wien Tradition. Es ist wie ein Ritual: Konservative Kritiker geifern, die Volksseele wird



Walter Pichler, Peniswagen (Protzwagen), 1969

zum Kochen gebracht, die Angegriffenen regelmäßig als Nestbeschmutzer bezichtigt. Daß der Skandal von gestern oft der Klassiker von morgen wird, sollte da nicht trösten.

Scheit vergißt freilich auch nicht zu erwähnen, daß die heimischen Kommunisten mit ihrem affirmativen Bezug zur österreichischen Nation oftmals mit in den Kanon der Verunglimpfer einfielen. Hugo Huppert vermeinte etwa anläßlich Horvaths Uraufführung der „Geschichten aus dem Wienerwald" (1948), es sei eine „Unverfrorenheit, dieses peinliche Panoptikum ein ‚Volksstück' zu nennen. (...) Die Aufführung solcher Erzeugnisse bedeutet eine schlechte Theaterpflege und eine noch üblere Literaturförderung."

Diese unkritische und taktische Sicht von Volk und Volksstück führte wohl auch dazu, daß das ehemalige, den Kommunisten nahestehende Theater in der Scala lieber Rosegger, Wildgans und Thoma inszenierte als Kraus, Horvath oder Soyfer.

Scheit entmystifiziert die Figur des (gerade auch im gegenwärtigen Wahlkampf wieder vielbeschworenen) „kleinen Mannes", nimmt ihr mit Nestroy und Kraus, Horvath und Bernhard den Nimbus des stets zu Verehrenden. „Das Furchtbarste was es geben kann ist das Volk", läßt Thomas Bernhard sagen. Deutschland bestehe, „wie alle übrigen europäischen Staaten, zu neunzig Prozent aus vollendeten oder verhinderten Kleinbürgern, auf alle Fälle aus Kleinbürgern", sagt Ödön von Horvath. Man sollte das nicht bloß als Volksbeschimpfung abtun, sondern in seiner Realität aufarbeiten. Gar üble Kleinbürgergestalten waren es, die in diversen Stücken als Vorlage gebraucht wurden, ohne mißbraucht zu werden.

Unser Autor wendet sich aber auch gegen die postmodernen Posaunisten (z.B. Umberto Eco), die Komik an sich als subversives Element mißverstehen: „Der Spaß allein umreißt noch keinen gesellschaftlichen Standpunkt, er kennt im Grunde nur einen einzigen Anspruch, die biologischen Bedürfnisse – Nahrung, Sexualität und Verdauung – zu befriedigen, und das ununterbrochen."

Als besonders fruchtbar erscheinen die behaupteten Identitäten von Kapital und Phallus, bzw. von Potenz und Tauschwert, auch wenn sie manchmal etwas vorschnell eingeführt werden, durch Abstraktion die Konkretion zu kurz kommt. Die Argumentation Scheits ist nämlich keine vorausgesetzte Selbstverständlichkeit, bedürfte so einer geduldigeren Zerlegung, Aufarbeitung und Ableitung, als der Autor sie in diesem Buch vorgenommen hat.

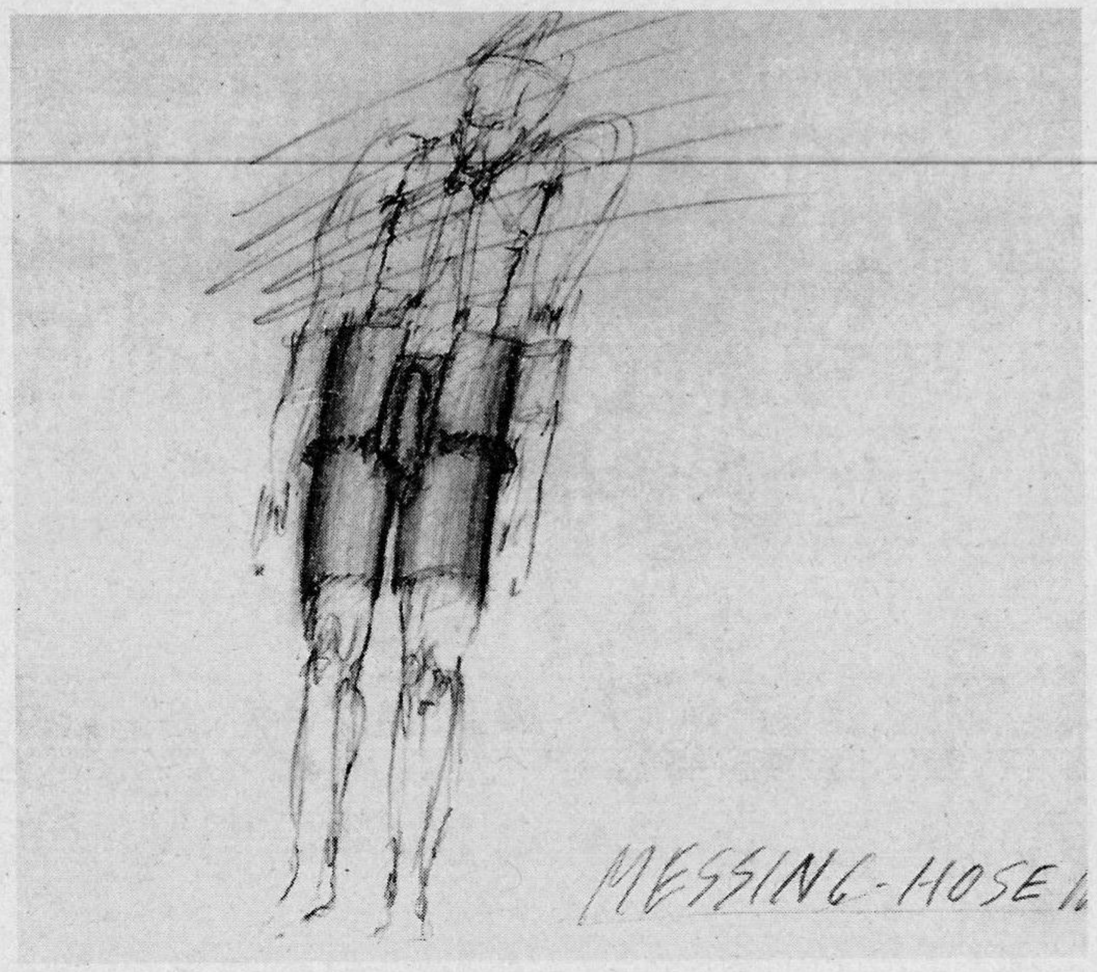
Diesbezüglich schreibt er etwa über Elfriede Jelinek: „In der Komödie der neunziger Jahre hingegen ist die Sexualität mit den Waren förmlich verwachsen, Jelineks Figuren können sie nicht abstreifen, im Gegenteil: Ihre Sprache betreibt ununterbrochen Mimikry, die Warenwelt ist ihre einzige Ausdruckswelt, und das Tierische figuriert selbst als ein geschwätziges Angebot aus dem Porno-Sortiment: überdimensionale Kuscheltiere der Geilheit."

Erst Elfriede Jelinek mache in ihrem Theaterstück „Raststätte" „Schluß mit solcher phallischen Komödiantik. Der Fetisch wird demontiert." Wahrscheinlich hat Scheit auch hier recht, möglicherweise ist es jedoch gerade das, was an dem Stück so verstört, rechte wie linke Betrachter dazu verführt, nicht viel mehr als grausliche Versatzstücke menschlicher Sexualität ausnehmen zu wollen. Der Fetisch wird nämlich rein destruktiv negiert, gar wenig in seiner historischen Notwendigkeit reflektiert. In der kaum synthetischen Betrachtungsweise der Jelinek werden bestimmte Momente menschlicher Sexualität selbst eindimensional reduziert. Dies macht die Stücke Jelineks schwer aushaltbar. Vielleicht ist aber die versuchte Demontage eines so festverankerten Sexualfetischs überhaupt schwer aushaltbar. Das ist auch der Grund, warum Werner Schwabs Fäkaldramen heute anschlußfähiger sind als die Stücke Jelineks oder Turrinis. Jene treffen eben eine spaßig wendbare wie gewendete innere Illusionslosigkeit des Publikums besser, verscheuchen Gesellschaftskritik gerade durch

ihre akzentlose Absolutsetzung. Dort, wo nämlich alles Scheiße ist, kann in dieser Undifferenziertheit gar nichts mehr Scheiße sein. Scheiße als Absonderung zum Allgemeinen erhoben, hebt sich selbst auf. Je mehr Schwab in der Scheiße waten läßt, desto weniger fällt sie auf, desto mehr verflüchtigt sie sich. Das mag nicht Absicht gewesen sein, aber so entspricht es breiten Stimmungslagen der Theaterbesucher, während man das politische Engagement Turrinis oder Jelineks nicht nur als antiquiert wahrnimmt, sondern es ihnen schon direkt übelnimmt.

Der vorliegende Band ist jedenfalls eine analytische Aufarbeitung des österreichischen Theaters unter den Aspekten von Komik und Kapital, Kot und Kopulation. Die Sprache ist nicht überladen und kompliziert, mit Zitaten und Fußnoten wird keineswegs übertrieben, das Buch ist detailliert, ohne sich im Detail zu verlieren. Es ist allgemeinverständlich und genügt doch den wissenschaftlichen Ansprüchen, kurzum ein kleines, aber feines Stück Literaturgeschichte.

Franz Schandl



Walter Pichler, Messinghose, 1970

Das Ende der Geschichte?

„Die Geschichte ist noch nicht zu Ende", war das Motto einer Konferenz der Linken. Diese Namensgebung hat bekanntlich (?) eine besondere Pointe. Ihr Sinn war die Verneinung des Jubelrufs „Die Geschichte ist zu Ende", mit welchem ein US-amerikanischer Journalist das Ende der Sowjetunion begrüßt hatte. Der Jubel ist verklungen. Es gibt mehr „Geschichte" als zuvor.

Doch Journalist kann froh sein, daß er sich geirrt hat. Nicht nur bietet ihm die unvollendete Geschichte notwendigen Stoff für den Broterwerb, sie garantiert ihm auch in anderer Hinsicht das Überleben. „Geschichte", verstanden als Menschheitsgeschichte, fände ihr Ende erst mit dem Tod des letzten Menschen, Journalisten nicht ausgenommen.

Sicher war es nicht so extrem gemeint. Nicht den Untergang der Menschheit wollte dieser amerikanische Journalist verkünden, sondern den historischen Sieg der freien Marktwirtschaft über den Kommunismus. Als Folge werde der ungebremste Kapitalismus weltweit Freiheit für die einzelnen Individuen mit allgemeinem Wohlstand vereinen.

Warum wirkt dieser offensichtliche Unsinn, der täglich und stündlich in der schauerlichsten Weise widerlegt wird, so provokant? Weil ein Ende der „Geschichte", so wie sie sich uns bisher zeigte, durchaus nichts Bedrohliches hat, sondern im Gegenteil Möglichkeiten von Beständigkeit, Beruhigung, Menschlichkeit verspricht?

So gesehen wirkt die Proklamation: „Noch kein Ende der Geschichte", die nur zu realistisch ist, wie eine Drohung. Doch so haben es die Linken ihrerseits auch wieder nicht gemeint. Sie haben nicht etwa die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands im Sinn oder „linken" Terror, der ihnen von Haider und Co. unermüdlich angedichtet wird.

Wozu also die Anrufung der Geschichte? Soll sie desorientierten, enttäuschten Menschen Mut machen, Widerstand erzeugen? Den ZeitgenossInnen geht es in ihren Bestrebungen doch nicht um Geschichte, sondern um Gegenwart und allernächste Zukunft, vor allem um die eigene. Das Ergebnis ihres je eigenen Handelns wird einmal geschichtlich sein – aber dann ist es vergangen. Die Geschichte spricht ihr „Urteil", das auch ein Fehlurteil sein kann – denn sie wird vom Sieger geschrieben – im Nachhinein.

Was heißt: Die Geschichte ist noch nicht zu Ende? Ist es ein stolzes Bekenntnis zum „Weitermachen"? Ausdruck der Gewißheit, daß es wieder anders kommt? Eine Feststellung? Ein Jubelruf? Oder in Wahrheit eine Ersatzlosung ohne politischen Inhalt? Sie sagt nur aus, was alle wissen und die wenigsten erfreut. Daß alles so weitergeht, wie bisher, daß nach jeder Wendung etwas neues auftaucht – ein neuer Krieg, neue Konflikte, neuer Verrat und sonstige aus der Geschichte bekannte Staatsaktionen: Wortbruch, Unterdrückung, Völkermord, Plünderungen, Vergewaltigungen, Vertreibungen, Hungersnöte, Diktatur, Aufstand und blutige Rache, verratene Revolutionen, Knechtseligkeit, Speichelleckerei und neue Lügen über die „Geschichte".

Ob „unsere" österreichische, angeblich tausendjährige Geschichte zu Recht gefeiert wird, ist Geschmackssache. Sie hat immerhin den Vorteil, daß sie weit zurückreicht, so weit, daß die Einzelheiten nicht genau erkennbar sind. Doch je jünger die Geschichte, desto weniger g'schmackig ist sie. Interessant ist „Geschichte" wenn sie weit weg oder schon lang vergangen ist. Welcher vernünftige Mensch wünscht sich, Geschichte zu erleben?

Die Geschichte ist noch nicht zu Ende – es geht weiter, aber wohin? Wer beruft sich denn da auf die Geschichte im Namen der „Anständigen" und „geistig Überlegenen", die sich vom angeblichen Zeitgeist übergangen fühlen? Ihr Sprecher beansprucht selbst, so etwas wie einen historischen Startschuß zu geben. Berufung auf die Geschichte erscheint allgegenwärtig.

Welche Erklärungsmuster auch immer Politiker, Historiker, Philosophen bereit haben, ändert nichts daran, daß wir uns alle in dem geschichtlichen Szenario des Schreckens bewegen. „Killing fields" gab es nicht nur in Kambodscha. Zwar war nationalsozialistischer Völkermord das bis jetzt perfekteste, aber weder das erste noch das letzte dieses geschichtlichen Mittels.

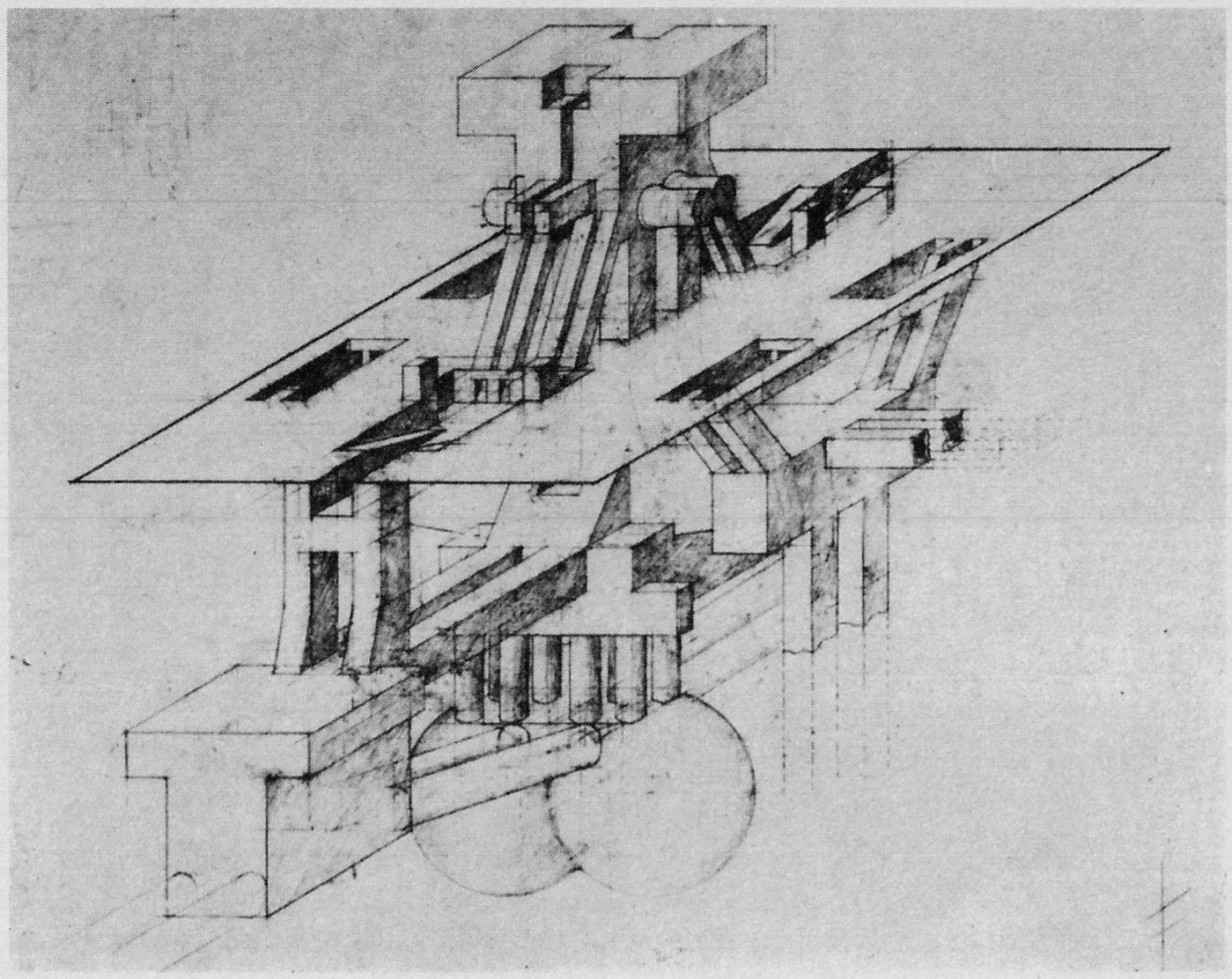
Geschichtliche „Ereignisse" zerstören das Leben in Frieden, durchkreuzen alle Pläne, verhöhnen alle menschlichen Gefühle, zerstören menschliche Bindungen. Auch die jubelnden Massen der vermeintlichen Gewinner werden unweigerlich enttäuscht. Jeder Sieg ist auch eine Niederlage. Die Erwartungen bleiben unerfüllt. Gerade die allermenschlichsten Eigenschaften, Uneigennützigkeit, Hilfsbereitschaft, Solidarität, Opferbereitschaft, werden von der Geschichte nicht belohnt.

Versprechen nicht alle gesellschaftlichen Utopien gerade das „Ende der Geschichte"? Die jeweiligen „Erneuerer", von den Religionsstiftern bis zu neuzeitlichen „Visionären", einschließlich des Nationalsozialismus, verkündeten die Botschaft vom Ende der Geschichte. Das Versprechen ist von ungebrochener Anziehungskraft geblieben und erlebt einen neuen Aufschwung. Es zeigt sich ein verwirrendes Bild, das von Esoterik, Zeugen Jehovas und anderen Sekten bis zu religiösen Heilslehren reicht, die immer größere Menschenmassen bewegen. Die Vision vom „Reich Gottes auf Erden" scheint ein tiefsitzendes Bedürfnis nach Sicherheit und sinnvollem Leben von im übrigen unterschiedlichsten Menschengruppen zu erfüllen – auch wenn das himmlische Idealbild verweltlicht oder militarisiert wurde.

Kann die Linke nicht die schlechten Gewohnheiten ablegen, die sie von Geschichtsschreibung und sich auf Geschichte berufenden Selbstinszenierungen geerbt hat und auf jede Art Heiligenschein, Weihrauch, die gewisse Erhabenheit geschichtlicher Betrachtungen verzichten? Heißt nicht „aus der Geschichte lernen", sie zu durchschauen, sich von ihr zu „emanzipieren" und statt dessen wieder nach den Interessen zu fragen?

Mehr Respektlosigkeit vor der Geschichte! Damit würde nicht zuletzt den beliebten Geschichtsfälschungen vorgebeugt, an denen es in der „österreichischen" Geschichte nicht mangelte. Für diese Respektlosigkeit vor der Geschichte, auch vor der eigenen gibt es Vorbilder. Erraten! Die Klassiker des Marxismus haben die Geschichte entkleidet, und sowohl Akteure als Publikum in ihrer allergewöhnlichsten Gewöhnlichkeit nackt gezeigt.

Der Marxismus als Gesellschaftstheorie mit wissenschaftlichem Anspruch sah die bisherige Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen. Seine Vorstellung vom Ende des ewigen geschichtlichen Desasters war folgerichtig die Beendigung dieser Art und dieses



Walter Pichler, Kern einer unterirdischen Stadt, 1963

Charakters der Geschichte in einer zukünftigen klassenlosen Gesellschaft, als Ergebnis der „proletarischen Revolution". Friedrich Engels wörtlich: Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte selbst machen (Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft). Dieses vor mehr als einem Jahrhundert in Aussicht gestellte „Ende der Geschichte", wie sie bisher war, in einer (auch nach Engels Ansicht) fernen Zukunft wirkt jedenfalls kaum mehr motivierend in der Welt von heute.

Die Nachfolger fielen in alte Gewohnheiten zurück. Die Sowjetunion hat ihre eigene Geschichte nach überlieferter Manier nach ihrem besonderen „sowjetischen" Kanon heilig gesprochen, um sie zusammen mit dem entseelten Revolutionär in das Mausoleum zu stecken. Die „respektlose" Betrachtung der lebendigen Wirklichkeit blieb aus. Die Kommunisten unterließen es, die marxistische Analyse auf die neu entstandene Gesellschaft anzuwenden. Der auf allen Marktplätzen gegenwärtige Lenin wies in die Ferne und sah nicht, was sich unten auf dem Markt tat.

Was die Linke vereinen und ihr Mut machen kann – darum geht es doch – ist weniger ihre eigene Geschichte, denn da war von Gemeinsamkeit wenig zu bemerken. Die gemeinsamen Interessen sind herauszufinden. Sicher nicht schlecht wäre eine Beilegung des inneren Bürgerkriegs der Linken, welcher dazu verleitet, eigene Enttäuschung und Unzufriedenheit in persönlich gefärbten Polemiken untereinander abzureagieren.

Dem widerspricht nicht die Respektlosigkeit auch vor der eigenen Geschichte. Auseinandersetzung von beliebiger Schärfe, aber ohne vernichtende Abqualifizierung!! Solidarität ist leider ein viel gebrauchter und mißbrauchter Ausdruck, der sich als Zeitungstitel wiederfindet – und gerade darum zu den Opfern unserer „Geschichte" zählt. Ungewohnte, schwer auszusprechende Gedanken tauchen auf – „Freundschaft" – auch dieser Begriff nicht unbelastet. So lautet der sozialistische Parteigruß. Als solcher dürfte er ausgedient haben. Doch könnte etwas von seiner unverfälschten Bedeutung, in die linke Atmosphäre zurückgeholt, der zweckgerichteten, doch viel gebrauchten und oft mißbrauchten Solidarität eine Blutauffrischung geben. Wem das zu sentimental ist, der könnte wenigstens mehr Respekt zeigen und nicht gegenüber „falschen" Meinungen (Ansichtssache) verbal aus dem Häuschen geraten. Hilfloser Rückgriff auf alte Muster? Zugegeben, aber nicht hilfloser als die Hoffnung, daß es die Geschichte schon richten werde!

Willi Goldenberg,
Wien

„Scala" und die Rolle der Kommunistischen Partei

Als ich die Rede von Frau Stadträtin Dr. Ursula Pasterk bei der Präsentation des Buches das „Neue Theater in der Skala" hörte, wußte ich nicht, sollte ich weinen oder lachen. Nach allem, was man dem Theater angetan hat, dem Theater, den Schauspielern, den Theaterfreunden, der Kommunistischen Partei, von der Frau Stadträtin in dankenswerter Weise als Förderin eines fortschrittlichen Theaters sprach für arbeitende Menschen, die zu billigen Preisen Gutes, Klassisches und Modernes geniesen sollten. Es klang wie eine verspätete, sehr verspätete Wiedergutmachung.

Die Wiedergutmachung in Worten für die Hexenjagd gegen das Theater, die Schauspieler und „natürlich" gegen die KPÖ.

Das ist ja heute große Mode, aus der Mottenkiste, Angriffe auf die KPÖ hervorzukehren, sie unter seriöse Produkte wie das schöne Buch zu streuen um ein bisserl Öl aufs Feuer zu giessen.

Ich bin 75 Jahre alt, habe in der Scala gearbeitet und zwar habe ich Selly Stöhr geholfen die „Theaterfreunde" aufzubauen. Seit 55 Jahren bin ich Funktionärin der KPÖ und sehr stolz darauf und lasse daher solche Angriffe nicht zu. Ich weiß, wovon ich schreibe.

Die KPÖ ermöglichte nicht nur das Theater, viele kommunistische Funktionäre engagierten sich für die Idee der Theaterfreunde, für die wunderbaren Vorstellungen, für die wunderbaren Schauspieler. Von der Bühne zu den Zuschauern, von ihnen zur Bühne gab es ein Band, welches es weder vorher noch nachher wieder gab.

Ich mache es kurz. Die Hexenjäger waren die Weigls, die Mandls die offiziellen „Kulturschaffenden". Sie machten Jagd auf das Theater, auf die Schauspieler und immer so lange sie lebten auf die KPÖ. Was für eine Schande diese Anschuldigungen als Untergriffe gegen die KPÖ zu benützen und daß anläßlich der Präsentation eines so großartigen Buches über eine so schöne Sache, die die Scala war.

Ohne Kommunistische Partei hätte es kein „Neues Theater" in der Scala gegeben, ohne kommunistische Funktionäre keine „Theaterfreunde". Diejenigen, die diese Angriffe lancieren und darüber berichten sollten, sich für diesen Gerücht machen schämen.

Liselotte Lichtenegger,
Wien

ÖkoLinX 21/22

★ Trampert/Ebermann: **Vom bösen Geldkapital** ★ C. Preuschoff: **Russische Avantgarde u. industrielle Arbeit** ★ T. Menninger: **»junge Welt« für Gentechnik** ★P. Bierl: **PDS-Kommunistische Plattform: Thälmanns letztes Aufgebot** ★ **Earth First & Frontline, Veganismus & Biozentrismus** ★ J. Ditfurth: **NS-Mitläufer M. O. Bruker** ★ L. Baack: **Antje Vollmer und die Vertriebenen** ★ C. Danckworth/A. Gniech: **Radikal & Repression** ★ W. Kühr: **Grüne = Atomenergie** ★ D. Asselhoven: **Hochschulkampf**

Und: ★ Silvio Gesell ★ Gegen das völkische Prinzip ★ Spiritueller Ökofeminismus ★Nordirland II ★ Ausraster ★ Bücher & Filme ... usw.

Ich bestelle: ❑ **Probeheft 9 DM** *(Doppelheft)* ❑ **Abo 36 DM** (6 Ausg.)
☆ **Außerdem:** ❑ **Infos ü.** Ökologische Linke bundesweit **(7 DM)**
Kontakt: Ökologische Linke, c/o M. Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/M.

Lieferung nur gegen Vorkasse ★ DOPPELHEFT ★

FORUM

entwicklungspolitscher Aktionsgruppen

-Die Zeitschrift des BUKO-

Unser aktuelles **Schwerpunktthema** (Nr.199/95):

DrogenVerhältnisse

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel. 0421-32 51 56, Fax 33 78 177
PGA Hamburg, Sonderkonto FORUM
BLZ 200 100 20
Konto 66 69-209

Cash - Crash
Casino-Kapitalismus

Neu bei isw

isw REPORT NR. 26
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V

Bestellungen, Prospekte, Informationen anfordern bei isw e.V.,
Georg-Wopfner-Str. 46, 80939 München,
Tel./Fax 089-3231780 (notf. Fax: 1689415)

isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Analysen des isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report
(erscheint vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)
Sackgasse Neoliberalismus (Nr. 20, August 1994)
Markt, Umweltschutz, Energiesteuer (Nr. 21, Oktober 1994)
MedienMultis und MultiMedia (Nr. 22, Januar 1995)
Kerneuropa - Keim zur Weltmacht (Nr. 23, April 1995)
Arbeit ohne Zukunft? - Referate 4. isw-forum (Nr. 24, Juli 1995)
5 Jahre neue Bundesländer (Nr. 25, Oktober 1995)
Cash - Crash - Casino-Kapitalismus (Nr. 26, Januar 1996)

isw-spezial
Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit
(Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Versand
Strategische Waffenbrüderschaft Deutschland-Türkei
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra
Standort D (Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Versand
Lohn, Preis, Profit '95, Argumente & Fakten zur Tarifrunde
(Nr. 20, Januar 1995) DM 4,- + Versand
Ausbildung & Übernahme (Nr. 23, Sept. 1995) 4,- + Versand

AKAZ

beiträge

zur Religions- und Staatskritik

Nr. 8

ISSN 0948-4302

In dieser Ausgabe mit dem Schwerpunkt **Staats- und Schulkritik** finden Sie

beiträge von

Johannes Agnoli, Ilse Bindseil, Joachim Bruhn, Freerk Huisken, Heinz Jacobi, Waltraud Kern, Katrin Kraus, Christina Kunert Ulrich Klemm, Michael Schmidt-Salomon, Franz Schandl, Zapapres

auf ca. **160 Seiten, DM 15,- + P & V**

AKAZ Birkenfelderstr. 13

D-54497 Morbach

fax 06533-3105

Franz Schandl / Gerhard Schattauer

Die Grünen in Österreich

Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft

Promedia Verlag, Wien 1996
534 Seiten, 498 Schilling.
Erhältlich über die »Weg und Ziel«-Redaktion

Die Autoren
Die beiden Historiker Franz Schandl und Gerhard Schattauer zählten 1986 zu den Mitbegründern der Grünen Alternative. Sie verfügen über profunde eigene Kenntnisse der grünen Parteigeschichte, konnten bislang nicht zugängliches Quellenmaterial heranziehen, aus ihrer eigenen reichhaltigen Erfahrung und selbstverständlich aus dem direkten persönlichen Zugang zu maßgeblichen Repräsentanten und Repräsentantinnen der Grünen Partei schöpfen.

Das vorliegende Buch bietet erstmals einen vollständigen Abriß über die bewegte Geschichte der Ökopartei und ihrer führenden Repräsentantinnen und Repräsentanten. Von den Anfängen des alternativen Lagers bis zur jüngsten Debatte über Regierungsbeteiligungen im Bund und in den Ländern spannt sich der Bogen. In ihren unterschiedlichsten Facetten wird die Institutionalisierung des parteipolitischen Arms der Ökologiebewegung beleuchtet.
Die Autoren beschäftigen sich mit den Grünen nicht in herkömmlicher Art und Weise einer Parteienforschung. Der Einstieg in die Materie erfolgt zunächst mit einer theoretischen Gesellschaftsanalyse: Bevor es um die Grünen selbst geht, geht es also um den gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmen ihrer Entstehung und Entwicklung. Die Krise der Kapitalverwertung, das Auftreten „neuer" sozialer Bewegungen und von Bürgerinitiativen wird eingehend untersucht und zur Entwicklung der neuen Partei in Beziehung gesetzt. Es wird herausgearbeitet, was den modernen Ökologie- und Naturbegriff in den entwickelten westlichen Gesellschaften ausmacht und was seine Tücken sind. Die Grünen werden letztlich als Folge des ökologischen Destruktionspotentials des kapitalistischen Gesellschaftssystems installiert, sie sind die politische Übersetzung der dynamischeren Momente der gesellschaftlichen Bewegung.
Die Autoren stehen für eine nüchterne, aber unorthodoxe Herangehensweise. Einige Einschätzungen über zentrale Bezugspunkte der grünen Ideologie wie ihrer politischen Praxis werden zunächst einmal Verblüffung, wenn nicht gar Kopfschütteln ernten. Es handelt sich jedoch nicht um eine Jubelschrift, die beispielsweise griffige grüne Slogans und Schlagworte propagandistisch auffädeln soll, um die Ökopartei im Bemühen um ein modernes Styling zu unterstützen. Sondern es geht darum, gerade die zentralen Postulate des Verständnisses grüner Politik innerhalb wie außerhalb der Partei in ihrer historischen Bedingtheit zu vermitteln, ihre Beschränkungen wie ihre Möglichkeiten aufzuzeigen, kurzum, zu erklären, warum es die Grünen gibt, so wie sie sind. Es geht um das Verständnis grüner Politik in seinen verschiedensten Ausprägungen schlechthin. Und es geht um die gesellschaftliche Resonanz auf die Grünen. Gerade weil also die mögliche Verwirrung durch eine seriöse Analyse nachvollziehbar aufgelöst wird, gewinnt diese Untersuchung über die Grünen an Spannung, die der herkömmlichen Parteienforschung mit Recht wohl nur wenige zutrauen würden.

»Weg und Ziel« – Abo

Hiermit bestelle ich
○ ein Jahresabonnement von »Weg und Ziel«
5 Hefte 200,- öS (Ausland 35 DEM).
○ ein »Weg und Ziel«–Probeheft.

Name und Anschrift:

Unterschrift

»Weg und Ziel« Trattnerhof 2/14, 1010 Wien, Tel.: 0222/ 533 60 23

1

TATBLATT

Gumpendorferstr.157/11
A- 1060 Wien

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien